Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Stefan Schmidt, Britta Haßelmann, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/16810 –

Finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren weiter vergrößert – und das trotz der guten konjunkturellen Lage und der damit einhergehenden historischen Überschüsse der kommunalen Haushalte (Kommunaler Finanzreport 2019 der Bertelsmann Stiftung). Die gute Haushaltslage vieler Kommunen darf also nicht über die weiterhin bestehenden großen Disparitäten auf kommunaler Ebene hinwegtäuschen. Diese Unterschiede bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen zeigen sich etwa bei der regionalen Verteilung der Investitionsrückstände, der Verschuldung mit Kassenkrediten oder der unter Haushaltssicherung wirtschaftenden Kommunen, aber auch der regional sehr unterschiedlichen Belastung durch Sozialausgaben. Wenn finanzschwache Städte und Gemeinden sich keine Investitionen in Straßen und Schulen leisten können, freiwillige Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können und sie ihre Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig noch durch überdurchschnittlich hohe Steuern und Gebühren belasten müssen, gerät das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nach Ansicht der Fragesteller in weite Ferne.

Jede fünfte Kommune musste 2018 unter einem Haushaltssicherungskonzept arbeiten. Damit lebt rund ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands in einer solchen Kommune (KfW-Kommunalpanel 2019). Ein wesentliches Indiz für die Finanzschwäche von Städten und Gemeinden ist zudem die Verschuldung mit Kassenkrediten, die sich bundesweit auf 46,2 Mrd. Euro belaufen (inklusive der von der Hessenkasse übernommenen Kredite) (vgl. Junkernheinrich et al. 2019, S. 13). Diese Liquiditätskredite sind nicht gleichmäßig über die deutschen Kommunen verteilt, sondern treffen besonders Kommunen, die in strukturschwachen Regionen liegen und zudem hohe laufende soziale Ausgaben haben. So beträgt die Verschuldung mit Kassenkrediten im Saarland 2.073 Euro je Einwohnerin und Einwohner. In Bayern hingegen belief sie sich auf lediglich 14 Euro je Einwohnerin und Einwohner (vgl. Junkernheinrich et al. 2019). Die Verschuldung mit solchen Liquiditätskrediten ist für die Kommunen besonders problematisch, da diesen kein Vermögensaufbau gegenübersteht. Zudem können sich viele Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr aus dieser Schuldenfalle befreien und sind auf Hilfen ihrer Bundesländer und des Bundes angewiesen (www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/grue

nebundestag_de/themen_az/kommunen/pdf/2019-06-18_Kommunale_Finanzausstattung_und_fiskalische_Gleichwertigkeit_EF.pdf).

Der kommunale Investitionsrückstand lag auch 2018 noch bei über 138 Mrd. Euro und das trotz eines bundesweiten Einnahmeüberschusses der Kommunen von 9,8 Mrd. Euro (KfW-Kommunalpanel 2019). Dieser Investitionsrückstand ist nicht gleichmäßig über die Bundesrepublik Deutschland verteilt, sondern trifft in erster Linie die Kommunen, deren Haushalte aufgrund dauerhaft hoher Sozialausgaben und Altschulden bereits stark belastet sind. Statt zu investieren, erfüllen diese Kommunen nur noch ihre laufenden Pflichtausgaben und versuchen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Leidtragende sind Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, welche auf eine gut ausgebaute Infrastruktur angewiesen sind. In Zeiten, in denen die Infrastrukturen der öffentlichen Hand vor einer tiefgreifenden Neuausrichtung stehen – Stichworte Verkehrs- und Energiewende, Klimaschutz und Klimaanpassung – ist dies aus Sicht der Fragesteller eine folgenschwere Hypothek auf die Zukunft.

Finanzschwache Kommunen müssen nicht nur an Leistungen und Infrastrukturen der kommunalen Daseinsvorsorge sparen, sondern von ihren Bürgerinnen und Bürgern auch immer höhere Steuern verlangen, um ihren Haushalt auszugleichen. 68 Prozent der Kommunen ab einer Größe von 20.000 Einwohnern planen in diesem oder im kommenden Jahr, Steuern und Gebühren zu erhöhen (www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-etliche-kommunen-wollen-steuern-und-gebuehren-erhoehen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191016-99-316509). Ihre Haushaltslage lässt diesen Kommunen kaum kommunalpolitische Gestaltungsspielräume. Die vorhandenen Mittel reichen nur noch für die Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben. Für freiwillige Angebote an ihre Bürgerinnen und Bürger, welche maßgeblich über die Lebensqualität vor Ort entscheiden und mithin das Herzstück von Kommunalpolitik darstellen, stehen oft keine Mittel mehr zur Verfügung. Schwimmbäder, Bibliotheken und Beratungsstellen müssen schließen. Mittel für Investitionen in Klimaschutz, Radwege, Schulgebäude oder den öffentlichen Gesundheitsdienst fehlen. Kita-Plätze sind nicht in ausreichendem Maß und angemessener Qualität vorhanden. Ihr Personal haben diese Kommunen oft so stark reduziert, dass niemand mehr da ist, der Planungen vorantreibt oder Fördermittel von Bund und EU abrufen.

Die kommunalen Sozialausgaben haben sich über viele Jahre sehr dynamisch entwickelt und sind ein wichtiger Grund kommunaler Haushaltskrisen (Kommunaler Finanzreport 2019 der Bertelsmann Stiftung). Im Sinne des Konnexitätsprinzips nach Artikel 104a des Grundgesetzes sollte nach Auffassung der Fragesteller neben den Ländern auch der Bund Verantwortung übernehmen und den Kommunen beim Abbau ihrer Altschulden und bei der auskömmlichen Finanzierung ihrer sozialen Kosten helfen. Für letztere hat er selbst die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, ohne jedoch im gleichen Zug sicherzustellen, dass die kommunale Ebene auch finanziell entsprechend ausgestattet ist.

Will man das verfassungsrechtliche Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse ernst nehmen, so muss man aus Sicht der Fragesteller die gesamte Einnahmen- und Ausgabensituation der Kommunen in den Blick nehmen und vor diesem Hintergrund für eine aufgabengerechte Finanzausstattung sorgen. Die Anzeichen mehren sich, dass die Zeiten eines starken Wirtschaftswachstums und hoher Steuereinnahmen dem Ende zu gehen. In ihrem aktuellen Herbstgutachten haben die fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute gerade ihre Konjunkturprognose auf 0,5 Prozent gesenkt (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-wirtschaftsinstitute-legen-konjunkturprognose-vor-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191001-99-121271). Wenn das Zinsniveau wieder ansteigen sollte, werden auch die Kreditfinanzierungskosten der Städte und Gemeinden wieder steigen. Gerade die kurzen Laufzeiten der Kassenkredite bringen für die betroffenen Kommunen ein hohes Zinsänderungsrisiko mit sich (vgl. Brand, S. und Steinbrecher, J. (2017): Paradigmenwechsel in der Kommunalfinanzierung? Aktuelle Entwicklungen beim Kommunalkredit. In: Junkernheinrich, M. u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für öffentliche Fi-

nanzen 2017). Die Zinseinsparungen der Kommunen entsprachen in den letzten Jahren in etwa der Höhe der Finanzierungsüberschüsse. Auch hier zeigt sich, dass die gute Haushaltslage der Kommunen primär den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und weniger strukturellen Entlastungen geschuldet ist. Vor diesem Hintergrund müssen Bund und Länder nach Auffassung der Fragesteller gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die in wirtschaftlich guten Zeiten den Kommunen übertragenen Aufgaben durch diese auch noch finanziert werden können, wenn Steuereinnahmen sinken und Zinsen steigen, damit wichtige kommunalpolitische Gestaltungsspielräume erhalten bleiben bzw. zurückgewonnen werden können.

Die Bundesregierung hat, unter Vorsitz des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, im Juli 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt. Auftrag der Kommission war es, in sechs Facharbeitsgruppen die Ursachen für die großen regionalen Disparitäten zu untersuchen und Vorschläge für die Herstellung gleichwertiger Lebenschancen im gesamten Bundesgebiet zu erarbeiten. Am 10. Juli 2019 hat die Bundesregierung ihre Schlussfolgerungen aus der einjährigen Kommissionsarbeit veröffentlicht (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.html) und einen Katalog mit zwölf Maßnahmen vorgelegt, die von jedem Ressort im Rahmen seiner Zuständigkeit umgesetzt werden sollen (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/kom-gl-massnahmen.html). Im Rahmen dieser Großen Anfrage soll es somit auch darum gehen, den Fortschritt bei der Umsetzung dieser Maßnahmen zu überprüfen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Bis zum Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat sich die finanzielle Situation der kommunalen Ebene in Deutschland insgesamt sehr gut entwickelt: Acht Jahre in Folge haben die Kommunen in ihrer Gesamtheit zum Teil deutliche Finanzierungsüberschüsse erzielt, zuletzt in allen Ländern. Nach Finanzierungsüberschüssen in Höhe von 9,4 Mrd. Euro im Jahr 2017 und 8,7 Mrd. Euro im Jahr 2018 lag der Überschuss im Jahr 2019 immer noch bei 4,5 Mrd. Euro.

Mit der guten konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre einher ging auch eine positive Entwicklung bei den kommunalen Investitionen. Die Ausgaben der Kommunen für Investitionen stiegen nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2018 um 13,4 Prozent im Jahr 2019 mit einem Zuwachs von 14,8 Prozent noch einmal deutlich stärker als die Ausgaben insgesamt.

Zu diesen positiven Entwicklungen hat, neben der guten konjunkturellen Entwicklung, die Bundesregierung mit vielfältigen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen beigetragen. Dies ist Ausweis dafür, dass die Bundesregierung politisch und finanziell im Rahmen ihrer Kompetenzen Verantwortung für die Kommunen übernimmt.

Ungeachtet dessen bleibt unverändert zu beachten, dass im zweistufigen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland die Kommunen Teile der Länder sind und diese daher die Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen tragen. Ferner bestimmen grundsätzlich die Länder, ob eine bundesgesetzlich vorgesehene Aufgabe durch die Kommunen oder durch die Landesverwaltung ausgeführt wird. Vor diesem Hintergrund ist in allen Landesverfassungen das Konnexitätsprinzip im Sinne einer Veranlassungskonnexität („Wer bestellt, bezahlt.“) verankert. Im Verhältnis zwischen Bund und Ländern (einschließlich ihrer Kommunen) gilt hingegen – entgegen der von den Fragestellern in ihrer Vorbemerkung zum Ausdruck gebrachten Vermutung – das in Artikel 104a Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) verankerte Konnexitätsprinzip im Sinne einer Verwaltungskonnexität, wonach jeweils die ausführende Ebene die sich aus der Wahrnehmung der Aufgabe ergebenden Ausgaben trägt. Insbe-

sondere dort, wo Länder und Kommunen Gestaltungsspielräume haben, sorgt dieses Konnexitätsprinzip für einen effizienten Mitteleinsatz. Bundesgesetzlich geregelte Geldleistungen, die regelmäßig dadurch gekennzeichnet sind, dass die Länder bzw. Kommunen kaum bis keine Gestaltungsspielräume in der Ausführung haben, kann der Bund hingegen gemäß Artikel 104a Absatz 3 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil tragen. Von dieser Möglichkeit macht der Bund beispielsweise bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei den Kosten der Unterkunft Gebrauch und hat so in den letzten Jahren mit dazu beigetragen, dass die Nettobelastung der Kommunen bei den Sozialausgaben deutlich verringert wurde. Ein Anstieg der Bruttosozialausgaben sagt daher wenig aus über die Entwicklung der tatsächlichen Belastung der Kommunen, da er die Beteiligung des Bundes insbesondere an Geldleistungen nicht berücksichtigt.

Ein wesentliches Element des föderativen Staatsaufbaus der Bundesrepublik Deutschland ist die Verteilung der staatlichen Aufgaben auf Bund und Länder. Als Teile der Länder werden den Gemeinden dabei eigene Rechte eingeräumt, nicht zuletzt das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Es ist daher beispielsweise nicht Aufgabe des Bundes, zentral die „Investitionsbedarfe“ einzelner Kommunen zu ermitteln und zu priorisieren.

Stand der Beantwortung der einzelnen Fragen dieser Großen Anfrage ist grundsätzlich der 15. Mai 2020. Die Bundesregierung ist derzeit durch die Konzipierung von Maßnahmen zur Krisenbewältigung und die Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets besonders belastet. Um die von ihr in diesem Kontext vorrangig zu bewältigenden Aufgaben nicht zu gefährden, musste auf eine zeitaufwendige ressortübergreifende Aktualisierung der Antworten nach dem 15. Mai 2020 verzichtet werden – zumal auch nach Beantwortung dieser Großen Anfrage fortlaufend weitere Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie zu erwarten sind. Neuere Entwicklungen und Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere die Entscheidungen der Bundesregierung vom 3. Juni 2020 für ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket, wurden bei der Beantwortung der Einzelfragen daher grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Gleichwohl ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die COVID-19-Pandemie mit ihren massiven negativen Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft selbstverständlich auch zu einer Schwächung der finanziellen Situation der Kommunen in Deutschland führt. Zudem tragen die Kommunen Teile der Mehrbelastungen der ökonomisch dringend gebotenen Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, um Arbeitsplätze weitgehend zu erhalten und soziale Notlagen zu vermeiden, den Fortbestand von Unternehmen zu sichern sowie Deutschland schnellstmöglich wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen.

Auf der anderen Seite profitieren die Kommunen massiv von einer Vielzahl finanzwirksamer Maßnahmen aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket.

Bereits der erste Nachtragshaushalt des Bundes 2020 umfasste ein Volumen von 156 Mrd. Euro. Hinzu tritt der vom Bund eingerichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) mit einem Gesamtvolumen von 600 Mrd. Euro für Gewährleistungen, Beteiligungen und zur Refinanzierung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Diese umfangreichen Hilfsmaßnahmen kommen Bürgern sowie Wirtschaft zu Gute und sorgen dafür, dass vor Ort in den Kommunen Infrastruktur aufrechterhalten und Beschäftigung gesichert wird.

Zu einer kurzfristigen Stärkung der kommunalen Finanzlage führt insbesondere der pauschalierte Ausgleich der krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuer-einnahmen der Gemeinden im Jahr 2020, den der Bund den Gemeinden gemeinsam mit den zuständigen Ländern gewährt und hälftig finanziert. Darüber hinaus profitieren die Kommunen von der intensivierten Förderung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege sowie der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern. Auch der erleichterte Zugang zum „IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ sowie die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die verstärkte Förderung von Sportstätten kommt den Kommunen zugute.

Zu einer dauerhaften strukturellen Verbesserung der kommunalen Finanzlage führt die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II (KdU) um 25 Prozentpunkte, durch die der Bund die Kommunen – unter Anhebung der verfassungsrechtlichen Grenze, ab der durch die Bundesbeteiligung an den KdU Bundesauftragsverwaltung eintritt, auf 75 Prozent – massiv entlastet. Hierdurch wird zugleich eine wesentliche Ursache der unverändert bestehenden Disparitäten der Finanzlagen der einzelnen Kommunen und der hieraus in vielen Kommunen resultierenden hohen kommunalen Altschulden angegangen. Damit leistet der Bund über das von ihm als Schlussfolgerung aus der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ beschlossene Maßnahmenpaket hinaus einen weiteren, wesentlichen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es bleibt zu betonen, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine gemeinsame Aufgabe aller föderalen Ebenen ist, bei der mit Blick auf die kommunale Finanzlage zuallererst die Länder in der Verantwortung sind.

Aufgrund der Zuständigkeit der Länder für ihre Kommunen liegen der Bundesregierung in der Regel keine einzelgemeindlichen, sondern auf Länderebene aggregierte Daten über die Kommunen vor. Die zur Beantwortung der Fragen 12, 13, 16, 17, 19, 28, 40, 47 und 49 notwendigen Daten wurden vom Statistischen Bundesamt mit hohem Aufwand durch eine koordinierte Abfrage bei den Statistischen Ämtern der Länder zusammengestellt. Nach geltender Verständigung zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder werden dabei die Haushaltsdaten der zu einer Samtgemeinde (Amt, Verbandsgemeinde) zusammengeschlossenen Einzelgemeinden in Summe ausgewiesen (außer bei den Steuereinnahmen). Bei der Interpretation einzelgemeindlicher Daten ist generell zu berücksichtigen, dass die kommunale Ebene in den Bundesländern bezüglich der Verteilung der Aufgaben auf die verschiedenen kommunalen Ebenen sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Somit können aus dem Vergleich der Haushaltsdaten der einzelnen Gemeinden (Verbandsgemeinden) verschiedener Bundesländer nur eingeschränkt Rückschlüsse auf ihre relative Finanzsituation gezogen werden. Ebenso ist die Auswertung einzelgemeindlicher, jahresbezogener Daten naturgemäß anfällig, durch Sondereffekte ein verzerrtes Bild der generellen Finanzlage zu vermitteln.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die kommunale Finanzausstattung in Bezug auf das Ziel, überall im Bundesgebiet „gleichwertige Lebensverhältnisse“ herzustellen, und wie begründet sie ihre Einschätzung?

Die kommunale Finanzausstattung ist ein wesentlicher Aspekt gleichwertiger Lebensverhältnisse. In unserem zweistufigen Staatsaufbau sind die Länder für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zuständig. Entscheidend für die Bewertung der Angemessenheit der kommunalen Finanzausstattung und der fiskalischen Gleichwertigkeit ist das Zusammenspiel von kommunalen Aufgaben und Einnahmen, das auch Gegenstand des kommunalen Finanzaus-

gleichs ist. Der kommunale Finanzausgleich ist das wesentliche Instrument der Länder, um übermäßige Finanzkraftunterschiede zwischen den Kommunen auszugleichen. Neben seiner vertikalen Funktion, allen Kommunen eine finanzielle Mindestausstattung zu gewährleisten, dient der kommunale Finanzausgleich dazu, die strukturbedingten Unterschiede zwischen den Gemeinden abzubauen. Darüber hinaus übernimmt auch der Bund politische Verantwortung für die Erreichung des Ziels der fiskalischen Gleichwertigkeit, indem er die Kommunen auf vielfältige Weise unterstützt und entlastet (siehe hierzu die Antworten zu den Fragen 4 und 5).

2. Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass sich die Finanzausstattung der Kommunen in den letzten Jahren und Jahrzehnten weit auseinanderentwickelt hat?

Regionale Disparitäten sind in den letzten Jahrzehnten vor allem im Zusammenhang mit größeren regionalen Strukturbrüchen, wie beispielsweise dem Ende des Steinkohlebergbaus, entstanden und haben sich seitdem – auch im Zuge von weiteren Krisen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise – verfestigt. In den letzten Jahren, vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, hat sich allerdings aufgrund günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die finanzielle Lage für alle Kommunen insgesamt verbessert. In den Jahren 2017 und 2018 erzielte die kommunale Ebene in allen Ländern einen Finanzierungsüberschuss. Die in der Vergangenheit entstandenen Disparitäten konnten dabei aber nur sehr geringfügig abgebaut werden, wie u. a. der auf hohem Niveau verharrende Bestand an Liquiditätskrediten in einigen Regionen sowie die teilweise unterdurchschnittliche Steuerkraft ländlicher und strukturschwacher Kommunen verdeutlichen.

3. Welche Folgen hat die stark divergierende Finanzausstattung der deutschen Kommunen aus Sicht der Bundesregierung für die Bürgerinnen und Bürger?

Kommunen mit schlechter Finanzausstattung haben geringere Spielräume für notwendige Leistungen der Daseinsvorsorge, für wichtige Zukunftsinvestitionen sowie für freiwillige Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger als finanziell gut ausgestattete Kommunen. Dies kann zu deutlichen Unterschieden vor allem in der Qualität der Bereitstellung wichtiger kommunaler Infrastruktur und Angebote führen.

4. Welche eigene Verantwortung sieht die Bundesregierung in Bezug auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen?

Die Verantwortung für eine angemessene und damit auch aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen liegt bei den Ländern (siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 1). Dennoch übernimmt auch die Bundesregierung politische und finanzielle Verantwortung, vor allem in Fragen, die den Standort Deutschland als Ganzes betreffen. So ist beispielsweise eine gute, moderne Bildungsinfrastruktur die Voraussetzung für ein leistungsstarkes Bildungssystem und – auch unter dem Aspekt der Fachkräftesicherung – ein wichtiger Standortfaktor für Familien und die Wirtschaft. Daher unterstützt der Bund die Länder und Kommunen beispielsweise mit dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds sowie mit dem DigitalPakt Schule beim Ausbau ihrer Schulinfrastruktur. Zudem trägt der Bund in strukturschwachen und ländlichen Kommunen über die Gemeinschaftsaufgaben einen Teil der Ausgaben der Länder zur Verbesserung der

regionalen Wirtschaftsstruktur und der Dorfentwicklung. Ebenso übernimmt der Bund bei reinen Geldleistungen im Sozialbereich, bei denen die Kommunen nur geringfügige eigene Handlungsspielräume haben, erhebliche Anteile der Kosten (siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 38). Seit dem Jahr 2018 erhalten die Kommunen zudem jährlich zur weiteren Entlastung eine Pauschale des Bundes in Höhe von 5 Mrd. Euro über den Umsatzsteueranteil der Länder und Gemeinden sowie über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft.

5. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode angestoßen, um die Finanzsituation der Kommunen strukturell zu verbessern, und welche Maßnahmen sind noch geplant (bitte nach Programmen, Laufzeit und Höhe der kommunalen Unterstützung aufschlüsseln)?

Federführendes Ressort	Gesetz/Verordnung/Programm	Datum des Inkrafttretens	Entlastungen der Kommunen in Mio. Euro				
			2018	2019	2020	2021	2022
BMBF	DigitalPakt Schule	17.05.2019	Förderung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der kommunalen, digitalen Bildungsinfrastruktur mit Mitteln des Bundes in Höhe von 5 Mrd. Euro von 2019 bis 2024.				
BMI	Weiterentwicklung der Städtebauförderung und Verstetigung des Förderniveaus (Bundesfinanzhilfe nach Art. 104b GG) Jahreswerte umfassen hier jeweils den Verpflichtungsrahmen für 5 Jahre (siehe auch Antwort zu Frage 113)	jährlich	Förderung städtebaulicher Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur mit Mitteln des Bundes in Höhe von 790 Mio. Euro p.a.				
BMI	Erhöhung des Anteils der Gebühr für den Personalausweise, die den Kommunen zukommt, um 1,01 Euro	01.07.2018	4,16	7,95	8,08	8,08	8,08
BMVI	Klimaschutzgesetz § 9 Abs. 1 – Klimaschutzprogramm 2030, Kapitel 3.4.3.2 Förderung von Modellprojekten zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV	18.12.2019			25	50	75
BMVI	„Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020“, Förderrichtlinie zur Nachrüstung von Dieselmotoren der Schadstoffklassen EURO III, IV, V und EEV im öffentlichen Personennahverkehr	29.03.2018		55	44		
BMU	Kommunale Modellvorhaben 2018 bis 2020 im öffentlichen Personennahverkehr ergänzend zum „Sofortprogramm Saubere Luft“	Im Laufe der Jahre 2019–2020.		51,4	53,4		
BMVI	Zuwendungen an Kommunen und Landkreise zur Förderung der Städtischen Logistik (Förderrichtlinie)	05.07.2019		5,0	3,8	2,2	
BMVI	Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich vom 3. März 2020 (BGBl. I 433)	13.03.2020			7,5	10	10

Federführendes Ressort	Gesetz/Verordnung/Programm	Datum des Inkrafttretens	Entlastungen der Kommunen in Mio. Euro				
			2018	2019	2020	2021	2022
BMVI	Vierte Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 22. März 2019 (BGBl. I 382)	30.03.2019/ 01.10.2019/ 01.09.2020		2,26	2,26	2,26	2,26
BMVI	Drittes Gesetz zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vom 6. März 2020 (BGBl. I 442)	01.01.2020			332	667	667
BMVI	Fünftes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 6. März 2020 (BGBl. I 445)	01.01.2020			150	302,1	308,1
BMF	Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen des Fonds „Deutsche Einheit“ (1. – Entlastung der Kommunen von den zusätzlichen KdU für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte in 2019, vorzeitiges Auslaufen der erhöhten Gewerbesteuerumlage FDE; 2. – Umsatzsteuermehreinnahmen der Länder als Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke, mittelbare Entlastung der Kommunen)	1.: 2.: 17.12.2018		2.316			
				2.435			
BMF	Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 (1. – Entlastung der Kommunen von den zusätzlichen KdU für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte in 2020 und 2021; 2. – Umsatzsteuermehreinnahmen der Länder als pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke, mittelbare Entlastung der Kommunen)	1.: 2.: 09.12.2019			1.800	1.800	
					700	500	
BMF	Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Umsatzsteuermehreinnahmen der Länder als Kompensation der zum Ausbau der Infrastruktur der Kindertagesbetreuung ausgegebenen Mittel, mittelbare Entlastung der Kommunen)	19.12.2018		493	993	1.993	1.993
BMBF/ BMFSFJ	Entwurf eines Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Förderung der Investitionstätigkeit von Ländern und Kommunen beim Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter)	Inkrafttreten in 2020 geplant			2 Mrd. Euro; Förderzeitraum ist noch in der Verwaltungsvereinbarung zu regeln		

6. Welche Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene führen in dieser Legislaturperiode nach Kenntnis der Bundesregierung zu Mindereinnahmen der Kommunen (bitte nach Entscheidungen und Höhe der jeweiligen Mindereinnahmen auf Bundesländerebene und Jahren bis einschließlich 2022 aufschlüsseln)?

Federführendes Ressort	Gesetz/Verordnung	Datum des Inkrafttretens	Mindereinnahmen in Mio. Euro				
			2018	2019	2020	2021	2022
BMAS	Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz)	01.01.2020			290,4	300	309
BMF	Gesetz zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Familienentlastungsgesetz – FamEntlastG)	01.01.2019		589	1.349	1.440	1.467
BMF	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen im Internethandel und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	01.01.2018	4	152	203	157	89
BMF	Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus	09.08.2019			1	19	62
BMF	Drittes Gesetz zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (Drittes Bürokratieentlastungsgesetz)	01.01.2020			5	6	9
BMF	Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	18.12.2019		23	56	114	199
BMF	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung	01.01.2020				44	54
BMF	Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht	01.01.2020			9	27	102

7. Welche Entscheidungen des Bundes (Gesetze und Verordnungen) führen in dieser Legislaturperiode nach Kenntnis der Bundesregierung zu einer größeren Aufgaben- und damit höheren Ausgabenverpflichtung der Kommunen (bitte nach Entscheidungen und Höhe der jeweiligen Mehrausgaben der Kommunen auf Bundesländerebene und nach Jahren bis einschließlich 2022 aufschlüsseln)?

Federführendes Ressort	Gesetz/Verordnung	Datum des Inkrafttretens	Mehrausgaben in Mio. Euro				
			2018	2019	2020	2021	2022
BMEL	Erstes Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes *Evaluierung im Jahr 2020	01.05.2019		0,32	0,32*	0,32*	0,32*
BMG	COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz	28.03.2020			10,56		
BMG	Beitragsanpassungsgesetz	01.01.2019		100	100	100	100
BMG	Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	01.01.2019		35	35	35	35
BMG	Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende	16.03.2020	Nicht zu beziffern				
BMBF	26. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAföGÄndG)	16.07.2019		0,88	0,7	0,7	0,7
BMI	Gesetz über eine Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis * Diese Mehrausgaben werden durch Gebühren gegenfinanziert.	01.11.2019			0,017*	0,1*	0,1*
BMI	Drittes Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften (3. WaffRÄndG)	20.02.2020/ 01.03.2020/ 01.05.2020/ 01.09.2020			4,0	1,2	1,2
BMVI	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung und andere straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	19.03.2019	Auf die Fahrerlaubnisbehörden kommt infolge der nun vor der Umschreibung einer Dienstfahrerlaubnis oder einer ausländischen Fahrerlaubnis erforderlichen Prüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten erhöhter Aufwand zu, der sich jedoch aufgrund der Besonderheiten der Einzelfälle nicht genau beziffern lässt.				
BMVI	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weitere straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	12.12.2019/ 01.06.2020	Erfüllungsaufwand durch die (freiwillige) Erfassung, Übermittlung und Speicherung der E-Mail-Adresse des Fahrerlaubnisinhabers/-bewerbers. Eine konkrete Fallzahl kann nicht ermittelt werden. Der Zeitaufwand für die Prüfung der E-Mail-Adresse und der Eingabe der Daten ist gering und liegt bei ca. 2 Minuten.				
BMVI	Gesetz zur Änderung des Fahrlehrergesetzes	01.01.2020	Jährliche Mehrausgaben von 1 Tsd. Euro im Zeitraum 2018–22				

Federführendes Ressort	Gesetz/Verordnung	Datum des Inkrafttretens	Mehrausgaben in Mio. Euro				
			2018	2019	2020	2021	2022
BMVI	Vierte Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 22. März 2019 (BGBl. I 382)	30.03.2019/ 01.10.2019/ 01.09.2020		5,15			
BMAS	Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket) *Kostenschätzung vom März 2020	27.03.2020			2.100 *		

8. Welche Prognosen liegen der Bundesregierung über die künftige Entwicklung der Kommunalfinanzen, auch hinsichtlich einer möglichen Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung, vor, und wie bewertet sie diese?

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt regelmäßig Projektionen zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte, unter anderem auch zu der Entwicklung der kommunalen Haushalte. Diese Projektionen legt das Bundesministerium der Finanzen im Rahmen der nationalen Haushaltsüberwachung dem Stabilitätsrat vor, sie fließen gleichzeitig ein in das Deutsche Stabilitätsprogramm und die deutsche Haushaltsplanung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 473/2013.

Die aktuelle Projektion des Bundesministeriums der Finanzen zur Entwicklung der kommunalen Haushalte wurde für das Deutsche Stabilitätsprogramm 2020 erstellt. Die Projektion erfolgte zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2020 für den Bundshaushalt, die weitreichenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie ihre Bekämpfung hatten die Aufstellung und Verabschiedung des Nachtragshaushalts erforderlich gemacht. Die Projektion umfasst ausnahmsweise lediglich das Jahr 2020, für die Folgejahre hat das Bundesministerium der Finanzen aufgrund der außergewöhnlichen Situation keine Projektion für das diesjährige Stabilitätsprogramm erstellt.

Unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2020 zu erwartenden fiskalischen Effekte infolge der COVID-19-Pandemie ist für die Gemeinden im Jahr 2020 ein Finanzierungsdefizit in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von rd. einem Viertel Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) projiziert. Die Projektion ist angesichts der dynamischen Entwicklungen der COVID-19-Pandemie allerdings mit hohen Schätzunsicherheiten verbunden. Ursache für den negativen kommunalen Finanzierungssaldo sind insbesondere Steuermindereinnahmen und zusätzliche Sozialausgaben infolge der COVID-19-Pandemie.

9. Welche Prognosen liegen der Bundesregierung über die künftige Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen vor (bitte auf Bundesländerebene und nach Jahren bis einschließlich 2022 aufschlüsseln)?

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ prognostiziert die Entwicklung der Steuereinnahmen gegliedert nach Steuerarten jeweils im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres. Die letzte Steuerschätzung fand vom 12. bis 14. Mai 2020 statt. Der Arbeitskreis schätzte die Steuereinnahmen ab 2020 allerdings nur auf Bundesebene. Ausgehend von der Verteilung der Gewerbesteuereinnahmen auf die Länder in den letzten vier Quartalen, für die zum Schätzzeitpunkt Zahlen

über die Steuereinnahmen vorlagen (erstes Quartal 2019 bis viertes Quartal 2019), ergibt sich folgende Verteilung des Schätzergebnisses für die Gewerbesteuer auf die Länder:

Gewerbsteuer Land	Einnahmen in Mio. Euro		
	2020	2021	2022
Baden-Württemberg	6.051	7.480	7.647
Bayern	7.635	9.439	9.649
Berlin	1.493	1.845	1.886
Brandenburg	857	1.059	1.083
Bremen	406	502	513
Hamburg	1.923	2.378	2.431
Hessen	4.101	5.070	5.183
Mecklenburg-Vorpommern	434	537	549
Niedersachsen	3.337	4.125	4.217
Nordrhein-Westfalen	9.599	11.866	12.131
Rheinland-Pfalz	1.748	2.161	2.209
Saarland	362	447	457
Sachsen	1.281	1.583	1.619
Sachsen-Anhalt	638	789	806
Schleswig-Holstein	1.223	1.512	1.545
Thüringen	613	758	775
Bundesgebiet insgesamt	41.700	51.550	52.700

10. Wie wird sich die ab 2020 anstehende Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (vgl. www.faz.net/aktuell/politik/inland/neue-finan-zbeziehungen-so-arbeiten-bund-und-laender-kuenftig-zusammen-15042557.html) auf die kommunale Finanzausstattung voraussichtlich auswirken?

Werden die Auswirkungen nach einer gewissen Zeit evaluiert, und ist geplant, dann ggf. Anpassungen am Länderfinanzausgleich vorzunehmen?

Die im Jahr 2017 beschlossene und zu Jahresbeginn 2020 in Kraft getretene Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berührt die kommunale Finanzausstattung vor allem mittelbar über die verbesserte Finanzausstattung ihrer Länder. So resultieren die den Ländern im Rahmen der Neuordnung vom Bund insgesamt zugestandenem finanziellen Entlastungen in Höhe von anfänglich knapp 10 Mrd. Euro vorwiegend aus Änderungen von Umsatzsteuerverteilung, Finanzkraftausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, die wiederum den Kommunen anteilig im Rahmen des Steuerverbundes (Artikel 106 Absatz 7 des Grundgesetzes) über die kommunalen Finanzausgleichssysteme zugutekommen. Über die konkrete Beteiligung ihrer Kommunen an den Entlastungen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen entscheiden die einzelnen Länder jeweils im Rahmen ihrer Verantwortung für die Finanzausstattung ihrer Kommunen.

Mit der im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geschaffenen Norm in § 18 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes („Über Struktur und Höhe des Finanzkraftausgleichs sowie der Zuweisungen gemäß § 11 im Ausgleichsjahr unterrichtet die Bundesregierung im Folgejahr den Bundestag und den Bundesrat“) wird eine Grundlage für regelmäßige Evaluationen der im Jahr 2020 geschaffenen finanzausgleichsrechtlichen Regelungen zur Verfügung gestellt. Inwieweit darauf aufbauende Evaluationen geeignet sind, Anpassungsnotwendigkeiten beim finanzausgleichsrechtlichen Regelungssystem zu identifizieren, lässt sich heute nicht abschätzen.

Zu einer Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen führte die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen durch eine Erweiterung der Möglichkeiten des Bundes, kommunale Investitionen über Finanzhilfen an die Länder zu fördern.

Durch Schaffung des Artikels 104c GG wird es dem Bund ermöglicht, gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur mit Finanzhilfen zu fördern.

Auf dieser Grundlage wurde der Kommunalinvestitionsförderungsfonds auf insgesamt 7 Mrd. Euro aufgestockt. Im Rahmen des Kapitels 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes stellt der Bund für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 31. Dezember 2023 weitere 3,5 Mrd. Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Mit den zusätzlichen Mitteln werden gezielt kommunale Investitionsvorhaben zur Sanierung, zum Umbau und zur Erweiterung von Schulgebäuden in finanzschwachen Kommunen gefördert.

Der im Jahr 2019 erweiterte Artikel 104c GG ist auch die verfassungsrechtliche Basis für den DigitalPakt Schule. Im Rahmen des DigitalPakts Schule fördert der Bund Investitionstätigkeiten der Kommunen und Länder in die digitale Bildungsinfrastruktur der Kommunen, unabhängig von der kommunalen Finanzkraft. Dabei stehen im Programmzeitraum 2019 bis 2024 Finanzhilfen in Höhe von 5 Mrd. Euro zur Verfügung.

Erweiterte Förderungsmöglichkeiten erhielt der Bund im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch durch eine Änderung des Artikels 125c GG, welche die Finanzhilfekompetenz des Bundes im Bereich der Infrastruktur des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs entfristete. Der Bund kann Investitionen in diesem Bereich seitdem (wieder) dauerhaft nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) fördern. Infolge einer weiteren Grundgesetzänderung aus dem Jahr 2019 ist der Gesetzgeber zudem befugt, die besonderen Bundesprogramme nach dem GVFG anzupassen, insbesondere die Mittel zu erhöhen. Das Volumen der Fördermittel nach dem GVFG wird sich von 2020 bis 2023 auf rd. 3,6 Mrd. Euro belaufen.

11. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die kommunalen Einnahmen im Zeitraum von 2013 bis 2018 entwickelt, und welche Gründe bestehen aus Sicht der Bundesregierung für diese Entwicklung (bitte Entwicklung der einzelnen Einnahmenarten separat und nach Bundesländern aufgeschlüsselt auflühren und prozentuale Veränderungen mit angeben)?

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der kommunalen Einnahmen (Kernhaushalte, in Mio. Euro) im Zeitraum von 2013 bis 2018, aufgeschlüsselt nach Einnahmearten sowie Bundesländern. Die Tabellen basieren auf Daten des Statistischen Bundesamtes (2013 bis 2017: Rechnungsstatistik, 2018: Kassenstatistik) sowie, hinsichtlich der Wachstumsraten, eigenen Berechnungen.

Deutschland	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	76.863	79.558	84.786	89.719	95.922	101.213
Wachstumsrate in %	3,4	3,5	6,6	5,8	6,9	5,5
Zuweisungen des Landes	72.127	76.110	82.279	90.532	94.010	96.939
Wachstumsrate in %	7,8	5,5	8,1	10,0	3,8	3,1
Gebühren	17.017	17.344	17.884	18.736	19.184	19.960
Wachstumsrate in %	2,1	1,9	3,1	4,8	2,4	4,0
Sonstige Einnahmen	33.000	33.535	34.159	35.246	35.980	35.829
Wachstumsrate in %	2,6	1,6	1,9	3,2	2,1	-0,4
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	199.006	206.548	219.108	234.233	245.096	253.941
Wachstumsrate in %	4,7	3,8	6,1	6,9	4,6	3,6

Baden-Württemberg	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	12.643	12.814	13.774	14.524	15.700	16.459
Wachstumsrate in %	2,1	1,4	7,5	5,4	8,1	4,8
Zuweisungen des Landes	11.000	11.752	12.842	14.812	14.748	15.973
Wachstumsrate in %	6,5	6,8	9,3	15,3	-0,4	8,3
Gebühren	2.052	2.098	2.193	2.308	2.400	2.434
Wachstumsrate in %	2,1	2,2	4,5	5,2	4,0	1,4
Sonstige Einnahmen	5.412	5.466	5.352	5.445	5.529	5.578
Wachstumsrate in %	2,6	1,0	-2,1	1,7	1,5	0,9
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	31.107	32.131	34.162	37.090	38.376	40.444
Wachstumsrate in %	3,7	3,3	6,3	8,6	3,5	5,4

Bayern	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	15.105	15.874	16.818	17.817	18.714	20.050
Wachstumsrate in %	7,3	5,1	5,9	5,9	5,0	7,1
Zuweisungen des Landes	9.906	10.421	11.712	12.624	13.191	13.232
Wachstumsrate in %	10,7	5,2	12,4	7,8	4,5	0,3
Gebühren	2.816	2.788	2.821	3.010	3.069	3.153
Wachstumsrate in %	2,8	-1,0	1,2	6,7	1,9	2,8
Sonstige Einnahmen	5.965	6.374	6.556	6.367	6.690	6.949
Wachstumsrate in %	0,0	6,9	2,9	-2,9	5,1	3,9
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	33.793	35.457	37.906	39.818	41.664	43.384
Wachstumsrate in %	6,5	4,9	6,9	5,0	4,6	4,1

Brandenburg	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	1.657	1.756	1.831	1.946	2.165	2.278
Wachstumsrate in %	8,6	6,0	4,3	6,3	11,2	5,2
Zuweisungen des Landes	3.427	3.476	3.619	3.862	4.009	4.120
Wachstumsrate in %	1,1	1,4	4,1	6,7	3,8	2,8
Gebühren	596	614	634	672	712	710
Wachstumsrate in %	3,0	2,9	3,3	6,0	6,0	-0,3
Sonstige Einnahmen	847	898	952	852	904	936
Wachstumsrate in %	3,5	6,0	6,0	-10,5	6,1	3,6
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	6.527	6.743	7.036	7.333	7.791	8.045
Wachstumsrate in %	3,4	3,3	4,3	4,2	6,3	3,3

Hessen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	7.349	8.178	8.421	9.165	9.587	10.013
Wachstumsrate in %	0,5	11,3	3,0	8,8	4,6	4,4
Zuweisungen des Landes	4.670	4.929	5.204	5.966	6.517	6.698
Wachstumsrate in %	9,4	5,5	5,6	14,6	9,2	2,8
Gebühren	1.575	1.646	1.699	1.763	1.825	1.858
Wachstumsrate in %	-0,1	4,5	3,2	3,8	3,5	1,8
Sonstige Einnahmen	2.658	2.696	2.739	2.880	2.919	2.934
Wachstumsrate in %	1,4	1,4	1,6	5,2	1,4	0,5
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	16.252	17.450	18.063	19.775	20.849	21.502
Wachstumsrate in %	3,0	7,4	3,5	9,5	5,4	3,1

Mecklenburg-Vorpommern	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	946	983	1.066	1.151	1.228	1.306
Wachstumsrate in %	9,7	3,9	8,4	8,0	6,7	6,3
Zuweisungen des Landes	2.100	2.214	2.291	2.501	2.406	2.475
Wachstumsrate in %	5,0	5,4	3,5	9,2	-3,8	2,8
Gebühren	261	253	257	261	273	265
Wachstumsrate in %	1,0	-3,1	1,4	1,6	4,7	-2,8
Sonstige Einnahmen	660	655	606	605	680	651
Wachstumsrate in %	3,8	-0,8	-7,5	-0,1	12,3	-4,2
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	3.967	4.105	4.220	4.518	4.587	4.697
Wachstumsrate in %	5,6	3,5	2,8	7,1	1,5	2,4

Niedersachsen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	7.437	7.729	7.947	8.433	8.810	9.423
Wachstumsrate in %	-0,3	3,9	2,8	6,1	4,5	7,0
Zuweisungen des Landes	7.267	7.530	8.416	9.073	9.574	9.853
Wachstumsrate in %	5,9	3,6	11,8	7,8	5,5	2,9
Gebühren	1.423	1.448	1.559	1.720	1.731	1.602
Wachstumsrate in %	1,0	1,8	7,6	10,3	0,7	-7,5
Sonstige Einnahmen	3.554	3.479	3.279	3.578	3.131	3.375
Wachstumsrate in %	20,1	-2,1	-5,7	9,1	-12,5	7,8
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	19.682	20.186	21.200	22.805	23.247	24.253
Wachstumsrate in %	5,3	2,6	5,0	7,6	1,9	4,3

Nordrhein-Westfalen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	19.252	19.458	21.260	22.263	24.232	25.197
Wachstumsrate in %	2,3	1,1	9,3	4,7	8,8	4,0
Zuweisungen des Landes	16.617	17.942	19.498	21.751	22.702	23.168
Wachstumsrate in %	9,6	8,0	8,7	11,6	4,4	2,1
Gebühren	6.008	6.133	6.284	6.479	6.589	7.167
Wachstumsrate in %	3,0	2,1	2,5	3,1	1,7	8,8
Sonstige Einnahmen	7.920	7.875	8.301	8.790	9.507	9.004
Wachstumsrate in %	-2,9	-0,6	5,4	5,9	8,2	-5,3
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	49.797	51.408	55.343	59.283	63.030	64.536
Wachstumsrate in %	3,8	3,2	7,7	7,1	6,3	2,4

Rheinland-Pfalz	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	3.682	3.715	4.076	4.152	4.480	4.825
Wachstumsrate in %	2,8	0,9	9,7	1,9	7,9	7,7
Zuweisungen des Landes	3.635	3.799	4.253	4.635	4.968	4.896
Wachstumsrate in %	9,1	4,5	11,9	9,0	7,2	-1,5
Gebühren	322	328	337	357	361	451
Wachstumsrate in %	-3,4	1,8	2,8	5,7	1,2	25,0
Sonstige Einnahmen	1.569	1.520	1.547	1.585	1.667	1.609
Wachstumsrate in %	1,9	-3,1	1,8	2,4	5,1	-3,5
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	9.208	9.363	10.213	10.728	11.476	11.781
Wachstumsrate in %	4,8	1,7	9,1	5,0	7,0	2,7

Saarland	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	803	834	868	900	971	1.083
Wachstumsrate in %	2,0	3,9	4,1	3,7	7,8	11,5
Zuweisungen des Landes	723	751	801	862	955	928
Wachstumsrate in %	8,0	3,8	6,7	7,6	10,8	-2,8
Gebühren	74	77	83	73	80	164
Wachstumsrate in %	-15,4	4,3	6,6	-11,3	9,8	103,9
Sonstige Einnahmen	319	352	361	378	450	303
Wachstumsrate in %	12,6	10,5	2,5	4,7	19,0	-32,7
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	1.919	2.014	2.113	2.214	2.457	2.478
Wachstumsrate in %	5,0	4,9	4,9	4,8	11,0	0,9

Sachsen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	2.721	2.872	2.965	3.180	3.432	3.573
Wachstumsrate in %	4,9	5,6	3,2	7,2	7,9	4,1
Zuweisungen des Landes	4.842	5.202	5.082	5.471	5.591	5.927
Wachstumsrate in %	9,8	7,4	-2,3	7,7	2,2	6,0
Gebühren	619	645	668	676	709	725
Wachstumsrate in %	3,9	4,3	3,6	1,2	4,9	2,3
Sonstige Einnahmen	1.520	1.497	1.839	1.908	1.572	1.679
Wachstumsrate in %	17,5	-1,5	22,8	3,8	-17,6	6,8
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	9.702	10.216	10.555	11.236	11.303	11.904
Wachstumsrate in %	9,1	5,3	3,3	6,5	0,6	5,3

Sachsen-Anhalt	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	1.393	1.446	1.514	1.679	1.703	1.815
Wachstumsrate in %	3,6	3,8	4,7	10,9	1,4	6,5
Zuweisungen des Landes	2.762	2.711	2.835	2.967	3.044	3.129
Wachstumsrate in %	5,0	-1,8	4,6	4,7	2,6	2,8
Gebühren	377	401	394	391	400	397
Wachstumsrate in %	4,5	6,5	-1,9	-0,8	2,4	-0,7
Sonstige Einnahmen	652	651	658	697	709	694
Wachstumsrate in %	-8,4	-0,2	1,1	5,9	1,7	-2,2
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	5.184	5.209	5.401	5.734	5.856	6.034
Wachstumsrate in %	2,7	0,5	3,7	6,2	2,1	3,0

Schleswig-Holstein	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	2.530	2.542	2.768	2.936	3.215	3.384
Wachstumsrate in %	9,9	0,5	8,9	6,1	9,5	5,3
Zuweisungen des Landes	2.553	2.727	3.006	3.238	3.559	3.605
Wachstumsrate in %	5,9	6,8	10,2	7,7	9,9	1,3
Gebühren	595	610	634	685	691	692
Wachstumsrate in %	2,9	2,5	4,0	7,9	1,0	0,2
Sonstige Einnahmen	1.234	1.352	1.311	1.464	1.528	1.440
Wachstumsrate in %	1,4	9,6	-3,0	11,7	4,4	-5,8
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	6.912	7.232	7.719	8.322	8.993	9.121
Wachstumsrate in %	6,2	4,6	6,7	7,8	8,1	1,4

Thüringen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern (netto)	1.346	1.357	1.478	1.573	1.685	1.807
Wachstumsrate in %	5,5	0,8	8,9	6,4	7,1	7,3
Zuweisungen des Landes	2.624	2.656	2.721	2.768	2.746	2.937
Wachstumsrate in %	4,0	1,2	2,4	1,7	-0,8	6,9
Gebühren	297	301	321	341	343	341
Wachstumsrate in %	1,0	1,5	6,5	6,4	0,7	-0,9
Sonstige Einnahmen	688	719	658	695	693	677
Wachstumsrate in %	5,3	4,5	-8,5	5,6	-0,3	-2,4
Bereinigte Einnahmen (gesamt)	4.956	5.034	5.178	5.377	5.468	5.761
Wachstumsrate in %	4,4	1,6	2,9	3,9	1,7	5,4

Die kommunalen Einnahmen stiegen im Zeitraum zwischen 2013 und 2018 um 54,9 Mrd. Euro, entsprechend einem prozentualen Anstieg von 27,5 Prozent. Die Gründe für den Anstieg sind vielfältig.

So stiegen die kommunalen Steuereinnahmen seit 2009 durchgehend an, von 2016 bis 2018 um jeweils mehr als 5 Prozent, und lagen im Jahr 2018 erstmals über 100 Mrd. Euro. Somit konnten die Kommunen durch ihre wirtschaftsbezogenen Steuerquellen an der guten konjunkturellen Lage Deutschlands partizipieren.

Gleichzeitig stellen die Zuweisungen des Landes, beispielsweise als Schlüsselzuweisungen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs oder als Investitionszuweisungen zur Realisierung konkreter kommunaler Investitionsvorhaben, einen wichtigen Einnahmeposten für die Kommunen dar. Die Zuweisungen der Länder stiegen in den Jahren 2013 bis 2016 jeweils noch stärker als die Steuereinnahmen und beliefen sich bundesweit im Jahr 2018 auf insgesamt 96,9 Mrd. Euro.

Hinter den Zuweisungen der Länder verbirgt sich neben originären Mitteln der Länder auch die Weitergabe von Leistungen des Bundes, die wie insbesondere die zahlreichen Entlastungen bei den Sozialausgaben und die Förderung kommunaler Investitionen aus Bundesmitteln über die Landeshaushalte an die Kommunen fließen. Zudem hat der Bund über eine Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils (vgl. hierzu die Antwort zu Frage 35) auch zur Erhöhung der gemeindlichen Steuereinnahmen und somit insgesamt maßgeblich zur strukturellen Verbesserung der kommunalen Einnahmen beigetragen.

12. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung die höchsten und welche die niedrigsten Einnahmen je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018 (bitte jeweilige Einnahmehöhe mit aufführen und Bundesländerzugehörigkeit kenntlich machen)?

Die nachfolgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Kommunen mit den höchsten bzw. niedrigsten Einnahmen je Einwohner im Jahr 2018.

Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner	Bundesland
010560025025	Helgoland	54.163	Schleswig-Holstein
091840122122	Grünwald	17.974	Bayern
010540108108	Reußenköge	16.600	Schleswig-Holstein
084155006058	Gemeinde Pfronstetten	15.712	Baden-Württemberg
073390030030	Ingelheim am Rhein, Stadt	14.156	Rheinland-Pfalz
091840147147	Unterföhring	13.524	Bayern
082260095095	Stadt Walldorf	13.320	Baden-Württemberg
081360050050	Stadt Oberkochen	10.820	Baden-Württemberg
120610433433	Schönefeld	10.558	Brandenburg
051580026026	Monheim am Rhein	9.773	Nordrhein-Westfalen
010545459000	Amt Pellworm	9.646	Schleswig-Holstein
091840120120	Gräfelfing	8.610	Bayern
064360003003	Eschborn, Stadt	8.318	Hessen
146265237490	Schleife	8.253	Sachsen
120650193193	Liebenwalde	7.870	Brandenburg
091840139139	Pullach i.Isartal	7.778	Bayern
081365003060	Gemeinde Rosenberg (LKR Ostalbkreis)	7.589	Baden-Württemberg
083255004051	Stadt Schiltach	7.371	Baden-Württemberg
083275002007	Gemeinde Bubsheim	7.037	Baden-Württemberg
091880137137	Pöcking	6.774	Bayern
<hr/>			
145215115430	Niederwürschnitz	1.210	Sachsen
145235107130	Grünbach	1.205	Sachsen
146265232570	Vierkirchen	1.203	Sachsen
146250590590	Steinigwolmsdorf	1.200	Sachsen
160650032032	Helbedündorf	1.193	Thüringen
034570017017	Ostrhauderfehn	1.182	Niedersachsen
160655006000	VG: Mittelzentrum Artern	1.166	Thüringen
146265502440	Quitzdorf am See	1.158	Sachsen
160620049049	Sollstedt	1.156	Thüringen
145215101340	Königswalde	1.156	Sachsen
146260530530	Seifhennersdorf, Stadt	1.148	Sachsen
160720023023	Frankenblick	1.139	Thüringen
146265224070	Dürrhennersdorf	1.133	Sachsen
146255212390	Obergurig	1.116	Sachsen
160770028028	Lucka, Stadt	1.107	Thüringen
145225102550	Taura	1.080	Sachsen
033589501501	Osterheide	1.076	Niedersachsen
145235402050	Bergen	1.066	Sachsen
145235131230	Mühlental	1.059	Sachsen
031590013013	Friedland	969	Niedersachsen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

13. Welche zehn deutschen Kommunen je Flächenland verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung die höchsten und welche zehn deutschen Kommunen je Flächenland die niedrigsten Einnahmen je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018 (bitte jeweilige Einnahmehöhe mit auf-führen)?

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die zehn Kommunen je Flächenland mit den höchsten bzw. niedrigsten Einnahmen je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018. Die Daten stammen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Baden-Württemberg		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
084155006058	Gemeinde Pfronstetten	15.712
082260095095	Stadt Walldorf	13.320
081360050050	Stadt Oberkochen	10.820
081365003060	Gemeinde Rosenberg (LKR Ostalbkreis)	7.589
083255004051	Stadt Schiltach	7.371
083275002007	Gemeinde Bubsheim	7.037
083175002114	Gemeinde Rust	6.219
081110000000	Landeshauptstadt Stuttgart	5.605
083275002019	Gemeinde Gosheim	5.508
084265003021	Große Kreisstadt Biberach an der Riß	5.414
082165001006	Gemeinde Bischweier	1.806
084365001077	Gemeinde Unterwaldhausen	1.787
082265004059	Gemeinde Neulußheim	1.772
083365004082	Gemeinde Schwörstadt	1.762
084175006071	Gemeinde Weilen unter den Rinnen	1.761
082260036036	Gemeinde Ilvesheim	1.755
083155003020	Gemeinde Buchenbach	1.727
084365001040	Gemeinde Guggenhausen	1.697
082255006010	Gemeinde Binau	1.528
084255010125	Gemeinde Unterwachingen	1.322

Bayern		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
091840122122	Grünwald	17.974
091840147147	Unterföhring	13.524
091840120120	Gräfelfing	8.610
091840139139	Pullach i. Isartal	7.778
091880137137	Pöcking	6.774
091840130130	Ismaning	6.269
092790112112	Dingolfing, Stadt	5.916
091890118118	Fridolfing	5.817
091840112112	Aschheim	5.380
091860139139	Münchsmünster	5.341
094710150150	Kemmern	1.613
091790118118	Eichenau	1.605
094710191191	Stegaurach	1.604
096780132132	Geldersheim	1.595
097760122122	Opfenbach	1.594
094710208208	Walsdorf	1.571
093720175175	Willmering	1.513
096780160160	Niederwerrn	1.491
093750213213	Zeitlarn	1.452
096775623000	VGem Gemünden a. Main	1.307

Brandenburg		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
120610433433	Schönefeld	10.558
120650193193	Liebenwalde	7.870
120720014014	Baruth/Mark	4.766
120530000000	Frankfurt (Oder)	4.153
120540000000	Potsdam	4.109
120510000000	Brandenburg an der Havel	4.088
120520000000	Cottbus	3.946
120630357357	Wustermark	3.500
120715101000	Amt Burg (Spreewald)	3.033
120625205000	Amt Kleine Elster (Niederlausitz)	2.994
120700149149	Gumtow	1.648
120600198198	Schorfheide	1.615
120650084084	Fürstenberg/Havel	1.585
120670473473	Steinhöfel	1.550
120730384384	Lychen	1.542
120670544544	Woltersdorf	1.526
120675701000	Amt Brieskow-Finkenheerd	1.513
120720312312	Nuthe-Urstromtal	1.512
120670124124	Erkner	1.501
120640512512	Wriezen	1.407

Hessen		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
064360003003	Eschborn, Stadt	8.318
064350003003	Biebergemünd	5.303
066320016016	Philippsthal (Werra), Marktgemeinde	4.970
064120000000	Frankfurt am Main, Stadt	4.967
064140000000	Wiesbaden, Landeshauptstadt	4.333
066110000000	Kassel, documenta-Stadt	4.234
064360012012	Sulzbach (Taunus)	4.165
064110000000	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	3.790
064400003003	Bad Vilbel, Stadt	3.611
064130000000	Offenbach am Main, Stadt	3.551
066310017017	Künzell	1.582
066340017017	Neukirchen, Stadt	1.582
066330012012	Helsa	1.568
064380004004	Hainburg	1.545
066330019019	Nieste	1.524
066310002002	Burghaun, Marktgemeinde	1.513
065320020020	Sinn	1.511
066330006006	Bad Emstal	1.498
066360010010	Ringgau	1.492
066360009009	Neu-Eichenberg	1.484

Mecklenburg-Vorpommern		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
130040000000	Schwerin, Landeshauptstadt	3.289
130735354000	Amt Darß/Fischland	3.234
130030000000	Rostock, Hansestadt	3.221
130735359000	Amt Nord-Rügen	2.631
130765667000	Amt Zarrentin	2.609
130715162000	Amt Stavenhagen	2.571
130730105105	Zingst	2.529
130710027027	Dargun, Stadt	2.463
130720106106	Teterow, Stadt	2.392
130715158000	Amt Penzliner Land	2.337
130745459000	Amt Schönberger Land	1.376
130750130130	Strasburg (Uckermark), Stadt	1.375
130745455000	Amt Lützw-Lübstorf	1.369
130725263000	Amt Warnow-West	1.363
130755560000	Amt Uecker-Randow-Tal	1.323
130720091091	Sanitz	1.305
130720074074	Neubukow, Stadt	1.301
130710033033	Feldberger Seenlandschaft	1.274
130745453000	Amt Grevesmühlen-Land	1.245
130735356000	Amt Miltzow	1.232

Niedersachsen		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
034620007007	Langeoog	6.308
034520013013	Juist, Inselgemeinde	5.786
034550021021	Wangerooge, Nordseebad	5.444
034620014014	Spiekeroog	4.969
034520020020	Norderney, Stadt	4.382
032410001001	Hannover, Landeshauptstadt	4.357
031590016016	Göttingen, Stadt	4.050
031030000000	Wolfsburg, Stadt	3.679
034570002002	Borkum, Stadt	3.659
033550022022	Lüneburg, Hansestadt	3.449
033605405	SGB Suderburg	1.302
031590002002	Bad Grund (Harz)	1.290
031550003003	Dassel, Stadt	1.287
033510025025	Eschede	1.283
031590034034	Staufenberg	1.280
034520023023	Südbrookmerland	1.244
032550008008	Delligsen, Flecken	1.238
034570017017	Ostrhauderfehn	1.182
033589501501	Osterheide	1.076
031590013013	Friedland	969

Nordrhein-Westfalen		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
051580026026	Monheim am Rhein	10.812
051130000000	Essen	5.155
051110000000	Düsseldorf	4.525
051170000000	Mülheim an der Ruhr	4.264
059130000000	Dortmund	4.105
053140000000	Bonn	4.102
059150000000	Hamm	4.084
055130000000	Gelsenkirchen	4.018
053150000000	Köln	3.941
057110000000	Bielefeld	3.931
057580036036	Vlotho	1.739
057700036036	Preußisch Oldendorf	1.730
053820072072	Wachtberg	1.719
053820052052	Ruppichteroth	1.718
055700016016	Drensteinfurt	1.700
057580016016	Hiddenhausen	1.699
059700044044	Wilnsdorf	1.686
055540036036	Legden	1.665
055700012012	Beelen	1.549
053820004004	Alfter	1.535

Rheinland-Pfalz		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
073390030030	Ingelheim am Rhein, Stadt	14.156
073390009009	Budenheim	4.390
072110000000	Trier, Stadt	3.574
073120000000	Kaiserslautern, Stadt	3.555
073140000000	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	3.552
073170000000	Pirmasens, Stadt	3.535
073340501501	Wörth am Rhein, Stadt	3.370
071110000000	Koblenz, Stadt	3.344
073200000000	Zweibrücken, Stadt	3.251
071385001000	Verbandsgemeinde Asbach	3.227
073355004000	Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd	1.520
071310077077	Sinzig, Stadt	1.519
073385007000	Verbandsgemeinde Römerberg-Dudenhofen	1.509
073375001000	Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels	1.507
073385006000	Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim	1.497
073315007000	Verbandsgemeinde Wonnegau	1.491
073380025025	Schifferstadt, Stadt	1.450
073315002000	Verbandsgemeinde Eich	1.432
073405003000	Verbandsgemeinde Pirmasens-Land	1.412
073405004000	Verbandsgemeinde Rodalben	1.384

Saarland		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
10042113	Merzig	2.914
10041100	Saarbrücken	2.551
10041519	Völklingen,	2.549
10046117	St. Wendel	2.235
10043114	Neunkirchen	2.197
10045117	St. Ingbert	2.159
10044123	Ensdorf	2.087
10046111	Freisen	2.078
10046115	Nonnweiler	2.028
10045114	Homburg	2.018
10044118	Schwalbach	1.589
10043111	Eppelborn	1.584
10043112	Illingen	1.579
10041514	Kleinblittersdorf	1.574
10043117	Spiesen-Elversberg	1.556
10042111	Beckingen	1.493
10044114	Rehlingen-Siersburg	1.486
10041515	Püttlingen	1.471
10044120	Wadgassen	1.438
10041517	Riegelsberg	1.398

Sachsen		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
146265237490	Schleife	8.253
145215133420	Niederdorf	3.612
146285221370	Stadt Wehlen, Stadt	3.544
146250570570	Spreetal	3.324
146255501470	Räckelwitz	3.322
147130000000	Leipzig, Stadt	3.130
145110000000	Chemnitz, Stadt	3.089
146120000000	Dresden, Stadt	3.059
146285219210	Königstein/Sächs. Schw. Stadt	2.947
146285219310	Rathen, Kurort	2.943
146265232570	Vierkirchen	1.203
146250590590	Steinigtwolmsdorf	1.200
146265502440	Quitzdorf am See	1.158
145215101340	Königswalde	1.156
146260530530	Seifhennersdorf, Stadt	1.148
146265224070	Dürrehennersdorf	1.133
146255212390	Obergurig	1.116
145225102550	Taura	1.080
145235402050	Bergen	1.066
145235131230	Mühlental	1.059

Sachsen-Anhalt		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
150840315315	Lützen, Stadt	6.085
150880205205	Leuna, Stadt	4.432
150830040040	Barleben	3.879
150905052000	VBG Elbe-Havel-Land	3.147
150020000000	Halle (Saale), Stadt	3.078
150030000000	Magdeburg, Landeshauptstadt	3.073
150010000000	Dessau-Roßlau, Stadt	2.828
150890026026	Barby, Stadt	2.631
150880195195	Landsberg, Stadt	2.535
150830490490	Sülzetal	2.347
150820377377	Südliches Anhalt, Stadt	1.367
150880319319	Salzatal	1.357
150900550550	Tangermünde, Stadt	1.357
150870386386	Seegebiet Mansfelder Land	1.345
150890175175	Hecklingen, Stadt	1.335
150850185185	Huy	1.305
150860055055	Gommern, Stadt	1.280
150880305305	Querfurt, Stadt	1.255
150910020020	Bad Schmiedeberg, Stadt	1.245
150875052000	VBG Mansfelder Grund-Helbra	1.238

Schleswig-Holstein		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
010560025025	Helgoland	54.163
010540108108	Reußenköge	16.600
010545459000	Amt Pellworm	9.646
010545439000	Amt Landschaft Sylt	5.033
010540168168	Sylt	4.951
010020000000	Kiel, Landeshauptstadt	4.216
010030000000	Lübeck, Hansestadt	4.119
010010000000	Flensburg, Stadt	3.990
010510011011	Brunsbüttel, Stadt	3.955
010040000000	Neumünster, Stadt	3.900
010560021021	Hasloh	1.471
010595915000	Amt Haddeby	1.466
010570001001	Ascheberg (Holstein)	1.466
010580169169	Wasbek	1.462
010570009009	Bösdorf	1.446
010595920000	Amt Kappeln-Land	1.436
010565690000	Amt Geest und Marsch Südholstein	1.425
010550028028	Malente	1.412
010605086000	Amt Trave-Land	1.393
010605048000	Amt Kisdorf	1.366

Thüringen		
Regionalschlüssel	Name	Einnahmen je Einwohner
160700028028	Amt Wachsenburg	4.036
160510000000	Erfurt, Stadt	3.211
160530000000	Jena, Stadt	3.010
160540000000	Suhl, Stadt	2.953
160550000000	Weimar, Stadt	2.892
160560000000	Eisenach, Stadt	2.874
160660047047	Oberhof, Stadt	2.856
160520000000	Gera, Stadt	2.820
160680058058	Weißensee, Stadt	2.750
160675050000	EG: Ohrdruf, Stadt	2.664
160760089089	Kraftsdorf	1.258
160725050000	EG: Schalkau, Stadt	1.256
160650061061	Roßleben, Stadt	1.233
160620062062	Hohenstein	1.222
160760092092	Auma-Weidatal, Stadt	1.210
160650032032	Helbedündorf	1.193
160655006000	VG: Mittelzentrum Artern	1.166
160620049049	Sollstedt	1.156
160720023023	Frankenblick	1.139
160770028028	Lucka, Stadt	1.107

14. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der kommunalen Einnahmen im Zeitraum von 2013 bis 2018, auch im Vergleich zur Einnahmesituation der Länder und des Bundes im benannten Zeitraum, und wie erklärt sie sich diese?

Im Vergleich zu Ländern und Bund ist ein paralleler Wachstumspfad der kommunalen Einnahmen zu erkennen. Im Besonderen ist der Anteil kommunaler Einnahmen an den Einnahmen aller Gebietskörperschaften seit 2013 relativ konstant (25 Prozent im Jahr 2018 gegenüber 24,4 Prozent im Jahr 2013). Ein Grund für die parallele, positive Entwicklung ist die Effektivität der Steuerverteilung und der kommunalen Finanzausgleichssysteme, durch welche die verschiedenen staatlichen Ebenen an Anstiegen im Gesamtsteueraufkommen beteiligt werden.

Hinsichtlich der Bewertung der kommunalen Einnahmeentwicklung wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

15. Wie haben sich die kommunalen Ausgaben im Zeitraum von 2013 bis 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung entwickelt, und welche Gründe bestehen aus Sicht der Bundesregierung für diese Entwicklung (bitte Entwicklung der einzelnen Ausgabenarten separat und nach Bundesländern aufgeschlüsselt auflühren und prozentuale Veränderung mit angeben)?

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der kommunalen Ausgaben (Kernhaushalte, in Mio. Euro) im Zeitraum von 2013 bis 2018, aufgeschlüsselt nach Ausgabearten sowie Bundesländern. Die Tabellen basieren auf Daten des Statistischen Bundesamtes (2013 bis 2017: Rechnungsstatistik, 2018: Kassenstatistik) sowie, hinsichtlich der Wachstumsraten, eigenen Berechnungen.

Deutschland	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	50.287	52.379	54.089	56.802	59.412	62.122
Wachstumsrate in %	4,3	4,2	3,3	5,0	4,6	4,6
Laufender Sachaufwand	42.277	44.194	46.099	48.886	50.082	51.140
Wachstumsrate in %	6,6	4,5	4,3	6,0	2,4	2,1
Soziale Leistungen	47.238	49.203	53.437	59.161	59.309	59.074
Wachstumsrate in %	5,6	4,2	8,6	10,7	0,3	-0,4
Sachinvestitionen	20.808	22.067	21.969	23.704	24.342	27.600
Wachstumsrate in %	5,5	6,0	-0,4	7,9	2,7	13,4
Zinsausgaben	3.764	3.499	3.252	3.053	2.774	2.469
Wachstumsrate in %	-6,4	-7,0	-7,1	-6,1	-9,1	-11,0
Sonstige Ausgaben	33.163	33.921	36.750	37.906	39.810	42.854
Wachstumsrate in %	6,8	2,3	8,3	3,1	5,0	7,6
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	197.537	205.262	215.596	229.511	235.730	245.259
Wachstumsrate in %	5,4	3,9	5,0	6,5	2,7	4,0

Baden-Württemberg	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	7.724	8.090	8.549	9.033	9.500	9.918
Wachstumsrate in %	4,8	4,7	5,7	5,7	5,2	4,4
Laufender Sachaufwand	5.864	6.136	6.494	7.069	7.255	7.324
Wachstumsrate in %	8,1	4,6	5,8	8,8	2,6	0,9
Soziale Leistungen	5.036	5.294	5.612	6.331	6.658	6.540
Wachstumsrate in %	7,0	5,1	6,0	12,8	5,2	-1,8
Sachinvestitionen	4.037	4.282	4.396	4.981	4.693	5.044
Wachstumsrate in %	16,8	6,1	2,7	13,3	-5,8	7,5
Zinsausgaben	260	233	213	190	176	149
Wachstumsrate in %	-6,9	-10,3	-8,8	-10,7	-7,3	-15,1
Sonstige Ausgaben	7.462	7.562	7.914	8.239	8.788	9.487
Wachstumsrate in %	16,4	1,3	4,6	4,1	6,7	8,0
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	30.383	31.597	33.177	35.843	37.070	38.462
Wachstumsrate in %	9,9	4,0	5,0	8,0	3,4	3,8

Bayern	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	8.055	8.455	8.656	9.286	9.738	10.257
Wachstumsrate in %	4,9	5,0	2,4	7,3	4,9	5,3
Laufender Sachaufwand	6.396	6.670	6.964	7.284	7.773	7.912
Wachstumsrate in %	5,3	4,3	4,4	4,6	6,7	1,8
Soziale Leistungen	6.175	6.629	7.569	8.399	8.164	8.029
Wachstumsrate in %	5,7	7,3	14,2	11,0	-2,8	-1,6
Sachinvestitionen	5.841	6.133	6.553	6.570	7.093	8.040
Wachstumsrate in %	10,1	5,0	6,8	0,3	8,0	13,4
Zinsausgaben	499	420	382	343	304	276
Wachstumsrate in %	-7,6	-15,8	-9,0	-10,3	-11,4	-9,2
Sonstige Ausgaben	5.521	5.528	6.187	5.852	6.417	7.428
Wachstumsrate in %	10,9	0,1	11,9	-5,4	9,6	15,8
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	32.488	33.834	36.311	37.735	39.489	41.943
Wachstumsrate in %	6,8	4,1	7,3	3,9	4,7	6,2

Brandenburg	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	1.881	1.951	1.997	2.079	2.167	2.283
Wachstumsrate in %	4,0	3,7	2,4	4,1	4,2	5,4
Laufender Sachaufwand	1.428	1.470	1.539	1.678	1.731	1.794
Wachstumsrate in %	6,1	2,9	4,7	9,1	3,2	3,6
Soziale Leistungen	1.484	1.528	1.630	1.766	1.777	1.782
Wachstumsrate in %	4,1	3,0	6,6	8,3	0,7	0,3
Sachinvestitionen	642	719	588	554	636	732
Wachstumsrate in %	-4,9	12,0	-18,3	-5,8	14,8	15,2
Zinsausgaben	50	44	38	41	27	24
Wachstumsrate in %	-10,3	-11,6	-14,3	9,3	-34,8	-12,3
Sonstige Ausgaben	871	907	954	1.032	1.079	1.124
Wachstumsrate in %	-2,1	4,2	5,2	8,2	4,5	4,2
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	6.356	6.619	6.745	7.150	7.416	7.738
Wachstumsrate in %	2,5	4,1	1,9	6,0	3,7	4,3

Hessen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	4.154	4.375	4.481	4.728	4.912	5.153
Wachstumsrate in %	3,6	5,3	2,4	5,5	3,9	4,9
Laufender Sachaufwand	3.882	4.005	4.471	4.676	4.823	4.981
Wachstumsrate in %	8,4	3,2	11,6	4,6	3,1	3,3
Soziale Leistungen	4.420	4.577	4.830	5.429	5.495	5.521
Wachstumsrate in %	1,2	3,6	5,5	12,4	1,2	0,5
Sachinvestitionen	1.448	1.482	1.375	1.484	1.595	1.787
Wachstumsrate in %	-9,0	2,3	-7,2	7,9	7,5	12,0
Zinsausgaben	522	517	505	459	425	398
Wachstumsrate in %	0,0	-1,0	-2,4	-9,1	-7,5	-6,3
Sonstige Ausgaben	2.667	2.585	2.699	2.798	2.921	3.019
Wachstumsrate in %	-12,7	-3,1	4,4	3,7	4,4	3,4
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	17.094	17.539	18.361	19.574	20.171	20.858
Wachstumsrate in %	-0,2	2,6	4,7	6,6	3,0	3,4

Mecklenburg-Vorpommern	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	967	1.002	997	1.016	1.038	1.074
Wachstumsrate in %	3,4	3,5	-0,5	1,9	2,2	3,5
Laufender Sachaufwand	875	919	965	1.050	1.050	1.026
Wachstumsrate in %	4,9	5,1	4,9	8,9	0,0	-2,3
Soziale Leistungen	1.172	1.213	1.274	1.316	1.289	1.283
Wachstumsrate in %	3,4	3,5	5,0	3,3	-2,1	-0,5
Sachinvestitionen	368	416	372	363	396	522
Wachstumsrate in %	7,9	13,0	-10,6	-2,4	9,0	32,0
Zinsausgaben	63	58	45	38	31	29
Wachstumsrate in %	-9,0	-7,9	-22,3	-15,1	-18,7	-7,7
Sonstige Ausgaben	494	435	468	469	487	591
Wachstumsrate in %	4,1	-12,0	7,6	0,3	3,8	21,4
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	3.940	4.044	4.121	4.253	4.290	4.525
Wachstumsrate in %	4,0	2,6	1,9	3,2	0,9	5,5

Niedersachsen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	4.877	5.103	5.298	5.488	5.821	6.135
Wachstumsrate in %	4,8	4,6	3,8	3,6	6,1	5,4
Laufender Sachaufwand	4.067	4.173	4.281	4.640	4.714	4.842
Wachstumsrate in %	9,0	2,6	2,6	8,4	1,6	2,7
Soziale Leistungen	5.499	5.729	6.167	7.062	7.014	7.154
Wachstumsrate in %	5,8	4,2	7,6	14,5	-0,7	2,0
Sachinvestitionen	1.828	1.906	1.926	2.240	2.155	2.400
Wachstumsrate in %	13,7	4,3	1,0	16,3	-3,8	11,4
Zinsausgaben	370	345	317	291	267	249
Wachstumsrate in %	-8,8	-6,7	-8,0	-8,3	-8,1	-7,0
Sonstige Ausgaben	2.349	2.613	2.586	2.562	2.746	3.172
Wachstumsrate in %	2,0	11,3	-1,0	-0,9	7,2	15,5
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	18.989	19.869	20.575	22.283	22.717	23.951
Wachstumsrate in %	6,1	4,6	3,6	8,3	2,0	5,4

Nordrhein-Westfalen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	12.202	12.544	12.978	13.546	14.236	14.806
Wachstumsrate in %	4,2	2,8	3,5	4,4	5,1	4,0
Laufender Sachaufwand	11.968	12.783	13.124	13.886	13.969	14.151
Wachstumsrate in %	4,6	6,8	2,7	5,8	0,6	1,3
Soziale Leistungen	14.348	14.795	16.012	17.438	17.566	17.640
Wachstumsrate in %	7,1	3,1	8,2	8,9	0,7	0,4
Sachinvestitionen	2.753	3.123	3.020	3.468	3.367	4.088
Wachstumsrate in %	7,2	13,5	-3,3	14,8	-2,9	21,4
Zinsausgaben	1.211	1.152	1.074	1.073	994	837
Wachstumsrate in %	-8,6	-4,9	-6,7	-0,1	-7,3	-15,8
Sonstige Ausgaben	7.962	8.261	9.250	10.090	10.457	10.736
Wachstumsrate in %	5,4	3,8	12,0	9,1	3,6	2,7
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	50.443	52.658	55.458	59.501	60.588	62.258
Wachstumsrate in %	5,1	4,4	5,3	7,3	1,8	2,8

Rheinland-Pfalz	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	2.604	2.715	2.802	2.970	3.075	3.198
Wachstumsrate in %	4,2	4,3	3,2	6,0	3,5	4,0
Laufender Sachaufwand	1.865	1.938	1.981	2.104	2.139	2.302
Wachstumsrate in %	2,7	3,9	2,2	6,2	1,7	7,6
Soziale Leistungen	2.416	2.525	2.826	3.157	3.155	3.094
Wachstumsrate in %	5,5	4,5	11,9	11,7	-0,1	-1,9
Sachinvestitionen	997	1.020	968	1.007	1.078	1.153
Wachstumsrate in %	-6,5	2,3	-5,1	4,0	7,0	7,0
Zinsausgaben	316	304	287	272	249	239
Wachstumsrate in %	-1,9	-3,9	-5,4	-5,5	-8,4	-3,8
Sonstige Ausgaben	1.251	1.191	1.246	1.233	1.375	1.349
Wachstumsrate in %	12,7	-4,8	4,7	-1,1	11,5	-1,8
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	9.449	9.692	10.111	10.742	11.070	11.336
Wachstumsrate in %	3,8	2,6	4,3	6,2	3,1	2,4

Saarland	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	641	676	691	727	756	781
Wachstumsrate in %	3,7	5,5	2,2	5,2	4,0	3,2
Laufender Sachaufwand	420	435	446	463	486	499
Wachstumsrate in %	4,4	3,5	2,7	3,7	5,0	2,7
Soziale Leistungen	513	540	596	651	621	585
Wachstumsrate in %	18,2	5,3	10,4	9,4	-4,7	-5,7
Sachinvestitionen	156	180	181	141	157	179
Wachstumsrate in %	19,4	15,4	0,9	-22,2	11,4	13,4
Zinsausgaben	83	78	78	74	68	62
Wachstumsrate in %	5,6	-5,5	0,1	-5,3	-8,5	-8,8
Sonstige Ausgaben	280	252	264	233	254	323
Wachstumsrate in %	-2,4	-10,0	5,1	-12,0	9,3	27,0
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	2.091	2.160	2.257	2.289	2.342	2.428
Wachstumsrate in %	7,3	3,3	4,5	1,4	2,3	3,7

Sachsen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	2.624	2.726	2.772	2.881	2.966	3.094
Wachstumsrate in %	3,4	3,9	1,7	3,9	3,0	4,3
Laufender Sachaufwand	2.002	2.117	2.159	2.119	2.177	2.282
Wachstumsrate in %	14,7	5,7	2,0	-1,9	2,7	4,8
Soziale Leistungen	2.116	2.190	2.362	2.642	2.658	2.608
Wachstumsrate in %	4,6	3,5	7,9	11,8	0,6	-1,9
Sachinvestitionen	998	1.044	903	1.130	1.254	1.418
Wachstumsrate in %	-16,3	4,5	-13,5	25,1	11,0	13,1
Zinsausgaben	96	84	71	63	52	41
Wachstumsrate in %	-8,2	-12,8	-15,2	-10,9	-18,9	-19,7
Sonstige Ausgaben	1.575	1.722	2.257	2.214	2.046	2.145
Wachstumsrate in %	10,9	9,3	31,0	-1,9	-7,6	4,8
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	9.412	9.882	10.525	11.048	11.153	11.589
Wachstumsrate in %	4,3	5,0	6,5	5,0	0,9	3,9

Sachsen-Anhalt	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	1.544	1.611	1.646	1.705	1.751	1.815
Wachstumsrate in %	4,0	4,3	2,2	3,6	2,7	3,7
Laufender Sachaufwand	1.279	1.251	1.282	1.322	1.340	1.358
Wachstumsrate in %	14,3	-2,2	2,5	3,1	1,4	1,3
Soziale Leistungen	927	930	1.006	1.075	1.079	1.063
Wachstumsrate in %	2,4	0,4	8,2	6,8	0,4	-1,5
Sachinvestitionen	448	535	438	467	487	627
Wachstumsrate in %	-17,5	19,5	-18,2	6,8	4,3	28,6
Zinsausgaben	91	78	66	55	45	38
Wachstumsrate in %	-16,3	-14,6	-15,1	-16,7	-18,4	-15,9
Sonstige Ausgaben	754	805	827	863	925	978
Wachstumsrate in %	-1,4	6,8	2,7	4,4	7,1	5,8
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	5.043	5.209	5.265	5.487	5.627	5.879
Wachstumsrate in %	2,4	3,3	1,1	4,2	2,6	4,5

Schleswig-Holstein	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	1.623	1.699	1.763	1.851	1.949	2.061
Wachstumsrate in %	4,4	4,7	3,8	5,0	5,3	5,8
Laufender Sachaufwand	1.345	1.402	1.484	1.633	1.643	1.673
Wachstumsrate in %	3,1	4,3	5,8	10,1	0,6	1,9
Soziale Leistungen	1.986	2.073	2.297	2.543	2.508	2.460
Wachstumsrate in %	5,4	4,4	10,8	10,7	-1,4	-1,9
Sachinvestitionen	694	661	714	765	829	944
Wachstumsrate in %	6,4	-4,8	8,0	7,1	8,5	13,7
Zinsausgaben	124	113	109	102	94	89
Wachstumsrate in %	-2,1	-8,4	-3,6	-7,1	-7,5	-5,5
Sonstige Ausgaben	1.185	1.283	1.326	1.480	1.466	1.624
Wachstumsrate in %	2,1	8,3	3,4	11,5	-0,9	10,8
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	6.957	7.231	7.694	8.373	8.489	8.851
Wachstumsrate in %	4,1	3,9	6,4	8,8	1,4	4,3

Thüringen	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personalausgaben	1.389	1.433	1.458	1.491	1.503	1.548
Wachstumsrate in %	2,8	3,2	1,7	2,3	0,8	3,0
Laufender Sachaufwand	886	896	907	962	982	997
Wachstumsrate in %	5,0	1,1	1,2	6,0	2,1	1,5
Soziale Leistungen	1.146	1.180	1.256	1.352	1.324	1.314
Wachstumsrate in %	3,2	3,0	6,4	7,6	-2,0	-0,8
Sachinvestitionen	597	565	537	535	603	667
Wachstumsrate in %	0,6	-5,4	-5,0	-0,3	12,6	10,6
Zinsausgaben	80	73	66	53	44	39
Wachstumsrate in %	-4,6	-8,5	-10,0	-20,2	-17,0	-11,9
Sonstige Ausgaben	793	778	772	841	851	878
Wachstumsrate in %	6,8	-1,9	-0,9	8,9	1,2	3,2
Bereinigte Ausgaben (gesamt)	4.892	4.927	4.996	5.234	5.307	5.442
Wachstumsrate in %	3,5	0,7	1,4	4,8	1,4	2,6

Der Anstieg der kommunalen Ausgaben im Zeitraum 2013 bis 2018 liegt im Trend der Ausgabeentwicklung aller Gebietskörperschaftsarten. Die Gründe für den Anstieg sind vielfältig.

So stiegen über den Betrachtungszeitraum beispielsweise die Sozialausgaben der Kommunen weiter an. Allerdings lassen diese Zahlen nur bedingt Rückschlüsse auf eine erhöhte finanzielle Belastung der Kommunen zu, da sich auch die Kostenerstattung durch den Bund im Bereich der Sozialkosten in den letzten Jahren erhöht hat. Somit überzeichnen die Bruttosozialausgaben der Kommunen deren tatsächliche Belastung deutlich. Die im Betrachtungszeitraum stark schwankenden Wachstumsraten erklären sich insbesondere durch den starken Anstieg und anschließenden Rückgang der Kosten für die Asylbewerberleistungen. Da auch diese zu einem signifikanten Teil vom Bund getragen werden, beispielsweise durch eine komplette Erstattung der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft und Heizung durch den Bund seit 2016, überzeichnen die hohen Wachstumsraten der Sozialausgaben 2015/2016 die tatsächliche Entwicklung mit Blick auf die Belastung der kommunalen Haushalte massiv, während diese durch die niedrigen bzw. negativen Wachstumsraten 2017/2018 unterzeichnet wird.

Zudem sind im Betrachtungszeitraum die kommunalen Sachinvestitionen stark angewachsen. In allen Jahren außer dem durch die flüchtlingsbedingte Sonder-situation geprägten Jahr 2015 stiegen die Investitionsausgaben mindestens so stark an wie die Ausgaben insgesamt. Als Folge einer erhöhten kommunalen Investitionstätigkeit sind diese Ausgabenzuwächse Ausdruck der allgemein erfreulichen Finanzsituation der Kommunen.

16. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung die höchsten und welche die niedrigsten Ausgaben in den Bereichen, die früher ihren Verwaltungshaushalten zugeordnet waren, je Einwohnerin und Einwohner (bitte jeweilige Ausgabenhöhe mit aufführen und Bundesländerzugehörigkeit kenntlich machen)?

Die nachfolgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Kommunen mit den höchsten bzw. niedrigsten Ausgaben in den Bereichen, die früher ihren Verwaltungshaushalten zugeordnet waren, je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018.

Regional-schlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner	Bundesland
010560025025	Helgoland	25.087	Schleswig-Holstein
150840315315	Lützen, Stadt	15.382	Sachsen-Anhalt
091840122122	Grünwald	14.595	Bayern
010540108108	Reußenköge	10.429	Schleswig-Holstein
082260095095	Stadt Walldorf	9.488	Baden-Württemberg
091840147147	Unterföhring	8.527	Bayern
064360003003	Eschborn, Stadt	7.737	Hessen
073390030030	Ingelheim am Rhein, Stadt	7.539	Rheinland-Pfalz
120610433433	Schönefeld	7.081	Brandenburg
120650193193	Liebenwalde	6.706	Brandenburg
051580026026	Monheim am Rhein	5.977	Nordrhein-Westfalen
083255004051	Stadt Schiltach	5.058	Baden-Württemberg
010545459000	Amt Pellworm	5.011	Schleswig-Holstein
092790112112	Dingolfing, Stadt	5.008	Bayern
034620007007	Langeoog	4.948	Niedersachsen
051130000000	Essen	4.667	Nordrhein-Westfalen
091840139139	Pullach i. Isartal	4.576	Bayern
034550021021	Wangerooge, Nordseebad	4.576	Niedersachsen
081110000000	Landeshauptstadt Stuttgart	4.565	Baden-Württemberg
034520013013	Juist, Inselgemeinde	4.482	Niedersachsen
<hr/>			
160660093093	Rhönblick	983	Thüringen
145240250250	Reinsdorf	982	Sachsen
150890175175	Hecklingen, Stadt	972	Sachsen-Anhalt
145235107130	Grünbach	971	Sachsen
145215132140	Deutschneudorf	968	Sachsen
145235402050	Bergen	967	Sachsen
160665051000	Breitungen/Werra	957	Thüringen
160770028028	Lucka, Stadt	953	Thüringen
145235131230	Mühlental	952	Sachsen
146265224070	Dürrehennersdorf	948	Sachsen
034545403000	Herzlake	948	Niedersachsen
145215101340	Königswalde	948	Sachsen
146265224510	Schönbach	933	Sachsen
034530012012	Molbergen	931	Niedersachsen
145240310310	Wildenfels, Stadt	903	Sachsen
031590013013	Friedland	869	Niedersachsen
145215115430	Niederwürschnitz	865	Sachsen
082255006010	Gemeinde Binau	858	Baden-Württemberg
073380025025	Schifferstadt, Stadt	790	Rheinland-Pfalz
033589501501	Osterheide	733	Niedersachsen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

17. Welche zehn deutschen Kommunen je Flächenland verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung die höchsten und welche zehn deutschen Kommunen je Flächenland die niedrigsten Ausgaben in den Bereichen, die früher ihren Verwaltungshaushalten zugeordnet waren, je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018 (bitte jeweilige Einnahmenhöhe mit aufführen)?

Die nachfolgenden Tabellen zeigen je Bundesland die zehn Kommunen mit den höchsten bzw. niedrigsten Ausgaben in den Bereichen, die früher ihren Verwaltungshaushalten zugeordnet waren, je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018. Die Daten stammen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Baden-Württemberg		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
082260095095	Stadt Walldorf	9.488
083255004051	Stadt Schiltach	5.058
081110000000	Landeshauptstadt Stuttgart	4.565
081265001085	Stadt Waldenburg	4.209
082260103103	Gemeinde Sankt Leon-Rot	4.027
081365003060	Gemeinde Rosenberg (LKR Ostalbkreis)	3.994
081255008065	Große Kreisstadt Neckarsulm	3.991
081150052052	Gemeinde Weissach	3.964
082310000000	Stadt Pforzheim, Stadtkreis	3.931
084265003021	Große Kreisstadt Biberach an der Riß	3.857
082260036036	Gemeinde Ilvesheim	1.392
082165001006	Gemeinde Bischweier	1.389
082360072072	Gemeinde Straubenhardt	1.373
084265002014	Stadt Bad Schussenried	1.342
084360010010	Stadt Bad Wurzach	1.317
084265001109	Gemeinde Seekirch	1.316
084265003074	Gemeinde Mittelbiberach	1.289
084265001006	Gemeinde Allmannsweiler	1.267
084265001078	Gemeinde Moosburg	1.237
082255006010	Gemeinde Binau	858

Bayern		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
091840122122	Grünwald	14.595
091840147147	Unterföhring	8.527
092790112112	Dingolfing, Stadt	5.008
091840139139	Pullach i. Isartal	4.576
091620000000	München, Landeshauptstadt	4.047
091840130130	Ismaning	3.720
091840120120	Gräfelfing	3.720
096620000000	Schweinfurt, kreisfreie Stadt	3.643
095640000000	Nürnberg, kreisfreie Stadt	3.439
091840112112	Aschheim	3.405
093730113113	Berg b. Neumarkt/OPf.	1.115
093720112112	Arnschwang	1.107
096780160160	Niederwerrn	1.105
093730160160	Seubersdorf i. d. OPf.	1.101
097760122122	Opfenbach	1.099

Bayern		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
093750208208	Wenzenbach	1.092
093750213213	Zeitlarn	1.086
093720158158	Schorndorf	1.074
092735215000	VGem Ihrlerstein	1.063
097740116116	Ursberg	1.063

Brandenburg		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
120610433433	Schönefeld	7.081
120650193193	Liebenwalde	6.706
120530000000	Frankfurt (Oder)	3.835
120510000000	Brandenburg an der Havel	3.557
120540000000	Potsdam	3.547
120520000000	Cottbus	3.438
120720014014	Baruth/Mark	3.041
120720477477	Zossen	2.605
120715101000	Amt Burg (Spreewald)	2.567
120690596596	Seddiner See	2.256
120675709000	Amt Spreenhagen	1.305
120675701000	Amt Brieskow-Finkenheerd	1.302
120600198198	Schorfheide	1.291
120650225225	Mühlenbecker Land	1.273
120730572572	Templin	1.258
120730384384	Lychen	1.242
120670544544	Woltersdorf	1.242
120670124124	Erkner	1.226
120735304000	Amt Gartz (Oder)	1.208
120640512512	Wriezen	1.189

Hessen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
064360003003	Eschborn, Stadt	7.737
064120000000	Frankfurt am Main, Stadt	4.445
064360011011	Schwalbach am Taunus, Stadt	4.292
064360012012	Sulzbach (Taunus)	4.002
064140000000	Wiesbaden, Landeshauptstadt	3.973
066110000000	Kassel, documenta-Stadt	3.582
064110000000	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	3.568
064340001001	Bad Homburg v. d. Höhe, Stadt	3.365
064130000000	Offenbach am Main, Stadt	3.088
065320005005	Dietzhöhlztal	2.880
066340025025	Wabern	1.369
066330006006	Bad Emstal	1.361
066310014014	Hosenfeld	1.356
065320020020	Sinn	1.348
066360010010	Ringgau	1.346
064380004004	Hainburg	1.344
065340012012	Lahntal	1.332
066310017017	Künzell	1.319

Hessen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
066310011011	Großenlüder	1.307
066310004004	Ebersburg	1.269

Mecklenburg-Vorpommern		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
130040000000	Schwerin, Landeshauptstadt	2.897
130030000000	Rostock, Hansestadt	2.794
130745452000	Amt Gadebusch	2.208
130765667000	Amt Zarrentin	2.088
130745456000	Amt Neuburg	1.973
130735357000	Amt Mönchgut-Granitz	1.956
130725255000	Amt Güstrow-Land	1.878
130730105105	Zingst	1.864
130710107107	Neubrandenburg, Stadt	1.774
130755552000	Amt Am Stettiner Haff	1.751
130720058058	Kröpelin, Stadt	1.106
130755560000	Amt Uecker-Randow-Tal	1.092
130730070070	Putbus, Stadt	1.087
130765656000	Amt Goldberg-Mildenitz	1.084
130745453000	Amt Grevesmühlen-Land	1.084
130725263000	Amt Warnow-West	1.076
130730089089	Süderholz	1.041
130765652000	Amt Boizenburg-Land	1.039
130720091091	Sanitz	1.037
130720029029	Dummerstorf	991

Niedersachsen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
034620007007	Langeoog	4.948
034550021021	Wangerooge, Nordseebad	4.576
034520013013	Juist, Inselgemeinde	4.482
034620014014	Spiekeroog	4.466
032410001001	Hannover, Landeshauptstadt	3.836
034520020020	Norderney, Stadt	3.732
034610006006	Lemwerder	3.583
031590016016	Göttingen, Stadt	3.486
034570002002	Borkum, Stadt	3.439
031030000000	Wolfsburg, Stadt	3.286
034530009009	Lastrup	1.053
033605404000	SGB Rosche	1.048
034530003003	Cappeln (Oldenburg)	1.041
034540014014	Geeste	1.034
033605405000	SGB Suderburg	1.030
034545405000	SGB Lengerich	1.020
034545403000	SGB Herzlake	948
034530012012	Molbergen	931
031590013013	Friedland	869
033589501501	Osterheide	733

Nordrhein-Westfalen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
051580026026	Monheim am Rhein	5.977
051130000000	Essen	4.667
051170000000	Mülheim an der Ruhr	4.238
051110000000	Düsseldorf	3.912
055130000000	Gelsenkirchen	3.792
059130000000	Dortmund	3.789
053340002002	Aachen	3.655
059150000000	Hamm	3.587
053150000000	Köln	3.552
053140000000	Bonn	3.525
055700016016	Drensteinfurt	1.445
055540040040	Raesfeld	1.434
051540048048	Rheurdt	1.432
053820004004	Alfter	1.427
055540036036	Legden	1.419
055660052052	Metelen	1.417
057540024024	Langenberg	1.376
055540064064	Velen	1.357
055540032032	Isselburg	1.330
057620016016	Brakel	1.191

Rheinland-Pfalz		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
073390030030	Ingelheim am Rhein, Stadt	7.539
073140000000	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	3.369
072110000000	Trier, Stadt	3.286
073120000000	Kaiserslautern, Stadt	3.275
073170000000	Pirmasens, Stadt	3.239
071110000000	Koblenz, Stadt	3.147
073200000000	Zweibrücken, Stadt	2.979
073180000000	Speyer, Stadt	2.937
073340501501	Wörth am Rhein, Stadt	2.856
073190000000	Worms, Stadt	2.736
071415003000	Verbandsgemeinde Diez	1.268
073315003000	Verbandsgemeinde Monsheim	1.266
073355004000	Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd	1.263
073405003000	Verbandsgemeinde Pirmasens-Land	1.260
073320025025	Haßloch	1.213
071315002000	Verbandsgemeinde Altenahr	1.206
073375003000	Verbandsgemeinde Edenkoben	1.188
073315007000	Verbandsgemeinde Wonnegau	1.171
073405004000	Verbandsgemeinde Rodalben	1.154
073380025025	Schifferstadt, Stadt	790

Saarland		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
10041100	Saarbrücken	2.305
10041519	Völklingen	2.061
10042113	Merzig	1.991
10045117	St. Ingbert	1.983

Saarland		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
10043114	Neunkirchen	1.965
10046117	St. Wendel	1.905
10045114	Homburg	1.888
10044111	Dillingen/Saar	1.792
10045113	Gersheim	1.783
10042117	Weiskirchen	1.756
10044122	Bous	1.421
10043113	Merchweiler	1.403
10046116	Oberthal	1.378
10044113	Nalbach	1.361
10043117	Spiesen-Elversberg	1.355
10042111	Beckingen	1.341
10041517	Riegelsberg	1.330
10044118	Schwalbach	1.325
10044120	Wadgassen	1.298
10044114	Rehlingen-Siersburg	1.229

Sachsen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
146255501470	Räckelwitz	3.055
146250600600	Wachau	2.830
147130000000	Leipzig, Stadt	2.674
145110000000	Chemnitz, Stadt	2.626
145215133420	Niederdorf	2.626
146120000000	Dresden, Stadt	2.619
145245111110	Hirschfeld	2.461
145245111100	Hartmannsdorf b. Kirchberg	2.397
145210440440	Oberwiesenthal, Kurort, Stadt	2.341
146250090090	Cunewalde	2.280
145240250250	Reinsdorf	982
145235107130	Grünbach	971
145215132140	Deutschneudorf	968
145235402050	Bergen	967
145235131230	Mühlental	952
146265224070	Dürrhennersdorf	948
145215101340	Königswalde	948
146265224510	Schönbach	933
145240310310	Wildenfels, Stadt	903
145215115430	Niederwürschnitz	865

Sachsen-Anhalt		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
150840315315	Lützen, Stadt	15.382
150880205205	Leuna, Stadt	4.016
150020000000	Halle (Saale), Stadt	2.779
150030000000	Magdeburg, Landeshauptstadt	2.704
150010000000	Dessau-Roßlau, Stadt	2.393
150890026026	Barby, Stadt	2.255
150880330330	Schkopau	2.005
150830040040	Barleben	2.004

Sachsen-Anhalt		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
150880195195	Landsberg, Stadt	1.950
150840590590	Zeitz, Stadt	1.926
150850040040	Ballenstedt, Stadt	1.146
150870015015	Allstedt, Stadt	1.135
150900550550	Tangermünde, Stadt	1.121
150880305305	Querfurt, Stadt	1.113
150860055055	Gommern, Stadt	1.093
150910020020	Bad Schmiedeberg, Stadt	1.064
150850185185	Huy	1.060
150830565565	Wolmirstedt, Stadt	1.034
150875052000	VBG Mansfelder Grund-Helbra	995
150890175175	Hecklingen, Stadt	972

Schleswig-Holstein		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
010560025025	Helgoland	25.087
010540108108	Reußenköge	10.429
010545459000	Amt Pellworm	5.011
010540168168	Sylt	4.160
010545439000	Amt Landschaft Sylt	4.084
010010000000	Flensburg, Stadt	3.828
010020000000	Kiel, Landeshauptstadt	3.748
010040000000	Neumünster, Stadt	3.372
010030000000	Lübeck, Hansestadt	3.353
010540138138	Tönning, Stadt	3.118
010550035035	Ratekau	1.275
010585847000	Amt Hohner Harde	1.262
010625207000	Amt Bad Oldesloe-Land	1.246
010595974000	Amt Süderbrarup	1.218
010580169169	Wasbek	1.216
010615134000	Amt Horst-Herzhorn	1.205
010605086000	Amt Trave-Land	1.174
010570008008	Bönebüttel	1.166
010570009009	Bösdorf	1.049
010605063000	Amt Boostedt-Rickling	1.041

Thüringen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
160510000000	Erfurt, Stadt	2.807
160530000000	Jena, Stadt	2.681
160520000000	Gera, Stadt	2.522
160550000000	Weimar, Stadt	2.507
160540000000	Suhl, Stadt	2.462
160560000000	Eisenach, Stadt	2.432
160660047047	Oberhof, Stadt	2.124
160700028028	Amt Wachsenburg	2.093
160645009000	VG: Schlotheim	2.013
160630078078	Unterebreizbach	1.997
160730105105	Remda-Teichel, Stadt	1.057

Thüringen		
Regionalschlüssel	Name	Ausgaben je Einwohner
160640066066	Weinbergen	1.042
160660006006	Benshausen	1.023
160650032032	Helbedündorf	1.023
160725050000	EG: Schalkau, Stadt	1.013
160760092092	Auma-Weidatal, Stadt	1.010
160720023023	Frankenblick	1.007
160660093093	Rhönblick	983
160665051000	EG: Breitung/Werra	957
160770028028	Lucka, Stadt	953

18. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Finanzierungssalden der Kommunen von 2013 bis 2018 (auf Bundesebene und auf Ebene der Länder aggregiert) entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden (Kernhaushalte, in Mio. Euro) im Zeitraum von 2013 bis 2018, aufgeschlüsselt nach Bundesländern.

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	1.469	1.286	3.512	4.722	9.367	8.682
Baden-Württemberg	724	534	984	1.247	1.306	1.982
Bayern	1.305	1.623	1.595	2.083	2.175	1.442
Brandenburg	171	124	291	182	375	306
Hessen	-842	-90	-298	201	678	644
Mecklenburg-Vorpommern	27	61	99	266	297	173
Niedersachsen	693	317	625	522	530	302
Nordrhein-Westfalen	-647	-1.250	-115	-218	2.442	2.278
Rheinland-Pfalz	-241	-330	102	-14	405	445
Saarland	-172	-145	-144	-75	115	50
Sachsen	290	334	30	187	150	315
Sachsen-Anhalt	141	0	136	247	229	155
Schleswig-Holstein	-45	0	25	-51	504	270
Thüringen	63	107	182	144	161	319

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 bis 2017: Rechnungsstatistik, 2018: Kassenstatistik

Die Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden im Zeitraum 2013 bis 2018 stellt sich positiv dar. Im Betrachtungszeitraum ergaben sich bundesweit durchweg positive Finanzierungssalden, 2017 und 2018 lagen diese Salden mit 9,7 Mrd. Euro bzw. 8,7 Mrd. Euro auf Rekordniveau. Zudem lassen sich 2017 und 2018, erstmals im Betrachtungszeitraum, positive kommunale Finanzierungssalden für alle Länder feststellen, für neun der 13 Flächenländer trifft dies auf den gesamten Betrachtungszeitraum zu. Zudem kann festgehalten werden, dass die Kommunen insgesamt nach der Überwindung der Finanzmarktkrise deutlich früher wieder einen positiven Finanzierungssaldo (ab 2012) aufwiesen als die Länder (ab 2014) und insbesondere der Bund (ab 2015).

Trotz der insgesamt guten Finanzsituation auf Bundesebene und mittlerweile auch in allen Ländern besteht weiterhin eine zu beachtende Heterogenität in der finanziellen Situation der einzelnen Kommunen. Dies lässt sich insbesondere am weiterhin hohen Bestand an kommunalen Liquiditätskrediten in vielen Kommunen erkennen.

Die Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden ist eine direkte Folge der Einnahmen- bzw. Ausgabenentwicklung, weswegen bezüglich der Bewertung auf die Antworten zu den Fragen 11 und 15 verwiesen wird.

19. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung den höchsten positiven und welche 20 Kommunen den höchsten negativen Finanzierungssaldo im Jahr 2018 (bitte mit jeweiliger Höhe des Saldos angeben und Bundesländerzugehörigkeit kenntlich machen)?

Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die positiven bzw. negativen Finanzierungssalden?

Die nachfolgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Kommunen mit dem höchsten positiven bzw. negativen Finanzierungssaldo je Einwohner im Jahr 2018.

Regional-schlüssel	Name	Finanzierungs-saldo je Einwohner	Bundesland
010560025025	Helgoland	18.953	Schleswig-Holstein
084155006058	Gemeinde Pfronstetten	13.243	Baden-Württemberg
081360050050	Stadt Oberkochen	6.433	Baden-Württemberg
083275002007	Gemeinde Bubsheim	4.243	Baden-Württemberg
091840120120	Gräfelfing	3.942	Bayern
073390030030	Ingelheim am Rhein, Stadt	3.922	Rheinland-Pfalz
066320016016	Philippsthal (Werra), Marktge-meinde	2.960	Hessen
091880137137	Pöcking	2.641	Bayern
120610433433	Schönefeld	2.589	Brandenburg
073390009009	Budenheim	2.428	Rheinland-Pfalz
082260095095	Stadt Walldorf	2.216	Baden-Württemberg
064350003003	Biebergemünd	2.135	Hessen
096710136136	Kleinostheim	1.983	Bayern
083365006090	Gemeinde Utzenfeld	1.959	Baden-Württemberg
091860139139	Münchsmünster	1.926	Bayern
146265237490	Schleife	1.902	Sachsen
097800145145	Wertach, Markt	1.626	Bayern
150830040040	Barleben	1.585	Sachsen-Anhalt
096780136136	Grafenrheinfeld	1.511	Bayern
083175004029	Gemeinde Fischerbach	1.483	Baden-Württemberg
092790112112	Dingolfing, Stadt	-1.225	Bayern
083155015037	Gemeinde Feldberg (Schwarz-wald)	-1.234	Baden-Württemberg
034620007007	Langeoog	-1.237	Niedersachsen
084265001064	Gemeinde Kanzach	-1.249	Baden-Württemberg
091730131131	Jachenau	-1.267	Bayern
034570012012	Jemgum	-1.306	Niedersachsen
064360011011	Schwalbach am Taunus, Stadt	-1.318	Hessen
084255010035	Gemeinde Emeringen	-1.338	Baden-Württemberg
084175006016	Gemeinde Dotternhausen	-1.444	Baden-Württemberg
034610006006	Lemwerder	-1.523	Niedersachsen
057540044044	Verl	-1.539	Nordrhein-Westfalen
031545402000	SGB Heeseberg	-1.749	Niedersachsen
010545439000	Amt Landschaft Sylt	-2.046	Schleswig-Holstein

Regional-schlüssel	Name	Finanzierungs-saldo je Einwohner	Bundesland
093720177177	Zandt	-2.122	Bayern
081150052052	Gemeinde Weissach	-2.391	Baden-Württemberg
084255008013	Gemeinde Ballendorf	-2.742	Baden-Württemberg
091840147147	Unterföhring	-2.781	Bayern
010540108108	Reußenköge	-3.700	Schleswig-Holstein
120650193193	Liebenwalde	-5.544	Brandenburg
150840315315	Lützen, Stadt	-9.658	Sachsen-Anhalt

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Der Bund bekennt sich im Rahmen seiner finanzverfassungsrechtlichen Kompetenzen zu seiner Verantwortung für eine solide Finanzausstattung der Kommunen. Davon unbenommen sind im zweistufigen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland die Länder finanzverfassungsrechtlich für ihre Kommunen zuständig, gerade bezüglich der Finanzsituation einzelner Kommunen. Dem Bund liegen zur Finanzsituation einzelner Kommunen daher weder dezidierte Informationen vor, noch bewertet er diese.

20. Wie viele Kommunen mussten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2013 bis 2018 jeweils unter Haushaltssicherung arbeiten?

In welchen Bundesländern liegen diese Kommunen, und welche Gründe sieht die Bundesregierung für die Finanzschwäche dieser Kommunen?

Die Kriterien, nach denen der Erlass eines Haushaltssicherungskonzeptes für eine Kommune notwendig wird, sind auf Länderebene individuell geregelt. Dabei unterscheiden sich die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Umsetzungsrealitäten signifikant zwischen den Ländern, sodass der Erlass eines Haushaltssicherungskonzeptes keinen bundesweit konsistenten Indikator für die Finanzschwäche einer Kommune darstellt. Aufgrund der Zuständigkeit der Länder für das kommunale Haushaltsrecht und die Kommunalaufsicht liegen der Bundesregierung keine umfassenden Informationen zu den unter Haushaltssicherung arbeitenden Kommunen vor.

21. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Gewerbesteuer-einnahmen im Zeitraum von 2013 bis 2018 entwickelt, welche Gründe bestehen aus Sicht der Bundesregierung für diese Entwicklung, und wie bewertet sie diese (bitte Entwicklung nach Bundesländern aufgeschlüsselt aufführen und prozentuale Veränderung mit angeben)?

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen nach Ländern (brutto – d. h. vor Abzug der Gewerbesteuerumlage) in den Jahren 2013 bis 2018 ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Gewerbesteuer ist eine gewinnabhängige Steuer. Die Einnahmeentwicklung orientiert sich somit an der Entwicklung der Unternehmensgewinne. Diese nahmen – im Rahmen des allgemeinen konjunkturellen Aufschwungs in den betreffenden Jahren – erheblich zu. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen wider. Bedingt durch den Veranlagungszyklus ergeben sich allerdings zeitlich verzögerte Wir-

kungszusammenhänge. Die Gewerbesteuereinnahmen hatten in den Jahren 2013 bis 2018 bundesweit eine stetige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen und auch für jedes einzelne Land zeigen sich im Betrachtungszeitraum signifikante Zuwächse.

Gewerbesteuer							
Land		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Baden-Württemberg	Einnahmen in Mio. Euro	6.359	6.309	6.909	7.478	7.809	8.327
	Änd. geg. Vj. in %	-3,6	-0,8	9,5	8,2	4,4	6,6
Bayern	Einnahmen in Mio. Euro	8.205	8.550	8.842	9.637	9.809	10.566
	Änd. geg. Vj. in %	7,7	4,2	3,4	9,0	1,8	7,7
Berlin	Einnahmen in Mio. Euro	1.371	1.534	1.481	1.710	1.948	2.054
	Änd. geg. Vj. in %	5,7	11,9	-3,5	15,5	14,0	5,4
Brandenburg	Einnahmen in Mio. Euro	725	780	783	835	1.020	1.025
	Änd. geg. Vj. in %	9,4	7,5	0,4	6,7	22,1	0,4
Bremen	Einnahmen in Mio. Euro	385	439	430	559	572	589
	Änd. geg. Vj. in %	13,7	14,0	-2,0	29,8	2,4	3,0
Hamburg	Einnahmen in Mio. Euro	1.933	2.055	1.887	2.112	2.186	2.491
	Änd. geg. Vj. in %	15,1	6,3	-8,2	11,9	3,5	14,0
Hessen	Einnahmen in Mio. Euro	4.136	4.413	4.594	5.071	5.061	5.257
	Änd. geg. Vj. in %	-1,2	6,7	4,1	10,4	-0,2	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	Einnahmen in Mio. Euro	403	407	443	518	562	590
	Änd. geg. Vj. in %	9,5	1,0	8,8	17,0	8,5	5,0
Niedersachsen	Einnahmen in Mio. Euro	3.779	3.764	3.675	4.092	4.079	4.352
	Änd. geg. Vj. in %	-5,3	-0,4	-2,3	11,3	-0,3	6,7
Nordrhein-Westfalen	Einnahmen in Mio. Euro	9.753	9.582	10.411	11.096	12.453	12.726
	Änd. geg. Vj. in %	-0,1	-1,8	8,7	6,6	12,2	2,2
Rheinland-Pfalz	Einnahmen in Mio. Euro	1.831	1.781	1.952	2.142	2.195	2.461
	Änd. geg. Vj. in %	-1,0	-2,7	9,6	9,7	2,5	12,1
Saarland	Einnahmen in Mio. Euro	390	388	391	412	457	509
	Änd. geg. Vj. in %	3,5	-0,5	1,0	5,3	10,9	11,4
Sachsen	Einnahmen in Mio. Euro	1.315	1.388	1.343	1.481	1.637	1.649
	Änd. geg. Vj. in %	1,5	5,5	-3,2	10,2	10,6	0,7
Sachsen-Anhalt	Einnahmen in Mio. Euro	654	660	677	862	790	839
	Änd. geg. Vj. in %	-0,8	0,9	2,7	27,3	-8,3	6,1
Schleswig-Holstein	Einnahmen in Mio. Euro	1.146	1.094	1.262	1.376	1.534	1.582
	Änd. geg. Vj. in %	9,2	-4,5	15,3	9,0	11,5	3,2
Thüringen	Einnahmen in Mio. Euro	643	613	656	716	759	836
	Änd. geg. Vj. in %	4,0	-4,7	7,0	9,2	6,0	10,1
Bundesgebiet insgesamt	Einnahmen in Mio. Euro	43.027	43.756	45.737	50.097	52.872	55.852
	Änd. geg. Vj. in %	1,6	1,7	4,5	9,5	5,5	5,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

22. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesätze im Zeitraum von 2013 bis 2018 entwickelt (bitte Entwicklung nach Bundesländern aufgeschlüsselt aufführen und prozentuale Veränderung mit angeben)?

Gewogene Durchschnittshebesätze Gewerbesteuer*												
Bundesländer	Gewogene Durchschnittshebesätze Gewerbesteuer						Prozentuale Veränderung zum Vorjahr					
Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Schleswig-Holstein	364	360	368	375	378	380	x	-1,1	2,2	1,9	0,8	0,5
Hamburg	470	470	470	470	470	470	x	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	390	390	397	401	403	407	x	0,0	1,8	1,0	0,5	1,0
Bremen	434	457	457	460	460	469	x	5,3	0,0	0,7	0,0	2,0
Nordrhein-Westfalen	444	446	449	452	452	451	x	0,5	0,7	0,7	0,0	-0,2
Hessen	395	401	405	409	410	413	x	1,5	1,0	1,0	0,2	0,7
Rheinland-Pfalz	377	379	384	386	382	378	x	0,5	1,3	0,5	-1,0	-1,0
Baden-Württemberg	363	361	365	366	368	367	x	-0,6	1,1	0,3	0,5	-0,3
Bayern	374	377	375	375	373	375	x	0,8	-0,5	0,0	-0,5	0,5
Saarland	415	416	422	434	441	445	x	0,2	1,4	2,8	1,6	0,9
Berlin	410	410	410	410	410	410	x	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	307	314	320	316	321	319	x	2,3	1,9	-1,3	1,6	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	359	362	365	369	377	380	x	0,8	0,8	1,1	2,2	0,8
Sachsen	417	418	418	421	422	422	x	0,2	0,0	0,7	0,2	0,0
Sachsen-Anhalt	369	368	363	323	361	363	x	-0,3	-1,4	-11,0	11,8	0,6
Thüringen	386	389	396	404	407	408	x	0,8	1,8	2,0	0,7	0,2

* Durchschnittshebesatz-Formel: Istaufkommen x 100/Grundbeträge

Quelle: Statistisches Bundesamt

23. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Gewerbesteuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2018 (bitte mit jeweiliger Höhe der Einnahmen und Hebesätze angeben sowie Bundesländerzugehörigkeit kenntlich machen)?

Gemeindenname	Land	Einwohner am 30.06.2018	Gewerbesteuer		
			Istaufkommen	Hebesätze	Istaufkommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
1	2	3	4	5	6
20 Gemeinden mit den niedrigsten Gewerbesteuereinnahmen (pro Kopf in 2018)					
Langenbach	Rheinland-Pfalz	437	77	365	0,18
Obernau	Rheinland-Pfalz	178	41	390	0,23
Löllbach	Rheinland-Pfalz	204	50	365	0,25
Langweiler	Rheinland-Pfalz	240	92	365	0,38
Nieden	Mecklenburg-Vorpommern	166	64	336	0,39
Buborn	Rheinland-Pfalz	151	70	365	0,46
Galenberg	Rheinland-Pfalz	211	108	365	0,51
Zichow	Brandenburg	562	293	325	0,52
Issersheilingen	Thüringen	139	74	383	0,53
Belgweiler	Rheinland-Pfalz	206	118	390	0,57
Schleich	Rheinland-Pfalz	228	135	420	0,59
Gülzow	Mecklenburg-Vorpommern	423	251	335	0,59

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Gewerbsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
1	2	3	4	5	6
20 Gemeinden mit den niedrigsten Gewerbesteuererträgen (pro Kopf in 2018)					
Hirschthal	Rheinland-Pfalz	122	79	375	0,65
Filz	Rheinland-Pfalz	88	72	365	0,82
Sonnschied	Rheinland-Pfalz	101	83	380	0,82
Saxler	Rheinland-Pfalz	75	62	380	0,83
Aschenhausen	Thüringen	134	113	395	0,84
Wagenhausen	Rheinland-Pfalz	58	57	365	0,98
St. Bernhard	Thüringen	254	250	395	0,98
Langwieden	Rheinland-Pfalz	266	263	365	0,99
20 Gemeinden mit den höchsten Gewerbesteuererträgen (pro Kopf in 2018)					
Norderfriedrichskoog	Schleswig-Holstein	52	4.478.513	336	86.125,25
Helgoland	Schleswig-Holstein	1.324	76.563.453	360	57.827,38
Büttel	Schleswig-Holstein	41	996.033	330	24.293,49
Grünwald	Bayern	11.136	209.316.675	240	18.796,40
Reußenköge	Schleswig-Holstein	327	4.832.263	380	14.777,56
Ingelheim am Rhein	Rheinland-Pfalz	24.989	360.715.320	310	14.434,96
Gemeinde Pfronstetten	Baden-Württemberg	1.513	20.610.256	350	13.622,11
Stadt Walldorf	Baden-Württemberg	15.546	210.684.798	265	13.552,35
Gallin	Mecklenburg-Vorpommern	565	7.487.775	295	13.252,70
Unterföhring	Bayern	11.238	129.142.311	330	11.491,57
Stadt Oberkochen	Baden-Württemberg	7.897	82.472.910	340	10.443,57
Schönefeld	Brandenburg	15.082	151.526.198	240	10.046,82
Großheringen	Thüringen	649	6.439.255	240	9.921,81
Windhagen	Rheinland-Pfalz	4.188	38.959.509	365	9.302,65
Gräfelfing	Bayern	13.825	119.805.665	250	8.665,87
Monheim am Rhein	Nordrhein-Westfalen	40.559	335.027.113	250	8.260,24
Vorbach	Bayern	1.017	7.874.676	310	7.743,04
Eschborn, Stadt	Hessen	21.435	164.575.307	330	7.677,88
Liebenwalde	Brandenburg	4.300	31.535.455	250	7.333,83
Gemeinde Rosenberg (LKR Ostalbkreis)	Baden-Württemberg	2.640	18.945.354	320	7.176,27

Quelle: Statistisches Bundesamt

24. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Gewerbesteuerhebesätze im Jahr 2018 (bitte mit jeweiliger Höhe des Hebesatzes, den Gewerbesteuereinnahmen pro Kopf und der Bundesländerzugehörigkeit angeben)?

Gemeindenname	Land	Einwohner am 30.06.2018	Gewerbesteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
1	2	3	4	5	6
20 Gemeinden mit den niedrigsten Gewerbesteuerhebesätzen (in 2018)					
Rögnitz	Mecklenburg-Vorpommern	207	8.152	200	39,38
Zossen	Brandenburg	19.108	42.580.319	200	2.228,40
Lützen, Stadt	Sachsen-Anhalt	8.532	46.916.698	209	5.498,91
Schönbeck	Mecklenburg-Vorpommern	457	60.954	220	133,38
Wolfertschwenden	Bayern	2.010	8.743.237	230	4.349,87
Kemnath	Bayern	5.489	10.431.917	230	1.900,51
Rettenbach am Auerberg	Bayern	875	1.115.750	230	1.275,14
Gundremmingen	Bayern	1.322	2.379.952	240	1.800,27
Großheringen	Thüringen	649	6.439.255	240	9.921,81
Bad Wiessee	Bayern	4.993	2.300.376	240	460,72
Schönefeld	Brandenburg	15.082	151.526.198	240	10.046,82
Gadebusch, Stadt	Mecklenburg-Vorpommern	5.501	11.808.042	240	2.146,53
Grünwald	Bayern	11.136	209.316.675	240	18.796,40
Pöcking	Bayern	5.651	31.285.622	240	5.536,30
Stammham	Bayern	1.022	1.251.992	240	1.225,04
Bad Wörishofen	Bayern	15.891	7.519.647	240	473,20
Gräfelting	Bayern	13.825	119.805.665	250	8.665,87
Lexgaard	Schleswig-Holstein	50	7.167	250	143,34
Hamfelde	Schleswig-Holstein	500	62.134	250	124,27
Thumby	Schleswig-Holstein	395	120.615	250	305,35
Biesenthal	Brandenburg	5.741	1.097.470	250	191,16
Marienwerder	Brandenburg	1.698	188.740	250	111,15
Liebenwalde	Brandenburg	4.300	31.535.455	250	7.333,83
Steinhöfel	Brandenburg	4.419	270.987	250	61,32
Beseritz	Mecklenburg-Vorpommern	116	51.556	250	444,45
Penzin	Mecklenburg-Vorpommern	133	21.072	250	158,44
Schaprode	Mecklenburg-Vorpommern	436	144.226	250	330,79
Nostorf	Mecklenburg-Vorpommern	392	30.325	250	77,36
Melz	Mecklenburg-Vorpommern	341	68.866	250	201,95
Oppershausen	Thüringen	292	6.558	250	22,46
Monheim am Rhein	Nordrhein-Westfalen	40.559	335.027.113	250	8.260,24
Oberhaching	Bayern	13.640	21.009.917	250	1.540,32
Höhenland	Brandenburg	994	108.002	250	108,65
Reichenbach	Bayern	673	72.821	250	108,20
Süderholz	Mecklenburg-Vorpommern	3.978	603.996	250	151,83
Lutter	Thüringen	716	8.768	250	12,25
Eberstedt	Thüringen	213	22.340	250	104,88
Insel Hiddensee	Mecklenburg-Vorpommern	1.013	982.728	250	970,12
Schlemmin	Mecklenburg-Vorpommern	299	62.305	250	208,38
Schwerin	Brandenburg	828	142.734	250	172,38

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Gewerbsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
1	2	3	4	5	6
20 Gemeinden mit den höchsten Gewerbesteuerhebesätzen (in 2018)					
Dierfeld	Rheinland-Pfalz	11	0	900	0,00
Wettlingen	Rheinland-Pfalz	34	1.232	600	36,24
Oberhausen	Nordrhein-Westfalen	211.262	111.694.418	580	528,70
Waldröhl	Nordrhein-Westfalen	19.486	7.822.766	575	401,46
Mülheim an der Ruhr	Nordrhein-Westfalen	171.028	79.700.857	550	466,01
Erfstadt	Nordrhein-Westfalen	49.848	18.782.802	550	376,80
Nörvenich	Nordrhein-Westfalen	10.603	2.680.239	550	252,78
Inden	Nordrhein-Westfalen	7.383	1.850.502	550	250,64
Heimbach	Nordrhein-Westfalen	4.325	1.262.729	550	291,96
Herdecke	Nordrhein-Westfalen	22.779	13.303.946	535	584,04
Marl	Nordrhein-Westfalen	83.677	108.278.625	530	1.294,01
Laer	Nordrhein-Westfalen	6.761	3.527.390	523	521,73
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	498.207	246.610.094	520	495,00
Elsdorf	Nordrhein-Westfalen	21.635	6.816.360	520	315,06
Hagen	Nordrhein-Westfalen	188.607	106.724.557	520	565,86
Witten	Nordrhein-Westfalen	96.534	53.286.397	520	552,00
Recklinghausen	Nordrhein-Westfalen	112.712	49.426.051	520	438,52
Siegburg	Nordrhein-Westfalen	41.531	20.633.061	515	496,81
Kall	Nordrhein-Westfalen	11.143	6.200.552	515	556,45
Hattingen	Nordrhein-Westfalen	54.601	23.416.984	515	428,87

Quelle: Statistisches Bundesamt

25. Plant die Bundesregierung aktuell Änderungen an Steuergesetzen (mit Ausnahme der Grundsteuer), welche eine Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen zur Folge haben werden, und wenn ja, welche, und aus welchem Grund?
26. Plant die Bundesregierung aktuell Änderungen an Steuergesetzen (mit Ausnahme der Grundsteuer), die zu Kürzungen in der Finanzausstattung von Kommunen führen werden, und wenn ja, aus welchem Grund, und mit welchen Auswirkungen?

Die Fragen 25 und 26 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Vom Bundeskabinett beschlossene Änderungen an Steuergesetzen mit Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Kommunen sind derzeit im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Corona-Steuerhilfegesetz) geplant.

Ziel dieses Gesetzes ist es, durch die COVID-19-Pandemie besonders betroffene Akteure mit einer konsequenten Steuerpolitik zu unterstützen. Dabei kommt es bei den Gemeinden über ihre Beteiligung an den Gemeinschaftssteuern zu voraussichtlichen Steuermindereinnahmen in Höhe von 9 Mio. Euro im Jahr 2020 und 53 Mio. Euro im Jahr 2021.

Weiterhin führen die im Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Anti-Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD-Umsetzungsgesetz) vorgesehenen Maßnahmen zur Verhinderung hybrider Gestaltungen im Zeitraum von 2021 bis 2024 zu voraussichtlichen Steuermehreinnahmen der Gemeinden in Höhe von 41 Mio. Euro im Jahr 2021, je 101 Mio. Euro in den Jahren 2022 und 2023 sowie 106 Mio. Euro im Jahr 2024.

Soweit sich die Fragen darüber hinaus auf Planungen beziehen, bei denen eine konkrete Positionierung der Bundesregierung aussteht, zielen sie auf den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Diesbezüglich sieht die Bundesregierung von einer Stellungnahme ab.

27. Wie haben sich die kommunalen Einkommensteuereinnahmen von 2013 bis 2018 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung (bitte Entwicklung nach Bundesländern aufgeschlüsselt aufführen und prozentuale Veränderung mit angeben)?

Die folgende Tabelle zeigt die Einnahmen der Gemeinden aus dem Gemeindeanteil an Lohnsteuer, veranlagter Einkommensteuer und Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (nachfolgend: kommunale Einkommensteuereinnahmen) von 2013 bis 2018.

in Tsd. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	31.111.365	32.976.760	35.111.697	36.511.615	39.122.764	41.124.147
Wachstumsrate in %	7,5	6,0	6,5	4,0	7,2	5,1
Baden-Württemberg	5.020.404	5.232.232	5.563.909	5.818.926	6.314.007	6.601.727
Wachstumsrate in %	8,3	4,2	6,3	4,6	8,5	4,6
Bayern	6.082.902	6.481.454	6.955.453	7.301.541	7.886.607	8.251.048
Wachstumsrate in %	8,6	6,6	7,3	5,0	8,0	4,6
Berlin	1.198.012	1.282.353	1.398.296	1.446.391	1.451.661	1.665.602
Wachstumsrate in %	14,6	7,0	9,0	3,4	0,4	14,7
Brandenburg	646.609	689.655	759.136	792.254	840.861	914.265
Wachstumsrate in %	11,0	6,7	10,1	4,4	6,1	8,7
Bremen	223.392	233.022	241.219	253.853	260.225	278.542
Wachstumsrate in %	6,7	4,3	3,5	5,2	2,5	7,0
Hamburg	1.013.573	1.033.702	1.111.602	1.132.304	1.247.015	1.314.710
Wachstumsrate in %	7,2	2,0	7,5	1,9	10,1	5,4
Hessen	2.744.476	2.936.164	3.077.012	3.258.051	3.543.433	3.528.409
Wachstumsrate in %	7,9	7,0	4,8	5,9	8,8	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	329.370	362.370	390.695	400.249	423.785	447.540
Wachstumsrate in %	9,7	10,0	7,8	2,4	5,9	5,6
Niedersachsen	2.657.199	2.853.201	3.011.071	3.102.319	3.308.037	3.498.845
Wachstumsrate in %	6,7	7,4	5,5	3,0	6,6	5,8
Nordrhein-Westfalen	6.716.692	7.099.171	7.519.163	7.762.590	8.211.466	8.660.527
Wachstumsrate in %	4,9	5,7	5,9	3,2	5,8	5,5
Rheinland-Pfalz	1.438.760	1.515.334	1.577.114	1.560.336	1.701.964	1.835.125
Wachstumsrate in %	3,3	5,3	4,1	-1,1	9,1	7,8
Saarland	308.634	321.883	333.787	337.411	354.455	382.510
Wachstumsrate in %	5,8	4,3	3,7	1,1	5,1	7,9
Sachsen	827.680	907.589	998.289	1.068.005	1.121.118	1.200.135
Wachstumsrate in %	12,8	9,7	10,0	7,0	5,0	7,0

in Tsd. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Sachsen-Anhalt	453.196	490.843	527.243	544.640	576.916	615.576
Wachstumsrate in %	9,7	8,3	7,4	3,3	5,9	6,7
Schleswig-Holstein	1.006.713	1.052.575	1.120.962	1.172.617	1.287.637	1.308.666
Wachstumsrate in %	6,9	4,6	6,5	4,6	9,8	1,6
Thüringen	443.753	485.212	526.746	560.128	593.578	620.918
Wachstumsrate in %	8,9	9,3	8,6	6,3	6,0	4,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, für 2017 und 2018: vorläufige Ergebnisse

Die kommunalen Einkommensteuereinnahmen stiegen bundesweit zwischen 2013 und 2018 in jedem Jahr an. Über den Zeitraum 2013 bis 2018 wuchsen die kommunalen Einkommensteuereinnahmen ebenfalls in jedem einzelnen Bundesland. Die positive Entwicklung lässt sich maßgeblich auf die günstige konjunkturelle Entwicklung im Beobachtungszeitraum zurückführen, durch welche das Einkommensteueraufkommen aller staatlichen Ebenen expandierte. Dabei ergaben sich die Steigerungen sowohl aufgrund der wachsenden Zahl der Arbeitnehmer als auch durch die steigenden Löhne.

28. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Einkommensteuereinnahmen pro Kopf (bitte mit jeweiliger Höhe der Einnahmen angeben)?

Die nachfolgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Gemeinden mit den höchsten kommunalen Einkommensteuereinnahmen pro Kopf im Jahr 2018.

Regionalschlüssel	Name	EkSt-Einnahmen pro Kopf
010615189111	Wiedenborstel	1.585
010545459039	Gröde	1.465
091840113113	Baierbrunn	1.102
010570008008	Bönebüttel	987
010540108108	Reußenköge	983
091840122122	Grünwald	971
064340003003	Glashütten	964
091840132132	Neuried	929
091880145145	Wörthsee	923
091815143115	Eching a. Ammersee	921
091760167167	Wettstetten	914
091840121121	Grasbrunn	913
091730130130	Icking	911
064360001001	Bad Soden am Taunus, Stadt	911
091765116116	Böhmfeld	910
091840118118	Feldkirchen	909
091750139139	Zorneding	900
091840144144	Straßlach-Dingharting	894
091840146146	Neubiberg	893
095725514141	Marloffstein	893

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Die nachfolgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Gemeinden mit den niedrigsten kommunalen Einkommensteuereinnahmen pro Kopf im Jahr 2018.

Regionalschlüssel	Name	EkSt-Einnahmen pro Kopf
130755562137	Usedom, Stadt	153
130755560042	Groß Luckow	152
130735359004	Altenkirchen	151
130755562034	Garz	149
130755562152	Zirchow	145
130755553073	Krusenfelde	144
130765664101	Mustin	143
010545494071	Kolkerheide	143
130755556117	Rosow	142
130755556095	Nadrensee	140
032515404018	Freistatt	140
130755562056	Kamminke	139
13075556012	Blankensee	137
13075556113	Ramin	132
160645009052	Obermehler	129
130755553116	Rosin	128
13075556035	Glasow	124
130735355057	Millienhagen-Oebelitz	117
130735360039	Hugoldsdorf	117
033589501501	Osterheide	93

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

29. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Grundsteuereinnahmen im Zeitraum von 2013 bis 2018 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung (bitte Entwicklung nach Bundesländern aufgeschlüsselt aufführen und prozentuale Veränderung mit angeben)?

Die Entwicklung der Grundsteuereinnahmen nach Ländern in den Jahren 2013 bis 2018 ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Grundsteuereinnahmen hatten in den Jahren 2013 bis 2018 bundesweit eine stetige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen und auch für jedes einzelne Bundesland ergeben sich im Betrachtungszeitraum signifikante Zuwächse. Neben den im bundesweiten Durchschnitt steigenden Grundsteuerhebesätzen hat auch die Vergrößerung der Bemessungsgrundlage aufkommenserhöhend gewirkt. Die Grundsteuern tragen beträchtlich zum Steueraufkommen der Kommunen bei. Aufgrund ihrer Stetigkeit sind die Grundsteuereinnahmen zudem ein wichtiger Stabilisator in konjunkturell bedingt schwierigen Haushaltsjahren und stellen ebenso eine bedeutende Komponente der mittelfristigen kommunalen Haushaltsplanung dar.

Grundsteuern							
Land		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Baden-Württemberg	Einnahmen in Mio. Euro	1.635	1.657	1.688	1.718	1.758	1.794
	Änd. geg. Vj. in %	1,4	1,4	1,9	1,8	2,3	2,0
Bayern	Einnahmen in Mio. Euro	1.716	1.737	1.760	1.804	1.844	1.869
	Änd. geg. Vj. in %	1,6	1,2	1,3	2,5	2,2	1,4
Berlin	Einnahmen in Mio. Euro	764	777	781	790	805	817
	Änd. geg. Vj. in %	0,9	1,7	0,5	1,2	1,8	1,5

Grundsteuern							
Land		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Brandenburg	Einnahmen in Mio. Euro	254	262	265	272	276	282
	Änd. geg. Vj. in %	1,4	3,0	1,2	2,8	1,5	1,9
Bremen	Einnahmen in Mio. Euro	159	161	163	199	198	203
	Änd. geg. Vj. in %	0,9	1,1	0,9	22,1	-0,6	2,9
Hamburg	Einnahmen in Mio. Euro	430	437	445	455	465	473
	Änd. geg. Vj. in %	0,8	1,7	1,9	2,2	2,1	1,7
Hessen	Einnahmen in Mio. Euro	872	973	1.075	1.109	1.153	1.169
	Änd. geg. Vj. in %	8,0	11,6	10,5	3,1	4,0	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	Einnahmen in Mio. Euro	175	178	183	189	192	197
	Änd. geg. Vj. in %	5,2	1,4	3,1	3,3	1,8	2,2
Niedersachsen	Einnahmen in Mio. Euro	1.287	1.310	1.349	1.384	1.415	1.444
	Änd. geg. Vj. in %	2,8	1,7	3,0	2,6	2,2	2,1
Nordrhein-Westfalen	Einnahmen in Mio. Euro	3.112	3.170	3.424	3.595	3.676	3.737
	Änd. geg. Vj. in %	5,3	1,9	8,0	5,0	2,3	1,6
Rheinland-Pfalz	Einnahmen in Mio. Euro	519	538	558	568	580	589
	Änd. geg. Vj. in %	2,3	3,8	3,7	1,8	2,1	1,6
Saarland	Einnahmen in Mio. Euro	118	120	126	138	143	153
	Änd. geg. Vj. in %	1,9	1,8	5,1	9,3	3,9	6,4
Sachsen	Einnahmen in Mio. Euro	477	486	493	503	505	511
	Änd. geg. Vj. in %	0,0	1,8	1,6	2,0	0,5	1,1
Sachsen-Anhalt	Einnahmen in Mio. Euro	240	244	246	252	258	261
	Änd. geg. Vj. in %	2,5	1,6	0,9	2,1	2,5	1,3
Schleswig-Holstein	Einnahmen in Mio. Euro	399	414	426	436	454	460
	Änd. geg. Vj. in %	1,9	3,7	2,8	2,5	4,0	1,3
Thüringen	Einnahmen in Mio. Euro	220	227	233	242	243	246
	Änd. geg. Vj. in %	1,2	3,5	2,3	3,9	0,6	1,4
Bundesgebiet insgesamt	Einnahmen in Mio. Euro	12.377	12.691	13.215	13.654	13.965	14.203
	Änd. geg. Vj. in %	3,0	2,5	4,1	3,3	2,3	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

30. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Grundsteuerhebesätze in diesem Zeitraum entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Gewogene Durchschnittshebesätze Grundsteuer A und B

Bundesländer	Jahr						Prozentuale Veränderung zum Vorjahr				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018
Grundsteuer A											
Schleswig-Holstein	301	307	314	320	324	327	2,0	2,3	1,9	1,3	0,9
Hamburg	225	225	225	225	225	225	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	363	367	373	375	379	383	1,1	1,6	0,5	1,1	1,1
Bremen	248	240	246	250	250	250	-3,2	2,5	1,6	0,0	0,0
Nordrhein-Westfalen	250	253	265	277	283	288	1,2	4,7	4,5	2,2	1,8
Hessen	310	330	369	380	392	396	6,5	11,8	3,0	3,2	1,0
Rheinland-Pfalz	305	313	317	318	321	322	2,6	1,3	0,3	0,9	0,3
Baden-Württemberg	352	353	355	357	359	360	0,3	0,6	0,6	0,6	0,3
Bayern	342	342	344	347	349	349	0,0	0,6	0,9	0,6	0,0

Bundesländer	Jahr						Prozentuale Veränderung zum Vorjahr				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018
Grundsteuer A											
Saarland	256	258	274	285	291	298	0,8	6,2	4,0	2,1	2,4
Berlin	150	150	150	150	150	150	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	284	292	298	304	307	314	2,8	2,1	2,0	1,0	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	276	282	294	307	316	322	2,2	4,3	4,4	2,9	1,9
Sachsen	307	308	310	312	314	315	0,3	0,6	0,6	0,6	0,3
Sachsen-Anhalt	308	310	315	323	327	330	0,6	1,6	2,5	1,2	0,9
Thüringen	286	288	291	296	298	299	0,7	1,0	1,7	0,7	0,3
Grundsteuer B											
Schleswig-Holstein	363	368	376	381	390	393	1,4	2,2	1,3	2,4	0,8
Hamburg	540	540	540	540	540	540	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	409	411	418	425	427	431	0,5	1,7	1,7	0,5	0,9
Bremen	572	572	572	687	686	687	0,0	0,0	20,1	-0,1	0,1
Nordrhein-Westfalen	496	501	538	557	567	570	1,0	7,4	3,5	1,8	0,5
Hessen	381	406	444	456	470	473	6,6	9,4	2,7	3,1	0,6
Rheinland-Pfalz	373	383	394	396	400	402	2,7	2,9	0,5	1,0	0,5
Baden-Württemberg	386	387	388	391	396	397	0,3	0,3	0,8	1,3	0,3
Bayern	385	385	386	391	392	394	0,0	0,3	1,3	0,3	0,5
Saarland	359	363	380	408	418	439	1,1	4,7	7,4	2,5	5,0
Berlin	810	810	810	810	810	810	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	389	393	396	401	406	408	1,0	0,8	1,3	1,2	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	400	403	412	420	424	427	0,8	2,2	1,9	1,0	0,7
Sachsen	484	488	490	494	495	498	0,8	0,4	0,8	0,2	0,6
Sachsen-Anhalt	399	402	404	410	415	419	0,8	0,5	1,5	1,2	1,0
Thüringen	407	415	421	435	436	435	2,0	1,4	3,3	0,2	-0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

31. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils die höchsten und welche die niedrigsten, jedoch höher als 0 betragenden, Grundsteuereinnahmen pro Kopf (bitte mit jeweiliger Höhe der Einnahmen und Hebesätze angeben)?

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istaufkommen	Hebesätze	Istaufkommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer A					
20 Gemeinden mit den niedrigsten Grundsteuereinnahmen A (pro Kopf in 2018)					
Glienicke/Nordbahn	Brandenburg	12.231	180	200	0,01
Mainaschaff	Bayern	8.916	133	310	0,01
Berlin	Berlin	3.624.930	58.801	150	0,02
Frankeneck	Rheinland-Pfalz	841	18	330	0,02
Borkwalde	Brandenburg	1.503	36	200	0,02
Wittdün auf Amrum	Schleswig-Holstein	809	20	370	0,02
Kleinmachnow	Brandenburg	20.588	746	200	0,04

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer A					
20 Gemeinden mit den niedrigsten Grundsteuereinnahmen A (pro Kopf in 2018)					
Woltersdorf	Brandenburg	8.186	367	200	0,04
Ottobrunn	Bayern	21.548	1.148	340	0,05
Büdelsdorf, Stadt	Schleswig-Holstein	10.287	576	320	0,06
Borkheide	Brandenburg	2.006	120	300	0,06
Neidenfels	Rheinland-Pfalz	784	52	300	0,07
Friedrichsthal	Saarland	10.145	675	300	0,07
Planegg	Bayern	10.832	794	250	0,07
Weibersbrunn	Bayern	2.023	153	300	0,08
Raunheim, Stadt	Hessen	16.223	1.242	300	0,08
Weißenthurm, Stadt	Rheinland-Pfalz	9.084	699	300	0,08
Köln	Nordrhein-Westfalen	1.081.984	87.201	165	0,08
Oberhausen	Nordrhein-Westfalen	211.262	17.960	250	0,09
Juist, Inselgemeinde	Niedersachsen	1.601	138	390	0,09
20 Gemeinden mit den höchsten Grundsteuereinnahmen A (pro Kopf in 2018)					
Dierfeld	Rheinland-Pfalz	11	3.601	900	327,36
Grothusenkoog	Schleswig-Holstein	22	6.743	310	306,50
Reußenköge	Schleswig-Holstein	327	95.797	280	292,96
Wiedenborstel	Schleswig-Holstein	8	1.973	350	246,63
Ammeldingen an d.Our	Rheinland-Pfalz	23	5.222	400	227,04
Karolinenkoog	Schleswig-Holstein	141	31.387	310	222,60
Westerhever	Schleswig-Holstein	97	19.622	370	202,29
Groven	Schleswig-Holstein	79	15.899	290	201,25
Süderhöft	Schleswig-Holstein	22	4.094	370	186,09
Neufelderkoog	Schleswig-Holstein	128	23.544	290	183,94
Osterhever	Schleswig-Holstein	219	39.855	370	181,99
Hattstedtermarsch	Schleswig-Holstein	272	48.582	500	178,61
Hülseburg	Mecklenburg-Vorpommern	149	26.016	900	174,60
Steinreich	Brandenburg	492	85.607	620	174,00
Holtsee	Schleswig-Holstein	1.255	210.373	331	167,63
Neuenkirchen	Mecklenburg-Vorpommern	299	49.890	700	166,86
Tümlauer Koog	Schleswig-Holstein	104	16.374	370	157,44
Poppenbüll	Schleswig-Holstein	229	36.031	370	157,34
Hugoldsdorf	Mecklenburg-Vorpommern	124	18.946	400	152,79
Kollmoor	Schleswig-Holstein	32	4.844	260	151,38

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istaufkom- men	Hebesätze	Istaufkom- men pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer B					
20 Gemeinden mit den niedrigsten Grundsteuereinnahmen B (pro Kopf in 2018)					
Scheitenskorb	Rheinland-Pfalz	34	298	300	8,76
Etteldorf	Rheinland-Pfalz	26	390	450	15,00
Masthorn	Rheinland-Pfalz	55	846	365	15,38
Christinenthal	Schleswig-Holstein	61	1.003	45	16,44
Kollmoor	Schleswig-Holstein	32	529	260	16,53
Berscheid	Rheinland-Pfalz	62	1.050	400	16,94
Bisterschied	Rheinland-Pfalz	242	4.123	365	17,04
Ammeldingen an d.Our	Rheinland-Pfalz	23	455	500	19,78
Burg	Rheinland-Pfalz	24	484	365	20,17
Ellhöft	Schleswig-Holstein	100	2.498	140	24,98
Norderwöhrden	Schleswig-Holstein	263	6.601	115	25,10
Kyllburgweiler	Rheinland-Pfalz	109	2.940	320	26,97
Osterheide	Niedersachsen	2.873	79.355	300	27,62
Winterscheid	Rheinland-Pfalz	142	3.932	365	27,69
Winringen	Rheinland-Pfalz	72	2.021	365	28,07
Affler	Rheinland-Pfalz	28	790	500	28,21
Lockstedt	Schleswig-Holstein	144	4.356	100	30,25
Herzfeld	Rheinland-Pfalz	35	1.098	500	31,37
Muxerath	Rheinland-Pfalz	42	1.333	400	31,74
Nasingen	Rheinland-Pfalz	39	1.261	500	32,33
20 Gemeinden mit den höchsten Grundsteuereinnahmen B (pro Kopf in 2018)					
Büttel	Schleswig-Holstein	41	195.831	310	4.776,37
Nürburg	Rheinland-Pfalz	168	695.892	365	4.142,21
Kampen (Sylt)	Schleswig-Holstein	467	627.691	325	1.344,09
Pittenbach	Rheinland-Pfalz	106	120.376	400	1.135,62
Meuspath	Rheinland-Pfalz	153	107.239	385	700,91
Lautzenhausen	Rheinland-Pfalz	361	246.573	365	683,03
Alt Tellin	Mecklenburg-Vorpommern	377	234.392	375	621,73
Göhren-Lebbin	Mecklenburg-Vorpommern	610	357.994	500	586,88
Baltrum	Niedersachsen	626	364.926	600	582,95
Gunderath	Rheinland-Pfalz	119	68.088	365	572,17
Sassen	Rheinland-Pfalz	89	43.713	365	491,16
Wenningst.-Br (Sylt)	Schleswig-Holstein	1.487	720.766	330	484,71
Gallin	Mecklenburg-Vorpommern	565	264.244	300	467,69
Dörth	Rheinland-Pfalz	513	224.142	365	436,92
Wangerooge, Nordseebad	Niedersachsen	1.295	539.886	550	416,90
Witsum	Schleswig-Holstein	47	19.315	390	410,96
Braak	Schleswig-Holstein	981	399.664	245	407,40
Bärenbach	Rheinland-Pfalz	444	175.660	365	395,63
Kellenhusen (Ostsee)	Schleswig-Holstein	1.119	436.032	390	389,66
Sankt Peter-Ording	Schleswig-Holstein	3.998	1.503.812	370	376,14

Quelle: Statistisches Bundesamt

32. Wie viele und welche Kommunen machen nach Kenntnis der Bundesregierung von ihrem Recht Gebrauch, den Grundsteuerhebesatz auf 0 anzusetzen?

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Hebesatz
			Prozent
Grundsteuer A			
Friedrichsgabekoog	Schleswig-Holstein	52	0
Hillgroven	Schleswig-Holstein	62	0
Norderfriedrichskoog	Schleswig-Holstein	52	0
Südermarsch	Schleswig-Holstein	141	0
Helgoland	Schleswig-Holstein	1.324	0
Eppertshausen	Hessen	6.219	0
Schwalbach am Taunus, Stadt	Hessen	15.340	0
Neu-Isenburg, Stadt	Hessen	37.530	0
Bergenhäusen	Rheinland-Pfalz	116	0
Rayerschied	Rheinland-Pfalz	92	0
Riegenroth	Rheinland-Pfalz	244	0
Gornhausen	Rheinland-Pfalz	213	0
Reuth	Rheinland-Pfalz	167	0
Eichwalde	Brandenburg	6.452	0
Grundsteuer B			
Friedrichsgabekoog	Schleswig-Holstein	52	0
Hillgroven	Schleswig-Holstein	62	0
Wesselburener Deichhausen	Schleswig-Holstein	106	0
Norderfriedrichskoog	Schleswig-Holstein	52	0
Südermarsch	Schleswig-Holstein	141	0
Bergenhäusen	Rheinland-Pfalz	116	0
Rayerschied	Rheinland-Pfalz	92	0
Riegenroth	Rheinland-Pfalz	244	0
Wahlbach	Rheinland-Pfalz	180	0
Gornhausen	Rheinland-Pfalz	213	0
Reuth	Rheinland-Pfalz	167	0

Quelle: Statistisches Bundesamt

33. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Grundsteuerhebesätze (außer 0) (bitte mit jeweiliger Höhe des Hebesatzes und Höhe der Grundsteuereinnahmen pro Kopf angeben)?

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer A					
20 Gemeinden mit den niedrigsten Grundsteuerhebesätzen A (in 2018)					
Christinenthal	Schleswig-Holstein	61	614	45	10,07
Ingelheim am Rhein	Rheinland-Pfalz	24.989	21.706	68	0,87
Elisab.-Sophien-Koog	Schleswig-Holstein	56	3.349	100	59,80
Dammfleth	Schleswig-Holstein	281	8.769	100	31,21
Lockstedt	Schleswig-Holstein	144	3.928	100	27,28
Fr.-Wilh.-Lübke-Koog	Schleswig-Holstein	178	16.778	120	94,26
Wesselb.Deichhausen	Schleswig-Holstein	106	4.467	130	42,14

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer A					
20 Gemeinden mit den niedrigsten Grundsteuerhebesätzen A (in 2018)					
Braderup	Schleswig-Holstein	663	7.221	130	10,89
Galmsbüll	Schleswig-Holstein	582	36.552	130	62,80
Verl	Nordrhein-Westfalen	25.548	76.037	130	2,98
Ellhöft	Schleswig-Holstein	100	3.750	140	37,50
Bokelrehm	Schleswig-Holstein	148	1.835	150	12,40
Gundremmingen	Bayern	1.322	6.211	150	4,70
Berlin	Berlin	3.624.930	58.801	150	0,02
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	618.128	129.814	156	0,21
Pullach i. Isartal	Bayern	9.009	781	160	0,09
Köln	Nordrhein-Westfalen	1.081.984	87.201	165	0,08
Langenfeld (Rhld.)	Nordrhein-Westfalen	58.813	36.257	170	0,62
Reken	Nordrhein-Westfalen	14.712	92.801	170	6,31
Attendorn	Nordrhein-Westfalen	24.384	30.944	170	1,27
Eschborn, Stadt	Hessen	21.435	10.202	170	0,48
Gräfelfing	Bayern	13.825	1.410	170	0,10
20 Gemeinden mit den höchsten Grundsteuerhebesätzen A (in 2018)					
Stadt Bad Herrenalb	Baden-Württemberg	7.924	97.846	1.900	12,35
Stadt Bad Wildbad im Schwarzwald	Baden-Württemberg	10.085	331.049	1.900	32,83
Gemeinde Enzklösterle	Baden-Württemberg	1.246	61.731	1.800	49,54
Gemeinde Höfen an der Enz	Baden-Württemberg	1.800	23.740	1.750	13,19
Gemeinde Dobel	Baden-Württemberg	2.347	49.495	1.600	21,09
Gemeinde Forbach	Baden-Württemberg	4.766	224.574	1.300	47,12
Schwielochsee	Brandenburg	1.480	94.741	1.163	64,01
Teupitz	Brandenburg	1.903	15.354	1.000	8,07
Gemeinde Schluchsee	Baden-Württemberg	2.515	93.054	970	37,00
Dierfeld	Rheinland-Pfalz	11	3.601	900	327,36
Gemeinde Schömberg (LKR Calw)	Baden-Württemberg	8.051	63.948	900	7,94
Halbe	Brandenburg	2.383	51.692	900	21,69
Bad Sülze, Stadt	Mecklenburg-Vorpommern	1.728	44.676	900	25,85
Hülseburg	Mecklenburg-Vorpommern	149	26.016	900	174,60
Kirch Jesar	Mecklenburg-Vorpommern	638	21.026	900	32,96
Pritzier	Mecklenburg-Vorpommern	415	44.719	900	107,76
Warlitz	Mecklenburg-Vorpommern	427	44.201	900	103,52
Gemeinde Baiersbronn	Baden-Württemberg	14.580	325.694	870	22,34
Straupitz	Brandenburg	954	22.725	870	23,82
Neu Zauche	Brandenburg	1.091	32.560	866	29,84

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer B					
20 Gemeinden mit den niedrigsten Grundsteuerhebesätzen B (in 2018)					
Christinenthal	Schleswig-Holstein	61	1.003	45	16,44
Ingelheim am Rhein	Rheinland-Pfalz	24.989	809.627	80	32,40
Elisab.-Sophien-Koog	Schleswig-Holstein	56	1.955	100	34,91
Dammfleth	Schleswig-Holstein	281	14.793	100	52,64
Lockstedt	Schleswig-Holstein	144	4.356	100	30,25
Norderwöhrden	Schleswig-Holstein	263	6.601	115	25,10
Fr.-Wilh.-Lübke-Koog	Schleswig-Holstein	178	7.238	130	40,66
Braderup	Schleswig-Holstein	663	29.762	130	44,89
Galmsbüll	Schleswig-Holstein	582	23.418	130	40,24
Ellhöft	Schleswig-Holstein	100	2.498	140	24,98
Eschborn, Stadt	Hessen	21.435	2.880.301	140	134,37
Bokelrehm	Schleswig-Holstein	148	7.083	150	47,86
Gundremmingen	Bayern	1.322	113.508	150	85,86
Lexgaard	Schleswig-Holstein	50	2.533	180	50,66
Gräfelting	Bayern	13.825	1.690.024	200	122,24
Warwerort	Schleswig-Holstein	236	31.227	200	132,32
Hamfelde	Schleswig-Holstein	500	44.014	200	88,03
Westre	Schleswig-Holstein	351	17.432	200	49,66
Thumbby	Schleswig-Holstein	395	27.869	200	70,55
Nützen	Schleswig-Holstein	1.170	89.575	200	76,56
Hamfelde	Schleswig-Holstein	510	37.227	200	72,99
Gründau	Hessen	14.753	937.455	200	63,54
Stadt Walldorf	Baden-Württemberg	15.546	2.055.467	200	132,22
Gemeinde Sankt Leon-Rot	Baden-Württemberg	13.721	1.316.180	200	95,92
Große Kreisstadt Biberach an der Riß	Baden-Württemberg	32.829	3.732.485	200	113,69
Neuerkirch	Rheinland-Pfalz	287	16.961	200	59,10
Gemeinde Egenhausen	Baden-Württemberg	2.004	137.143	200	68,43
Grünwald	Bayern	11.136	1.993.677	200	179,03
Kirchgandern	Thüringen	588	33.917	200	57,68
20 Gemeinden mit den höchsten Grundsteuerhebesätzen B (in 2018)					
Lautertal (Odenwald)	Hessen	7.198	2.070.833	1050	287,70
Nauheim	Hessen	10.502	2.819.136	960	268,44
Bergneustadt	Nordrhein-Westfalen	18.829	5.639.058	959	299,49
Hürtgenwald	Nordrhein-Westfalen	8.657	2.907.041	950	335,80
Bönen	Nordrhein-Westfalen	18.079	6.352.283	940	351,36
Witten	Nordrhein-Westfalen	96.534	31.869.724	910	330,14
Altena	Nordrhein-Westfalen	16.982	5.147.175	910	303,10
Nörvenich	Nordrhein-Westfalen	10.603	2.800.740	910	264,15
Dierfeld	Rheinland-Pfalz	11	0	900	0,00
Aldenhoven	Nordrhein-Westfalen	13.835	3.816.214	880	275,84
Hattingen	Nordrhein-Westfalen	54.601	15.013.036	875	274,96
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	498.207	130.330.690	855	261,60
Overath	Nordrhein-Westfalen	27.080	8.694.579	850	321,07

Gemeindename	Land	Einwohner am 30.06.2018	Grundsteuer		
			Istauf- kommen	Hebesätze	Istauf- kommen pro Kopf
			Euro	Prozent	Euro
Grundsteuer B					
20 Gemeinden mit den höchsten Grundsteuerhebesätzen B (in 2018)					
Nideggen	Nordrhein-Westfalen	9.905	3.156.748	850	318,70
Schwerte	Nordrhein-Westfalen	46.545	12.696.395	850	272,78
Hirzenhain	Hessen	2.859	688.150	840	240,70
Haltern am See	Nordrhein-Westfalen	37.965	10.579.506	825	278,66
Oer-Erkenschwick	Nordrhein-Westfalen	31.369	6.318.153	825	201,41
Datteln	Nordrhein-Westfalen	34.582	8.305.427	825	240,17
Castrop-Rauxel	Nordrhein-Westfalen	73.713	21.115.372	825	286,45
Selm	Nordrhein-Westfalen	25.854	5.821.984	825	225,19

Quelle: Statistisches Bundesamt

34. Wie hat sich der Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer in absoluten Zahlen von 2013 bis 2018 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung (bitte Entwicklung nach Bundesländern aufgeschlüsselt aufführen und prozentuale Veränderung mit angeben)?

Die folgende Tabelle zeigt die Einnahmen der Gemeinden aus dem Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer von 2013 bis 2018.

in Tsd. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	3.928.882	4.053.970	4.689.897	4.832.989	6.017.918	7.446.486
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	15,7	3,1	24,5	23,7
Baden-Württemberg	544.111	561.434	648.612	668.402	832.277	1.030.579
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	15,5	3,1	24,5	23,8
Bayern	614.323	633.882	758.705	781.853	973.545	1.261.588
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	19,7	3,1	24,5	29,6
Berlin	157.279	162.287	182.167	187.725	233.750	283.301
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	12,2	3,1	24,5	21,2
Brandenburg	86.872	89.638	98.707	101.719	126.658	145.953
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	10,1	3,1	24,5	15,2
Bremen	43.023	44.393	51.246	52.809	65.757	81.876
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	15,4	3,0	24,5	24,5
Hamburg	153.145	158.020	182.528	188.097	234.213	286.621
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	15,5	3,1	24,5	22,4
Hessen	358.843	370.268	412.602	425.191	529.437	627.707
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	11,4	3,1	24,5	18,6
Mecklenburg-Vorpommern	55.806	57.583	64.542	66.511	82.818	99.765
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	12,1	3,1	24,5	20,5
Niedersachsen	315.041	325.071	390.513	402.428	501.094	647.039
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	20,1	3,1	24,5	29,1
Nordrhein-Westfalen	943.357	973.392	1.123.853	1.158.142	1.442.090	1.767.065
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	15,5	3,1	24,5	22,5
Rheinland-Pfalz	158.176	163.212	189.599	195.384	243.287	305.421
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	16,2	3,1	24,5	25,5

in Tsd. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Saarland	46.484	47.964	56.803	58.536	72.888	89.229
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	18,4	3,1	24,5	22,4
Sachsen	182.295	188.099	210.812	217.244	270.506	318.787
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	12,1	3,1	24,5	17,8
Sachsen-Anhalt	88.882	91.712	101.599	104.699	130.368	149.788
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	10,8	3,1	24,5	14,9
Schleswig-Holstein	100.446	103.644	121.346	125.049	155.708	196.549
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	17,1	3,1	24,5	26,2
Thüringen	80.799	83.371	96.263	99.200	123.521	155.216
Wachstumsrate in %	1,1	3,2	15,5	3,1	24,5	25,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, für 2017 und 2018: vorläufige Ergebnisse

Die Einnahmen der Gemeinden aus dem Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer stiegen bundesweit in den Jahren 2013 bis 2018 in jedem Jahr an. Über den Zeitraum 2013 bis 2018 wuchsen die kommunalen Umsatzsteuereinnahmen auch in jedem einzelnen Land. Die positive Entwicklung lässt sich zum einen auf die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung im Beobachtungszeitraum zurückführen, durch welche das Umsatzsteueraufkommen in Deutschland im Durchschnitt der aufgeführten Jahre um 3,2 Prozent p. a. gestiegen ist. Zum anderen erklärt sich der erhöhte Anstieg in den Jahren 2015, 2017 und 2018 durch die in diesen Jahren wirksam gewordenen gesetzlichen Erhöhungen des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer zu Lasten des Bundes. Durch den Verzicht auf Umsatzsteueranteile zugunsten der Gemeinden hat der Bund die finanzielle Lage der Gemeinden in den letzten Jahren deutlich verbessert. Darüber hinaus gibt es Änderungen bei den Anteilen der einzelnen Länder an der den Gemeinden insgesamt zufließenden Umsatzsteuer in den Jahren 2015 und 2018, die auf unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern bei den in § 5a des Gemeindefinanzreformgesetzes festgelegten Bemessungsgrundlagen für die Herleitung des Schlüssels zurückgehen.

35. Aus welchen Gründen werden die 2,4 Mrd. Euro zur Entlastung der Kommunen bei den kommunalen Sozialausgaben, die über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer transferiert werden, auch über den Verteilschlüssel der gemeindlichen Umsatzsteuer verteilt (vgl. Junkerheinrich et al. 2019, S. 18, abrufbar unter www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/kommunen/pdf/2019-06-18_Kommunale_Finanzausstattung_und_fiskalische_Gleichwertigkeit_EF.pdf)?

Der Transferweg für die im Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehene Entlastung der Kommunen um 5 Mrd. Euro ab 2018 wurde am 16. Juni 2016 zwischen der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vereinbart und mit dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen umgesetzt. Ausweislich der Gesetzesbegründung zielt die 5-Mrd.-Entlastung nicht in ihrer Gesamtheit auf eine Entlastung der Kommunen bei den kommunalen Sozialausgaben ab.

36. Wie bewertet die Bundesregierung den aktuell geltenden Verteilschlüssel für die kommunalen Umsatzsteueranteile (vgl. § 5a Absatz 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes sowie www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foed_erale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanz/Beteiligung-Gemeinden-Umsatzsteuer-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=3)?

Ist der Transfer von Mitteln, die finanzschwache Kommunen entlasten oder die sozialpolitische Entscheidungen des Bundes auffangen sollen, nach diesem Schlüssel sinnvoll?

Welche Pläne hinsichtlich der Anpassung des Verteilschlüssels verfolgt die Bundesregierung, um gezielt die Kommunen mit hohen sozialen Ausgaben bzw. die finanzschwachen Kommunen zu begünstigen?

Der Verteilungsschlüssel für die kommunalen Umsatzsteueranteile richtet sich nach Artikel 106 Absatz 5a GG, welcher eine Weiterleitung der Umsatzsteueranteile an die Kommunen auf Basis „eines orts- und wirtschaftsbezogenen Schlüssels“ vorgibt. Der durch das Grundgesetz vorgegebene Wirtschaftsbezug ist dadurch begründet, dass die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer als Kompensation für die Abschaffung der Gewerbekapitalertragsteuer eingeführt wurde. Als Transferweg zur gezielten Entlastung finanzschwacher oder mit hohen Sozialausgaben belasteter Kommunen ist die Umsatzsteuerbeteiligung der Gemeinden nicht geeignet.

Die Gewährleistung einer den Finanzbedarfen ihrer Kommunen angemessenen Finanzausstattung sowie der Finanzkraftausgleich unter den Kommunen sind Aufgaben der einzelnen Länder. Der Bund unterstützt finanzschwache bzw. mit hohen Sozialausgaben belastete Kommunen im Rahmen seiner finanzverfassungsrechtlichen Möglichkeiten über andere Wege, wie insbesondere die in den vergangenen Jahren massiv erhöhte Beteiligung an kommunalen Sozialausgaben bei der Ausführung von Geldleistungsgesetzen des Bundes sowie über die gezielte Förderung im Rahmen von Bundesfinanzhilfen. Für konkrete Beispiele hinsichtlich der Förderung finanzschwacher Kommunen wird auf die Antworten zu den Fragen 79 sowie 89 verwiesen.

Eine Änderung des Verteilungsschlüssels des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer plant die Bundesregierung nicht.

37. Wie beurteilt die Bundesregierung die Idee, den Verteilschlüssel für diese Mittel dahingehend zu ändern, dass nicht wirtschaftsstarke Kommunen, sondern Kommunen mit hohen Sozialkosten entlastet würden (etwa über einen Schlüssel, der sich an der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen orientiert), und wie bewertet sie die Realisierungschancen eines solchen Vorhabens?

Eine Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, welche sich im Wesentlichen an der Höhe der Sozialkosten, oder entsprechenden Indikatoren, orientiert, würde den Vorgaben des Artikels 106 Absatz 5a GG für einen orts- und wirtschaftsbezogenen Schlüssel nicht genügen.

Eine dahingehende Änderung würde daher eine Verfassungsänderung erfordern. Bereits ein weniger weitgehender Beschlussvorschlag des Finanzausschusses des Bundesrates, der „auf eine gemessen an den Einwohnern gleichmäßigere interkommunale Verteilung“ abzielte (Bundesratsdrucksache 502/1/18), fand im Bundesrat keine (einfache) Mehrheit (Bundesratsdrucksache 501/18/B). Vor diesem Hintergrund ist nach Einschätzung der Bundesregierung die für eine Änderung des Verteilungsschlüssels für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, hin zu einem sich im Wesentlichen an der Höhe der Sozialkosten

orientierenden Schlüssel, notwendige Zweidrittelmehrheit eine hohe Hürde. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 36 verwiesen.

38. Welche kommunalen Geld- sowie Sachleistungen werden nach Kenntnis der Bundesregierung von den Kommunen in eigener Finanzierungsverantwortung erbracht, und bei welchen Sozialleistungen trägt der Bund welche Anteile an der Finanzierung?

Im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) tragen die Kommunen die Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II und die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II. An Ersteren beteiligt sich der Bund zweckgebunden mit jährlichen anzupassenden landesspezifischen Beteiligungsquoten nach § 46 Absatz 5 bis 11 SGB II. Im Jahr 2020 werden nach dem Entwurf der Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2020 (Bundesratsdrucksache 205/20 vom 30. April 2020) die Beteiligungsquoten bundesdurchschnittlich 47,4 Prozent betragen. An den Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II ist der Bund nicht direkt beteiligt, jedoch entlastet er indirekt die Kommunen vollständig von den anfallenden Zweckausgaben, da diese bei der Bemessung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 46 Absatz 8 SGB II zugrunde gelegt werden.

Der Bund erstattet den Ländern nach § 46a SGB XII vollständig die Nettoausgaben für Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII; diese verteilen die Erstattungszahlungen in eigener Zuständigkeit an die Träger der Sozialhilfe. Zudem leistet der Bund den Ländern eine anteilige Erstattung in geringem Umfang an den Ausgaben, die den Trägern der Sozialhilfe entstehen für den sogenannten Barbetrag für Leistungsberechtigte nach dem Vierten Kapitel des SGB XII, die in einer stationären Einrichtung leben; auch hier obliegt die Weiterleitung an die SGB-XII-Träger den Ländern in eigener Zuständigkeit. Beim Barbetrag handelt es sich um eine Leistung der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII.

Die Erbringung und Finanzierung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), insbesondere zur Deckung des Bedarfs an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts und zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens nach § 3 AsylbLG, erfolgt in eigener Angelegenheit durch die Länder. Sofern die Leistungserbringung in den Ländern durch die Kommunen wahrgenommen wird, richtet sich die Finanzierung der Leistungen nach den jeweils zwischen Land und Kommunen bestehenden Vereinbarungen. Hinsichtlich der Entlastungen der Länder durch den Bund wird auf die Antwort zu Frage 132 verwiesen. Im Übrigen leistet der Bund in den Jahren 2020 und 2021 einen Beitrag zur Finanzierung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Höhe von je 350 Mio. Euro.

Für die Leistungen der Eingliederungshilfe und deren Finanzierung sind die Länder zuständig. Eine gemeinsame Zuständigkeit von Bund und Ländern für die Finanzierung der Leistungen der Eingliederungshilfe gibt es nicht. Für Informationen dazu, welche Zuständigkeiten die Länder mit den Kommunen oder anderen Verwaltungsebenen vereinbart haben, wird auf die Website des Projektes Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz verwiesen (<https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/gesetz/umsetzung-laender/>). Weitergehende Informationen hierzu liegen der Bundesregierung nicht vor. Der Bundesregierung ist daher auch nicht bekannt, ob und ggf. in welchem Umfang die Länder den Kommu-

nen oder anderen Verwaltungsebenen Leistungen der Eingliederungshilfe erstatten.

Die Leistungen der Sozialen Entschädigung werden in den Bundesländern auf Grundlage unterschiedlicher landesrechtlicher Regelungen teilweise von kommunalen Trägern erbracht. Der Kostenanteil des Bundes an diesen Leistungen bestimmt sich nach dem jeweils dem Leistungsanspruch zugrunde liegenden Gesetz. Das jeweilige Landesrecht bestimmt für die von den Ländern zu tragenden Kostenanteile, ob und inwieweit eine kommunale Kostenträgerschaft der Leistungen besteht. Über die Höhe der kommunalen Ausgaben liegen der Bundesregierung keine Daten vor.

Für die Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII trägt der Bund laut Berechnungen der amtlichen Statistik zum Sozialbudget auf der Grundlage von Ergebnissen der Finanzstatistik 2018 2,7 Prozent der Ausgaben. 12,3 Prozent wurden von den Ländern sowie 84,9 Prozent von den Kommunen finanziert. Die Ergebnisse für 2019 wurden noch nicht veröffentlicht.

39. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Entwicklung der kommunalen Sozialkosten im Zeitraum von 2013 bis 2018 dar, und wie haben sich die absoluten Beträge und kommunalen Anteile an der Finanzierung jeweils entwickelt (bitte einzeln für die Eingliederungshilfe bzw. das Bundesteilhabegesetz, die Kosten der Unterkunft, die Hilfe zur Pflege, den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Kosten nach SGB VIII brutto wie netto aufschlüsseln und nach Bundesländern aufgliedern)?

Die Bruttosozialausgaben der kommunalen Kernhaushalte haben sich im Zeitraum 2013 bis 2018 wie folgt entwickelt:

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	47.238	49.203	53.437	59.161	59.309	59.074
Wachstumsrate in %	5,6	4,2	8,6	10,7	0,3	-0,4
Baden-Württemberg	5.036	5.294	5.612	6.331	6.658	6.540
Wachstumsrate in %	7,0	5,1	6,0	12,8	5,2	-1,8
Bayern	6.175	6.629	7.569	8.399	8.164	8.029
Wachstumsrate in %	5,7	7,3	14,2	11,0	-2,8	-1,6
Brandenburg	1.484	1.528	1.630	1.766	1.777	1.782
Wachstumsrate in %	4,1	3,0	6,6	8,3	0,7	0,3
Hessen	4.420	4.577	4.830	5.429	5.495	5.521
Wachstumsrate in %	1,2	3,6	5,5	12,4	1,2	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1.172	1.213	1.274	1.316	1.289	1.283
Wachstumsrate in %	3,4	3,5	5,0	3,3	-2,1	-0,5
Niedersachsen	5.499	5.729	6.167	7.062	7.014	7.154
Wachstumsrate in %	5,8	4,2	7,6	14,5	-0,7	2,0
Nordrhein-Westfalen	14.348	14.795	16.012	17.438	17.566	17.640
Wachstumsrate in %	7,1	3,1	8,2	8,9	0,7	0,4
Rheinland-Pfalz	2.416	2.525	2.826	3.157	3.155	3.094
Wachstumsrate in %	5,5	4,5	11,9	11,7	-0,1	-1,9
Saarland	513	540	596	651	621	585
Wachstumsrate in %	18,2	5,3	10,4	9,4	-4,7	-5,7
Sachsen	2.116	2.190	2.362	2.642	2.658	2.608
Wachstumsrate in %	4,6	3,5	7,9	11,8	0,6	-1,9
Sachsen-Anhalt	927	930	1.006	1.075	1.079	1.063
Wachstumsrate in %	2,4	0,4	8,2	6,8	0,4	-1,5

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Schleswig-Holstein	1.986	2.073	2.297	2.543	2.508	2.460
Wachstumsrate in %	5,4	4,4	10,8	10,7	-1,4	-1,9
Thüringen	1.146	1.180	1.256	1.352	1.324	1.314
Wachstumsrate in %	3,2	3,0	6,4	7,6	-2,0	-0,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

Eingliederungshilfe (Sechstes Kapitel SGB XII):

Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Sechstes Kapitel SGB XII)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	15 575,5	16 357,7	17 043,6	17 923,7	18 783,4	19 748,0
Baden-Württemberg	1 582,1	1 674,2	1 745,3	1 822,2	1 926,8	2 027,1
Bayern	2 330,3	2 425,4	2 556,1	2 739,1	2 832,5	3 012,2
Berlin	701,8	731,6	770,4	811,9	842,1	888,0
Brandenburg	403,9	424,9	443,2	468,6	494,6	519,5
Bremen	175,2	192,7	196,2	203,2	213,2	223,3
Hamburg	380,4	416,8	392,3	437,4	448,1	465,5
Hessen	1 191,3	1 282,7	1 361,4	1 404,6	1 497,1	1 576,2
Mecklenburg-Vorpommern	272,4	291,6	296,5	310,5	325,5	342,1
Niedersachsen	1 743,8	1 827,9	1 880,8	1 967,7	2 058,4	2 177,8
Nordrhein-Westfalen	3 901,1	4 053,2	4 214,3	4 394,9	4 614,3	4 810,3
Rheinland-Pfalz	818,0	865,9	901,2	956,1	1 011,9	1 070,7
Saarland	198,0	208,4	219,4	233,9	246,6	263,9
Sachsen	496,2	512,5	540,6	577,2	613,6	637,9
Sachsen-Anhalt	379,7	400,4	426,8	458,2	481,5	513,1
Schleswig-Holstein	623,2	653,1	682,9	710,6	734,1	765,7
Thüringen	378,1	396,4	416,1	427,5	443,2	454,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nettoausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	14 038,0	14 970,1	15 649,0	16 470,0	17 186,8	18 119,1
Baden-Württemberg	1 355,9	1 439,8	1 517,6	1 591,6	1 684,0	1 788,2
Bayern	2 051,4	2 158,7	2 283,6	2 455,1	2 540,5	2 716,4
Berlin	690,9	722,0	760,8	801,8	821,6	877,8
Brandenburg	363,5	384,0	403,6	426,3	449,1	475,7
Bremen	164,9	182,4	185,4	192,4	200,8	210,8
Hamburg	361,0	397,6	373,4	418,0	435,7	442,2
Hessen	1 059,4	1 145,6	1 216,4	1 247,5	1 331,3	1 395,9
Mecklenburg-Vorpommern	247,6	268,9	276,4	288,5	303,4	319,0
Niedersachsen	1 633,9	1 724,4	1 791,2	1 887,1	1 964,4	2 080,4
Nordrhein-Westfalen	3 535,6	3 812,7	3 961,2	4 115,6	4 263,6	4 447,5
Rheinland-Pfalz	732,2	782,6	815,8	867,7	917,8	971,9
Saarland	181,6	191,3	202,3	216,2	228,4	262,2
Sachsen	395,6	427,5	454,3	486,7	518,7	526,6
Sachsen-Anhalt	359,7	381,0	405,7	437,2	455,8	483,6

Nettoausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Schleswig-Holstein	569,1	599,4	627,7	655,4	675,9	715,5
Thüringen	335,8	352,3	373,5	383,0	395,5	405,5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Kosten der Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II):

Nettoausgaben insgesamt für Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	13.671	13.849	13.910	13.970	14.593	14.227
Baden-Württemberg	972	999	1.028	1.062	1.150	1.130
Bayern	958	976	993	1.008	1.104	1.040
Berlin	1.439	1.448	1.469	1.466	1.522	1.499
Brandenburg	518	505	482	453	440	403
Bremen	221	227	233	236	248	247
Hamburg	486	489	490	498	511	604
Hessen	955	989	1.010	1.030	1.107	1.141
Mecklenburg-Vorpommern	386	374	353	339	324	291
Niedersachsen	1.246	1.258	1.263	1.288	1.353	1.316
Nordrhein-Westfalen	3.720	3.816	3.897	3.934	4.115	4.025
Rheinland-Pfalz	441	458	462	486	524	504
Saarland	168	176	181	203	212	203
Sachsen	782	764	716	664	655	590
Sachsen-Anhalt	544	535	509	491	481	439
Schleswig-Holstein	488	497	504	511	546	523
Thüringen	346	336	318	302	299	272

Quelle: BMAS

Anteil der Kommunen an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Prozent					
Deutschland	65,7	68,0	64,2	61,1	52,3	51,0
Baden-Württemberg	61,9	63,7	60,3	55,2	47,4	46,1
Bayern	66,6	68,8	65,3	59,1	50,1	49,7
Berlin	67,7	70,1	66,1	64,4	54,0	53,1
Brandenburg	66,9	70,1	65,8	63,1	56,4	56,4
Bremen	63,7	65,5	62,4	60,9	51,4	50,7
Hamburg	64,1	65,7	61,4	58,9	51,4	44,1
Hessen	66,4	68,5	65,1	62,1	52,9	49,0
Mecklenburg-Vorpommern	66,7	69,3	65,4	62,2	55,4	55,1
Niedersachsen	65,9	68,1	64,2	60,8	51,9	50,1
Nordrhein-Westfalen	66,2	68,5	64,7	62,4	53,9	53,2
Rheinland-Pfalz	56,3	58,8	55,6	51,3	42,2	41,7
Saarland	66,0	68,2	64,1	61,7	47,3	47,1
Sachsen	66,6	69,3	65,3	61,9	55,1	54,9

Anteil der Kommunen an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Prozent					
Sachsen-Anhalt	67,3	70,0	66,0	63,1	55,1	55,2
Schleswig-Holstein	66,2	68,8	64,8	62,0	51,3	50,6
Thüringen	65,9	68,7	64,6	60,6	53,0	52,2

Quelle: BMAS

Nettoausgaben der Kommunen für Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	8.986	9.423	8.933	8.532	7.631	7.251
Baden-Württemberg	602	637	620	586	545	521
Bayern	638	672	649	596	553	517
Berlin	974	1.015	971	944	822	796
Brandenburg	347	354	317	286	248	227
Bremen	141	149	145	144	128	125
Hamburg	312	321	301	294	263	266
Hessen	634	678	657	640	586	559
Mecklenburg-Vorpommern	258	259	231	211	180	160
Niedersachsen	821	857	811	783	702	659
Nordrhein-Westfalen	2.462	2.616	2.521	2.455	2.218	2.141
Rheinland-Pfalz	248	269	257	249	221	210
Saarland	111	120	116	125	100	96
Sachsen	521	529	468	411	361	324
Sachsen-Anhalt	366	374	336	310	265	242
Schleswig-Holstein	323	342	327	317	280	265
Thüringen	228	231	206	183	159	142

Quelle: BMAS

Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII):

Bruttoausgaben der Hilfe zur Pflege (Siebtes Kapitel SGB XII)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	3 824,3	4 007,3	4 080,6	4 330,2	3 904,3	4 003,0
Baden-Württemberg	463,5	482,9	472,4	499,9	457,0	482,0
Bayern	663,7	700,2	732,9	802,7	805,0	808,5
Berlin	350,3	356,3	346,7	350,7	303,0	306,1
Brandenburg	46,1	51,0	50,6	55,4	50,9	60,8
Bremen	45,3	47,4	45,3	45,6	41,7	42,3
Hamburg	177,7	179,8	194,8	204,0	190,5	182,3
Hessen	291,3	303,3	329,7	345,0	311,0	321,7
Mecklenburg-Vorpommern	47,4	50,6	50,2	53,8	47,8	51,0
Niedersachsen	291,8	299,3	296,3	301,0	257,4	272,0
Nordrhein-Westfalen	905,0	962,1	983,1	1 052,2	901,7	928,0
Rheinland-Pfalz	195,5	207,6	207,2	225,7	199,7	190,0
Saarland	66,3	74,1	79,9	87,3	74,1	75,0
Sachsen	68,1	74,5	77,1	81,9	76,5	82,6
Sachsen-Anhalt	41,0	43,0	41,0	44,3	39,8	46,9

Bruttoausgaben der Hilfe zur Pflege (Siebtes Kapitel SGB XII)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Schleswig-Holstein	122,9	122,9	120,2	125,3	97,6	100,8
Thüringen	48,5	52,4	53,2	55,4	50,5	53,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nettoausgaben der Hilfe zur Pflege (Siebtes Kapitel SGB XII)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mio. Euro					
Deutschland	3 338,7	3 502,4	3 569,2	3 796,4	3 391,1	3 453,4
Baden-Württemberg	410,7	425,7	418,2	444,2	406,4	430,0
Bayern	426,0	452,3	475,4	527,3	527,5	525,4
Berlin	327,6	332,8	322,1	328,9	293,8	281,4
Brandenburg	42,5	47,0	47,0	51,5	46,9	57,1
Bremen	41,1	43,0	41,6	41,6	37,2	39,1
Hamburg	174,2	177,3	191,5	200,7	187,9	179,2
Hessen	276,5	290,1	309,3	326,6	293,9	309,3
Mecklenburg-Vorpommern	44,0	47,9	47,9	50,9	45,2	48,7
Niedersachsen	269,6	277,1	275,7	280,3	239,2	253,4
Nordrhein-Westfalen	843,0	895,8	918,7	987,2	831,0	854,1
Rheinland-Pfalz	169,7	181,3	182,5	198,6	173,8	166,5
Saarland	63,2	69,8	75,7	82,2	69,6	52,2
Sachsen	59,7	66,4	69,7	73,2	71,3	74,9
Sachsen-Anhalt	40,3	42,4	40,4	43,8	39,4	46,9
Schleswig-Holstein	112,7	112,9	111,3	116,3	89,5	93,9
Thüringen	37,9	40,8	42,3	43,1	38,5	41,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Öffentlicher Gesundheitsdienst:

Für den öffentlichen Gesundheitsdienst liegen der Bundesregierung für den Zeitraum 2013 bis 2018 keine Angaben zur Entwicklung der absoluten Beträge und kommunalen Anteile an der Finanzierung vor.

SGB VIII:

Auszahlung für Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt (Bruttoausgaben)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Euro					
Schleswig-Holstein	1.050.094.249	1.114.791.575	1.231.029.747	1.394.814.150	1.497.804.618	1.591.990.758
Hamburg	926.038.926	962.311.568	1.149.999.170	1.230.738.338	1.274.495.749	1.393.515.927
Niedersachsen	3.040.595.259	3.273.268.215	3.486.717.959	3.954.150.883	4.199.223.081	4.542.501.300
Bremen	373.643.890	405.564.837	452.518.794	501.699.394	806.447.878	861.465.928
Nordrhein-Westfalen	7.650.322.609	8.107.834.106	8.547.025.568	9.493.668.452	10.343.390.531	10.782.031.787
Hessen	3.094.993.706	3.359.429.946	3.495.129.978	3.866.012.547	4.031.752.510	4.238.032.768
Rheinland-Pfalz	1.818.431.740	1.940.987.785	2.024.592.237	2.230.559.305	2.402.860.549	2.522.479.367

Auszahlung für Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt (Bruttoausgaben)						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
in Euro						
Baden-Württemberg	4.437.518.803	4.673.932.759	5.003.738.238	5.578.345.128	5.946.450.659	6.308.447.242
Bayern	5.029.321.738	5.315.014.017	6.262.516.809	6.736.795.532	7.163.116.452	7.328.916.467
Saarland	479.600.408	503.155.584	521.918.094	566.832.647	597.199.107	600.316.196
Berlin	1.929.182.065	2.152.746.024	2.269.462.712	2.474.567.320	2.632.831.133	2.815.123.428
Brandenburg	1.183.528.790	1.250.258.079	1.306.123.789	1.478.391.734	1.603.920.177	1.744.360.312
Mecklenburg-Vorpommern	624.094.339	655.642.343	701.361.734	784.037.960	810.366.375	869.191.579
Sachsen	1.834.350.363	1.950.940.873	2.048.897.210	2.383.420.761	2.534.758.231	2.619.905.162
Sachsen-Anhalt	908.962.483	1.007.517.304	1.052.656.879	1.182.419.340	1.271.020.947	1.365.421.333
Thüringen	836.277.154	856.934.444	886.075.008	966.571.708	1.040.582.150	1.093.045.455
Auszahlungen für Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt in Euro (Nettoausgaben)						
Schleswig-Holstein	938.273.017	1.004.149.720	1.099.470.340	1.227.737.066	1.327.833.989	1.426.178.108
Hamburg	916.046.876	950.387.012	1.140.291.329	1.217.426.313	1.257.837.398	1.374.022.130
Niedersachsen	2.791.669.414	3.013.444.083	3.218.400.074	3.649.416.368	3.881.246.369	4.239.888.363
Bremen	346.308.301	374.630.173	419.278.468	480.607.356	782.787.347	830.648.887
Nordrhein-Westfalen	7.088.121.500	7.514.172.372	7.923.317.448	8.838.461.629	9.685.809.984	10.018.854.833
Hessen	2.828.320.989	3.068.742.869	3.217.940.460	3.570.305.756	3.719.142.324	3.936.343.101
Rheinland-Pfalz	1.734.034.256	1.857.274.441	1.931.084.317	2.134.126.196	2.288.899.935	2.393.575.624
Baden-Württemberg	4.053.363.938	4.246.767.393	4.575.080.979	5.106.834.495	5.450.033.715	5.761.027.847
Bayern	4.678.596.398	4.952.934.004	5.861.208.164	6.278.987.821	6.632.688.591	6.795.071.202
Saarland	455.261.348	478.401.636	494.639.546	539.854.416	566.232.528	567.166.760
Berlin	1.810.143.442	2.029.281.150	2.140.864.291	2.352.691.686	2.536.584.592	2.732.635.876
Brandenburg	1.053.743.065	1.120.804.093	1.160.286.453	1.335.112.415	1.441.019.988	1.579.350.600
Mecklenburg-Vorpommern	589.679.270	620.460.325	664.108.583	743.949.498	775.262.548	829.918.943
Sachsen	1.644.642.986	1.754.491.204	1.842.140.945	2.152.639.930	2.308.016.577	2.393.931.607
Sachsen-Anhalt	815.952.904	910.324.786	949.203.378	1.070.841.270	1.161.844.318	1.251.804.484
Thüringen	766.233.238	778.467.925	812.318.854	880.232.822	952.258.003	1.006.952.041

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Auszahlungen und Einzahlungen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung und Berechnung: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat)

Die absoluten Beträge und Anteile der staatlichen sowie der kommunalen Ebene zur Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII in den Ländern werden weder seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales noch seitens des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

Über die Höhe der kommunalen Ausgaben für die genannten Leistungen, soweit sie als Leistungen der Sozialen Entschädigung erbracht wurden, liegen der Bundesregierung keine Daten vor.

40. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2018 jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Sozialkosten pro Kopf (bitte nach den oben genannten Sozialkosten brutto wie netto aufschlüsseln, die jeweilige Höhe der Kosten mit anführen und die Bundesländerzugehörigkeit kenntlich machen)?

Die folgende Tabelle zeigt die 20 Kommunen mit den höchsten Sozialkosten pro Kopf (brutto) im Jahr 2018.

Name	Sozialkosten pro Kopf (brutto)	Land
Essen	2.522	Nordrhein-Westfalen
Flensburg, Stadt	2.463	Schleswig-Holstein
Gemeinde Breitingen	2.302	Baden-Württemberg
Wiesbaden, Landeshauptstadt	2.261	Hessen
Landeshauptstadt Stuttgart	2.189	Baden-Württemberg
Frankfurt am Main, Stadt	2.164	Hessen
Kiel, Landeshauptstadt	2.097	Schleswig-Holstein
Stadt Pforzheim, Stadtkreis	2.047	Baden-Württemberg
Mülheim an der Ruhr	2.039	Nordrhein-Westfalen
Hamm	2.017	Nordrhein-Westfalen
Neumünster, Stadt	1.938	Schleswig-Holstein
Brandenburg an der Havel	1.855	Brandenburg
Lübeck, Hansestadt	1.847	Schleswig-Holstein
Frankfurt (Oder)	1.845	Brandenburg
Stadt Freiburg im Breisgau, Stadtkreis	1.839	Baden-Württemberg
Solingen	1.794	Nordrhein-Westfalen
Köln	1.788	Nordrhein-Westfalen
Pirmasens, Stadt	1.775	Rheinland-Pfalz
Düsseldorf	1.756	Nordrhein-Westfalen
Wilhelmshaven, Stadt	1.754	Niedersachsen

Die folgende Tabelle zeigt die 20 Kommunen mit den niedrigsten Sozialkosten pro Kopf (brutto) im Jahr 2018.

Name	Sozialkosten pro Kopf (brutto)	Land
Gemeinde Haßmersheim	39	Baden-Württemberg
Borgentreich	37	Nordrhein-Westfalen
Gemeinde Moosburg	37	Baden-Württemberg
Gemeinde Niefern-Öschelbronn	34	Baden-Württemberg
Gemeinde Ibach	33	Baden-Württemberg
Gemeinde Marxzell	33	Baden-Württemberg
Amt Süderbrarup	32	Schleswig-Holstein
Gemeinde Straubenhardt	32	Baden-Württemberg
Gemeinde Bischweier	27	Baden-Württemberg
Gemeinde Ottenhöfen im Schwarzwald	24	Baden-Württemberg
Gemeinde Emeringen	14	Baden-Württemberg
Gemeinde Remchingen	11	Baden-Württemberg
Gemeinde Hüffenhardt	9	Baden-Württemberg

Name	Sozialkosten pro Kopf (brutto)	Land
Gemeinde Breitnau	8	Baden-Württemberg
Gemeinde Bernau im Schwarzwald	5	Baden-Württemberg
Gemeinde Nerenstetten	5	Baden-Württemberg
Gemeinde Setzingen	3	Baden-Württemberg
Gemeinde Ballendorf	2	Baden-Württemberg
Gemeinde Öllingen	1	Baden-Württemberg
Gemeinde Börslingen	1	Baden-Württemberg

Die folgende Tabelle zeigt die 20 Kommunen mit den höchsten Sozialkosten pro Kopf (netto) im Jahr 2018.

Name	Sozialkosten pro Kopf (netto)	Land
Frankfurt am Main, Stadt	1566	Hessen
Flensburg, Stadt	1140	Schleswig-Holstein
Offenbach am Main, Stadt	1112	Hessen
Wiesbaden, Landeshauptstadt	1098	Hessen
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	1062	Hessen
Stadt Freiburg im Breisgau, Stadtkreis	1059	Baden-Württemberg
Landeshauptstadt Stuttgart	1050	Baden-Württemberg
Eisenach, Stadt	1041	Thüringen
Köln	1019	Nordrhein-Westfalen
Gemeinde Breitingen	1018	Baden-Württemberg
Düsseldorf	1009	Nordrhein-Westfalen
Kiel, Landeshauptstadt	1006	Schleswig-Holstein
Essen	983	Nordrhein-Westfalen
Gelsenkirchen	983	Nordrhein-Westfalen
Neumünster, Stadt	967	Schleswig-Holstein
Eschborn, Stadt	963	Niedersachsen
Brandenburg an der Havel	962	Brandenburg
Stadt Mannheim, Stadtkreis	950	Baden-Württemberg
Oberhausen	950	Nordrhein-Westfalen
Duisburg	943	Nordrhein-Westfalen

Die folgende Tabelle zeigt die 20 Kommunen mit den niedrigsten Sozialkosten pro Kopf (netto) im Jahr 2018.

Name	Sozialkosten pro Kopf (netto)	Land
Brakel	-39	Nordrhein-Westfalen
Amt Temnitz	-41	Brandenburg
Stadt Löwenstein	-44	Baden-Württemberg
Gemeinde Fleischwangen	-44	Baden-Württemberg
Wehretal	-55	Hessen
Verbandsgemeinde Maikammer	-57	Rheinland-Pfalz
Wangerooge, Nordseebad	-63	Niedersachsen
Gersheim	-80	Saarland
Gemeinde Michelfeld	-81	Baden-Württemberg
Gemeinde Bernau im Schwarzwald	-84	Baden-Württemberg
Jade	-86	Niedersachsen
Gemeinde Durchhausen	-92	Baden-Württemberg
Ense	-93	Nordrhein-Westfalen
Bad Laasphe	-95	Nordrhein-Westfalen

Name	Sozialkosten pro Kopf (netto)	Land
Borgentreich	-107	Nordrhein-Westfalen
Windeck	-129	Nordrhein-Westfalen
Baltrum	-150	Niedersachsen
Verbandsgemeinde Neumarkt i .d. OPf.	-174	Bayern
Stadt Heubach	-176	Baden-Württemberg
Niederdorf	-197	Sachsen

Die Sozialkosten umfassen neben den Sozialleistungen auch Mittel zum Betrieb sozialer Einrichtungen, einschließlich diesbezüglicher Investitionen. Generell hängen gerade die Reihenfolgen der Sozialkosten (brutto) maßgeblich davon ab, ob die Kommunen Leistungserbringer sozialer Einrichtungen, bspw. im Bereich der Sozialen Arbeit, sind oder die Leistungserbringung durch Freie Träger erfolgt. Bei den Nettoangaben werden alle Mittel abgezogen, die von anderen Stellen zur (teilweisen) Finanzierung der sozialen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Es kann dabei zu negativen Nettoangaben kommen, wenn Rückzahlungen/Erstattungen für das Vorjahr erfolgen. Spiegelbildlich kann es zu überhöhten Kosten kommen, wenn Rückzahlungen/Erstattungen erst in nachfolgenden Berichtsperioden erfolgen. Die Daten stammen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

41. Welche zusätzlichen Kosten (Verwaltungs- und Sachkosten) sind durch die Reform des Unterhaltsvorschusses im Jahr 2017 (vgl. www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/ausweitung-des-unterhaltsvorschusses-/113572) entstanden, und wie teilen sich diese nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen Ländern und Kommunen auf (bitte je Bundesland auflisten)?

Die Bundesregierung verfügt in der Regel über keine Informationen zu den Verwaltungs- und Sachkosten für den Vollzug von gesetzlichen Leistungen, die in Eigenverwaltung der Länder erbracht werden.

Für die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) wurde durch das Statistische Bundesamt im Jahr 2016 in der Untersuchung „Neuordnung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zu denen der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Buerokratiekosten/Download/UVG_Projektbericht.pdf) für das Jahr 2015 der durchschnittliche Erfüllungsaufwand je Unterhaltsvorschuss-Fall ermittelt. Hierzu erfolgte eine Erhebung von Zeitaufwänden in der Verwaltung sowie bei Bürgerinnen und Bürgern. Im Einzelnen wird auf den veröffentlichten Bericht verwiesen. Auf Basis dieses durchschnittlichen Erfüllungsaufwands erfolgte im Jahr 2017 auch die Schätzung des Erfüllungsaufwands im Gesetzgebungsverfahren zum Ausbau der Leistungen nach dem UVG (vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/111/1811135.pdf>, Ziff. E.3.2).

Das Statistische Bundesamt hat nun auf der Grundlage von § 8 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKRK) die Veränderungen im Erfüllungsaufwand durch die gesetzlichen Änderungen im Rahmen des Ausbaus des UVG zum 1. Juli 2017 in den Unterhaltsvorschuss-Stellen und bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gemessen. Betrachtet wurden hierbei die durch den Ausbau des UVG neuen, geänderten und entfallenden Aufgaben. Die Untersuchungen und Messungen lassen je Leistungsfall aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Jahr 2017 geringfügige Veränderungen des Erfüllungsaufwands für den Vollzug des UVG erkennen. Je Fall ist der Aufwand nicht gestiegen, eher deuten sich Synergieeffekte an. Der Gesamtaufwand ist jedoch durch den großen Zuwachs an Leistungsfällen gestiegen.

42. Liegen der Bundesregierung Berechnungen darüber vor, wie sich eine Reform des § 19 Absatz 3 Satz 2 des SGB II mit dem Ziel, dass zu berücksichtigendes Einkommen zunächst die Leistungen nach § 22 (Kosten der Unterkunft) decken würde und erst danach die Leistungen nach § 20 (Regelleistung), § 21 (Mehrbedarfe) und § 23 (Besonderheiten beim Sozialgeld) – und nicht wie bisher umgekehrt – auf die finanzielle Situation der Kommunen auswirken würde?

Nein, der Bundesregierung liegen hierzu keine Berechnungen vor.

43. Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Festlegung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: „Es gilt der Grundsatz: Wer eine Leistung veranlasst, muss für ihre Finanzierung aufkommen („Wer bestellt, bezahlt“). Das ist Grundsatz allen politischen Handelns der Koalitionspartner.“ (vgl. dazu www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1, S. 117), einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese Vorgabe im Hinblick auf die kommunalen Sozialausgaben umsetzt?

Der Bund beteiligt sich im Rahmen der verfassungsrechtlich vorgesehenen Möglichkeiten bereits in erheblichem Umfang an den durch Bundesgesetz begründeten Sozialausgaben der Kommunen. Dies erfolgt im Wesentlichen im Wege der Beteiligung an den Kosten für von den Ländern auszuführende Geldleistungsgesetze auf der Grundlage des Artikels 104a Absatz 3 GG, wie z. B. den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II, für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII oder des Wohngeldes nach dem Wohngeldgesetz.

Eine umfassende Übernahme der Sozialausgaben der Kommunen durch den Bund ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Soweit Länder einschließlich ihrer Kommunen Bundesgesetze ausführen, tragen sie nach Artikel 104a Absatz 1 GG die damit verbundenen Ausgaben. Inwieweit die Länder den Vollzug von Bundesgesetzen und die zugehörigen Lasten auf ihre Kommunen übertragen, sowie die Gewährleistung der entsprechenden Finanzausstattung der Kommunen, ist Sache des jeweiligen Landesrechts.

44. Plant die Bundesregierung, die Kommunen in dieser Legislaturperiode bei den Sozialausgaben zu entlasten, und wenn ja, bei welchen Sozialausgaben, und in welcher Höhe?

Die Bundesregierung entlastet die Kommunen im Bereich der Sozialausgaben jährlich massiv und auf vielfältige Weise, beginnend bei der vollständigen Erstattung der Nettoausgaben für Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung über die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft bis hin zu den Finanzhilfen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Vergleiche hierzu auch die Antworten zu den Fragen 5, 38 und 132.

Darüber hinaus hat der Bund in dieser Legislaturperiode beschlossen, die Kommunen in den Jahren 2019 bis 2021 weiterhin vollständig von den zusätzlichen Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte zu entlasten.

45. Wie steht die Bundesregierung zum Vorschlag der Bundesländer (Bundratsdrucksache 165/18 (Beschluss)), das Grundgesetz dahingehend zu ändern, dass die Bundesauftragsverwaltung bei Geldleistungsgesetzen erst bei einer Bundesbeteiligung ab 75 Prozent eintritt (bitte begründen)?

Die Bundesregierung verweist auf ihren Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h) (Bundratsdrucksache 363/20), mit dem ein Teil der von der Koalition am 3. Juni 2020 beschlossenen Maßnahmen umgesetzt wird (vgl. die Vorbemerkung der Bundesregierung). Eine generelle Anhebung der Beteiligungsquote auf 75 Prozent lehnt die Bundesregierung weiterhin ab (vgl. Bundestagsdrucksache 19/3440, S. 19).

46. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Höhe der kommunalen Liquiditäts- und Investitionskredite im Zeitraum von 2013 bis 2018 jeweils entwickelt und wie begründet und bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung (bitte pro Jahr und jeweils für Kern- und Extrahaushalte angeben)?

Die folgende Tabelle zeigt die kommunalen Investitionskredite, getrennt nach Kern- und Extrahaushalten, im Zeitraum von 2013 bis 2018.

in Mio. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KHH	82.027	82.497	82.907	84.668	84.233	86.014
EHH	11.151	14.259	21.883	20.011	19.148	19.856

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013 bis 2017: Rechnungsstatistik, 2018: Kassenstatistik

Die folgende Tabelle zeigt die kommunalen Kassenkredite, getrennt nach Kern- und Extrahaushalten, im Zeitraum von 2013 bis 2018.

in Mio. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KHH	48.606	49.748	49.651	49.659	46.254	39.515
EHH	611	590	1.081	939	1.170	1.035

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013 bis 2017: Rechnungsstatistik, 2018: Kassenstatistik

Der bundesweite Bestand an kommunalen Kassenkrediten in den Kernhaushalten hat sich nach Jahren des Wachstums von 2014 bis 2016 auf einem hohen Niveau stabilisiert. Seit 2017 sind die kommunalen Kassenkredite zweimal in Folge gesunken. Dabei ist der Rückgang 2018 allerdings zu einem wesentlichen Teil auf das Kommunalentschuldungsprogramm Hessens („Hessenkasse“) zurückzuführen, mit dem das Land Hessen 4,9 Mrd. Euro an kommunalen Kassenkrediten in die Landesschuld übernahm. Die Stabilisierung der kommunalen Kassenkredite und der leichte Rückgang ab 2017 sind auf die Verbesserung der kommunalen Haushaltslage und die Auswirkungen von Entschuldungs- und Konsolidierungsprogrammen der Länder zurückzuführen. Dass sich die kommunalen Kassenkredite gleichwohl weiterhin auf einem sehr hohen Niveau bewegen, sieht die Bundesregierung als Indiz dafür, dass die hoch mit Kassenkrediten belasteten Kommunen absehbar nicht hinreichend in der Lage sein werden, ihre finanzielle Situation dauerhaft zu verbessern.

Die Höhe der kommunalen Investitionskredite in den Kernhaushalten ist nach Jahren der Stagnation seit 2015 um rd. 3,1 Mrd. Euro angewachsen. Im gleichen Zeitraum wuchsen die kommunalen Sachinvestitionen um rd. 5,6 Mrd.

Euro, sodass der Anstieg der Investitionskredite als ein Ausdruck einer erhöhten kommunalen Investitionstätigkeit gesehen werden kann.

Bezüglich der Bewertung der Verschuldung in den kommunalen Extrahaushalten ist zu bemerken, dass durch Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) seit 2015 der Berichtskreis auf alle öffentlich bestimmten Holdinggesellschaften erweitert wurde. Seit 2015 zeigt sich ein Rückgang von Investitions- sowie Kassenkrediten in den kommunalen Extrahaushalten.

47. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2018 jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Liquiditäts- und Investitionskredite pro Kopf (bitte nach Liquiditäts- und Investitionskrediten unterscheiden und die Höhe der Kredite pro Kopf mit anführen)?

Die folgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Kommunen mit den höchsten Investitionskrediten pro Kopf zum 31. Dezember 2018.

Gemeinde/Gemeindeverband	Investitionskredite je Einwohner/-in Euro
Amt Pellworm	10.404
Heringen (Werra), Stadt	8.077
Balderschwang	7.954
Bad Karlshafen, Stadt	5.749
Bidingen	5.320
SG Heeseberg	5.230
Juist, Inselgemeinde	5.155
Amt Landschaft Sylt	5.113
Ottrau	4.465
Willingen (Upland)	4.403
Siegburg	4.384
Waldkappel, Stadt	4.353
Jesberg	4.315
Helgoland	4.145
Schenklengsfeld	4.065
Pattensen, Stadt	4.051
Homberg (Efze), Reformationsstadt, Kreisstadt	4.047
Friedewald	4.029
Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf	3.919
Knüllwald	3.876

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Die folgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Kommunen mit den höchsten Liquiditätskrediten pro Kopf zum 31. Dezember 2018.

Gemeinde/Gemeindeverband	Investitionskredite je Einwohner/-in Euro
Amt Pellworm	9.821
Pirmasens	8.288
Oberhausen	7.491
Gundremmingen	7.035
Kaiserslautern	6.800
Mülheim an der Ruhr	6.419

Gemeinde/Gemeindeverband	Investitionskredite je Einwohner/-in Euro
Zweibrücken	5.708
Hagen	5.432
Remscheid	5.073
Gersheim	5.052
Herten	4.517
Heimbach	4.439
Trier	4.229
Waltrop	3.993
Weiskirchen	3.949
Saarbrücken	3.937
Wuppertal	3.858
Oer-Erkenschwick	3.843
Quierschied	3.633
Essen	3.566

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Laut Angaben der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder weisen zum 31. Dezember 2018 5.019 Kommunen keine Liquiditätskredite und 627 Kommunen keine Investitionskredite in ihren Haushalten aus.

48. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die kommunalen Zinsausgaben und das Zinsniveau von 2013 bis 2018 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

Die folgende Tabelle zeigt die kommunalen Zinsausgaben der deutschen Flächenländer im Zeitraum von 2013 bis 2018.

in Mio. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Zinsausgaben	3.768	3.502	3.255	3.055	2.776	2.471

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013 bis 2017: Rechnungsstatistik, 2018: Kassenstatistik

Zur Berechnung des kommunalen Zinsniveaus werden die Zinsausgaben eines Jahres durch die durchschnittliche kommunale Gesamtverschuldung geteilt (errechnet auf Basis der vierteljährlichen Schuldenstatistik). Die folgende Tabelle zeigt das kommunale Zinsniveau der deutschen Flächenländer im Zeitraum von 2013 bis 2018.

in %	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Zinsniveau	2,9	2,69	2,49	2,3	2,1	1,94

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013 bis 2017: Kassenstatistik, 2018 Rechnungsstatistik

Das niedrige kommunale Zinsniveau ist ein Ausdruck der anhaltenden Niedrigzinsphase, von der die Kommunen bei der Umschuldung sukzessive profitieren. Die Abnahme der absoluten kommunalen Zinsausgaben begründet sich zusätzlich durch die sinkende kommunale Gesamtverschuldung.

49. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2018 jeweils die höchsten und welche die niedrigsten Zinsausgaben pro Kopf (bitte Höhe der Zinsausgaben pro Kopf jeweils mit anführen)?

Die folgende Tabelle zeigt die 20 deutschen Kommunen mit den höchsten Zinsausgaben pro Kopf im Jahr 2018.

Gemeinde/Gemeindeverband	Zinsausgaben je Einwohner/-in Euro
Wildeck	551
Helgoland	501
Bad Münstereifel	399
Heringen (Werra), Stadt	317
Bad Karlshafen, Stadt	199
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	188
Freudenberg	182
Frielendorf	168
Steinfurt	166
Willingen (Upland)	162
Waldkappel, Stadt	155
Offenbach am Main, Stadt	153
Neuental	145
Mülheim an der Ruhr	144
Bönen	142
Zweibrücken, Stadt	142
Gemeinde Nußloch	134
Wunsiedel, Stadt	133
Amt Pellworm	132
Jesberg	132

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Laut Angaben der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder weisen 192 Kommunen keine Zinszahlungen für 2018 in ihren Haushalten aus.

50. Von welchen möglichen Auswirkungen einer Zinswende auf die kommunalen Haushalte geht die Bundesregierung derzeit aus, und wie bewertet sie diese?

Eine Erhöhung des volkswirtschaftlichen Zinsniveaus (Zinswende) würde vordergründig die Refinanzierungskosten kurzfristiger Verbindlichkeiten erhöhen. Während Investitionskredite üblicherweise langfristig aufgenommen werden, besaßen im bundesweiten Durchschnitt 43 Prozent der kommunalen Kassenkredite eine Ursprungslaufzeit von unter einem Jahr. Daher hätten als Folge einer Zinswende insbesondere Kommunen mit einem hohen Bestand an Kassenkrediten kurzfristig höhere Zinsausgaben zu verzeichnen.

51. Wann ist eine Kommune aus Sicht der Bundesregierung überschuldet (siehe Bericht der Facharbeitsgruppe 1 „Kommunale Altschulden“, S. 4 ff., in: Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall, abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-g1.html>)?

In einem haushaltsrechtlichen Sinne tritt eine kommunale Überschuldung üblicherweise bei Kommunen mit negativem Eigenkapital ein (vgl. z. B. § 75 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen). Davon unbenommen kann eine Überschuldung im allgemeinsprachlichen Kontext auch allgemeiner auf Situationen verweisen, in denen die Verschuldungslage einer Kommune als nicht adäquat oder tragfähig erachtet wird.

52. Bis zu welcher Höhe können kommunale Liquiditätskredite als sachgerecht bezeichnet werden?

Wie begründet die Bundesregierung dies?

Der Sachgrund zur Aufnahme von Liquiditätskrediten besteht in der Gewährleistung einer durchgehenden Liquidität der Kommunen. Bei Aufstellung der Haushaltssatzung schreiben die Kommunen jährlich eine Obergrenze für die Aufnahme von Liquiditätskrediten fest, welche zur Sicherstellung der Liquidität als notwendig erachtet wird. Dabei gelten landesspezifische Regelungen bezüglich der Höhe sowie der Genehmigungspflicht durch eine Aufsichtsbehörde, die sich mitunter stark zwischen den Ländern unterscheiden.

53. Wie verschafft sich die Bundesregierung einen Überblick über den Zustand der kommunalen Infrastruktur in Deutschland, und welche Indikatoren werden hierzu aus welchen Gründen betrachtet?

Die Errichtung und Instandhaltung kommunaler Infrastruktur liegt im Verantwortungsbereich der Kommunen, die im zweistufigen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland Teil der Länder sind. Daher ist das Monitoring der kommunalen Infrastruktur keine originäre Aufgabe des Bundes und es werden dementsprechend von der Bundesregierung keine flächendeckenden Informationen über den Zustand der kommunalen Infrastruktur vorgehalten.

Von der Primärverantwortung der Kommunen und der für deren Finanzausstattung zuständigen Länder unbenommen fördert der Bund, im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten, gezielt Investitionen in die kommunale Infrastruktur, wenn dies aus gesamtstaatlicher Sicht notwendig erscheint. In diesem Zusammenhang werden fallbezogen unterschiedliche Daten und Indikatoren betrachtet. Soweit möglich, werden auch Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Infrastrukturen, räumliche Zusammenhänge und Übertragungseffekte (spillovers) sowie der regionale und gesamtstaatliche Strukturwandel einbezogen.

54. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die kommunalen Investitionen von 2013 bis 2018 entwickelt (bitte auch nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die folgende Tabelle zeigt die Sachinvestitionsausgaben (Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen) der kommunalen Kernhaushalte von 2013 bis 2018.

Ausgaben in Mio. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	20.808	22.067	21.969	23.704	24.342	27.600
Wachstumsrate in %	5,5	6,0	-0,4	7,9	2,7	13,4
Baden-Württemberg	4.037	4.282	4.396	4.981	4.693	5.044
Wachstumsrate in %	16,8	6,1	2,7	13,3	-5,8	7,5
Bayern	5.841	6.133	6.553	6.570	7.093	8.040
Wachstumsrate in %	10,1	5,0	6,8	0,3	8,0	13,4
Brandenburg	642	719	588	554	636	732
Wachstumsrate in %	-4,9	12,0	-18,3	-5,8	14,8	15,2
Hessen	1.448	1.482	1.375	1.484	1.595	1.787
Wachstumsrate in %	-9,0	2,3	-7,2	7,9	7,5	12,0
Mecklenburg-Vorpommern	368	416	372	363	396	522
Wachstumsrate in %	7,9	13,0	-10,6	-2,4	9,0	32,0
Niedersachsen	1.828	1.906	1.926	2.240	2.155	2.400
Wachstumsrate in %	13,7	4,3	1,0	16,3	-3,8	11,4
Nordrhein-Westfalen	2.753	3.123	3.020	3.468	3.367	4.088
Wachstumsrate in %	7,2	13,5	-3,3	14,8	-2,9	21,4
Rheinland-Pfalz	997	1.020	968	1.007	1.078	1.153
Wachstumsrate in %	-6,5	2,3	-5,1	4,0	7,0	7,0
Saarland	156	180	181	141	157	179
Wachstumsrate in %	19,4	15,4	0,9	-22,2	11,4	13,4
Sachsen	998	1.044	903	1.130	1.254	1.418
Wachstumsrate in %	-16,3	4,5	-13,5	25,1	11,0	13,1
Sachsen-Anhalt	448	535	438	467	487	627
Wachstumsrate in %	-17,5	19,5	-18,2	6,8	4,3	28,6
Schleswig-Holstein	694	661	714	765	829	944
Wachstumsrate in %	6,4	-4,8	8,0	7,1	8,5	13,7
Thüringen	597	565	537	535	603	667
Wachstumsrate in %	0,6	-5,4	-5,0	-0,3	12,6	10,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

55. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Investitionsrückstand in den benannten Jahren (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und welche Bereiche waren prozentual wie stark betroffen (bitte auf Bundesebene aggregiert)?

Der Investitionsrückstand lässt sich als Differenz zwischen einem hypothetischen optimalen Investitionsniveau und der tatsächlich geleisteten Investitionstätigkeit nur schwierig in einer allgemeingültigen Weise quantifizieren.

Verschiedene Studien, wie z. B. das KfW-Kommunalpanel, quantifizieren einen Investitionsrückstand auf Basis von Befragungen kommunaler Entscheidungsträger. Der mit einer derartigen Methodik ermittelte subjektiv wahrgenommene Investitionsrückstand ist in seiner absoluten Höhe aus mehreren Gründen (keine Beachtung von Budgetrestriktionen, kein einheitlicher Maßstab, möglicherweise strategisches Antwortverhalten) jedoch nur begrenzt aussagekräftig. Gleichwohl können die Antworten auf derartige Befragungen wichtige Er-

kenntnisse liefern, z. B. in Hinblick auf die für die Entwicklung des wahrgenommenen Investitionsrückstands genannten Gründe oder die Verteilung des wahrgenommenen Investitionsrückstands auf verschiedene Infrastrukturbereiche. So kommt beispielsweise das KfW-Kommunalpanel 2019 zu dem Ergebnis, dass von den befragten Kämmerern der Investitionsrückstand in den Bereichen Schul- und Verkehrsinfrastruktur als am höchsten und dringlichsten wahrgenommen wird.

Zur Höhe von Investitionsrückständen liegen der Bundesregierung aus den o. g. Gründen jedoch keine belastbaren Daten vor.

56. Wie bewertet die Bundesregierung das kommunale Investitionsniveau und den -rückstand in Deutschland sowie deren Entwicklung, auch im Vergleich zur Höhe kommunaler Investitionen in anderen europäischen Staaten und OECD-Ländern (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=272C9E5172A9CC17275C1D99613B8CE1.1_cid295?__blob=publicationFile&v=4)?

Zu Anfang der 2010er Jahre stagnierte das kommunale Investitionsniveau bundesweit über Jahre hinweg. In einigen Ländern mit angespannten kommunalen Finanzlagen, wie Hessen oder Rheinland-Pfalz, kam es über den Zeitraum 2010 bis 2015 sogar zu einem Rückgang der jährlichen Sachinvestitionen der Kommunen.

Das kommunale Investitionsniveau ist in den letzten Jahren allerdings stark angestiegen. So stiegen die bundesweiten, jährlichen Sachinvestitionen der Kommunen über den Zeitraum von 2015 bis 2019 um rd. 10 Mrd. Euro, rd. 40 Prozent. Weiterhin zeigt sich über diesen Zeitraum ein Zuwachs der jährlichen Sachinvestitionen der Kommunen in jedem einzelnen Bundesland. Der Anteil der kommunalen Ebene an den gesamten Sachinvestitionen in Deutschland lag 2019 mit 61 Prozent höher als in den Vorjahren.

Die Erholung des kommunalen Investitionsniveaus ist maßgeblich auf die insgesamt sehr positive Entwicklung der kommunalen Finanzsituation Deutschlands zurückzuführen, welche von den kommunalen Entscheidungsträgern genutzt wird, eigenverantwortlich Investitionsvorhaben zu planen und durchzuführen.

Daneben liegt ein weiterer Grund für den Anstieg der letzten Jahre in der verstärkten Förderung kommunaler Investitionstätigkeit durch Bundesfinanzhilfen, beispielsweise im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, über das Investitionen finanzschwacher Kommunen in die Infrastruktur und in Schulsanierungen mit insgesamt 7 Mrd. Euro gefördert werden.

Ein Vergleich der Höhe der kommunalen Investitionen zwischen den europäischen Staaten oder den OECD-Ländern ist schwierig zu ziehen und in der Form kaum belastbar, da u. a. zwischen den Staaten eine starke Heterogenität bezüglich des Zentralisierungsgrades der staatlichen Aufgabenverteilung besteht.

57. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Investitionsquote der einzelnen Bundesländer und des Bundes im Vergleich zur durchschnittlichen Investitionsquote der Kommunen auf Bundesländerebene von 2013 bis 2018 entwickelt?

Die folgende Tabelle zeigt die Investitionsquoten als Quotienten von Investitions- und Gesamtausgaben. Die dargestellten Investitionsquoten beziehen sich auf die Kernhaushalte der jeweiligen Ebene. Die Aussagekraft der Investitionsquoten wird durch den unterschiedlichen Ausgliederungsgrad von öffentlich-rechtlichen Aufgaben begrenzt, da die staatlichen Investitionen in den ausgegliederten Einheiten statistisch nicht mehr exakt erfasst werden können. Die zugrunde liegenden Daten stammen vom Statistischen Bundesamt.

Investitionsquote		2013	2014	2015	2016	2017	2018
		in %					
Bund		10,87	9,91	9,87	10,68	10,45	11,31
Baden-Württemberg	Land	8,46	10,05	9,77	9,17	8,87	8,21
	Kommunen	14,16	14,30	13,89	14,47	13,32	13,67
Bayern	Land	11,31	10,59	10,52	10,14	10,38	11,06
	Kommunen	20,17	20,00	20,20	18,58	18,73	20,50
Brandenburg	Land	13,42	13,22	12,48	9,95	9,85	10,43
	Kommunen	10,28	11,11	9,10	8,08	8,96	9,55
Hessen	Land	8,59	7,81	6,87	6,35	6,29	6,66
	Kommunen	9,45	8,83	8,40	8,27	8,70	9,35
Mecklenburg-Vorpommern	Land	15,57	15,57	14,23	13,64	12,06	13,93
	Kommunen	9,45	10,44	9,25	8,63	9,26	12,30
Niedersachsen	Land	6,15	6,09	5,08	4,73	4,36	4,18
	Kommunen	10,57	11,16	9,96	10,36	9,83	10,48
Nordrhein-Westfalen	Land	8,64	8,33	8,17	8,74	9,07	9,93
	Kommunen	6,29	6,88	6,70	7,64	6,63	7,78
Rheinland-Pfalz	Land	6,53	5,92	5,88	5,36	5,18	5,14
	Kommunen	11,14	10,76	9,84	9,59	9,93	10,53
Saarland	Land	10,36	9,44	8,38	8,90	9,12	9,09
	Kommunen	7,69	8,54	8,33	6,35	6,85	7,37
Sachsen	Land	17,77	17,73	19,10	16,00	14,81	18,52
	Kommunen	11,27	11,94	11,61	11,43	12,73	13,77
Sachsen-Anhalt	Land	12,44	12,67	13,59	10,86	11,48	11,81
	Kommunen	9,05	10,29	8,35	8,54	8,80	10,66
Schleswig-Holstein	Land	7,57	6,61	7,12	6,57	6,67	23,96
	Kommunen	10,32	9,97	9,62	10,71	10,23	11,01
Thüringen	Land	14,14	13,00	13,40	11,59	11,35	14,30
	Kommunen	12,33	11,62	10,88	10,60	11,46	12,29

58. Welche 20 deutschen Kommunen verzeichneten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2018 pro Kopf jeweils den höchsten und welche den geringsten Investitionsrückstand (bitte einzeln mit Höhe des Investitionsrückstands aufführen)?

Auf die Antwort zu Frage 55 wird verwiesen.

59. Was sind aus Sicht der Bundesregierung derzeit die größten Investitionshemmnisse?

Unterscheiden diese sich für finanzstarke und finanzschwache Kommunen, und wenn ja, inwiefern?

Im Bereich der Bauinvestitionen lag eines der wesentlichen Investitionshemmnisse der letzten Jahre in der hohen Auslastung der Baubranche.

Ein anderes Investitionshemmnis auf kommunaler Ebene ergibt sich durch Kapazitätsprobleme in der kommunalen Verwaltung hinsichtlich der Planung und Genehmigung von Investitionsvorhaben. Dabei sind einem schnellen Kapazitätsaufbau durch den zunehmenden Mangel an Fachkräften im Bausektor und die Konkurrenzfähigkeit mit dem privaten Bereich Grenzen gesetzt.

Wenngleich es finanzstarken Kommunen leichter fallen dürfte, die genannten Investitionshemmnisse zu überwinden, betreffen diese alle Kommunen grundsätzlich gleichermaßen. Unzureichende finanzielle Ressourcen stellen hingegen vor allem für finanzschwache Kommunen ein Investitionshemmnis dar. Aus diesem Grund unterstützt der Bund z. B. über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) die Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen in besonderem Maße.

Zu den genannten Gründen hinzu kamen zuletzt Sondereffekte durch die Bindung kommunaler Verwaltungskapazitäten zur Bewältigung der Herausforderungen durch den starken Zuwachs an Flüchtenden in den vergangenen Jahren oder derzeit die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie.

60. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung diese Legislaturperiode ergriffen, um den Investitionsrückstand in Deutschland abzubauen, und welche beabsichtigt sie noch zu ergreifen (auch im Hinblick auf die sich möglicherweise abschwächende konjunkturelle Entwicklung)?

Die Bundesregierung engagiert sich, im Rahmen ihrer verfassungsrechtlich vorgesehenen Möglichkeiten, auch in dieser Legislaturperiode in der Förderung kommunaler Investitionstätigkeit. Beispielhaft sind die folgenden neu ergriffenen Förderprogramme/-mittel:

- Öffentlicher Personennahverkehr – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit einem Umfang von insgesamt rd. 3,665 Mrd. Euro von 2020 bis 2023,
- Ganztagschulen – in einem Umfang von insgesamt 2 Mrd. Euro in einem noch zu errichtenden Sondervermögen, mit Zuführungen in den Jahren 2020 und 2021,
- Sozialer Wohnungsbau – 2020 bis 2024 sind hierfür jeweils 1 Mrd. Euro pro Jahr an Programmmitteln vorgesehen,
- Digitale Infrastruktur – u. a. DigitalPakt Schule in einem Umfang von 5 Mrd. Euro bis 2024 sowie weiterer Ausbau von Gigabitnetzen insbesondere in ländlichen Räumen.

Weiterhin hat die Bundesregierung mit der „Partnerschaft Deutschland GmbH“ ein Beratungsangebot für alle staatlichen Ebenen geschaffen, das eine Unterstützung bei der wirtschaftlichen Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben bietet und damit die Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung ergänzen kann. Insbesondere für Kommunen wurde der Zugang zu diesen Beratungsleistungen vereinfacht.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

61. Welcher Zusammenhang besteht nach Ansicht der Bundesregierung zwischen der Höhe der kommunalen Verschuldung (Verschuldung durch Investitions- und Kassenkredite bitte getrennt auführen und bewerten) und der Höhe des bestehenden Investitionsrückstands (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unsere-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=272C9E5172A9CC17275C1D99613B8CE1.1_cid295?__blob=publicationFile&v=4)?

Während die Höhe des kommunalen Investitionsrückstands schwierig zu quantifizieren ist, hat die Bundesregierung, unter anderem im in der Frage zitierten Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 1 „Kommunale Altschulden“ der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, mit allen Ländern sowie den kommunalen Spitzenverbänden festgestellt, dass Kommunen mit einem hohen Bestand an Liquiditätskrediten oftmals ein niedriges Investitionsniveau ausweisen.

Der Zusammenhang zwischen der Höhe der kommunalen Investitionskredite und der Höhe des kommunalen Investitionsrückstands lässt sich nicht eindeutig herstellen. Kommunale Investitionskredite sind ein übliches Mittel zur Finanzierung kommunaler Investitionen. Ein hohes Niveau kommunaler Investitionskredite kann daher auf eine hohe kommunale Investitionstätigkeit und damit einen niedrigen Investitionsrückstand hindeuten. Andererseits können niedrige kommunale Investitionskredite auch ein Zeichen kommunaler Finanzstärke, und somit üblicherweise geringer Investitionsrückstände, sein, da eine Finanzierung von Investitionstätigkeit ohne Kreditaufnahme aus den laufenden Haushaltsmitteln geleistet werden kann.

62. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der finanzielle Bedarf für die Grunderneuerung bestehender kommunaler Verkehrsinfrastruktur in Deutschland, und wie verteilen sich die Sanierungsbedarfe auf die einzelnen Bundesländer?

Die Zuständigkeit für die kommunale Verkehrsinfrastruktur liegt grundsätzlich bei den Ländern bzw. den Kommunen. Zum Mittelbedarf für die Grunderneuerung kommunaler Verkehrsinfrastruktur liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor.

63. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Investitionsstau an deutschen staatlichen Schulen, bei denen die Kommunen oder die Landkreise Sachaufwandsträger sind, und was unternimmt die Bundesregierung dagegen?

Die öffentliche Finanzierung des Schulwesens liegt nach der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland in der alleinigen Zuständigkeit der Länder. Der Bundesregierung liegen daher keine Erkenntnisse über die konkrete Höhe eines Investitionsstaus vor.

Um die Länder bei ihren Aufgaben zu unterstützen, stellt die Bundesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode in den kommenden Jahren für Investitionen in Ganztags schul- und Betreuungsangebote 2 Mrd. Euro zur Verfügung.

Mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) unterstützt der Bund mit insgesamt 7 Mrd. Euro Investitionen finanzschwacher Kommunen. Dabei werden im Zeitraum 2015 bis 2020 unter dem Kapitel 1 des KInvFG Investitionen finanzschwacher Gemeinden in verschiedene Bereiche der Infrastruktur im Umfang von 3,5 Mrd. Euro unterstützt. Dazu gehört auch die ener-

getische Sanierung der Schulinfrastrukturen. Mit dem Kapitel 2 des KInvFG werden im Zeitraum von 2017 bis 2022 finanzschwache Kommunen bei Investitionen zur Sanierung, zum Umbau und zur Erweiterung von Schulgebäuden mit weiteren 3,5 Mrd. Euro unterstützt.

Der DigitalPakt Schule dient der Investition in die digitale Bildungsinfrastruktur der Schulen. Für diese Finanzhilfe des Bundes an die Länder werden auf Bundesseite 5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Digitale Infrastruktur aufgewendet, davon 3,5 Mrd. Euro in dieser Legislaturperiode.

Im Übrigen wird auf den im Auftrag von Bund und Ländern veröffentlichten Bildungsfinanzbericht verwiesen.

64. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus den beiden Teilprogrammen nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Zum 15. Mai 2020 waren 60,6 Prozent aus dem Infrastrukturprogramm nach Kapitel 1 und 7,3 Prozent aus dem Schulsanierungsprogramm nach Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes abgerufen. Im Einzelnen ist der Stand des Mittelabrufs den beiden beigefügten Anlagen zu entnehmen (siehe die Anlagen Frage 64-1 und Frage 64-2, s. S. 149 und 150).

Da die Länder erst dann befugt sind Bundesmittel abzurufen, wenn diese zur (anteiligen) Begleichung fälliger Zahlungen erforderlich sind, ist der Mittelabruf ein nachlaufender Indikator und für den Stand der Umsetzung daher nur von begrenzter Aussagekraft.

Von größerer Aussagekraft ist der Stand der gebundenen Mittel. Diesen melden die Länder dem Bundesministerium der Finanzen einmal jährlich für jedes Kapitel.

Im Rahmen von Kapitel 1 waren zum 30. Juni 2019 96,1 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel gebunden. Bei Kapitel 2 waren zum 31. März 2020 83,1 Prozent der Mittel gebunden.

Der hohe Anteil der gebundenen Mittel zeigt, dass die Kommunen die Bundesmittel nachfragen.

65. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm „DigitalPakt Schule“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Der Bundesregierung werden die beantragten und bewilligten Vorhaben im DigitalPakt Schule gemäß den §§ 12 und 18 der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern halbjährlich jeweils mit Stand zum 31. Dezember und 30. Juni eines Jahres von Länderseite übermittelt. Die erste Meldung erfolgte zum Stichtag 31. Dezember 2019. Daraus ergab sich folgender Mittelabruf:

Daten zum Stichtag 31.12.2019	Mittelabruf 2019 in T€	Jeweils in Prozent der zur Verfügung stehenden Bundes- mittel
Baden-Württemberg	–	0,0
Bayern	–	0,0
Berlin	–	0,0
Brandenburg	–	0,0
Bremen	1.337	2,77
Hamburg	5.650	4,41
Hessen	–	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	–	0,0
Niedersachsen	–	0,0
Nordrhein-Westfalen	–	0,0
Rheinland-Pfalz	–	0,0
Saarland	–	0,0
Sachsen	138	0,05
Sachsen-Anhalt	–	0,0
Schleswig-Holstein	–	0,0
Thüringen	–	0,0
Summe	7.124	0,14

Bund und Länder sind in der Verwaltungsvereinbarung übereingekommen, dass an jede infrastrukturelle Fördermaßnahme pädagogisch-qualitative Anforderungen zu stellen sind, und haben sich damit bewusst dafür entschieden, dass mit den Bundesmitteln des DigitalPakts Schule über digitale Infrastrukturen hinaus ein pädagogischer Mehrwert für das gesamte deutsche Schulsystem entsteht. Als Auswirkung dieser Zielsetzung hat sich eine inhaltliche Debatte in den Schulen über Inhalte und Ausgestaltung der Digitalisierung in der Bildung in kurzer Zeit entwickelt und die Auseinandersetzung mit Lösungen forciert. Der Stand des Mittelabrufs ist darauf zurückzuführen, dass die Länder mehrere Monate benötigt haben, um die landesspezifischen Förderrichtlinien zu erarbeiten und die von den Schulen für die Beantragung zu erarbeitenden pädagogischen Konzepte einer fachlichen Bewertung zu unterziehen sind. Im Übrigen werden bei Finanzhilfen des Bundes die Bundesmittel grundsätzlich erst dann abgerufen, wenn sie zur anteiligen Begleichung erforderlicher Zahlungen benötigt werden. Die Mittelabflüsse sind daher im Wesentlichen erst dann zu erwarten, wenn die erbrachten Leistungen abgerechnet werden.

66. Auf welche Höhe belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Folgekosten für den DigitalPakt Schule für die Kommunen, etwa in Form von Systemadministration, IT-Wartung oder Anschaffung zusätzlicher Endgeräte, und in welcher Form plant die Bundesregierung hierbei unterstützend tätig zu werden (über den DigitalPakt und dessen Laufzeit hinaus)?

Der DigitalPakt Schule ist eine Finanzhilfe des Bundes für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen bei der Digitalisierung im Bildungssektor zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur. Im DigitalPakt Schule bleibt es daher vorrangig die Aufgabe der Kommunen, Betrieb, Support und Wartung der IT in den Schulen und Ersatzbeschaffungen sicherzustellen. Die Länder haben im Antragsverfahren zu prüfen, ob entsprechende Konzepte vorliegen. Angaben zu den Folgekosten liegen dem Bund nicht vor.

Im DigitalPakt Schule ist allerdings die Möglichkeit vorgesehen, die Entwicklung effizienter und effektiver Strukturen für die professionelle Administration

und Wartung digitaler Infrastrukturen als regionales oder landesweites Projekt zu fördern. Die Lösungen sollen über die einzelne Schule und den einzelnen Schulträger hinausgehen, um die Kosten zu senken und die Lehrkräfte von der Systemadministration zu entlasten. Gefördert werden Vorhaben bis zur Inbetriebnahme solcher Supportstrukturen. Der Regelbetrieb ist wiederum Aufgabe der Schulträger.

67. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm „Städtebauförderung“ und seinen Einzelprogrammen „Soziale Stadt“, „Stadtumbau“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Kleinere Städte und Gemeinden“, „Zukunft Stadtgrün“ und „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Die Städtebauförderung unterstützt die nachhaltige Entwicklung der Städte und Gemeinden seit 1971. Ausgehend von der Vorbemerkung der Fragesteller und dem dortigen Abstellen auf die Entwicklung der vergangenen Jahre wird mit der Übersicht in der Anlage Frage 67 (s. S. 151 ff.) die Entwicklung des Mittelabrufs in den vergangenen Jahren ab 2016 dargelegt. Das Programm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ ist 2012 ausgelaufen und daher in der Übersicht nicht enthalten.

Grundsätzlich ist hervorzuheben, dass die Städtebauförderung das erfolgreichste und nachhaltigste Instrument der Stadtentwicklungspolitik des Bundes ist, um die Kommunen bei ihren demografisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedingten Anpassungsbedarfen zu unterstützen. So hat die Städtebauförderung beispielsweise nach der Wiedervereinigung maßgeblich dazu beigetragen, in den neuen Ländern die notwendigen städtebaulichen Infrastrukturen wieder aufzubauen sowie die Stadt- und Ortsteilzentren zu attraktiven Lebensräumen und Wohnorten zu entwickeln. Wichtige Erfolgsfaktoren sind dabei der gebietsbezogene und integrierte Ansatz der Städtebauförderung sowie ihre flexiblen Strukturen und Instrumente, die den Kommunen ausreichend Spielraum für ihre regionalen Besonderheiten belassen. An der Finanzierung beteiligt sich der Bund grundsätzlich mit einem Drittel der förderfähigen Kosten (die restlichen Kosten werden von Land und Kommune getragen). Insgesamt sind seit Einführung der Städtebauförderung 1971 bis 2019 rund 19,26 Mrd. Euro Bundesmittel in die alten und neuen Länder geflossen. Dabei ist ein weiterer Erfolgsfaktor die hohe Anstoßwirkung der Städtebauförderung gerade in kleineren und mittleren Städten. Die Fördermittel von Bund und Ländern stoßen das Siebenfache an privaten und öffentlichen Investitionen an, mit positiven wirtschaftlichen Effekten insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe, aber auch für die Bauindustrie. Als Teil des gesamtdeutschen Fördersystems und als eigenständiges Instrument in Ergänzung der Gemeinschaftsaufgaben soll die Städtebauförderung künftig die Entwicklung strukturschwacher Regionen mit städtebaulichen Investitionen flankieren. Sie ist zudem beispielgebend in Europa.

68. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm „Sofortprogramm Saubere Luft“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Mittelabruf aus dem Sofortprogramm Saubere Luft *				
Stand März 2020				
Bundesland		2018*2	2019*2	gesamt
Baden-Württemberg	Mittelabfluss in €	816.186,78	8.652.289,17	9.468.475,95
	% von Haushaltsansatz*3	0,62	3,75	
Bayern	Mittelabfluss in €	324.621,49	11.639.915,15	11.964.536,64
	% von Haushaltsansatz*3	0,41	1,86	
Berlin	Mittelabfluss in €	297.820,57	6.058.206,72	6.356.027,29
	% von Haushaltsansatz*3	0,44	1,00	
Bremen	Mittelabfluss in €	96.714,07	263.346,46	360.060,53
	% von Haushaltsansatz*3	0,15	0,13	
Hamburg	Mittelabfluss in €	371.643,08	6.447.954,08	6.819.597,16
	% von Haushaltsansatz*3	0,67	3,03	
Hessen	Mittelabfluss in €	205.349,25	9.580.539,28	9.785.888,53
	% von Haushaltsansatz*3	0,31	2,05	
Niedersachsen	Mittelabfluss in €	2.281.447,74	7.002.216,51	9.283.664,25
	% von Haushaltsansatz*3	0,92	1,34	
Nordrhein-Westfalen	Mittelabfluss in €	8.164.269,19	14.492.138,28	22.656.407,47
	% von Haushaltsansatz*3	14,81	8,33	
Rheinland-Pfalz	Mittelabfluss in €	1.026.147,58	1.493.965,40	2.520.112,98
	% von Haushaltsansatz*3	1,89	0,42	
Sachsen	Mittelabfluss in €	128.064,45	3.468.563,96	3.596.628,41
	% von Haushaltsansatz*3	0,13	1,87	
Sachsen-Anhalt	Mittelabfluss in €	7.012,00	34.538,00	41.550,00
	% von Haushaltsansatz*3	0,00	0,02	
Schleswig-Holstein	Mittelabfluss in €	0,00	8.448.661,37	8.448.661,37
	% von Haushaltsansatz*3	0	0,97	
Mittelabfluss in € gesamt:		13.719.276,20	77.582.334,38	91.301.610,58
gesamt in %: von Haushaltsansatz		22,4	24,8	

* Die Mittel des „Sofortprogramms Saubere Luft“ sollen in Städten und Gemeinden (einschließlich Stadtstaaten), die von einer Überschreitung des Luftqualitätsgrenzwertes für Stickstoffdioxid für das Jahresmittel betroffen sind, zu einer Verbesserung der Luftqualität führen und damit zur Einhaltung der Grenzwerte beitragen. Dies betrifft die Bundesländer jedoch in unterschiedlichem Maße. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Thüringen sind zu den jeweiligen Stichtagen keine Städte und Gemeinden mit einer entsprechenden Luftbelastung vorhanden gewesen. Für diese Bundesländer konnten daher keine Anträge gestellt werden. Sie sind aus diesem Grund in der Übersicht nicht aufgeführt. Der in der Tabelle dargestellte prozentuale Anteil des Mittelabrufes vom Haushaltsansatz insgesamt variiert vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung der Luftschadstoffbelastungen zwischen den einzelnen Ländern zudem z. T. deutlich.

*2 Die Angaben erfolgen für alle abgeschlossenen Haushaltsjahre, in denen Mittel für das Sofortprogramm zur Verfügung standen.

*3 Prozent von Mittelabfluss: Anteil des Mittelabrufs von den im jeweiligen Jahr verfügbaren Haushaltsmitteln.

Das „Sofortprogramm Saubere Luft“ ist nach Auffassung der Bundesregierung erfolgreich. Die damit geförderten Vorhaben konnten flankierend zu den weiteren Maßnahmen vor Ort, den Software-Updates bei Diesel-Pkw der Abgasstufen Euro 4 und Euro 5 sowie der Flottenerneuerung mit Fahrzeugen, die auch im realen Betrieb niedrige Stickstoffoxidemissionen aufweisen, zu einer

deutlichen Senkung der Stickstoffdioxidbelastung in den betroffenen Kommunen und damit der Vermeidung von Fahrverboten beitragen.

So wurde im Jahr 2019 der Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid von 40 µg/m³ Luft nach der Auswertung des Umweltbundesamtes nur noch an 20 Prozent der verkehrsnahen Messstationen der Länder überschritten. Im Jahr zuvor waren es noch 42 Prozent. Insgesamt ist die Belastung mit Stickstoffdioxid deutschlandweit weiter rückläufig (Quelle: www.bmu.de/pressemitteilung/stadtluft-wird-sauberer-zahl-der-staedte-ueber-dem-no2-grenzwert-halbiert-sich-im-jahr-2019/).

69. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Das Bundesprogramm wurde vor dem Hintergrund der Fluchtzuwanderung im Jahr 2016 erstmalig als Sonderprogramm und Teil des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung aufgelegt, um Kommunen beim Erhalt ihrer sozialen Infrastruktur zu unterstützen. Im weiteren Verlauf wurde das Programm durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages mehrfach verlängert und aufgestockt. Das Programmvolumen der mittlerweile vier Förderrunden umfasst insgesamt Bundesmittel in Höhe von 750 Mio. Euro, mit denen über 400 Projekte bundesweit gefördert werden.

Der Mittelabruf seit dem Jahr 2016 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Mittelabruf aus dem Bundesprogramm, Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur			
Bundesland	Jahr	Mittelabruf in Euro	Prozentualer Anteil
Baden-Württemberg	2016	447.776	3 %
	2017	5.217.515	20 %
	2018	7.308.580	28 %
	2019	6.036.885	23 %
	Gesamt	19.010.756	74 %
Bayern	2016	993.743	5 %
	2017	4.249.958	17 %
	2018	6.219.978	24 %
	2019	6.522.449	26 %
	Gesamt	17.986.128	72 %
Berlin	2016	171.567	3 %
	2017	126.820	2 %
	2018	1.742.535	31 %
	2019	1.945.623	34 %
	Gesamt	3.986.545	70 %
Brandenburg	2016	193.995	6 %
	2017	156.880	2 %
	2018	1.837.437	20 %
	2019	2.493.802	28 %
	Gesamt	4.682.114	56 %

Mittelabruf aus dem Bundesprogramm, Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur			
Bundesland	Jahr	Mittelabruf in Euro	Prozentualer Anteil
Bremen	2016	0	0 %
	2017	491.400	14 %
	2018	0	0 %
	2019	1.603.800	47 %
	Gesamt	2.095.200	61 %
Hamburg	2016	36.269	2 %
	2017	217.498	5 %
	2018	1.383.980	34 %
	2019	219.971	5 %
	Gesamt	1.857.718	46 %
Hessen	2016	378.150	4 %
	2017	632.564	3 %
	2018	3.284.335	18 %
	2019	2.842.809	15 %
	Gesamt	7.137.858	40 %
Mecklenburg-Vorpommern	2016	0	0 %
	2017	1.485.000	16 %
	2018	2.173.291	23 %
	2019	0	0 %
	Gesamt	3.658.291	39 %
Niedersachsen	2016	1.794.147	13 %
	2017	4.075.755	13 %
	2018	3.348.258	11 %
	2019	3.196.722	10 %
	Gesamt	12.414.882	47 %
Nordrhein-Westfalen	2016	120.448	0 %
	2017	2.026.354	5 %
	2018	8.590.424	19 %
	2019	8.166.608	18 %
	Gesamt	18.903.834	42 %
Rheinland-Pfalz	2016	270.000	5 %
	2017	366.744	4 %
	2018	869.990	11 %
	2019	1.964.174	24 %
	Gesamt	3.470.908	44 %
Saarland	2016	401.308	11 %
	2017	0	0 %
	2018	471.782	5 %
	2019	5.153.780	51 %
	Gesamt	6.026.870	67 %
Sachsen	2016	0	0 %
	2017	634.364	7 %
	2018	2.541.181	28 %
	2019	3.125.927	35 %
	Gesamt	6.301.472	70 %
Sachsen-Anhalt	2016	0	0 %
	2017	150.300	2 %
	2018	963.839	13 %
	2019	2.629.148	34 %
	Gesamt	3.743.287	49 %

Mittelabruf aus dem Bundesprogramm, Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur			
Bundesland	Jahr	Mittelabruf in Euro	Prozentualer Anteil
Schleswig-Holstein	2016	159.704	3 %
	2017	666.148	7 %
	2018	3.007.785	30 %
	2019	1.999.945	20 %
	Gesamt	5.833.582	60 %
Thüringen	2016	0	0 %
	2017	1.054.026	7 %
	2018	3.010.378	19 %
	2019	2.808.944	18 %
	Gesamt	6.873.348	44 %

Lesebeispiel:

Die Förderprojekte des Landes Baden-Württemberg haben seit Programmbeginn im Jahr 2016 insgesamt Bundesmittel i. H. v. 19.010.756 Euro abgerufen. Dies entspricht 74 Prozent der Fördermittel, die den Projekten in Baden-Württemberg zugewiesen wurden.

Betrachtet wurden dabei die Förderprojekte der ersten (2016 bis 2018) und zweiten (2017 bis 2020) Förderrunde des Bundesprogramms. Die Projekte der dritten (2019 bis 2023) und vierten (2020 bis 2024) Förderrunde konnten nicht berücksichtigt werden, da diese sich noch im Zuwendungsantragsverfahren befinden. In der ersten und zweiten Förderrunde wurden über alle Bundesländer insgesamt 54 Prozent der Fördermittel abgerufen.

Bei den Förderprojekten handelt es sich um Baumaßnahmen, die über mehrere Jahre umgesetzt werden. Je nach Baufortschritt rufen die Kommunen die Fördermittel ab. Insbesondere aufgrund der hohen konjunkturellen Auslastung der Baubranche kam es bei vielen Förderprojekten zu Verzögerungen bei Planungen, Ausschreibungen, Vergaben und der baulichen Umsetzung und damit auch zu Verzögerungen bei den Mittelabrufen. Dies lässt jedoch keine Rückschlüsse auf den Bedarf zu. Mit wenigen Ausnahmen befinden sich alle Förderprojekte in der baulichen Umsetzung, was insgesamt als Erfolg gewertet werden kann.

70. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm „Nationale Klimaschutzinitiative“ mit ihrer Kommunalrichtlinie zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Über die Kommunalrichtlinie, das größte kommunale Breitenförderprogramm der seit 2008 bestehenden Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), fördert die Bundesregierung Klimaschutzprojekte im kommunalen Umfeld.

Der Mittelabfluss im Zeitraum 2008 bis 2019 ist tabellarisch in der nachfolgenden Übersicht zusammengefasst.

Übersicht Mittelabfluss 2008 bis 2019 (bereinigt um Widerrufe und auflösende Bedingungen) aus dem Bundesförderprogramm Kommunalrichtlinie

Bundesland	€ Mittelabfluss bis 2015	€ Mittelabfluss 2016	€ Mittelabfluss 2017	€ Mittelabfluss 2018	€ Mittelabfluss 2019
Baden-Württemberg	45.083.787	7.483.697	11.580.683	13.055.649	15.175.868
Bayern	39.253.836	7.708.612	9.337.999	11.490.042	11.019.861
Berlin	2.209.249	263.356	369.216	762.291	781.863
Brandenburg	4.865.658	1.084.333	1.234.224	1.841.718	1.524.858
Bremen	906.762	337.591	584.419	795.875	1.260.145
Hamburg	667.644	289.203	662.908	474.726	641.131
Hessen	22.478.020	3.786.155	4.386.566	3.694.459	4.141.805
Mecklenburg-Vorpommern	3.872.567	399.064	1.050.474	1.110.919	1.154.503
Niedersachsen	46.263.190	6.849.467	9.248.596	9.732.655	10.700.212
Nordrhein-Westfalen	61.617.852	10.730.718	14.200.840	14.983.403	15.514.398
Rheinland-Pfalz	23.111.619	3.740.966	5.449.086	4.507.457	6.939.809
Saarland	4.814.552	485.553	667.801	652.970	919.215
Sachsen	1.606.355	358.904	522.362	865.096	1.024.316
Sachsen-Anhalt	1.936.375	316.820	621.898	528.624	584.574
Schleswig-Holstein	20.172.812	2.337.596	4.251.275	3.578.566	5.241.266
Thüringen	2.163.220	516.832	881.896	517.118	600.487
Gesamtergebnis	281.023.498	46.688.867	65.050.243	68.591.568	77.224.310
Bemerkung: Das System „profi“ wertet immer nur den Mittelabfluss von fünf Jahren im Detail aus. Die Jahre davor, hier 2008 bis 2015, werden systemseitig nur zusammengefasst ausgegeben.					

Eine jahresscharfe Darstellung der absoluten Zahlen des Mittelabflusses ist lediglich für die Jahre 2016 bis 2019 möglich. Die absoluten Zahlen für die Jahre 2008 bis 2015 können nur zusammengefasst dargestellt werden. Eine Angabe des Mittelabflusses in Prozent im Rahmen der Kommunalrichtlinie ist nicht möglich, da die im Rahmen der Kommunalrichtlinie eingesetzten Mittel nicht separat veranschlagt sind, sondern lediglich einen Teilbereich der NKI darstellen, die mit all ihren Programmen als Gesamtheit veranschlagt ist.

Aus Sicht der Bundesregierung ist das Programm erfolgreich.

Ziel des Programms ist es, Potentiale für Treibhausgasminderungen in Kommunen zu heben. Aus Sicht der Bundesregierung gelingt dies am besten über ein kommunales Klimaschutz-Breitenförderprogramm, das Kommunen in den wesentlichen kommunalen Handlungsbereichen mit breitgefächerten strategischen und investiven Förderschwerpunkten unterstützt. Die strategischen Förderschwerpunkte versetzen Kommunen in die Lage, im Klimaschutz aktiv zu werden und die Voraussetzungen in der Kommunalverwaltung zu schaffen, Klimaschutz in der Kommune erfolgreich zu verankern. Insbesondere durch die Förderung von Klimaschutzmanagement als zentrale Klimaschutzstelle in der Verwaltung werden die Voraussetzungen für die Verankerung in und Verfolgung von Klimaschutz durch die kommunalen Verwaltungen geschaffen. Über die investiven Förderschwerpunkte, die die wesentlichen kommunalen Handlungsfelder abdecken, setzen Kommunen Klimaschutzprojekte um.

Aufgrund ihrer Kontinuität stellt die Kommunalrichtlinie seit 2008 eine verlässliche Förderung von Klimaschutzprojekten der Kommunen dar. Der Mittelabfluss steigt kontinuierlich an. Seit 2008 wurden über 16.600 Projekte in mehr als 3.650 Kommunen mit rund 715 Mio. Euro unterstützt. Die Förderung über die Kommunalrichtlinie hat bis Ende 2019 Investitionen in Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro ausgelöst.

Die aktuelle Evaluation der in den Jahren 2008 bis 2017 beendeten Projekte bestätigt, dass durch die Förderung nennenswerte Treibhausgasminderungen erzielt werden konnten. Allein durch die Förderung von investiven Vorhaben im Zeitraum 2008 bis 2017 wurde über die Wirkdauer der geförderten Maßnahmen eine Treibhausgasminderung in Höhe von rund 4 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten realisiert (Nettowerte). Dies entspricht einer Treibhausgasminderung um etwa 400.000 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr (im Jahr 2017). Mit der starken Ausweitung der investiven Förderung seit 2015 wird künftig mit deutlich höheren Treibhausgasminderungen durch die Förderung der Kommunalrichtlinie gerechnet.

71. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesmodellvorhaben „Unternehmen Revier“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Bundesmodellvorhabens?

	Anteil	2018			2019		
		Soll in 1.000 Euro	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll in 1.000 Euro	Ist	Inanspruchnahme in %
Gesamt	100 %	4.000	1.281	32	8.000	3.142	39
Rheinisches Revier	25 %	1.000	376	38	2.000	880	44
Lausitzer Revier	40 %	1.600	72	4	3.200	444	14
Mitteldeutsches Revier	20 %	800	554	69	1.600	1.600	100
Helmstedter Revier	10 %	400	112	28	800	117	15
BMWi	5 %	200	167	83	150	101	67

Das Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) „Unternehmen Revier“ wurde Ende 2017 gestartet, um den Strukturwandel in den deutschen Braunkohleregionen frühzeitig zu unterstützen. Das Programm soll ergänzend zur bewährten (GRW-)Förderung innovative und modellhafte Maßnahmen hervorbringen und eine Regionalentwicklung „von unten“ ermöglichen: Die Reviere richten eigenständig Ideen- und Projektwettbewerbe aus und fördern Projekte, die für die Region selbst, aber auch für andere Reviere Modellcharakter haben können. Das Fördervolumen von 8 Mio. Euro jährlich (4 Mio. Euro bis 2019) wird wie folgt aufgeteilt: Lausitzer Revier 40 Prozent, Rheinisches Revier 25 Prozent, Mitteldeutsches Revier 20 Prozent und Helmstedter Revier 10 Prozent.

Das 2018 angelaufene Förderprogramm hat sich im zweiten Jahr zunehmender Beliebtheit erfreut. Beinahe alle Reviere haben 2019 Wettbewerbsaufrufe gestartet. Im Ergebnis konnten sehr vielfältige, innovative Projekte aus verschiedenen Branchen unterstützt werden. Beispielsweise wurden Projekte zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit und Wertschöpfung im Bereich der Gaming-Industrie, zur Förderung ressourceneffizienten und kreislaufgerechten Bauens, zu Aufbau und Sicherung kritischer Infrastrukturen, zur stofflichen Verwertung von Mikroalgen oder Internationalisierung und Weiterentwicklung einer Technik zur präzisen Schnittmusterübertragung mit Augmented Reality gefördert.

All diese und noch viele weitere Projekte wurden einer kritischen Prüfung ihrer Modellhaftigkeit unterzogen. Einige der Projektanträge erwiesen sich dabei als nicht förderfähig im Sinne der Richtlinie. Die in dem Programm angelegte umfassende Beratung der Antragsteller durch die Regional- und Abwicklungspartner vor Ort ermöglichte jedoch vielfach eine Unterstützung im Rahmen anderweitiger Förderprogramme.

72. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus der Förderbekanntmachung „Kommunen innovativ“ im BMBF-Programm „Forschung für nachhaltige Entwicklung – FONA3“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg der Förderbekanntmachung?

Die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ wurde 2016 begonnen. Insgesamt werden 20,7 Mio. Euro Fördermittel bereitgestellt. Der Mittelabruf erfolgte in den Jahren 2016 bis 2019 entsprechend der Vorhabenplanung und ist in nachstehender Übersicht ausgewiesen. Ergebnisse der Fördermaßnahme werden bis Ende 2020 vorliegen.

Kommunen innovativ in T€	Fördervolumen gesamt	in %	Mittelabruf 2016	in %	Mittelabruf 2017	in %
Gesamt	20.775	100,00	1.138	100,00	4.514	100,00
Brandenburg	174	0,84	7	0,62	48	1,05
Berlin	2.082	10,02	67	5,88	312	6,90
Baden-Württemberg	2.123	10,22	60	5,28	286	6,33
Bayern	609	2,93	0	0,00	45	1,01
Bremen	146	0,71	0	0,00	13	0,28
Hessen	2.202	10,60	142	12,51	697	15,45
Mecklenburg- Vorpommern	792	3,81	126	11,10	261	5,77
Niedersachsen	3.421	16,47	202	17,77	729	16,15
NRW	5.026	24,19	212	18,62	1.083	23,99
Rheinland-Pfalz	794	3,82	0	0,00	169	3,75
Schleswig-Holstein	792	3,81	96	8,43	217	4,81
Sachsen	1.560	7,51	129	11,36	380	8,43
Sachsen-Anhalt	245	1,18	0	0,00	26	0,57
Thüringen	808	3,89	96	8,42	249	5,51

Kommunen innovativ in T€	Mittelabruf 2018	in %	Mittelabruf 2019	in %
Gesamt	5.830	100,00	5.445	100,00
Brandenburg	23	0,39	46	0,85
Berlin	362	6,21	529	9,71
Baden-Württemberg	526	9,02	592	10,87
Bayern	117	2,01	293	5,38
Bremen	39	0,68	41	0,75
Hessen	721	12,36	403	7,40
Mecklenburg-Vorpommern	211	3,62	128	2,36
Niedersachsen	1.131	19,41	986	18,11
NRW	1.499	25,71	1.440	26,44
Rheinland-Pfalz	208	3,57	252	4,63
Schleswig-Holstein	274	4,71	88	1,62
Sachsen	393	6,73	365	6,70
Sachsen-Anhalt	68	1,17	102	1,88
Thüringen	258	4,43	180	3,31

73. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus der Förderbekanntmachung „Stadt-Land-Plus“ im BMBF-Programm „Forschung für nachhaltige Entwicklung – FONA3“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg der Förderbekanntmachung?

Die Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ wurde 2018 begonnen. Insgesamt werden 43,2 Mio. Euro Fördermittel bereitgestellt. Der Mittelabruf erfolgte in den Jahren 2018 und 2019 entsprechend der Vorhabenplanung und ist in nachstehender Übersicht ausgewiesen. Erste Ergebnisse der Fördermaßnahme werden ab 2022 vorliegen.

Stadt-Land-Plus in T€	Fördervolumen gesamt	in %	Mittelabruf 2018	in %	Mittelabruf 2019	in %
Gesamt	43.286	100,00	1.240	100,0	5.502	100,0
Baden-Württemberg	4.503	10,4	275	22,2	473	8,6
Bayern	4.280	9,9	2	0,2	526	9,6
Berlin	1.485	3,4	12	1,0	96	1,7
Brandenburg	1.665	3,8	68	5,5	238	4,3
Hamburg	1.338	3,1	54	4,3	182	3,3
Hessen	4.043	9,3	23	1,9	486	8,8
Mecklenburg- Vorpommern	5.402	12,5	70	5,6	1.019	18,5
Niedersachsen	2.566	5,9	1	0,1	5	0,1
Nordrhein-Westfalen	7.275	16,8	305	24,6	944	17,2
Rheinland-Pfalz	1.968	4,5	62	5,0	336	6,1
Sachsen	5.348	12,4	81	6,5	679	12,4
Sachsen-Anhalt	2.872	6,6	262	21,1	452	8,2
Schleswig-Holstein	116	0,3	0	0,0	0	0,0
Thüringen	423	1,0	24	1,9	66	1,2

74. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem BMBF-Förderprogramm „JOBSTARTER“ und dem BMBF-Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung 2015–2019“, die beide im geringen Umfang auch Kommunen fördern (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg der Förderbekanntmachung und des Modellversuchsschwerpunktes?

Der Mittelabruf für das Programm JOBSTARTER, sowie der Umfang der Mittel, die direkt an Kommunen geflossen sind, ergibt sich aus den folgenden Tabellen.

Mittelabruf JOBSTARTER plus (Stand: März 2020)

in T€	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019
Baden-Württemberg	516	773	1.172	1.115	1.128
Bayern	259	592	899	939	1.218
Berlin	263	389	847	985	1.521
Brandenburg	175	395	854	1.144	1.342
Bremen	241	459	598	342	134
Hamburg	133	320	315	299	180
Hessen	717	1.056	1.531	1.398	1.206
Mecklenburg-Vorpommern	338	540	842	907	838
Niedersachsen	1.109	1.682	2.763	2.601	2.468
Nordrhein-Westfalen	803	2.014	3.052	3.518	3.266
Rheinland-Pfalz	58	92	101	189	203
Saarland	22	171	294	323	83
Sachsen	383	851	1.318	1.367	961
Sachsen-Anhalt	180	683	1.143	1.288	860
Schleswig-Holstein	85	238	498	535	410
Thüringen	337	404	865	1.012	1.108
Gesamt	5.617	10.661	17.090	17.962	16.924

Davon Förderung von Kommunen (Stand: März 2020)

in T€	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019
Bayern	0	0	0	0	103
in % vom Land	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	8,42 %
in % vom Jahres-Gesamt	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,61 %
Hessen	134	206	263	176	196
in % vom Land	18,69 %	19,50 %	17,19 %	12,58 %	16,24 %
in % vom Jahres-Gesamt	2,39 %	1,93 %	1,54 %	0,98 %	1,16 %
Niedersachsen	227	321	388	267	421
in % vom Land	20,51 %	19,08 %	14,03 %	10,28 %	17,04 %
in % vom Jahres-Gesamt	4,05 %	3,01 %	2,27 %	1,49 %	2,49 %
Nordrhein-Westfalen	105	115	84	54	217
in % vom Land	13,12 %	5,71 %	2,74 %	1,54 %	6,65 %
in % vom Jahres-Gesamt	1,88 %	1,08 %	0,49 %	0,30 %	1,28 %
Gesamt	467	642	734	497	936

Ziel des Programms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) JOBSTARTER plus ist die Unterstützung der Ausbildung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und in Kleinstunternehmen. Das Förderprogramm greift berufsbildungspolitische Entwicklungen auf und erprobt praxisnahe Ausbildungsmodelle. Die geförderten Projekte entwickeln regionale Kooperationen und beraten Unternehmen in allen wesentlichen Fragen der Ausbildung. Basierend auf der begleitenden Evaluation bis Ende 2019 bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms hinsichtlich Zielerreichung, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit positiv.

Der Mittelabruf für den BMBF-Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung 2015–2019 (BBNE)“ sowie der Umfang der Mittel, die direkt an Kommunen geflossen sind, ergibt sich aus den folgenden Tabellen.

Mittelabruf BBNE Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (Stand: März 2020)

in T€	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019
Baden-Württemberg	111	163	158	48
Bayern	13	86	140	38
Berlin	212	258	416	415
Brandenburg	0	0	12	49
Hamburg	224	220	255	237
Hessen	38	90	141	47
Niedersachsen	300	444	449	340
Nordrhein-Westfalen	188	305	476	435
Sachsen-Anhalt	35	47	124	193
Schleswig-Holstein	0	0	32	87
Thüringen	47	90	81	95
Gesamt	1.167	1.704	2.284	1.983

Davon Förderung von Kommunen (Stand: März 2020)

Nordrhein-Westfalen	94	116	93	53
in % vom Land	50,06 %	37,93 %	19,50 %	12,15 %
in % vom Jahres-Gesamt	8,07 %	6,80 %	4,06 %	2,66 %

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) fördert seit April 2016 bundesweit Modellversuche und wissenschaftliche Begleitungen im Rahmen des Modellversuchsförderschwerpunkts „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung 2015–2019“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Dabei werden wissenschaftlich fundiert und aus der beruflichen Praxis heraus Innovationen zur strukturellen Verankerung nachhaltiger Entwicklung erarbeitet, erprobt und für den Transfer aufbereitet. Ziel des BBNE ist es, Kompetenzen zu fördern, mit denen die Arbeits- und Lebenswelt im Sinne der Nachhaltigkeit gestaltet werden können. Im Förderschwerpunkt BBNE wirken über 200 Unternehmen und Bildungsträger sowie über 80 Industrie- und Handelskammern, Branchenverbände oder Gewerkschaften durch ihre unmittelbare Mitarbeit an den Modellversuchen mit. Aus dem Förderschwerpunkt konnten wichtige Impulse in die Initiativen zur Stärkung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung eingebracht werden, wie z. B. in die Gremien der Nationalen Plattform im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Auch in der Ordnungsarbeit der Berufsbildung finden die Ergebnisse der Modellversuche zunehmend Berücksichtigung. Die Bundesregierung bewertet daher den bisherigen Erfolg des Modellversuchsschwerpunktes positiv.

75. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm zur „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“ (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Das Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in Nationale Projekte des Städtebaus hat sich aus fachlicher Sicht bewährt. Es ist in den vergangenen fünf Jahren gelungen, herausragende Projekte des Städtebaus zu identifizieren und öffentlichkeitswirksam herauszustellen. Dies hat dazu beigetragen, die Rolle des Bundes sowie die Bedeutung der Städtebauförderung insgesamt noch deutlicher zu machen. Durch die Förderung erhalten oder vergrößern die Städte und Gemeinden ihre kommunalpolitischen Spielräume; die Projekte tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Lebensqualität vor Ort bei. Die Mittelabflüsse bei Kapitel 0604 Titel 882 93 (ab 2014) und Kapitel 0604 Titelgruppe 02 Titel 882 22 (Zukunftsinvestitionen 2016 bis 2018) ergeben sich aus den folgenden Tabellen.

Mittelabfluss Kapitel 0604 Titel 882 93 (in TE)

	2014	in %	2015	in %	2016	in %	2017	in %	2018	in %	2019	in %
Baden-Württemberg	80	3,9	890	8,9	1.559	8,3	3.856	14,8	5.561	19,9	2.598	9,9
Bayern	355	17,4	792	7,9	5.627	29,9	4.716	18,1	3.493	12,5	3.811	14,5
Berlin	90	4,4	630	6,3	1.584	8,4	1.765	6,8	1.604	5,7	2.120	8,1
Brandenburg	80	3,9	220	2,2	401	2,1	1.906	7,3	1.173	4,2	–	–
Bremen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Hamburg	80	3,9	100	1,0	620	3,3	1.001	3,8	2.396	8,6	3.498	13,3
Hessen	110	5,4	800	8,0	1.035	5,5	1.911	7,3	1.202	4,3	1.797	6,9
Mecklenburg-Vorpommern	100	4,9	450	4,5	465	2,5	250	1,0	514	1,8	541	2,1
Niedersachsen	290	14,2	780	7,8	1.402	7,5	3.355	12,9	3.435	12,3	594	2,3
Nordrhein-Westfalen	420	20,6	1.754	17,5	1.762	9,4	3.896	15,0	5.936	21,2	6.653	25,4
Rheinland-Pfalz	90	4,4	700	7,0	461	2,5	1.081	4,1	1.131	4,0	2.218	8,5
Saarland	–	–	–	–	–	–	27	0,1	37	0,1	–	–
Sachsen	80	3,9	500	5,0	925	4,9	135	0,5	299	1,1	317	1,2
Sachsen-Anhalt	95	4,7	1.265	12,6	1.640	8,7	1.205	4,6	300	1,1	531	2,0
Schleswig-Holstein	60	2,9	440	4,4	167	0,9	450	1,7	558	2,0	409	1,6
Thüringen	53	2,6	601	6,0	370	2,0	376	1,4	277	1,0	1.035	3,9
Administration	53	2,6	83	0,8	778	4,1	125	0,5	89	0,3	93	0,4
Summe	2.036	100,0	10.005	100,0	18.796	100,0	26.053	100,0	28.004	100,0	26.215	100,0

Mittelabfluss Kapitel 0604 Titel 882 22 (in TE)
(bis 2016: Kap. 6002 Tit. 882 32)

	2016	in %	2017	in %	2018	in %
Baden-Württemberg	4.644	33,7	4.569	17,3	2.093	6,7
Bayern	2.165	15,7	5.519	20,9	5.941	19,1
Berlin	200	1,5	500	1,9	23	0,1
Brandenburg	316	2,3	–	–	553	1,8
Bremen	171	1,2	1.080	4,1	1.884	6,1
Hamburg	–	–	–	–	–	–
Hessen	376	2,7	1.887	7,1	4.768	15,3
Mecklenburg-Vorpommern	324	2,4	1.126	4,3	2.339	7,5
Niedersachsen	1.880	13,7	1.424	5,4	2.135	6,9
Nordrhein-Westfalen	1.842	13,4	5.137	19,4	4.408	14,2
Rheinland-Pfalz	814	5,9	1.470	5,6	2.466	7,9
Saarland	309	2,2	1.124	4,3	776	2,5
Sachsen	93	0,7	18	0,1	296	1,0
Sachsen-Anhalt	456	3,3	1.286	4,9	833	2,7
Schleswig-Holstein	–	–	447	1,7	950	3,1
Thüringen	121	0,9	829	3,1	1.615	5,2
Administration	58	0,4	0,03	0,0	–	–
Summe	13.770	100,0	26.413	100,0	31.080	100,0

76. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Die Bundesregierung wertet das Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau (trotz momentan noch zögerlichen Mittelabflusses) als Erfolg. Bislang wurden insgesamt 6,1 Mrd. Euro an Fördermitteln gebunden; damit ist die Realisierung von insgesamt 2,3 Millionen Anschlüssen – ganz überwiegend in ländlichen Räumen – fest zugesagt. Auch die zügige Umstellung auf ausschließliche Gigabitversorgung, die Maßnahmen zur Vereinfachung der Antragstellung, die nun in wenigen Schritten und unter zwei Monaten zu einem genehmigten Breitbandprojekt führen, sind wichtige Maßnahmen, das Gigabitziel der Bundesregierung schneller zu erreichen. Die Mittelabrufdauer entspricht der üblichen Zeitspanne großer Infrastrukturprojekte in Deutschland. Diese zu beschleunigen ist ein gemeinsames Anliegen aller involvierten Akteure. Bund, Länder, Antragsteller sowie die beteiligte Industrie und Genehmigungsbehörden müssen hierfür gemeinsam an einem Strang ziehen.

Mittelabfluss im BFP Breitbandausbau nach Jahren je Bundesland (in Euro)

	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Baden-Württemberg	0,00	1.442.632,77	18.667.265,77	10.495.130,48	162.119,32	30.767.148,34
Bayern	0,00	2.491.962,34	14.123.848,54	23.413.880,41	1.767.445,55	41.797.136,84
Berlin	0,00	152.289,00	189.133,00	0,00	0,00	341.422,00
Brandenburg	0,00	577.503,08	477.660,05	1.642.177,45	0,00	2.697.340,58
Bremen	0,00	0,00	100.000,00	49.350,65	0,00	149.350,65
Hamburg	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
Hessen	0,00	585.979,70	10.400.372,62	11.166.525,73	49.999,06	22.202.877,11
Mecklenburg-Vorpommern	0,00	718.260,00	7.001.695,25	68.254.462,65	8.039.025,11	84.013.443,01
Niedersachsen	0,00	1.580.072,82	21.547.020,45	56.335.138,49	9.082.787,60	88.545.019,36
Nordrhein-Westfalen	0,00	1.569.755,47	13.220.948,29	35.801.350,24	5.083.968,44	55.676.022,44
Rheinland-Pfalz	0,00	328.604,87	9.581.918,42	19.484.477,88	2.770.671,08	32.165.672,25
Saarland	0,00	50.000,00	99.960,00	32.302,55	0,00	182.262,55
Sachsen	0,00	439.915,86	3.511.437,62	14.207.317,42	508.406,73	18.667.077,63
Sachsen-Anhalt	0,00	242.046,00	1.758.847,00	11.012.575,60	2.487.682,95	15.501.151,55
Schleswig-Holstein	48.943,20	686.228,34	839.165,06	8.274.181,83	3.071.650,01	12.920.168,44
Thüringen	0,00	880.894,26	1.276.812,90	3.307.857,03	0,00	5.465.564,19
Summe alle Bundesländer	48.943,20	11.796.144,51	102.796.084,97	263.476.728,41	33.023.755,85	411.141.656,94
Programmadministration	5.245.540,52	10.654.449,64	18.371.769,60	21.933.801,21	4.016.732,66	60.222.293,63
Prozentualer Mittelabfluss	1,12 %	4,76 %	25,71 %	60,55 %	7,86 %	100,00 %

© Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Hinweis: Berücksichtigt wurden alle Bewilligungen zum Stand 12. März 2020.

77. Auf welche Höhe belief sich der Mittelabruf aus dem Bundesprogramm für experimentelle Pilotprojekte zur Entwicklung und Testung von Versorgungs- und Ausbildungsmodellen für Gesundheitsversorgung, Rehabilitation und Pflege (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual für jedes Jahr seit Einrichtung des Förderprogramms aufschlüsseln und zusätzlich auf Ebene der Bundesländer angeben), und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Erfolg des Programms?

Zunächst sei vorangestellt, dass es sich bei Kapitel 1504 Titel 686 06 um ein „Förderprogramm für experimentelle Pilotprojekte zur Entwicklung und Testung von Versorgungs- und Ausbildungsmodellen für Gesundheitsversorgung, Rehabilitation und Pflege“ handelt und nicht um ein Förderprogramm, das primär auf die kommunale Ebene abzielt. Das Förderprogramm ist im Forschungskapitel des Bundesministeriums für Gesundheit angesiedelt. Aus dem Titel werden Pilotprojekte gefördert, die inhaltlich ausgerichtet sind auf die Entwicklung von Versorgungs- und Ausbildungsmodellen für die Gesundheitsversorgung, Rehabilitation und Pflege, nicht aber auf die finanzielle Situation der Kommunen. Zielsetzung ist die übergreifende Vernetzung von Versorgungsangeboten über die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hinaus sowie die Nutzung digitaler Lösungen zur Unterstützung der vernetzten Gesundheitsversorgung.

Dennoch ist es grundsätzlich möglich, dass auch kommunale Vertreter als Antragsteller für Projekte fungieren.

Die bisherigen Förderungen sind der beigefügten Aufstellung zu entnehmen; es werden Projekte in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin und Hessen gefördert.

Die meisten der geförderten Projekte erfüllen den Anspruch, bundesweit skalierbar zu sein. Der Sitz der Antragsteller der Pilotprojekte differiert teilweise von der Region, in der die jeweiligen experimentellen Pilotprojekte durchgeführt werden, sodass die Fördermittel nicht immer eindeutig zuzuordnen sind; in diesen Fällen zählt der Sitz der Antragsteller. Manche Einzelmaßnahmen erlauben keine eindeutige regionale Zuordnung, weil sie einen digitalen und innovativen Charakter haben; diese sind in der letzten Zeile erfasst. Der Mittelabruf im laufenden Haushaltsjahr 2020 kann noch nicht abschließend ermittelt werden; hier ist die absolute Zahl des Ist-Standes vom 9. April 2020 aufgeführt.

Bundesländer	Mittelabruf in 2018 absolut in Euro	Mittelabruf in 2018 prozentual gerundet	Mittelabruf in 2019 absolut in Euro	Mittelabruf in 2019 prozentual gerundet	Mittelabruf in 2020 absolut in Euro
Gesamt	70.170	14 %	6.072.907	47 %	
Sachsen			1.994.521	33 %	860.321
Sachsen-Anhalt			89.208	1 %	
Mecklenburg-Vorpommern			417.667	7 %	
Nordrhein-Westfalen	42.800	61 %	347.665	6 %	114.000
Bayern			296.134	5 %	67.363
Berlin			341.228	6 %	
Hessen			120.000	2 %	
überregional	27.370	39 %	2.466.484	40 %	

78. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für den, teils zögerlichen Mittelabruf bei kommunalen Förderprogrammen (vgl. www.deutschlandfunk.de/investitionsstau-warum-foerdermittel-nicht-abgerufen-werden.769.de.html?dram:article_id=462798)?

Auf welche Weise und bis wann plant sie einen Gesetzentwurf vorzulegen, um etwa durch eine Vereinfachung der Antragsverfahren und Förderrichtlinien für einen besseren Mittelabruf durch die Kommunen zu sorgen?

Die Gründe für den teils zögerlichen Mittelabruf sind vielfältig und zuweilen zwischen den Förderprogrammen unterschiedlich. Auch regional gibt es Unterschiede. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die bisher hohe Auslastung der Bauwirtschaft dazu beiträgt, dass einige Maßnahmen nicht so zügig wie geplant durchgeführt werden können. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Corona-Krise auf die Bauwirtschaft auswirkt.

Gründe für den verzögerten Mittelabruf liegen beispielsweise auch in begrenzten Personalkapazitäten in einigen Kommunen oder umfangreichen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dies gilt insbesondere dort, wo europaweite Ausschreibungen für die Vergabe von Aufträgen erforderlich sind. Auch der Umgang mit der Vielzahl von Fördermöglichkeiten kann zuweilen eine Herausforderung für die Kommunalverwaltung darstellen.

Bei einigen der Programme erfolgt die Durchführung, einschließlich der Festlegung der Verfahren für die Beantragung und Durchführung von Maßnahmen, durch die Länder. Der Bund trägt jedoch in diesen Fällen dazu bei, dass eine zügige Durchführung der Maßnahmen möglich ist. So sind beispielsweise die beiden Förderprogramme des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes so ausgestaltet, dass ein übermäßiger Verwaltungsaufwand vermieden wird und ein

schneller Mittelabruf möglich ist. Der Bund prüft hier erst nach Abschluss der Maßnahmen die zweckgerechte Mittelverwendung.

Zudem setzt sich die Bundesregierung auch bei anderen Programmen für eine Vereinfachung der Verfahren ein. So gingen beispielsweise mit dem Relaunch der Bundesförderung für den Breitbandausbau zum 1. August 2018 und der damit verbundenen Umstellung der Bundesförderung auf ausschließliche Gigabitgeschwindigkeit weitreichende Vereinfachungen in der Antragstellung und weitere Entbürokratisierungsmaßnahmen im gesamten Verfahren einher. Damit wurden die erforderlichen Prozesse auf Seiten des Bundes um bis zu sechs Monate verkürzt. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms Städtebauförderung wurde zudem die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern mit dem Ziel der Entbürokratisierung ab 2020 umfassend umstrukturiert und vereinfacht.

Die Erfahrung innerhalb des Förderprogramms „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“ hat gezeigt, dass die geringere Eintrittshürde für potentielle Antragsteller (in einem ersten Schritt nur eine Projektskizze statt eines vollständigen Antrags) zu einer besseren Annahme des Programms und demnach zu einem höheren Mittelabfluss beiträgt.

79. Inwiefern und in welcher Höhe wird überschuldeten Kommunen der zu erbringende Eigenanteil an Bundesprogrammen durch den Bund bzw. nach Kenntnis der Bundesregierung durch einzelne Länder erlassen, damit diesen überhaupt eine Teilnahme ermöglicht wird (bitte Programme und Kommunen nennen, denen der Eigenanteil vom Bund bzw. durch einzelne Länder erlassen wurde)?

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel I („Infrastrukturprogramm“)	Festlegung durch die einzelnen Länder	Förderfähig sind ausschließlich Investitionen finanzschwacher Kommunen; der Bundesanteil beträgt bis zu 90 %	Länder haben nach den Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung (VV) sicherzustellen, dass die Kommunen ihren Eigenanteil erbringen können; der Eigenanteil von i. d. R. 10 % kann auch von den Ländern erbracht werden. Der Bundesregierung liegen keine Informationen vor, ob die Länder den Kommunen ihren Eigenanteil erlassen haben.

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel II („Schulsanierungsprogramm“)	Festlegung durch die einzelnen Länder im Einvernehmen mit dem Bund im Rahmen der Vorgaben der VV KInvFG II	Förderfähig sind ausschließlich Investitionen finanzschwacher Kommunen; der Bundesanteil beträgt bis zu 90 %	Länder haben nach den Vorgaben der VV sicherzustellen, dass die Kommunen ihren Eigenanteil erbringen können; der Eigenanteil von i. d. R. 10 % kann auch von den Ländern erbracht werden. Der Bundesregierung liegen keine Informationen vor, ob die Länder den Kommunen ihren Eigenanteil erlassen haben.
Förderprogramm „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“	Kommunen, die nach dem jeweiligen Landesrecht ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen haben bzw. einem Haushaltssicherungsverfahren unterliegen oder eine vergleichbare finanzschwache Haushaltsituation nachweisen und somit nicht über ausreichende Eigenmittel verfügen.	Der Basisfördersatz kann für finanzschwache Kommunen vorbehaltlich der EU-beihilferechtlichen Zulässigkeit von 50 % auf bis zu 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben erhöht werden. Zusammen mit einer Ko-Finanzierung durch Dritte ist grundsätzlich eine Förderung von bis zu 90 % möglich.	Bei finanzschwachen Kommunen kann der Mindesteigenanteil i. H. v. 10 % auch von den Ländern geleistet werden.
Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland	Gebietskörperschaft mit einer nach einem festgelegten Verfahren definierter geringer Wirtschaftskraft oder Gebietskörperschaft, die Anordnungen im Rahmen eines Haushaltssicherungsverfahrens unterliegt.	Bundesanteil beträgt bis zu 70 %	Nach Ziffer 6.6 der Richtlinie ist Eigenmittelbeitrag des Zuwendungsempfängers i. H. v. mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben zu gewährleisten, sofern nicht Anteile vom Land übernommen werden.

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld („Kommunalrichtlinie“ oder „KRL“) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative („NKI“) des BMU	Gem. Nr. 5 Abs. 4 S. 2 ff. KRL gilt eine Kommune als finanzschwach, die nach Landesrecht ein Konzept zur Haushaltssicherung aufzustellen hat und das Konzept nachweist. Sieht das Landesrecht generell kein Konzept vor, kann die Kommune ihre Finanzschwäche über Fehlbeträge in den vergangenen zwei Haushaltsjahren sowie Fehlbedarfe aus dem aktuellen und in den folgenden zwei Haushaltsjahren nachweisen. Die entsprechende Haushaltslage ist durch die Kommunalaufsicht zu bestätigen.	Die KRL gewährt eine erhöhte Förderquote für finanzschwache Kommunen gegenüber der Regelförderquote. Die Förderquoten für finanzschwache Kommunen liegen zwischen 25 und 90 %, vgl. Nr. 5 KRL.	Eine Kumulierung ist mit Drittmitteln, Zuschussförderungen und Förderkrediten anderer Geber ist grundsätzlich möglich gem. Nr. 6.3 KRL, sofern beihilferechtliche Vorgaben dem nicht entgegenstehen und finanzschwache Kommunen Eigenmittel in Höhe von mind. 10 % des Gesamtvolumens der zuwendungsfähigen Ausgaben einbringen.
Förderaufruf für modellhafte regionale investive Projekte zum Klimaschutz durch Stärkung des Radverkehrs im Rahmen der NKI („Klimaschutz durch Radverkehr“) des BMU	Gemäß Art. 5 des Förderaufrufs gelten Kommunen als finanzschwach, die nach Landesrecht ein Konzept zur Haushaltssicherung aufzustellen haben und das Konzept nachweisen. Sieht das Landesrecht generell kein Konzept zur Haushaltssicherung vor, kann die Kommune ihre Finanzschwäche über Fehlbeträge in den vergangenen zwei Haushaltsjahren sowie Fehlbedarfe aus dem aktuellen und in den folgenden zwei Haushaltsjahren nachweisen. Die entsprechende Haushaltslage ist durch die Kommunalaufsicht zu bestätigen.	Der Förderaufruf gewährt eine erhöhte Förderquote für finanzschwache Kommunen in Höhe von 90 % gegenüber der Regelförderquote von 75 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben.	Ziffer 4.4: Eine Kumulierung mit Drittmitteln, Zuschussförderungen und Förderkrediten ist vorbehaltlich beihilferechtlicher Vorgaben zugelassen, sofern eine angemessene Eigenbeteiligung in Höhe von mindestens 15 % des Gesamtvolumens der zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgt, bei finanzschwachen Kommunen in Höhe von 10 %.

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Förderaufruf für investive kommunale Klimaschutz-Modellvorhaben im Rahmen der NKI des BMU	Ziffer 5 Abs. 4 Satz 2 des FA: Als finanzschwach gelten Kommunen, die nach Landesrecht ein Konzept zur Haushaltssicherung aufzustellen haben und das Konzept nachweisen. Sieht das Landesrecht generell kein Konzept zur Haushaltssicherung vor, kann die Kommune ihre Finanzschwäche über Fehlbeträge in den vergangenen zwei Haushaltsjahren sowie Fehlbeträge aus dem aktuellen und in den folgenden zwei Haushaltsjahren nachweisen. Die entsprechende Haushaltssituation ist durch die Kommunalaufsicht zu bestätigen.	Ziffer 5 Abs. 4 FA: Finanzschwache Kommunen können vorbehaltlich der beihilferechtlichen Zulässigkeit eine Förderquote von bis zu 90 % erhalten, während der FA grundsätzlich eine maximale Förderquote von 70 % vorsieht.	Ziffer 4.4: Eine Kumulierung mit Drittmitteln, Zuschussförderungen und Förderkrediten ist vorbehaltlich beihilferechtlicher Vorgaben zugelassen, sofern eine angemessene Eigenbeteiligung in Höhe von mindestens 15 % des Gesamtvolumens der zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgt, bei finanzschwachen Kommunen in Höhe von 10 %.
Förderprogramm „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen“	Nach Landesrecht in Haushaltssicherungskonzept oder vergleichbare finanzschwache Situation mit geeignetem Nachweis, z. B. über Fehlbeträge vergangener Haushaltsjahre sowie Fehlbeträge aktuelle und kommende Haushaltsjahre.	Die maximale Förderquote für finanzschwache Kommunen wird deutlich höher sein als die für andere Empfänger. Die Details stehen noch nicht fest.	/

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Förderprogramm der Deutschen Anpassungsstrategie („DAS“) „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“	Nachweis über Haushaltssicherungskommunen und Nothaushaltskommunen, Festlegung durch die Finanzaufsicht	Bei der DAS werden Kommunen im Regelfall mit 65 % Förderquote (35 % Eigenanteil) gefördert. Eine Erhöhung der Förderquote auf 85 % für Haushaltssicherungskommunen und 95 % für Nothaushaltskommunen ist dabei mit Nachweis möglich. Außerdem sind Erhöhungen der Förderquote möglich, wenn die Kommune grundfinanziertes Personal in den Arbeitsplan des Vorhabens mit einbringt. Vollfinanzierungen (100 % Förderquote) sind jedoch ausgeschlossen. Der Eigenanteil wurde den Kommunen somit nicht erlassen.	Der Bundesregierung liegen keine Informationen vor, ob die Länder den Kommunen ihren Eigenanteil erlassen haben.
„chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“	Kein festes Kriterium	Der Bundesanteil beträgt in der Regel 75 %, kann im Einzelfall nach Prüfung aber auch höher liegen. Der restliche Finanzierungsanteil ist vom Land und vom Zuwendungsempfänger zu erbringen. Finanzschwache Kommunen schließen sich im Regelfall zu Zweckverbänden oder anderen Trägergemeinschaften zusammen.	Der i. d. R. zu erbringende Eigenanteil von 10 % kann auch zumindest tlw. vom Land erbracht werden.
Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege	Kein festes Kriterium	Der Bundesanteil beträgt für Voruntersuchungen und wiss. Betreuung bis zu 100 %. Beim Hauptvorhaben beträgt der Bundesanteil i. d. R. bis zu zwei Dritteln der zuwendungsfähigen Ausgaben; kann aber in Ausnahmefällen auch höher festgesetzt werden, z. B. wenn dem Zuwendungsempfänger aus wirtschaftlichen Gründen nur eine geringere Eigenbeteiligung zugemutet werden kann.	Eine Beteiligung der Länder an E+E-Vorhaben und damit eine Reduzierung des Eigenanteils des Zuwendungsempfängers ist möglich.

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Bundesprogramm Biologische Vielfalt	Kein festes Kriterium	Der Bundesanteil beträgt in der Regel aktuell noch 75 %, kann im Einzelfall nach Prüfung aber auch höher liegen. Der übrige Anteil ist über Eigenmittel des Zuwendungsempfängers und Drittmittel zu erbringen. Dabei wird die Erbringung eines angemessenen Eigenanteils vorausgesetzt, für den es aber keinen definierten Anteil oder eine festgeschriebene Höhe gibt.	Der zu erbringende Eigenanteil kann auch zumindest tlw. von Drittmittelgebern (sei es z. B. ein Bundesland oder eine andere Organisation) erbracht werden.
Städtebauförderung	Einstufung als HH-Notkommune nach dem jeweiligen Landesrecht	Grundsatz: 1/3-Beteiligung von Bund, Land und Kommune; bei HH-Notkommunen Reduzierung des kommunalen Eigenanteils auf 10 % möglich (Bundes- und Landesanteil jeweils 45 %)	
Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur	Einstufung als HH-Notkommune nach dem jeweiligen Landesrecht	Grundsatz: Bundesförderung 45 %; Eigenanteil Kommune 55 %. Bei Haushaltsnot: Bundesanteil max. 90 %; Eigenanteil Kommune min. 10 %	Länder können als beteiligte Dritte in die Finanzierung eingebunden werden. Für die Berechnung des kommunalen Anteils sind dann grds. die Gesamtkosten abzgl. des Länderanteils maßgeblich. D. h. durch den Länderanteil reduzieren sich die Gesamtkosten und damit auch der komm. Eigenanteil. Der Länderanteil zählt jedoch nicht als kommunaler Anteil.

Bundesprogramm	Kriterium für kommunale Finanzschwäche	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch den Bund	Übernahme/Reduzierung des kommunalen Eigenanteils durch Länder
Förderprogramm Energetische Stadtsanierung (KfW 432/201/202)	Festlegung durch die einzelnen Länder. Kommunen, die nach jeweiligem Landesrecht ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, müssen dies gegenüber der KfW formlos bestätigen.	Bund übernimmt bereits für alle Kommunen 65 % der Kosten für Sanierungskonzepte bzw. Sanierungsmanagement und gibt Tilgungszuschüsse i.H.v. 5 Prozent bei der Darlehensförderung.	Länder können bis zu 30 % des Eigenanteils an Stelle der finanzschwachen Kommunen übernehmen. Angaben zu Förderprogrammen der Länder sind bei den Ländern zu erfragen.
Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus	Bestätigung der Haushaltsnotlage durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde.	Bei Vorliegen einer Haushaltsnotlage reduziert sich der Eigenanteil der Kommune (grds. ein Drittel) auf 10 %.	Eine finanzielle Beteiligung der Länder ist erwünscht, aber nicht obligatorisch (Ausnahme: das Förderobjekt befindet sich in Landeseigentum). Eine finanzielle Beteiligung der Länder (i. d. R. beteiligte Dritte) entlastet die Kommunen nicht unmittelbar, führt aber zu einer Reduzierung der Gesamtkosten und damit auch zu einer Verringerung des kommunalen Eigenanteils.

Folgender Übersicht können die Kommunen ohne Eigenanteil im Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau entnommen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich hier um Angaben der Zuwendungsempfänger handelt.

Übersicht Antragsteller ohne kommunalen Eigenanteil	
Stand 12.03.2020	
Bundesland	Antragsteller
Baden-Württemberg	Gemeinde Deilingen
Baden-Württemberg	Stadt Bad Schussenried
Bayern	Markt Simbach
Berlin	Berlin
Brandenburg	Landkreis Märkisch-Oderland
Brandenburg	Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Brandenburg	Landkreis Spree-Neiße
Brandenburg	Stadt Brandenburg an der Havel
Brandenburg	Stadt Cottbus
Brandenburg	Stadt Frankfurt Oder
Hessen	Rüsselsheim am Main
Hessen	Stadt Bad Arolsen
Niedersachsen	Landkreis Ammerland
Nordrhein-Westfalen	Bochum
Nordrhein-Westfalen	ENNI Stadt & Service Niederrhein (Stadt Kamp-Lintfort, Stadt Moers, Stadt Neukirchen-Vluyn, Stadt Rheinberg)
Nordrhein-Westfalen	Gemeinde Engelskirchen
Nordrhein-Westfalen	Gemeinde Marienheide
Nordrhein-Westfalen	Gemeinde Nümbrecht
Nordrhein-Westfalen	Gemeinde Raesfeld
Nordrhein-Westfalen	Gemeinde Reichshof

Übersicht Antragsteller ohne kommunalen Eigenanteil	
Stand 12.03.2020	
Nordrhein-Westfalen	Kolpingstadt Kerpen
Nordrhein-Westfalen	Krefeld
Nordrhein-Westfalen	Kreis Recklinghausen
Nordrhein-Westfalen	Kreis Siegen-Wittgenstein
Nordrhein-Westfalen	Kreisstadt Steinfurt
Nordrhein-Westfalen	Kupferstadt Stolberg
Nordrhein-Westfalen	Märkischer Kreis
Nordrhein-Westfalen	Oberbergischer Kreis
Nordrhein-Westfalen	Schloss-Stadt Hückeswagen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Bergkamen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Bergneustadt
Nordrhein-Westfalen	Stadt Bielefeld
Nordrhein-Westfalen	Stadt Bonn
Nordrhein-Westfalen	Stadt Duisburg
Nordrhein-Westfalen	Stadt Essen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Fröndenberg/Ruhr
Nordrhein-Westfalen	Stadt Haan
Nordrhein-Westfalen	Stadt Hagen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Hamm
Nordrhein-Westfalen	Stadt Hamminkeln (Stadt Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck)
Nordrhein-Westfalen	Stadt Herne
Nordrhein-Westfalen	Stadt Leverkusen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Lünen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Meschede
Nordrhein-Westfalen	Stadt Mönchengladbach
Nordrhein-Westfalen	Stadt Monschau
Nordrhein-Westfalen	Stadt Mülheim an der Ruhr
Nordrhein-Westfalen	Stadt Oberhausen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Olsberg
Nordrhein-Westfalen	Stadt Radevormwald
Nordrhein-Westfalen	Stadt Remscheid
Nordrhein-Westfalen	Stadt Selm
Nordrhein-Westfalen	Stadt Solingen
Nordrhein-Westfalen	Stadt Waldbröl
Nordrhein-Westfalen	Stadt Wipperfürth
Nordrhein-Westfalen	Stadt Wuppertal
Sachsen	Bannewitz
Sachsen	Gemeinde Breitenbrunn
Sachsen	Gemeinde Eppendorf
Sachsen	Gemeinde Lohmen
Sachsen	Gemeinde Oppach
Sachsen	Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna
Sachsen	Gemeinde Striegistal
Sachsen	Landkreis Mittelsachsen
Sachsen	Landkreis Mittelsachsen (Stadt Frauenstein, Neuhausen/Erzgeb., Rechenberg-Bienenmühle, Dorfchemnitz, Stadt Sayda)
Sachsen	Seelitz
Sachsen	Stadt Löbnitz
Sachsen-Anhalt	Bad Schmiedeberg
Sachsen-Anhalt	Gemeinde Muldestausee
Sachsen-Anhalt	Gemeinde Osternienburger Land
Sachsen-Anhalt	Landkreis Jerichower Land

Übersicht Antragsteller ohne kommunalen Eigenanteil	
Stand 12.03.2020	
Sachsen-Anhalt	Landkreis Mansfeld-Südharz
Sachsen-Anhalt	Lutherstadt Wittenberg
Sachsen-Anhalt	Salzlandkreis
Sachsen-Anhalt	Stadt Aken (Elbe)
Sachsen-Anhalt	Stadt Dessau-Roßlau
Sachsen-Anhalt	Stadt Raguhn-Jeßnitz
Sachsen-Anhalt	Stadt Zerbst
Thüringen	Einheitsgemeinde Rhönblick (Rhönblick, Stepfershausen)
Thüringen	Gemeinde Bad Tabarz, Leinatal
Thüringen	Landkreis Hildburghausen
Thüringen	Saale-Holzland-Kreis
Thüringen	Stadt Auma-Weidatal
Thüringen	Stadt Blankenhain
Thüringen	Stadt Eisenach
Thüringen	Stadt Erfurt
Thüringen	Stadt Gera
Thüringen	Stadt Oberhof
Thüringen	Stadt Suhl
Thüringen	Verwaltungsgemeinschaft Feldstein (Stadt Themar, Ahlstädt, Bischofrod, Grimmelshausen, Grub, Henfstädt, Kloster Veßra, Lengfeld, Marisfeld, Oberstadt, Reurieth, Schmeheim, St. Bernhard)
Thüringen	Thüringen Verwaltungsgemeinschaft Schiefergebirge

80. Wie unterstützt der Bund die Kommunen beim Abzug umweltschädlicher und nicht nachhaltiger Investitionen (sog. Divestment) und der Ausgabe von Nachhaltigkeitsanleihen (Green Bonds), und inwiefern plant die Bundesregierung, ihre Unterstützung auszubauen?

Für die Bundesregierung ist es wichtig, dass private Finanzmarktakteure, aber auch der Staat, bei ihren Kapitalanlagen Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen, auch um finanzielle Risiken zu minimieren. Eine solche bessere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten ist aus Sicht der Bundesregierung neben den Anlagen von Bund und Ländern daher auch bei den Anlagen der Kommunen begrüßenswert. Auf europäischer Ebene wird hierzu mit der EU-Taxonomie ein Rahmen erarbeitet, der es Investoren erlaubt, nachhaltige Investitionsprojekte leichter zu identifizieren. Der European Green Deal, den die Bundesregierung unterstützt, sieht ebenfalls einen fairen Transitionsmechanismus („Just Transition Mechanism“) vor, der Ungleichheiten, die sich aus der Transformation der Wirtschaft ergeben werden, ausgleichen soll.

Mit der geplanten Emission grüner Bundeswertpapiere im zweiten Halbjahr 2020 unterstützt der Bund die Entwicklung nachhaltiger Finanzmärkte und übernimmt auch eine Vorbildfunktion für andere Emittenten.

81. Wie definiert die Bundesregierung gleichwertige Lebensverhältnisse und mit Hilfe welcher Indikatoren misst sie diese, vor der Hintergrund der Ankündigung unter Punkt 12 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“, dass künftig alle Gesetzgebungsvorhaben hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Wahrung und Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse überprüft werden sollen (vgl. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/kom-gl-massnahmen.html)?

Um die Lebensverhältnisse in einem Ort, einer Stadt oder Region zu erfassen, ist ein breites Spektrum an relevanten Faktoren zu berücksichtigen. Neben den unterschiedlichen regionalen Entwicklungen und dem demografischen Wandel zählen dazu insbesondere folgende Faktoren: Finanzsituation der Kommunen, Wirtschaft und Innovation, Mobilität und digitale Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Engagement/Zusammenhalt und Teilhabe, räumliche Strukturen und Wohnraum sowie natürliche Lebensgrundlagen. Die Infrastrukturen und die Daseinsvorsorge sollen den Menschen überall in Deutschland gute Lebensperspektiven und Chancen auf echte Teilhabe eröffnen. Deshalb sollen die Ressourcen der öffentlichen Hand vorrangig so eingesetzt werden, dass in allen Regionen möglichst gleichwertige Angebote und Entwicklungschancen für alle Altersgruppen und in allen Lebensphasen geboten werden können. Haltefaktoren für Menschen und eine nachhaltige Identität von Städten, Gemeinden und Regionen zu entwickeln, ist gemeinsame Aufgabe aller Akteurinnen und Akteure vor Ort.

Eine einheitliche Definition von Gleichwertigkeit ist aufgrund der Komplexität des Gegenstandes nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Aussagen zu möglichen Auswirkungen auf die Gleichwertigkeit unterliegen daher immer einer im Einzelfall zu treffenden Einschätzung. Ziel des Gleichwertigkeits-Checks ist es daher, bei Gesetzesvorhaben des Bundes Belange der Gleichwertigkeit mitzudenken und für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sensibilisieren. Anwenderinnen und Anwender prüfen, ob und wie sich Gesetzesvorhaben des Bundes auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Menschen auswirken, d. h. etwa bestehende Disparitäten verringern, nicht beeinflussen/verfestigen oder verstärken.

82. In welchen Regionen sieht die Bundesregierung besonderen Handlungsbedarf zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse?

Die Bundesregierung sieht in Deutschland Disparitäten – also ungleiche Lebensverhältnisse – zwischen und innerhalb von Regionen in Ost und West, aber auch in Nord und Süd. Betroffen sind v. a. überhitzte Ballungsgebiete ebenso wie strukturschwache Regionen und dünn besiedelte ländliche Räume. Mit dem Deutschlandatlas hat die Bundesregierung eine faktenbasierte Wissensgrundlage in Bezug auf 54 wissenschaftlich ausgewählte Indikatoren vorgelegt, die regional jeweils besondere Handlungsbedarfe deutlich machen. Dabei variieren die Muster der Ungleichverteilungen. Es lässt sich jedoch aus vielen Karten erkennen, dass die Politik einen besonderen Schwerpunkt u. a. auf ländliche Räume legen muss. Aber auch altindustrielle Regionen im Strukturwandel und Städte mit ihrem Umland müssen z. T. größere Herausforderungen bewältigen. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die ostdeutschen Regionen nach wie vor großflächig strukturschwach.

83. Wie hoch waren die in den Jahren von 2013 bis 2018 im Bundeshaushalt für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse jeweils bereitgestellten Mittel, wie setzten sie sich zusammen und bei welchen Haushaltstiteln wurden sie entsprechend etatisiert (bitte für jedes Jahr einzeln aufliedern und für die jeweiligen Förderprogramme die Höhe des Mittelabrufs mit angeben)?

Mangels einer exakten und einheitlichen Definition des Begriffs „gleichwertige Lebensverhältnisse“ (siehe hierzu die Antwort zu Frage 81) sind auch die zu deren Herstellung im Bundeshaushalt in den Jahren 2013 bis 2018 bereitgestellten Mittel nicht abgrenzbar. Eine seriöse Beantwortung dieser Frage ist daher nicht möglich.

84. Was ist aus Sicht der Bundesregierung ein realistischer Zeitrahmen, in dem gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland hergestellt werden können, und wie plant die Bundesregierung dies anzugehen?

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sollen bereits in dieser Legislaturperiode erste Veränderungen bewirken, beispielsweise die Einführung des Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen. Einige Ergebnisse werden dagegen erst mittelfristig spürbar sein. Die Umsetzung und Finanzierung der Umsetzung der Maßnahmen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse erfolgt in der Verantwortung der jeweiligen Ressorts. Ein Staatssekretärssauschuss koordiniert und begleitet die Umsetzung durch die Bundesregierung.

85. Gibt es aus Sicht der Bundesregierung spezifisch ostdeutsche bzw. spezifisch westdeutsche Probleme, die es bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu beachten gilt?
86. Wie will die Bundesregierung gezielt eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland erreichen?

Die Fragen 85 und 86 werden zusammenfassend beantwortet.

Die unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im geteilten Deutschland und die Umbrüche der Wendezeit wirken auch heute noch nach. Durch die Einführung der sozialen Marktwirtschaft einschließlich der unmittelbaren Teilhabe am EU-Binnenmarkt mit der deutschen Einheit und über den Solidarpakt, den Fonds Deutsche Einheit, den Länderfinanzausgleich, die Sozialversicherungen und Förderprogramme wurde der Transformationsprozess in Ostdeutschland entscheidend gestaltet und finanziert. Trotzdem bleibt weiterhin – ungeachtet moderner Infrastrukturen und deutlich gesunkener Arbeitslosigkeit – ein wirtschaftlicher Rückstand in ostdeutschen Regionen, unter anderem bedingt durch die dort kleinteiligere Wirtschaftsstruktur und fehlende Zentralen der Großunternehmen. Hinzu kommt ein höherer Anteil dünn besiedelter ländlicher Regionen, die zudem die Folgen erheblicher Bevölkerungsverluste nach der Wende und nun deutlich kleinerer junger Jahrgänge zu bewältigen haben. Auch in der alten Bundesrepublik Deutschland konnten Unterschiede zwischen den Regionen nur in einem jahrzehntelang dauernden Prozess weiter angeglichen werden, während sich in einzelnen Regionen die Disparitäten sogar verstärkten. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist vieles erreicht, gleichwohl sind in einigen Bereichen die Folgen der Teilung und Wendezeit noch erkennbar, in anderen nicht mehr. Heute gilt es deshalb, die Gleichwertigkeit der Lebensver-

hältnisse nicht mehr getrennt nach Ost und West, sondern mit Blick auf bestehende Problemlagen und aktuelle Entwicklungen anzugehen.

87. Welche Mittel des Bundes sind seit 2013 gezielt zur Entlastung der ostdeutschen Kommunen geflossen?

Im Rahmen des Solidarpakts II hat der Bund den ostdeutschen Bundesländern im Zeitraum von 2013 bis 2019 rd. 30,2 Mrd. Euro an Sonderbedarfszuweisungen (SoBEZ) zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten zugewiesen (sog. Korb I). Die SoBEZ dienten auch dem Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft in den ostdeutschen Ländern und kamen über höhere Zuweisungen der Länder auch der kommunale Ebene zugute. Über die zweckentsprechende Verwendung der SoBEZ mussten die Länder im Rahmen von Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ jährlich berichten.

Ebenfalls im Rahmen des Solidarpakts II hat der Bund in den ostdeutschen Ländern überproportionale Leistungen (sog. Korb II) in Höhe von rd. 14,1 Mrd. Euro im Zeitraum 2013 bis 2018 gewährt. Das Jahr 2019 wurde noch nicht final abgerechnet. Jedoch geht die indikative Planung von überproportionalen Mitteln in Höhe von 2,1 Mrd. Euro aus. Die prognostizierte Gesamtsumme für den Zeitraum 2013 bis 2019 läge demnach bei rd. 16,2 Mrd. Euro. Die Mittel beschränkten sich auf konkrete Politikfelder, wie z. B. Wirtschaftsförderung, Forschung/Bildung oder die Altlasten- und Standortsanierung. Die Mittel wurden teilweise zur Förderung kommunaler Investitionsprojekte, beispielsweise zum Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur in kommunalen Gewerbegebieten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), genutzt.

88. Was sind aus Sicht der Bundesregierung die drängendsten Herausforderungen für den städtisch geprägten sowie den ländlichen Raum, die es bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu bewältigen gilt?

Ländliche Räume sind anders vom demografischen Wandel betroffen als städtische Räume. Entsprechend unterschiedlich sind die Herausforderungen. Ländliche Räume oder städtische Räume können auch nicht einheitlich beschrieben werden; entsprechend vielfältig müssen die Lösungsansätze sein. Die unterschiedliche Bevölkerungsverteilung und -entwicklung hat Auswirkungen auf die jeweilige Region, auf die Infrastrukturen und Angebote der Daseinsvorsorge. Die Attraktivität der Regionen und die vorhandene Infrastruktur und die Angebote haben Auswirkungen auf Wanderungen, die Bevölkerungsverteilung und somit auf demografische Entwicklungen und wirtschaftliche Perspektiven in den Regionen. Während z. B. infolge abnehmender Einwohnerzahlen in ländlichen Räumen die Sicherung der Infrastrukturen und Grundversorgung, der Wohnungsleerstand und die Fachkräftesicherung eine Herausforderung darstellen können, sehen sich die Städte in einer gegenläufigen Entwicklung mit Wohnungsmangel und überhöhten Mieten sowie ökologischen Herausforderungen konfrontiert.

Der flächendeckende Zugang zu leistungsfähigem Internet sowie Mobilfunknetz sowie zu nutzerfreundlichen digitalen Anwendungen in allen Teilen unseres Landes ist wesentlich für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und somit ein Kernanliegen der Bundesregierung. Bei Breitband und Mobilfunk stellen sich Bund, Länder und Kommunen dabei der Herausforderung, auch dort, wo unter marktwirtschaftlichen Bedingungen kein Ausbau erfolgt, hochleistungsfähige Telekommunikationsdienstleistungen zu gewährleisten.

Mobilität und Erreichbarkeit spielen bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ebenfalls eine besonders wichtige Rolle, denn sie sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe, für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Daher ist die Weiterentwicklung von Mobilitätsangeboten und Verkehrsinfrastrukturen auch im Hinblick auf die Bedeutung für die Regionalentwicklung zu betrachten. Eine weitere Herausforderung bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind räumliche Disparitäten der Finanzlage der Kommunen. Diese manifestieren sich dort besonders deutlich, wo Kommunen hohe Kassenkreditbestände aufweisen. Dadurch fehlen diesen die finanziellen Möglichkeiten, für ihre Bürgerinnen und Bürger notwendige Leistungen der Daseinsvorsorge gewährleisten zu können.

Letztlich bedarf es einer Politik, die alle Lebenslagen der Menschen gleichzeitig in den Blick nimmt: Zur zukünftigen Strukturpolitik gehören deswegen unter anderem die klassische Wirtschaftsförderung, aber auch die Verbesserung von sozialer Infrastruktur und der Daseinsvorsorge sowie ein neues Miteinander von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, den Menschen überall in Deutschland in allen Lebensphasen gute Lebensperspektiven und Chancen auf echte Teilhabe zu eröffnen. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist somit ein Modernisierungsprogramm für Stadt und Land unabhängig von der „Himmelsrichtung“, mit dem Wohlstand und Wachstum langfristig und in Zeiten des demografischen Wandels nachhaltig gesichert werden sollen. Dazu gehören vor allem Arbeitsplätze, bezahlbarer Wohnraum, zeitgemäße und bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, eine starke digitale Infrastruktur, leicht erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, eine gute Versorgung mit sozialer Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen sowie lebendige Sport-, Kultur- und Freizeitangebote.

89. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ergriffen, um gezielt struktur- bzw. finanzschwache Kommunen zu unterstützen?

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, und die dafür notwendige Unterstützung struktur- bzw. finanzschwacher Kommunen, ist eines der zentralen Anliegen der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode. Um die Bearbeitung verschiedener relevanter Themenkomplexe ressortübergreifend zu koordinieren und um den diesbezüglichen Austausch mit Vertretern der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände zu strukturieren, hat das Bundeskabinett mit Beschluss vom 18. Juli 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt.

Aufbauend auf der inhaltlichen Arbeit der Kommission hat das Bundeskabinett am 10. Juli 2019 zwölf prioritäre „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ beschlossen.

Die Bundesregierung arbeitet seit Juli 2019 intensiv an der Ausgestaltung und Umsetzung der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“.

So hat die Bundesregierung beispielsweise das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen zum 1. Januar 2020 eingerichtet. Der Kern ist die Bündelung und Koordinierung von mehr als 20 Förderprogrammen aus sechs Bundesressorts zur Stärkung strukturwacher Regionen in Ost und West, Stadt und Land. Zum einen wird mit dem Gesamtdeutschen Fördersystem für die ostdeutschen Länder die Förderung nach Auslaufen des Solidarpakts II verlässlich fortgesetzt, zum anderen werden weitere Regionen mit Aufholbedarf in den alten Bundesländern in die Unterstützung mit einbezogen. Auch können

die gehobenen Synergieeffekte der koordinierten Förderinstrumente in dieser Legislaturperiode bereits Veränderungen bewirken.

Bereits kurz nach Kabinettsbeschluss wurden bei der Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), insbesondere der Dorfentwicklung und der Grundversorgung, die Zuschusssätze für finanzschwache Kommunen um 20 Prozentpunkte, höchstens jedoch auf 90 Prozent, angehoben. Die überwiegende Zahl der Flächenländer macht bereits Gebrauch von diesen verbesserten Konditionen für finanzschwache Kommunen. Die Bundesmittel für den Sonderrahmenplan Förderung der ländlichen Entwicklung wurden von 150 Mio. Euro (2019) auf 200 Mio. Euro (2020 und in der Finanzplanung) verstärkt und stehen auch zur Deckung der angehobenen Zuschusssätze zur Verfügung.

Andere Maßnahmen, deren Umsetzung eine längere Vorlaufzeit benötigt, werden hingegen erst mittelfristig spürbar werden.

Für eine Übersicht zur Berücksichtigung der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“, im Bundeshaushalt wird auf die Antworten zu den Fragen 94 bis 105 verwiesen.

90. Wie will die Bundesregierung gezielt eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen eher urban geprägten und ländlichen Räumen erwirken?

Unsere Städte und Regionen machen mit ihren Unterschieden die Vielfalt unseres Landes aus. Je nach Lebensphase und -perspektive bietet jeder Ort den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Möglichkeiten, ihr Leben zu gestalten und individuelle Interessen zu verwirklichen. Die Bundesregierung strebt deshalb keine Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland an. Den Menschen sollen keine Nachteile daraus entstehen, in einer bestimmten Region ihren Lebensmittelpunkt zu haben.

Auf die Antworten zu den Fragen 84 und 88 wird verwiesen.

91. Welche neuen Rückschlüsse lässt der Deutschland-Atlas der Bundesregierung zu, und welcher konkrete Handlungsbedarf ergibt sich aus diesen?

Der Deutschlandatlas stellt anhand von 54 Indikatoren auf Ebene der Kreise bzw. Gemeinden einen Blick auf die regionalen Lebensverhältnisse mit ihren Disparitäten dar, ohne diese zu bewerten. Die Indikatoren reichen von der Flächennutzung und Bevölkerungsstruktur über die Kommunalfinanzen bis hin zu Arbeit, Bildung und Einkommensverteilung und zeigen unterschiedliche räumliche Verteilungsmuster. Die Bewertung und Ableitung konkreter Handlungserfordernisse erfolgt – entsprechend den jeweiligen Zuständigkeiten – durch die politischen Akteure im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Die Bundesregierung hat am 10. Juli 2019 zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in einem ersten Schritt zwölf konkrete Maßnahmen beschlossen. Ein Staatssekretärssausschuss koordiniert und begleitet deren Umsetzung durch die Bundesregierung.

92. In welchen Zeitabständen wird der Atlas aktualisiert und der Bundestag entsprechend über neue Entwicklungen informiert?

Der Deutschlandatlas wird ab Sommer 2020 als interaktive Version im Internet zugänglich sein. Eine Neuauflage der Printausgabe ist nicht vorgesehen. Die Karten werden je nach Verfügbarkeit der zugrunde liegenden Daten regelmäßig – stichtagsbezogen und mindestens einmal pro Jahr – aktualisiert. Ab 2021 ist eine Erweiterung um neue Indikatoren vorgesehen. Der interaktive Deutschlandatlas steht damit als ständige Informationsquelle zur Verfügung. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beabsichtigt, einmal in der Legislaturperiode den Bundestag mittels eines „Heimatberichts“ zum Stand und zur Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland zu informieren.

93. Welche Stationen hat Bundesinnenminister Horst Seehofer während seiner Deutschlandreise seit März 2019 besucht, aus welchen Gründen wurden diese ausgewählt, und welche konkreten Erkenntnisse konnte der Bundesminister durch seine Reise gewinnen (vgl. www.zeit.de/news/2019-02/10/seehofer-startet-geplante-deutschlandreise-im-fruehjahr-in-sachsen-anhalt-20190210-doc-1d95uc)?

Der Bundesminister Horst Seehofer besuchte im Rahmen seiner Deutschlandreise am 29. März 2019 Bernburg an der Saale (Sachsen-Anhalt), am 3. Mai 2019 Brandis (Sachsen) und am 21. Juni 2019 Cuxhaven (Niedersachsen).

Die Reiseorte berücksichtigen eine ausgewogene Auswahl an Regionen in ganz Deutschland. Der Bundesminister Horst Seehofer besucht Regionen und Kommunen, in denen die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden und der Zivilgesellschaft aktiv gestaltet und im Rahmen der Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Stärkung der Demokratie weiterentwickelt wird. Die ausgewählten Regionen und Kommunen werden ggf. durch Projekte der Abteilung Heimat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gefördert.

Die aus dem Gesamteindruck aller Reisen und den dort geführten Gesprächen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen werden fortlaufend zum Beispiel in Bezug auf das jeweilige Modellprojekt und nach Abschluss der Deutschlandreise insgesamt ausgewertet.

94. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 1 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Die nachstehenden Übersichten geben wieder, an welcher Stelle die am Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen teilnehmenden Förderprogramme und Initiativen im Bundeshaushalt 2020 und im Finanzplan bis 2023 berücksichtigt sind und wie hoch die jeweiligen Mittelsätze sind.

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)	0902/882 01	600
ERP-Regionalförderprogramm	Jährliche Festlegung im ERP-Wirtschaftsplan – keine Haushaltsmittel	600 (geplantes Zusagevolumen)
ERP-Kapital für Gründung	Jährliche Festlegung im ERP-Wirtschaftsplan – keine Haushaltsmittel	150 (geplantes Zusagevolumen)
Großbürgerschaftsprogramm		nur Bürgerschaftsausfälle sind haushaltsrelevant
Außenwirtschaftsförderung durch GTAI	0904/687 02	39,1 (nur institutionelle Zuwendung)
Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel“	3004/685 10	10,7
Programmfamilie „Unternehmen Region“	3004/685 10	142
Innovationskompetenz (INNO-KOM)	0901/686 01	70,55
Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	0901/683 01	555
EXIST-Potentiale (Modul des Programms „Existenzgründungen aus der Wissenschaft“)	0902/686 07	41,75
Kommunen innovativ	3004/685 42	2,4
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) (BMWi)	0902/893 01	29
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) (BMBF)	3002/893 20	72
Breitbandförderprogramm	1204/894 03 6097/894 11	2.027 (verfügbare Mittel, davon 647 Ausgabereste)
Investitionszuschuss „Digital Jetzt – Investitionsförderung für KMU“	0901/686 25	40
Initiative Stand.Land.Digital	0901/686 23	2,025
Förderbereich Integrierte Ländliche Entwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)	Förderbereich 1: „Integrierte Ländliche Entwicklung“ ist in den Titeln 1003/632 90, 1003/882 90 enthalten	131,9 (lt. Mittelanmeldung der Länder)
	Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“: 1003/632 92, 1003/882 94	191,9 (lt. Mittelanmeldung der Länder) 200 (lt. Haushaltsplan)
Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)	0604/882 11	790 (Verpflichtungsrahmen)
Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (2017–2020) und Anschlussprogramm ab 2021	1703/ 684 22	22,95
Demografiewerkstatt Kommunen	1703/684 25	0,609
Demokratie leben! (Teilbereich „Lokale Partnerschaften für Demokratie“)	1702/684 04	35,6

Maßnahme (Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023)	Volumen (in Mio. Euro)*		
	2021	2022	2023
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)	673,2 10 (Vorsorge Bürgerschaftsausfälle)	670,7 10 (Vorsorge Bürgerschaftsausfälle)	658,2 10 (Vorsorge Bürgerschaftsausfälle)
ERP-Regionalförderprogramm	Festlegung im betreffenden ERP-Wirtschaftsplan		
ERP-Kapital für Gründung	Festlegung im betreffenden ERP-Wirtschaftsplan 20 (Vorsorge)	Festlegung im betreffenden ERP-Wirtschaftsplan 20 (Vorsorge)	Festlegung im betreffenden ERP-Wirtschaftsplan 20 (Vorsorge)
Großbürgerschaftsprogramm	nur Bürgerschaftsausfälle sind haushaltsrelevant 100 (Vorsorge)	nur Bürgerschaftsausfälle sind haushaltsrelevant 100 (Vorsorge)	nur Bürgerschaftsausfälle sind haushaltsrelevant 100 (Vorsorge)
Außenwirtschaftsförderung durch GTAI	36,8 (nur inst. Zuwendung), laut Eckwertebeschluss zzgl. rd. 1,8 Mio. Euro v. a. für die Regionalförderung	36,8 (nur inst. Zuwendung), laut Eckwertebeschluss zzgl. rd. 1,8 Mio. Euro v. a. für die Regionalförderung	36,8 (nur inst. Zuwendung), laut Eckwertebeschluss zzgl. rd. 1,8 Mio. Euro v. a. für die Regionalförderung
Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel“	40,7	82,4	154
Programmfamilie „Unternehmen Region“	112,1	66,7	10,5
Innovationskompetenz (INNO-KOM)	72,12	72,62	72,62
Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	552,6	548	558
EXIST- Potentiale (Modul des Programms „Existenzgründungen aus der Wissenschaft“)	39,3	36,8	36,3
Kommunen innovativ	1,5	2,4	3,0
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) (BMWi)	41	41	41
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) (BMBF)	72	72	72
Breitbandförderprogramm	1.801	1.024	68
Investitionszuschuss „Digital Jetzt – Investitionsförderung für KMU“	60	60	50
Initiative Stand.Land.Digital	2,025	2,025	2,025
Förderbereich Integrierte Ländliche Entwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)	Anmeldungen der Länder für den Förderbereich „Integrierte Ländliche Entwicklung“ der GAK erfolgen vor Beginn des jeweiligen Jahres. Die Mittel für des Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“ belaufen sich auf:		
	200	200	200
Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)	Lt. Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten 2021 ff. ist eine Fortführung der Städtebauförderung auf hohem Niveau vorgesehen.		
Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (2017–2020) und Anschlussprogramm ab 2021	22,95	17,5	17,5
Demokratie leben! (Teilbereich „Lokale Partnerschaften für Demokratie“)	Noch nicht bekannt. Höhe richtet sich nach der Beantragung durch die Kommunen		
* Unter Berücksichtigung des von der Bundesregierung am 18.03.2020 getroffenen Beschlusses zu den Eckwerten des Bundeshaushalts 2021 und zum Finanzplan bis 2024.			

95. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 2 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Für die Umsetzung der Empfehlungen der unter Punkt 2 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen sind im Bundeshaushalt 2020 sowie in der Finanzplanung keine zusätzlichen Haushaltsmittel ausgewiesen. Die Maßnahmen werden aus vorhandenen Ansätzen finanziert.

96. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 3 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Breitbandförderprogramm	1204/89403 6097/89411	2.027 (verfügbare Mittel, davon 647 Ausgabereste)

Maßnahme (Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023)	Volumen (in Mio. Euro)		
	2021	2022	2023
Breitbandförderprogramm	1.801	1.024	68

97. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 4 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Finanzhilfen an die Länder für Großvorhaben der Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	1206, 882 02	408,8
Investitionszuschüsse für Großvorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs an die Deutsche Bahn AG und Unternehmen, die sich überwiegend in Bundeshand befinden	1206, 891 01	256,3
Zuweisungen an die Länder – Regionalisierungsmittel	6001, 031 05	8.956,5

Maßnahme (Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023)	Volumen (in Mio. Euro)		
	2021	2022	2023
Finanzhilfen an die Länder für Großvorhaben der Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	576,2	588,8	588,8
Investitionszuschüsse für Großvorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs an die Deutsche Bahn AG und Unternehmen, die sich überwiegend in Bundeshand befinden	423,7	411,3	411,3
Zuweisungen an die Länder – Regionalisierungsmittel	9267,8	9.434,6	9.754,4

98. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 5 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)	Förderbereich 1: „Integrierte Ländliche Entwicklung“ ist in den Titeln 1003/632 90, 1003/882 90 enthalten	131,9 (lt. Mittelanmeldung der Länder)
	Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“: 1003/632 92, 1003/882 94	191,9 (lt. Mittelanmeldung der Länder) 200 (lt. Haushaltsplan)

Maßnahme (Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023)	Volumen (in Mio. Euro)		
	2021	2022	2023
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)	Anmeldungen der Länder für den Förderbereich „Integrierte Ländliche Entwicklung“ der GAK erfolgen vor Beginn des jeweiligen Jahres. Die Mittel für des Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“ belaufen sich auf:		
	200	200	200

99. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 6 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Sozialer Wohnungsbau	0604 882 06	1.000 (Verpflichtungsrahmen für 5 Jahre)
Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung; siehe auch Antwort zu Frage 113)	0604 882 11	790 Mio. Euro (Verpflichtungsrahmen für 5 Jahre)

Maßnahme (Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023)	Volumen (in Mio. Euro)
Sozialer Wohnungsbau	3.000 (Verpflichtungsrahmen für 5 Jahre)
Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)	Lt. Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten 2021 ff. ist eine Fortführung der Städtebauförderung auf hohem Niveau vorgesehen.

100. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 7 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Die unter Punkt 7 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen finden keine Berücksichtigung im Bundeshaushalt 2020 sowie im Finanzplan bis 2023. Nach Punkt 7 kann der Bund einen Beitrag zu einer Lö-

sung des kommunalen Altschuldenproblems leisten, wenn es einen nationalen politischen Konsens gibt, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen. Ein solcher Konsens setzt voraus, dass sichergestellt wird, dass eine neue Verschuldung über Liquiditätskredite nicht mehr stattfindet. Dazu wäre ein breiter politischer Konsens in den gesetzgebenden Körperschaften und zwischen den Ländern nötig, an einer nachhaltigen Lösung solidarisch mitzuwirken, sodass der Bund gezielt dort bei Zins- und Tilgungslasten helfen kann, wo andere Hilfe allein nicht ausreichend ist. Die Gespräche zur Erreichung eines nationalen Konsenses waren zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung des Bundeshaushalts 2020 und des Finanzplans bis 2023 nicht abgeschlossen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

101. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 8 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Die unter Punkt 8 aufgeführte Gründung einer „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ soll 2020 aus dem Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert werden (Kapitel 1703 Titel 684 12). Die Höhe der Mittel wird nicht benannt. Zukünftig erfolgt die Finanzierung über die in der Stiftung vertretenen Fachressorts.

102. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 9 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Die unter Punkt 9 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführte Maßnahme wird vom BMFSFJ im Rahmen seiner Zuständigkeit und im Rahmen der nach Haushaltslage zur Verfügung stehenden Mittel umgesetzt. Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung wird im Bundeshaushalt 2020 und im Finanzplan bis 2023 nicht gesondert in einem Einzelplan und einem Haushaltstitel abgebildet. Die Entlastung der Länder für die Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung erfolgt über das Finanzausgleichsgesetz und ist derzeit bis 2022 vorgesehen. Der Bund wird für die Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung auch über 2022 hinaus seine Verantwortung wahrnehmen.

103. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 10 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Bundesprogramm „Barrierefreiheit verwirklichen“; hier: vorbereitende Maßnahmen (wissenschaftliche Bedarfserhebung, Partizipationsprozess, Erarbeitung von Eckpunkten)	EP 11, 1105/68404 (Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Behindertenpolitik und Teilhabebericht)	0,15

Maßnahme (Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023)	Volumen (in Mio. Euro)
Bundesprogramm „Barrierefreiheit verwirklichen“ hier: vorbereitende Maßnahmen (wissenschaftliche Bedarfserhebung, Partizipationsprozess, Erarbeitung von Eckpunkten)	0,15

104. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 11 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Maßnahme	Berücksichtigung Bundeshaushalt 2020 (Einzelplan, Haushaltstitel)	Volumen (in Mio. Euro)
Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern	Kap. 17; Titel 684 25	0,05

Die unter Punkt 11 aufgeführten Maßnahmen finden keine gesonderte Berücksichtigung im Finanzplan bis 2023.

105. An welcher Stelle im Bundeshaushalt 2020 sowie des Finanzplans bis 2023 (bitte entsprechenden Einzelplan und Haushaltstitel mit angeben) werden die unter Punkt 12 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ aufgeführten Maßnahmen in welcher Höhe berücksichtigt?

Bei dem sog. Gleichwertigkeits-Check prüfen Anwenderinnen und Anwender, ob und wie sich Gesetzesvorhaben des Bundes auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Menschen auswirken, d. h. etwa ungleichwertige Lebensverhältnisse verringern, nicht beeinflussen/verfestigen oder verstärken. Diese Prüfung ist Teil der Gesetzesfolgenabschätzung und einer von zahlreichen Prüfschritten im Rahmen von Gesetzesvorhaben. Die Umsetzung der Maßnahme 12 erfolgt in der Verantwortung der jeweiligen Ressorts. Eine Bezifferung dieses einzelnen Aspekts der Gesetzesfolgenabschätzung und dessen Abbildung im Haushalt und Finanzplan sind unmöglich. Die in diesem Zusammenhang anfallenden finanziellen Mittel werden aus dem laufenden Haushalt getragen.

106. Ab welchem Haushaltsjahr soll die unter Punkt 1 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ angekündigte überjährige Bündelung nicht abgerufener Fördermittel erstmalig stattfinden, mit welcher Höhe an nicht abgerufenen Mitteln rechnet die Bundesregierung, und für welche konkreten Programme sollen diese Mittel eingesetzt werden?

Die Bundesregierung wird erstmalig im Haushaltsjahr 2020 nicht abgerufene und nicht gebundene Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ überjährig bündeln. Die Mittel werden für den neuen Bundeswettbewerb „Zukunft Region“ eingesetzt, mit dem neue regionalpolitische Themen identifiziert, regionsspezifische Lösungsansätze ausprobiert und Erfahrungen zur Weiterentwicklung der Programme im Gesamtdeutschen Fördersystem gesammelt werden sollen. Der Bundeswettbewerb wird gegenwärtig konzipiert, die Höhe der einzusetzenden Mittel steht noch nicht fest. Ein erster Wettbewerbsaufruf ist für Ende 2020 und der erste Abfluss überjährig gebündelter Mittel für das Haushaltsjahr 2021 geplant.

107. Wann und mit wem hat die Bundesregierung bereits Gespräche geführt, um den unter Punkt 7 der „Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘“ angekündigten „nationalen politischen Konsens“ für eine Lösung bei den kommunalen Altschulden zu erreichen, wie ist der aktuelle Stand der Gespräche, und bis wann wird die Bundesregierung einen Vorschlag zur Beteiligung des Bundes beim Abbau kommunaler Altschulden vorlegen?

Nach vorsondierenden Gesprächen in der zweiten Jahreshälfte 2019 hat das Bundesministerium der Finanzen im ersten Quartal 2020 bilaterale Gespräche mit allen Ländern geführt.

108. Wie wirkt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die demographische Entwicklung in Deutschland auf die finanzielle Situation der Kommunen aus, und wie bewertet die Bundesregierung diese Effekte?

Bei den kommunalen Ausgaben bewirkt der demografische Wandel voraussichtlich Verschiebungen im Bereich der örtlichen Daseinsvorsorge (z. B. Kinderbetreuung, Altenbetreuung, Pflege, Integration). Einsparungen in einzelnen Ausgabenbereichen stehen Mehrausgaben in anderen Bereichen gegenüber. Insgesamt ist von zusätzlichen finanziellen Aufwendungen auszugehen, die regional von Kommune zu Kommune höchst unterschiedlich ausfallen dürften.

Weiterhin kann der demografische Wandel insbesondere im ländlichen Raum zu verstärkten finanziellen Herausforderungen beim Erhalt der kommunalen Infrastruktur führen (z. B. ÖPNV, Gasver-, Wasserver-, Abwasserent- und Stromversorgung), wenn die höheren Aufwendungen bei abnehmender Bevölkerung durch höhere Entgelte, Gebühren und Beiträge nicht aufgefangen werden können.

109. Welche 20 deutschen Städte und Gemeinden haben nach Kenntnis der Bundesregierung infolge der demographischen Entwicklung die größten Bevölkerungsverluste und welche die höchsten Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen (bitte jeweils die Nettoabwanderung bzw. die Nettozuwanderung sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual mit angeben)?

Die 20 Gemeinden mit den größten absoluten Bevölkerungsgewinnen bzw. Bevölkerungsverlusten im Zeitraum vom 31. Dezember 2013 bis zum 31. Dezember 2018 können der als Anlage Frage 109 (s. S. 155) beigefügten Tabelle entnommen werden.

Da die Entwicklung der Bevölkerungszahlen nicht nur durch Zu- und Fortzüge, sondern auch durch den Saldo der Geburten und Sterbefälle bestimmt wird, kann der Bevölkerungsgewinn oder -verlust höher oder niedriger ausfallen als der Wanderungssaldo.

110. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durch die demographische Entwicklung verursachten durchschnittlichen kommunalen Remanenzkosten, wie haben sie sich im Zeitraum von 2013 bis 2018 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung (bitte sowohl den Bundesdurchschnitt als auch den Durchschnitt für jedes Bundesland mit angeben)?

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über die durch die lokal und regional sehr unterschiedliche demografische Entwicklung verursachten kommunalen Remanenzkosten vor.

111. Was sind aus Sicht der Bundesregierung praktische Beispiele für einen erfolgreichen Umgang mit demographischen Veränderungen (bitte jeweils Beispiele für Wachstums- und Schrumpfsregionen angeben)?

Der Gegensatz zwischen wachsenden städtischen und schrumpfenden ländlich-peripheren Räumen prägt sowohl die aktuelle als auch die langfristige demografische Entwicklung. Um Kommunen über erfolgreiche Ansätze für den Umgang mit dem demografischen Wandel zu informieren, enthält das Demografieportal des Bundes und der Länder, welches Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung ist, eine Gute-Praxis-Datenbank (www.demografie-portal.de/gutePraxis).

Auswahl für gelungene Beispiele mit Bundesbeteiligung für schrumpfende Regionen aus der Gute-Praxis-Datenbank des Demografieportals:

- Zukunftsstadt Finsterwalde – lebendig und lebenswert (Finsterwalde, Brandenburg)

Die Initiative der Stadt Finsterwalde in Brandenburg möchte mit den vorhandenen Ressourcen eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl erreichen und der Abwanderung entgegenwirken (www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Zukunftsstadt-Finsterwalde.html).

- Jugend im Land 3.0 – Digitale Demokratie- und Engagementförderung im ländlichen Raum (Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Stendal und Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt)

Mit einer Kombination aus klassischer politischer Bildung und dem Einsatz von Computerspielen und sozialen Medien werden Jugendliche dazu motiviert, sich lokal zu engagieren. Ziel ist es unter anderem, junge Menschen im ländli-

chen Raum für ihren Heimatort zu begeistern (www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Jugend-im-Land-3.0.html).

- Fachkräftegewinnung im ländlichen Raum – Medizinische Sommerakademie in Adorf und dem Oberen Vogtland

Im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekts Demografiewerkstatt Kommunen hat die Stadt Adorf die ärztliche Versorgung als ein Schwerpunktthema herausgearbeitet. So entstand auch die Idee zu einer Sommerakademie für angehende Ärztinnen und Ärzte, die im September 2019 erstmals erfolgreich durchgeführt wurde. Dabei konnten Studentinnen und Studenten der Medizin die Gegend erkunden, medizinische Einrichtungen kennenlernen und mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen. Ihre Eindrücke werden – so die Hoffnung der Stadt Adorf – ihre Entscheidung beeinflussen, wenn es darum geht, sich nach dem Studium für einen Arbeitsort zu entscheiden.

Weitere Beispiele finden sich auf der Internetseite des Projekts unter www.demografiewerkstatt-kommunen.de.

Auswahl für gelungene Beispiele mit Bundesbeteiligung für wachsende Regionen aus der Datenbank des Demografieportals:

- St. Leonhards Garten – Nachbarschaften für Jung und Alt (Braunschweig, Niedersachsen)

St. Leonhards Garten ist ein Bundesmodellprojekt im Rahmen des ExWoSt-Programmes (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau). Ziel der Stadt Braunschweig ist die Nachnutzung der zentralen Fläche des Stadtbahndepots für junge Familien und die Generation 50+ (www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Braunschweig_St_Leonhardsgarten.html).

- Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere (Kassel (Stadtteil Bettenhausen) und Stadt Witzenhausen im Werra-Meißner-Kreis, Hessen)

Am Beispiel von zwei hessischen Städten werden neue Strategien und Methoden in der Quartiersentwicklung entwickelt und erprobt. Insbesondere für Ältere mit eingeschränkter Mobilität oder geringem finanziellem Spielraum hat das eigene Quartier eine wichtige Funktion zur Wahrung der Lebensqualität (www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Age4Health-Gesunde-Stadtteile-fuer-Aeltere.html).

Als gelungenes Modellvorhaben mit Schwerpunkt demografischer Entwicklung gilt zudem „Land(auf)Schwung“. Mit insgesamt 32 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ wurden 13 strukturschwache Regionen aus Deutschland, die besonders stark von der demografischen Entwicklung betroffen sind, über fast fünf Jahre vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unterstützt. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Sicherung der Daseinsvorsorge. Außerdem haben zahlreiche Landkreise Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels umgesetzt. Im Zuge des Modellvorhabens wurden rund 500 Einzelprojekte realisiert (www.bmel.de/land-auf-schwung).

112. Wie plant die Bundesregierung, Kommunen zu unterstützen, die einen Rückgang ihrer Einwohnerzahl verzeichnen, deren Ausgabeniveau jedoch nicht im gleichen Maße sinkt?

Die Bundesregierung plant keine Maßnahmen zur direkten Unterstützung von Kommunen mit rückläufiger Einwohnerzahl. Die Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen liegt bei den Ländern. Die Bundesregierung berücksichtigt in vielen Förderprogrammen die demografische Entwicklung, z. B. bei den Maßnahmen der Integrierten ländlichen Entwicklung im Rahmen

der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie bei bestimmten Maßnahmen im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“. Dies soll ebenso wie die Umsetzung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse mittel- und langfristig dazu führen, dass der Einwohnerrückgang in Kommunen verlangsamt oder gestoppt wird. Darüber hinaus sollen Modellprojekte übertragbare Ergebnisse generieren. Als Beispiel genannt wird das Projekt des BMFSFJ „Demografiewerkstatt Kommunen“, das im Zeitraum von 2016 bis 2020 ausgewählte Kommunen durch Mittel für Beratungsdienstleistungen und Öffentlichkeitsarbeit/Beteiligungsformate sowie durch Webinare bei ihren Bemühungen unterstützt, demografiefest zu werden, lebenswert zu bleiben und so Abwanderung zu verhindern (www.demografiewerkstatt-kommunen.de).

113. Wie plant die Bundesregierung, die „Wachstumsschmerzen“ von Groß- und Mittelstädten durch vermehrten Zuzug abzumildern (vgl. www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/Broschuer_e_Nachhaltige_Stadt_Staedte_auf_Kurs_Nachhaltigkeit_texte_Nr_50_August_2015.pdf, S. 8)?

Wachsende und prosperierende Städte sind Zentren sozialer, ökologischer und ökonomischer Innovationen. Dies führt auch zu zahlreichen Herausforderungen. Im Vordergrund steht dabei oftmals, die Versorgung mit ausreichend und bezahlbarem Wohnraum zu sichern, nachhaltige Mobilitätsangebote bereitzustellen sowie die soziale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Aufgabe einer nachhaltigen integrierten Stadtentwicklung ist es dabei, alle Handlungsfelder der Stadtentwicklung miteinander zu verbinden sowie alle relevanten Interessen und Beteiligten in die Prozesse der Stadtplanung einzubinden.

Die Bundesregierung unterstützt dabei die Kommunen bei einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit flexiblen rechtlichen Instrumenten, finanziellen Förderinstrumenten und zahlreichen weiteren Maßnahmen; u. a. wird in Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die unter der letzten deutschen Präsidentschaft erarbeitete Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt fortentwickelt. Sie stärkt integrierte Stadtentwicklungsansätze und orientiert städtische, nationale und europäische Stadtpolitiken darauf, sich den rasch wandelnden Herausforderungen wie etwa auch einem dynamischen Wachstum und den damit verbundenen Anforderungen zu stellen. Auf der Basis der aktuellen Leipzig-Charta bietet die Nationale Stadtentwicklungspolitik seit inzwischen mehr als zehn Jahren eine Plattform, die innovative Verfahren, kommunikative Formate und bewährte Förderinstrumente unter einem Dach bündelt und neue Verfahren entwickelt. Sie hat damit einen großen Anteil daran, dass unsere Städte Herausforderungen bewältigen und neue Chancen nutzen können. Eine Besonderheit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist neben ihren innovativen Formaten die Tatsache, dass das Politikfeld von allen drei staatlichen Ebenen gemeinsam getragen wird.

Die Städtebauförderung unterstützt mit ihren drei städtebaulichen Programmen („Lebendige Zentren“, „Sozialer Zusammenhalt“ sowie „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“) die kommunalen Strategien oder Konzepte zur integrierten Stadtentwicklung und damit zugleich den Rahmen für die künftige räumliche und strukturelle Gesamtentwicklung der Städte und Gemeinden. Dabei unterstützt der Bund die Strategien wachsender und schrumpfender Städte und Gemeinden durch die Bereitstellung von 790 Mio. Euro Bundesfinanzhilfen (Verpflichtungsrahmen für fünf Jahre) gleichermaßen. Die Städtebauförderung wurde mit dem Eckwertebeschluss für die Jahre bis 2024 auf hohem Niveau

verstetigt. Die Details der Umsetzung sind Gegenstand des Aufstellungsverfahrens. Mit Blick auf die in der Frage angesprochenen „Wachstumsschmerzen“ ist hervorzuheben, dass die Städtebauförderung mit der Weiterentwicklung 2020 einen Schwerpunkt bei der Brachflächenentwicklung, insbesondere zur Unterstützung des Wohnungsbaus, setzt und zudem die Förderung von Stadt-Umland-Kooperationen verbessert hat (siehe auch die Antwort zu Frage 117).

Durch vermehrte Zuwanderung aus dem In- und Ausland ist die Wohnungsnachfrage in vielen Regionen Deutschlands, insbesondere in Groß- und Universitätsstädten, stark angestiegen. Die daraus resultierenden Wohnungsengpässe äußern sich in steigenden Mieten und Preisen.

Eine Entspannung der Wohnungsmärkte kann dauerhaft nur durch eine Erhöhung des Angebots an Wohnraum erreicht werden. Auf die deutlich gestiegene Wohnungsnachfrage haben die Wohnungsanbieter – unterstützt durch in der Vergangenheit eingeleitete vielfältige politische Maßnahmen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/13120, S. 68 ff.) – bereits mit einer beachtlichen Steigerung der Bautätigkeit reagiert. Die Baufertigstellungen sind seit dem Tiefpunkt der Fertigstellungen im Jahr 2009 deutlich gestiegen. Das Niveau konnte 2019 auf etwa 293.000 Wohnungen und damit um rund 84 Prozent erhöht werden. Der Anteil der Geschosswohnungen an neu gebauten Wohnungen hat sich dabei in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Der Anteil der Bautätigkeit in den Großstädten an der gesamtdeutschen Bautätigkeit wuchs, trotz limitierender Faktoren wie mangelndem Bauland bzw. stark steigender Baulandpreise.

Die Wohnungsfrage ist eine wichtige soziale Frage unserer Zeit. Wohnen muss für Geringverdiener und die breite Mittelschicht bezahlbar sein. Daher hat die Bundesregierung seit März 2018 eine Vielzahl von neuen Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren und die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Beim Wohngipfel am 21. September 2018 im Bundeskanzleramt wurden diese mit den Ländern und Kommunen abgestimmt und wurde im Ergebnis eine gemeinsame Wohnraumoffensive – bestehend aus investiven Impulsen für den Wohnungsbau, Maßnahmen zur Sicherung der Bezahlbarkeit des Wohnens und zur Baukostensenkung und Fachkräftesicherung – verabschiedet.

Die Bundesregierung kann bei der Umsetzung der Wohnraumoffensive eine erfolgreiche Zwischenbilanz ziehen. Nahezu alle Maßnahmen wurden bereits umgesetzt oder befinden sich in der konkreten Umsetzung. Der aktuelle Stand der Umsetzung der auf dem Wohngipfel 2018 vereinbarten Maßnahmen kann der Homepage www.die-wohnraumoffensive.de entnommen werden.

114. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben der Kommunen für die kommunale Altenhilfe im Zeitraum von 2013 bis 2018 entwickelt, hält die Bundesregierung das bisherige Engagement für ausreichend, und was plant sie, um die kommunale Altenhilfe in Deutschland zu stärken?

Kommunale Altenhilfe leitet sich aus dem verfassungsrechtlichen Auftrag der Kommune zur Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger ab. Die Kommunen haben gemäß Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes insoweit das Recht zur Selbstverwaltung. Für die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen sind nach dem Grundgesetz die Bundesländer zuständig.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zur Ausgabenentwicklung für die kommunale Altenhilfe vor. Eine Abfrage bei den Bundesländern ergab, dass dort ebenfalls keine Erkenntnisse hierzu vorliegen. Um Zahlen zu erhalten, müsste dies in allen Kommunen einzeln abgefragt werden. Die Länder haben mitgeteilt, dass dies mit vertretbarem Arbeitsaufwand nicht leistbar ist, zumal keine entsprechenden Statistikverpflichtungen für die Kommunen bestünden.

Im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat die Bundesregierung die Diskussion um eine Verbesserung der Altenhilfestrukturen mit Vertretungen von allen staatlichen Ebenen, mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft neu belebt und ist mit den Beteiligten im Gespräch.

115. In welchen Bundesländern ist nach Kenntnis der Bundesregierung eine kommunale Pflegebedarfsplanung bereits üblich, welche Mittel werden dafür jeweils aufgebracht, und was unternimmt die Bundesregierung, um bundesweit eine kommunale Pflegebedarfsplanung zu implementieren und zu unterstützen?

Gemäß § 9 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) sind die Länder verantwortlich für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur. Das schließt auch die durch Landesrecht zu bestimmende Aufgabe der Planung ein. Es obliegt den Ländern, Regelungen vorzusehen, um die Kreise und kreisfreien Städte an der Planung, Entwicklung und Umsetzung der regionalen Versorgungsstrukturen zu beteiligen.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit der Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege befasst und dazu am 12. Mai 2015 Empfehlungen vorgelegt. Insbesondere mit dem Dritten Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drittes Pflegestärkungsgesetz – PSG III) wurden die Empfehlungen umgesetzt, die einer gesetzlichen Regelung auf Bundesebene bedurften. Das PSG III ist zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten. Mit dem neuen § 8a SGB XI wurden damit Regelungen eingeführt, die auf eine Stärkung der Abstimmung und Zusammenarbeit der für die Pflege verantwortlichen Akteure vor Ort zielen. Insbesondere wurden die Landesverbände der Pflegekassen verpflichtet, in regionalen Pflegeausschüssen bzw. Pflegekonferenzen mitzuwirken. Die entsprechenden Gremien können Empfehlungen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort oder in der Region abgeben. Die Empfehlungen sind von den Vertragsparteien beim Abschluss von Vergütungsverträgen einzubeziehen.

Zur weiteren Beantwortung der Frage hat das Bundesministerium für Gesundheit eine Abfrage bei den Bundesländern durchgeführt. Die folgende Übersicht bündelt die Angaben der Bundesländer zum Stand einer kommunalen Pflegebedarfsplanung und der dafür aufgewandten Mittel.

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
Baden-Württemberg	<p>Landesgesetzliche Grundlagen: § 4 Landespflegegesetz – LPfLG: Eine regelmäßig fortgeschriebene Pflegeplanung gibt es bereits seit Jahren in allen 44 Stadt- und Landkreisen. Die Errichtung von regionalen Ausschüssen nach § 8a Abs. 3 SGB XI ist geregelt. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalen Pflegekonferenzen und eine der Voraussetzungen für die Förderung ist die Pflegeplanung.</p>	<p>Baden-Württemberg unterstützt die Errichtung von Kommunalen Pflegekonferenzen mit einer Förderung von insgesamt 1,5 Mio. Euro in den Jahren 2020 und 2021. Damit wird zwar nicht direkt die Pflegebedarfsplanung finanziert, allerdings ist es auch eine der wichtigsten Aufgabe einer Kommunalen Pflegekonferenz, zur Pflegeplanung vor Ort beizutragen. Zahlen der Kommunen liegen dem Land nicht vor.</p> <p>Das Land Baden-Württemberg hat im Dezember 2019 einen Aufruf zur Förderung von Modellprojekten für Kommunale Pflegekonferenzen gestartet. Die ersten Förderbescheide werden voraussichtlich im Mai verschickt.</p>
Bayern	<p>Die kommunale Bedarfsplanung wird mit Wirkung zum 1.01.2007 im Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) geregelt. Einschlägig sind dort die Art. 68 bis 79 AGSG (www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayAGSG-G10).</p> <p>Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen wird für den Bereich der Altenpflege von den zuständigen Landkreisen und kreisfreien Städten die Pflegebedarfsplanung umgesetzt. Die Bedarfsermittlung ist dort Bestandteil eines integrativen, regionalen seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, das nach dem Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich umfasst (vgl. Art. 69 AGSG). Darüber hinaus steht den Landkreisen und kreisfreien Städten seit diesem Jahr auch die Möglichkeit offen, regionale Ausschüsse nach § 8a Abs. 3 SGB XI einzusetzen (vgl. Art. 77a Abs. 2 AGSG). Die Ausführungsbestimmungen gelten ab 16. April 2020; Erfahrungswerte liegen daher noch nicht vor.</p>	<p>Die Pflegebedarfsplanung ist Aufgabe der Kommunen. Seitens des Freistaates Bayern werden daher derzeit keine finanziellen Mittel zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Ob und wenn ja, in welcher Höhe Kommunen finanzielle Mittel aufbringen, ist nicht bekannt. Unabhängig davon gehen die einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich vor. Einige Kommunen führen die Bedarfsplanungen selbst durch, andere beauftragen einschlägige Unternehmen.</p>

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
Berlin	<p>In Berlin (Stadtstaat) wird im 5-Jahresrhythmus, zuletzt 2016 und somit geplant wieder für 2021, ein Landespflegeplan für das Land Berlin, in Teilen mit Informationen zu einzelnen Bezirken erstellt: www.berlin.de/sen/pflege/service/berichte-und-statistik/landespflegeplan/.</p> <p>Dieser findet seine landesrechtliche Grundlage in § 2 des Gesetzes zur Planung und Finanzierung von Pflegeeinrichtungen. Er wird von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung erstellt.</p> <p>Die 12 Berliner Bezirke und der überbezirklich angegliederte Landespflegeausschuss Berlin werden an der Erstellung des Landespflegeplans beteiligt. Eine eigene bezirkliche Pflegebedarfsplanung erfolgt nicht.</p> <p>Von der Möglichkeit, regionale Ausschüsse nach § 8a Absatz 3 SGB XI zu errichten, ist in Berlin nicht Gebrauch gemacht worden.</p>	<p>Da es sich bei dem Landespflegeplan nicht um eine Bedarfsplanung handelt, verpflichtet er auch nicht zu konkreten Umsetzungsmaßnahmen. Er kann aber etwa bei Investitionsplanungen in den Bezirken hilfreich sein.</p> <p>Für die Erstellung des Landespflegeplans werden zurzeit keine zusätzlichen Haushaltsmittel verausgabt.</p>
Brandenburg	<p>Das brandenburgische Landesrecht sieht derzeit keine rechtlich verbindliche Verpflichtung zur Durchführung kommunaler Pflegebedarfsplanungen vor.</p>	<p>Für die laufende Legislaturperiode ist Förderprogramm „Stärkung der Pflege vor Ort“ geplant. Die Zuweisung der Mittel soll sich dabei an der Zahl der Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 1 sowie in kommunaler Verantwortung vorhandener Pflegestrukturbedarfsplanungen orientieren. Das Finanzvolumen des geplanten Förderprogramms soll jährlich insgesamt 18,5 Mio. Euro betragen.</p>
Bremen	<p>Gemäß dem Bremischen Ausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz nach § 5 (Zuständigkeit) hat das Land die Planungsverantwortung für die pflegerische Versorgungsstruktur des Landes. Insofern impliziert die Landesplanung eine kommunale Planung.</p>	<p>Finanzielle Mittel stehen für Pflegebedarfsplanung nicht zur Verfügung.</p>
Hamburg	<p>In Hamburg wurde keine kommunale Pflegebedarfsplanung eingeführt.</p>	<p>Entfällt.</p>

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
Hessen	<p>In Hessen wurde keine kommunale Pflegebedarfsplanung eingeführt.</p> <p>§ 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz delegiert die Bedarfsplanung an die kreisfreien Städte und Landkreise. Dabei zu beachten sind die Maßgaben des Rahmenplanes für die pflegerische Versorgung (in Kraft getreten 1996), der Bedarfsanhaltswerte vorgibt.</p> <p>Den Kommunen kommt bei der Gestaltung von Strukturen der Sorge und Unterstützung im Rahmen der Daseinsfürsorge eine besondere Aufgabe zu. Bei der bedarfsgerechten Gestaltung von Quartieren ist nicht nur die pflegerische Versorgung in den Blick zu nehmen, sondern ebenfalls Themen wie Gesundheit und Vorsorge, Wohnen, Partizipation und Engagement.</p> <p>2019 wurden Handlungsempfehlungen für eine einheitliche Altenhilfeplanung in Auftrag gegeben und erstellt (https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/handlungsempfehlungen_altenhilfeplanung_final_190513.pdf).</p>	<p>Für die Alten- und Pflegeplanung hat das Land Hessen für das Jahr 2020 einen Förderaufruf mit einem Volumen von 100.000 Euro initiiert, um den Kommunen eine Grundlage und Unterstützung für eine integrierte und kooperative Alten- und Pflegeplanung zu geben und damit Strategien für eine altersgerechte Entwicklung von Sozialräumen zu entwickeln (https://soziales.hessen.de/familie-soziales/senioren/kommunale-seniorenpolitik).</p> <p>Eine Wiederholung im Jahr 2021 ist vorgesehen.</p>
Mecklenburg-Vorpommern	<p>In Mecklenburg-Vorpommern wurde eine kommunale Pflegebedarfsplanung (als kommunale Pflegesozialplanung) eingerichtet. Diese findet ihre landesrechtliche Grundlage in § 5 Absatz 2 Landespflegegesetz M-V, wonach die Landkreise und kreisfreien Städte die Bestandsaufnahmen, Analysen und Bedarfsfeststellungen in einem jeweiligen Bericht zusammenfassen. Das Sozialministerium stellt auf Grundlage dieser Berichte einen Landesplan mit Empfehlungen für die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur auf (§ 5 Absatz 3 Landespflegegesetz M-V). Die kommunale Pflegebedarfsplanung wird in allen kommunalen Gebietskörperschaften umgesetzt (6 Landkreise, 2 kreisfreie Städte).</p>	<p>Mit dem Haushaltsjahr 2014 beginnend und bis zum Haushaltsjahr 2019 wurden Mittel in Höhe von insgesamt 6.080.000 Euro für die kommunale Pflegebedarfsplanung eingestellt. Diese Mittel hatten dabei das Ziel, die Anschubfinanzierung sicherzustellen. Ab dem Haushaltsjahr 2020 verantworten allein die Kommunen die kommunale Pflegebedarfsplanung in finanzieller Hinsicht.</p>

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
Niedersachsen	Landesrechtliche Vorschriften: §§ 3 und 4 des Niedersächsischen Pflegegesetz (NPflegeG). Eine Befragung im Sommer des Jahres 2018 hat ergeben, dass ein örtlicher Pflegebericht gem. § 3 NPflegeG in 27 der befragten Kommunen vorliegt. 18 Kommunen haben den Pflegebericht bereits mindestens einmal fortgeschrieben. Der Pflegebericht wird im Durchschnitt alle 5,3 Jahre fortgeschrieben. In 19 Landkreisen und kreisfreien Städten ist kein Pflegebericht vorhanden. Örtliche Pflegekonferenzen gem. § 4 NPflegeG finden in 26 Kommunen durchschnittlich alle zehn Monate statt. 21 Kommunen führen bislang keine örtliche Pflegekonferenz durch.	Aufgrund von § 6 NPflegeG werden grundsätzlich keine Landesmittel aufgebracht. Ein Projekt zur besseren Verzahnung der beiden Ebenen Land – Kommune wurde mit insgesamt 400.000 Euro ausgestattet, verteilt auf die Haushaltsjahre 2019 – 2022. Zu den finanziellen Mitteln der Kommunen liegen keine Angaben vor.
Nordrhein-Westfalen	Am 16.10.2014 ist das Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) in Kraft getreten. Es enthält in §§ 4, 16 und 17 Regelungen, welche die Verantwortung der 53 Kreise und kreisfreien Städte für die Gewährleistung einer leistungsfähigen pflegerischen und nicht-pflegerischen Infrastruktur festlegen.	Seitens des Landes Nordrhein-Westfalen werden keine finanziellen Mittel für die kommunale Pflegebedarfsplanung zur Verfügung gestellt. Über die Finanzierung der Kommunen liegen uns keine Erkenntnisse vor.

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
	<p>Die im APG NRW bestimmten Aufgaben geben den Inhalt der nach § 7 APG NRW erforderlichen örtlichen Bedarfsplanung vor. Die für alle Kommunen verbindliche örtliche Bedarfsplanung umfasst die Bestandsaufnahme der Angebote, die Feststellung, ob qualitativ und quantitativ ausreichend Angebote zur Verfügung stehen und die Klärung der Frage, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zur Herstellung, Sicherung oder Weiterentwicklung von Angeboten erforderlich sind. Hierzu gehören auch insbesondere komplementäre Hilfen, Wohn- und Pflege- sowie zielgruppenspezifische Angebotsformen wie persönliche Assistenz und die Weiterentwicklung der örtlichen Infrastruktur. Die Kreise beziehen die kreisangehörigen Gemeinden in den Planungsprozess ein und berücksichtigen die Planungen angrenzender Gebietskörperschaften. Zur Umsetzung der Planung teilen sie anderen Behörden, die über Entscheidungsbefugnisse bei der Gestaltung der kommunalen Infrastruktur verfügen, die Ergebnisse des Planungsprozesses mit und stimmen sich mit diesen ab. Die Ergebnisse der örtlichen Planung sowie die Umsetzung von Maßnahmen sind seit 2015 zum Stichtag 31. Dezember jedes zweite Jahr zusammenzustellen. Die Ergebnisse sind verständlich sowohl im Internet als auch in anderer geeigneter Form kostenfrei zu veröffentlichen und darüber hinaus dem zuständigen Ministerium zur Verfügung zu stellen. Das für die Pflegeversicherung zuständige Ministerium ist ermächtigt, durch Rechtsverordnung konkrete Vorgaben, insbesondere zu Aufbau und Mindestinhalten der Planungsprozesse, festzulegen. Hiervon wurde bislang kein Gebrauch gemacht. Die örtlichen Träger der Sozialhilfe können zudem nach § 11 Absatz 7 APG NRW bestimmen, dass eine Förderung für teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die innerhalb ihres örtlichen Zuständigkeitsbereiches neu entstehen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, davon abhängig ist, dass für die Einrichtungen ein Bedarf bestätigt wird. Grundlage dafür ist eine verbindliche Bedarfsplanung gemäß § 7 Absatz 6 APG NRW.</p>	

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
	<p>Zur Umsetzung der oben beschriebenen Aufgaben richten die Kreise und kreisfreien Städte örtliche Konferenzen (Kommunale Konferenz Alter und Pflege) nach § 8 APG NRW ein. Diese tagen in der Regel zweimal jährlich. Die verbindliche Bedarfsplanung ist jährlich durch Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft festzustellen. Von der Einrichtung regionaler Konferenzen nach § 8a Absatz 3 SGB XI hat Nordrhein-Westfalen bislang abgesehen. Die örtliche Pflegebedarfsplanung wird in allen 53 Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt. Von der verbindlichen Pflegebedarfsplanung nach § 7 Absatz 6 APG NRW machen zurzeit 24 der Kreise und kreisfreien Städte Gebrauch.</p>	
Rheinland-Pfalz	<p>§ 3 des Landesgesetzes zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (LPflegeASG) verpflichtet die Landkreise und kreisfreien Städte, für ihr Gebiet Pflegestrukturpläne für ambulante Dienste, teilstationäre und vollstationäre Einrichtungen aufzustellen und regelmäßig fortzuschreiben. Dabei haben sie den vorhandenen Bestand an Diensten und Einrichtungen zu ermitteln, zu prüfen, ob ein qualitativ und quantitativ ausreichendes sowie wirtschaftliches Versorgungsangebot in den einzelnen Leistungsbereichen unter Berücksichtigung der Trägervielfalt zur Verfügung steht und über die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur zu entscheiden. Die Pflegestrukturplanung nach § 3 LPflegeASG ist eine kommunale Pflichtaufgabe, ebenso wie die Bildung Regionaler Pflegekonferenzen (§ 4 LPflegeASG). Aufgabe der Regionalen Pflegekonferenzen ist insbesondere die Mitwirkung bei der Planung, Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur, der Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bildung kooperativer Netzwerke auf örtlicher Ebene.</p>	<p>Über die von den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgebrauchten finanziellen Mittel liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor. Das Land unterstützt die Landkreise und kreisfreien Städte, indem es eine Servicestelle bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. fördert. Für das Jahr 2019 wurde eine Zuwendung in Höhe von 155.196 Euro bewilligt.</p>

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
Saarland	<p>Gesetz Nr. 1694 zur Planung und Förderung von Angeboten für hilfe-, betreuungs- oder pflegebedürftige Menschen im Saarland (Saarländisches Pflegegesetz) vom 1. Juli 2009, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. September 2016 (Amtsbl. I S. 1012) sowie die Rechtsverordnung über die Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen vom 16. Januar 1997, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. November 2015 (Amtsbl. I S. 894). Durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie wurde im Einvernehmen mit den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken und nach Anhörung des Landespflegeausschusses ein Landespflegeplan aufgestellt, der alle fünf Jahre fortgeschrieben wird. Er legt die Anforderungen an die bauliche Qualität von Pflegeeinrichtungen fest, trifft die Feststellungen zum Bedarf an Plätzen in teilstationären und Kurzzeit-Pflegeeinrichtungen und gibt einen Überblick über die qualitative und quantitative Versorgungssituation in der Pflege sowie deren Nutzung auf Landesebene, jeweils differenziert nach den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken. Gegenstand des Landespflegeplanes ist auch die Versorgung stationär betreuungsbedürftiger Menschen, die nicht pflegebedürftig sind. Die Rahmenplanung durch das Land legt landesweite und kreisbezogene Rahmendaten fest. Die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken legen die im Landespflegeplan für ihren Gebietsbereich festgestellten Bedarfe an Plätzen in teilstationären und Kurzzeit-Pflegeeinrichtungen auf die in ihrem Gebietsbereich vorhandenen Gemeinden um. Die Detailplanung durch die Landkreise und den Regionalverband legt unter Berücksichtigung der Rahmendaten und der örtlichen pflegerischen Versorgungsstruktur den konkreten Bedarf und die Maßnahmen zur Bedarfsdeckung im Einzelnen fest. Die kommunale Bedarfsplanung wird in allen saarländischen Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken umgesetzt, also in sechs Kommunen. In den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken wurde zur Zusammenarbeit im Bereich der Pflege ein Ausschuss gebildet, der Empfehlungen zum Aufbau und zur Weiterentwicklung der Angebote für hilfe-, betreuungs- und pflegebedürftige Menschen abgeben kann.</p>	<p>In den Jahren 2016 bis 2018 wurden im Saarland für die Pflegebedarfsplanung jährlich durchschnittlich 1.134.389 Euro aufgebracht.</p>

Bundesland	Kommunale Pflegebedarfsplanung	Finanzielle Mittel zur Unterstützung
Sachsen	In Sachsen wurden keine landesrechtlichen Vorschriften zur Einsetzung regionaler Ausschüsse nach § 8a Abs. 3 SGB XI eingeführt.	Keine Angaben
Sachsen-Anhalt	Landesrechtliche Grundlage ist § 4 des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz (GVBl. LSA 1996 S. 254), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 10. August 2007 (GVBl. LSA S. 306). Die 14 Landkreise und kreisfreien Städte im Land sind verpflichtet, jeweils für ihr Gebiet eine Analyse der Pflegestruktur vorzunehmen. Auf der Grundlage der erhobenen Kapazitäten kann auf die Pflegelandschaft koordinierend eingewirkt werden. Eine Koordinierung für das Gebiet mehrerer Gebietskörperschaften ist möglich. Im Rahmen von Koordinierungsmaßnahmen hat insbesondere die Planung von Maßnahmen im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit, die zur Anpassung an die tatsächliche Entwicklung der pflegerischen Versorgung erforderlich sind, zu erfolgen. Regionale Ausschüsse nach § 8a Abs. 3 SGB XI sind nicht eingerichtet worden.	Landesseitig werden keine Finanzmittel für die kommunale Pflegebedarfsplanung aufgebracht. Die Höhe der für die kommunale Pflegebedarfsplanung von Seiten der Kommunen aufgebrachten Finanzmittel ist der Landesregierung nicht näher bekannt.
Schleswig-Holstein	Die Bedarfsplanung ist in § 3 Landespflegegesetz geregelt. Darüber hinaus gehende Regelungen gibt es derzeit nicht.	Keine Angaben
Thüringen	In der Landesentwicklungsplanung wurde festgelegt, dass die flächendeckende und damit wohnortnahe medizinische Versorgung, Betreuung und Pflege sichergestellt werden soll. Die konkrete Bedarfsplanung richtet sich nach den Regionalplänen, die in eigener Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte erstellt werden. Mit den Regionalplänen legt die jeweilige regionale Planungsgemeinschaft die räumliche und strukturelle Entwicklung der Planungsregion als Ziele und Grundsätze der Raumordnung – die allgemeinen Grundsätze der Raumordnung in den gesetzlichen Grundlagen und die Zielsetzungen des Landesentwicklungsplanes ausformend und ergänzend – fest. Die kommunale Pflegebedarfsplanung richtet sich nach den Regionalplänen gegliedert nach den regionalen Planungsgemeinschaften Nordthüringen, Mittelthüringen, Südwestthüringen und Ostthüringen. Regionale Ausschüsse insbesondere zur Beratung über Fragen der Pflegeversicherung nach § 8a Abs. 3 SGB XI gibt es in Thüringen nicht.	Landesmittel werden keine zur Verfügung gestellt. Eine Abfrage auf kommunaler Ebene ergab, dass von Seiten der Kommunen ebenfalls keine Mittel für die kommunale Bedarfsplanung aufgebracht werden.

116. Welche besonderen (finanziellen) Herausforderungen sieht die Bundesregierung mittelfristig auf Städte und Gemeinden zukommen, und wie wird sie die Kommunen bei der Bewältigung dieser unterstützen?

Eine der finanziellen Herausforderungen liegt in den Effekten der demografischen Entwicklung Deutschlands auf die finanzielle Situation der Kommunen, wie sie in der Antwort zu Frage 108 skizziert wurden.

Im Rahmen des Projektes „Demografiewerkstatt Kommunen“ (DWK) unterstützt die Bundesregierung die Kommunen dabei, auf die Herausforderungen des demografischen Wandels entsprechend zu reagieren. Dabei unterstützt die DWK ausgewählte Kommunen durch Mittel für Beratungsdienstleistungen und Öffentlichkeitsarbeit/Beteiligungsformate sowie durch Webinare bei ihren Bemühungen, demografiefest zu werden, lebenswert zu bleiben und so Abwanderung zu verhindern (www.demografiewerkstatt-kommunen.de).

Eine andere große Herausforderung an die Kommunen stellt die zunehmende Digitalisierung in der Wirtschaft dar. Denn sollten die technischen Voraussetzungen für die Digitalisierung in den Kommunen, gerade im ländlichen Raum, mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten, drohen Einbußen bei der wirtschaftlichen Entwicklung mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte (steuerliche Mindereinnahmen bei gleichzeitigem Aufwuchs sozialer Leistungen).

Daher engagiert sich die Bundesregierung u. a. in der Breitbandförderung mit dem Ziel, bis 2025 einen flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen auf Glasfaserbasis in Deutschland zu erreichen.

Weiterhin werden die finanziellen Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie noch mittelfristig in den Haushalten aller staatlichen Ebenen spürbar sein. Die Bundesregierung wird auch diesbezüglich die kommunale Finanzsituation im Blick behalten.

117. Auf welche Art und Weise fördert die Bundesregierung interkommunale Zusammenarbeit und den Austausch von Best-Practice-Modellen, um Kommunen die Bewältigung bestehender Herausforderungen zu erleichtern?

Die Förderung interkommunaler Kooperationen, überörtlicher Zusammenarbeit und die Unterstützung des Aufbaus von Netzwerken zwischen Städten und Gemeinden in funktional verbundenen Gebieten ist ein zentrales Anliegen der Städtebauförderung. Daher fördert der Bund zusammen mit den Ländern im Rahmen der Städtebauförderung die interkommunale Zusammenarbeit. Ab 2020 kann die interkommunale Zusammenarbeit als Querschnittsaufgabe in allen Städtebauförderprogrammen unterstützt werden (vorher nur im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“) und ist zugleich mit einem Förderbonus versehen. Vom Grundsatz der Drittelbeteiligung von Bund, Land und Kommune kann für die interkommunale Zusammenarbeit abgewichen und der kommunale Eigenanteil auf bis zu 10 Prozent reduziert werden. Um einen Austausch von Best-Practice-Modellen in der Städtebauförderung sicherzustellen, hat der Bund Bundestransferstellen eingerichtet. Diese stellen sicher:

- einen breiten Überblick sowie strukturierte regelmäßig aktualisierte Hintergrundinformationen über die unterschiedlichen Aspekte der Städtebauförderung,
- einen Überblick über den Stand der wissenschaftlichen und fachöffentlichen Diskurse,
- aktuelle Informationen zu themenrelevanten Fachveranstaltungen,

- eine Praxisdatenbank mit aktuellen Beispielen der Programmumsetzung,
- Serviceangebote wie eine Übersicht über Ansprechpartner zum Programm auf der Ebene des Bundes und der Länder sowie weiterführende Links.

Zusätzlich informiert regelmäßig der Newsletter über aktuelle Veranstaltungen, Veröffentlichungen und weitere Neuigkeiten. Das Internetportal www.staedtebaufoerderung.info und die Transferwerkstätten sind das zentrale Medium für den Erfahrungsaustausch und den Wissenstransfer zu den Programmen der Städtebauförderung.

Daneben unterstützt der Bund im Rahmen von „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) Regionen, die neue Handlungsansätze zu verschiedenen Herausforderungen im Kontext regionaler Kooperationen entwickeln und erproben. Dazu gehören u. a. folgende Themenschwerpunkte:

- Anpassungs- und Entwicklungsstrategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge im demografischen Wandel,
- überregionale Partnerschaften,
- Minderungs- und Anpassungsstrategien zum Klimawandel oder
- nachhaltige Raumentwicklung.

Es ist Anspruch der Modellvorhaben, über ihre Realisierung die Tauglichkeit und den Erfolg von Handlungsansätzen zu belegen und damit deren Übergang in die alltägliche Praxis zu erleichtern. Neben zahlreichen Veranstaltungsformaten stehen für den Wissenstransfer auch die Publikationsformate „MORO Info“, „MORO Forschung“, „MORO Praxis“ sowie Online-Publikationen zur Verfügung (siehe unter www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMI/bmi-node.html).

118. Welche Rolle misst die Bundesregierung den Kommunen bei der Herausforderung zu, die Klimaschutzziele im Sektor Verkehr zu erreichen, welche infrastrukturpolitische Schwerpunktsetzung nimmt die Bundesregierung vor, um klimapolitische Anstrengungen in den Kommunen finanziell zu fördern, und wie bewertet sie den Stand kommunaler Bemühungen, ihre Verkehrsverhältnisse klimafreundlich zu gestalten?

Den Kommunen kommt eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrsbereich zu. Insbesondere durch die beschlossene Erhöhung der Zuweisungen des Bundes für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur werden die Kommunen schwerpunktmäßig in die Lage versetzt, mehr Haushaltsmittel in den Neu- und Ausbau einer klimafreundlichen Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Dies wird positive Effekte auf die Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger haben.

119. Wie beurteilt die Bundesregierung die Personalausstattung auf kommunaler Ebene, um die Abwicklung von Förderprogrammen des Bundes im Bereich Verkehr und kommunaler Klimaschutz sicherzustellen?

Der Bundesregierung ist bewusst, dass Beantragung, Abrechnung und teilweise auch Durchführung von Fördermaßnahmen in der Regel mit zusätzlichem Personalaufwand verbunden sind. Die personellen Voraussetzungen unterscheiden sich allerdings von Kommune zu Kommune, so dass eine pauschale Beurteilung seitens der Bundesregierung nicht möglich ist.

120. Wie beurteilt die Bundesregierung die Personalausstattung und die damit verbundenen finanziellen Bedarfe auf kommunaler Ebene, um einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter umzusetzen sowie dem Betreuungsbedarf in Kitas gerecht zu werden?

Eine exakte Angabe über die Anzahl der Personen, die in Angeboten für Grundschulkindern – sowohl in schulischer Verantwortung als auch in Verantwortung der Jugendhilfe – die Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit leisten, liegt der Bundesregierung nicht vor. Auch lässt sich die quantitative Entwicklung des Personals mit den verfügbaren Daten nur sehr eingeschränkt nachzeichnen. Auf Basis verschiedener vorliegender Daten und Annahmen wird geschätzt, dass derzeit 90.000 Personen (ohne Lehrkräfte) für die Betreuung von Schulkindern zuständig sind (vgl. Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2019, S. 162). Hinsichtlich der Qualifikation gilt das Personal in der Schulkinderbetreuung als heterogen; es bestehen hinsichtlich persönlicher Merkmale und der Beschäftigungsbedingungen vor allem zwischen der Schulkinderbetreuung in Horten und Kindertageseinrichtungen, in denen weitere Kinder betreut werden, gegenüber der Ganztagsbetreuung oder einer Übermittagsbetreuung erhebliche Unterschiede (vgl. ebenda, S. 163). Wie sich die Personalausstattung und die damit verbundenen finanziellen Bedarfe auf kommunaler Ebene entwickeln werden, ist ausgehend von dieser Datenbasis nicht abschätzbar.

121. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung zum Umfang der finanziellen Beteiligung von Kommunen an der Investitionsförderung der Krankenhäuser in Deutschland vor, und wie erklärt die Bundesregierung die regionalen Disparitäten bei der Finanzierung durch die Kommunen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln) (vgl. „Bestandsaufnahme zur Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung in den Bundesländern, Stand: Juni 2018“, Deutsche Krankenhausgesellschaft, S. 16 ff.)?

Zuständig für die Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser sind die Länder. Diese treffen in eigener Verantwortung in ihren jeweiligen Landesgesetzen Regelungen über eine etwaige Beteiligung der Kommunen an der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser sowie deren Höhe und Ausgestaltung. In dieser Hinsicht wird auf die durch die Fragesteller zitierte „Bestandsaufnahme zur Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung in den Bundesländern“ (Anmerkung: letzter Stand: Dezember 2019) verwiesen. Eine Übersicht über den Umfang der finanziellen Beteiligung von Kommunen an der Investitionsförderung der Krankenhäuser in den einzelnen Ländern liegt der Bundesregierung nicht vor.

Der Bund unterstützt über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) Investitionen finanzschwacher Kommunen mit insgesamt 7 Mrd. Euro, wobei 3,5 Mrd. Euro auf das Infrastrukturprogramm (Kapitel 1) entfallen. Die Durchführung des Gesetzes erfolgt durch die Länder. Dies betrifft auch die Zuordnung der Bundesfinanzhilfen auf die einzelnen Förderbereiche. Über das Infrastrukturprogramm können auch Investitionen in Krankenhäuser gefördert werden. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln sind ca. 142 Mio. Euro für den Förderbereich „Krankenhäuser“ verplant, was einem Anteil von 4 Prozent am Volumen von Kapitel 1 entspricht.

122. Inwiefern hält die Bundesregierung die Finanzausstattung der Kommunen für die Durchführung des kommunalen Rettungsdienstes für auskömmlich (bitte einzelne Finanzierungskomponenten unter Angabe der bestehenden Bedarfe einzeln bewerten)?

Die Sicherstellung, Organisation und Durchführung des Rettungsdienstes fällt gemäß Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 70 des Grundgesetzes (GG) in den Kompetenzbereich der Länder. Die Finanzierungsverantwortung liegt damit grundsätzlich auch bei den Ländern (Artikel 104a Absatz 1 GG). Mit ihren jeweiligen Rettungsdienstgesetzen legen die Länder die Rahmenbedingungen hierzu fest. Die konkrete Ausgestaltung der Finanzierung, insbesondere die Festlegung von Gebühren und Benutzungsentgelten, stellt sich daher als heterogen dar.

Für die Durchführung des kommunalen Rettungsdienstes kommen insbesondere folgende Kostenkomponenten in Betracht:

- Investitionskosten: Kosten für den Auf- und Ausbau sowie die Aufrechterhaltung der Rettungsdienstinfrastruktur,
- Betriebskosten der Rettungswachen, Notarztstandorte, integrierten Leitstellen,
- Kosten für Rettungsfahrzeuge und sonstige Rettungsmittel,
- Personalkosten,
- Kosten für Aus- und Fortbildungen,
- Kosten für Unfall- und Haftpflichtversicherungen,
- Verwaltungskosten.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über die auf kommunaler Ebene bestehenden Bedarfe zu diesen Kostenkomponenten vor.

Nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes haben Länder und Kommunen die Kosten des Rettungsdienstes zunehmend auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) verlagert und ihren eigenen Finanzierungsanteil gesenkt (vgl. Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH) an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 20. August 2018 – IX 1 – 2017 – 0798, abrufbar über die Internetseite des BRH). Demnach haben sich die Ausgaben der Krankenkassen für den Rettungsdienst von 1993 bis 2017 von 703 Mio. Euro auf 3,534 Mrd. Euro verfünffacht. Das Statistische Bundesamt gibt die Kosten für Rettungsdienste für das Jahr 1993 mit 1,482 Mrd. Euro, für das Jahr 2017 mit 4,847 Mrd. Euro an, was eine Verdreifachung bedeutet.

Die GKV übernimmt nach den gesetzlichen Regelungen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch die Transport- und Fahrkosten, wenn sie im Zusammenhang mit einer Leistung der Krankenkasse aus zwingenden medizinischen Gründen notwendig sind. Für den Leistungsbereich der Fahrkosten hat die GKV im Jahr 2019 insgesamt 6,49 Mrd. Euro ausgegeben, was einem Anteil von 2,7 Prozent an den gesamten Leistungsausgaben der GKV im selben Jahr entspricht. Hier von betragen die Ausgaben für Rettungstransporte 2,85 Mrd. Euro, für Notarzttransporte 1,19 Mrd. Euro und für qualifizierte Krankentransporte 749 Mio. Euro.

123. Inwiefern hält die Bundesregierung die Finanzausstattung der Kommunen für Unterhalt, Versorgung und Integration von Geflüchteten für auskömmlich (bitte einzelne Finanzierungskomponenten unter Angabe der bestehenden Bedarfe einzeln bewerten)?
126. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, dass – wie den Fragestellern von der Integrationsbeauftragten eines Landes im Rahmen eines Gesprächs am 8. Oktober 2019 mitgeteilt wurde – vor dem Hintergrund dieser Kürzungen, Flüchtlingsprojekte nicht weiterfinanziert werden können und insbesondere Projekte in ländlichen Räumen, die nicht oder nur schwer durch Beratungs- bzw. Sprachangebote des Bundes erreicht werden können, beendet werden müssen?
127. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für das Fehlen einer dauerhaften, strukturellen Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen (vgl. Plenarprotokoll 19/91, S. 10824 f.)?
130. Welche Maßnahmen zieht die Bundesregierung zur finanziellen Unterstützung der Kommunen bezüglich der Flüchtlings- und Integrationskosten in Betracht, die nicht durch den Umsatzsteueranteil im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen ausgezahlt werden?
135. Aus welchen Sachgründen beteiligt sich der Bund auch zukünftig nicht an den Kosten, die Ländern und Kommunen durch geduldete Geflüchtete entstehen (vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021“, Bundestagsdrucksache 19/14246)?

Die Fragen 123, 126, 127, 130 und 135 werden zusammenfassend beantwortet.

Nach Artikel 104a Absatz 1 GG tragen Bund und Länder gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben. Die Kommunen sind hierbei staatsorganisationsrechtlich Teile der jeweiligen Länder, die für eine den zu erfüllenden Aufgaben angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen zuständig sind. In der besonderen Flüchtlingssituation 2015/2016 hat der Bund im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten die Länder und Kommunen in erheblichem Umfang finanziell unterstützt, auch im Bereich der Integrationskosten. Über die Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Kommunen für die Jahre 2020 und 2021 haben sich die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. Juni 2019 verständigt.

124. Welche Gründe und Berechnungen liegen der Kürzung der Integrationspauschale von 700 Mio. Euro (2020) auf 500 Mio. Euro (2021) bei der Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten zugrunde (vgl. den Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021“, Bundestagsdrucksache 19/14246)?

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben sich am 6. Juni 2019 auf ein Gesamtpaket zur Weiterführung der Bundesbeteiligung an flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Kommunen für die Jahre 2020 und 2021 verständigt. Die Pauschalen für flüchtlingsbezogene Zwecke in Höhe von 700 Mio. Euro für 2020 und in Höhe von 500 Mio. Euro für 2021 sind Teile dieses Gesamtpakets.

125. Wie verteilen sich die ab 2020 vorgesehenen Kürzungen der Integrationspauschale im Rahmen der Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten auf die jeweiligen Bundesländer (bitte differenziert für die Jahre 2020 und 2021 aufschlüsseln)?

Zur Fortsetzung der Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten von Ländern und Kommunen wurde mit dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 vom 9. Dezember 2019 eine Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke durch Änderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zulasten des Bundes festgelegt. Die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen der Länder belaufen sich im Jahr 2020 auf 700 Mio. Euro und im Jahr 2021 auf 500 Mio. Euro. In den vorangegangenen Jahren 2016 bis 2019 waren – ebenfalls durch Änderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zulasten des Bundes – im Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1. Dezember 2016 sowie im Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 17. Dezember 2018 Integrationspauschalen festgelegt worden. Die aus den Regelungen zu den Integrationspauschalen resultierenden Steuermehreinnahmen der Länder beliefen sich in den Jahren 2016 bis 2018 auf jeweils 2 Mrd. Euro und im Jahr 2019 auf 2,435 Mrd. Euro. Das Kriterium für die länderweise Verteilung von Steuermehreinnahmen der Länder aus einer Erhöhung ihres Umsatzsteueranteils ist entsprechend § 2 des Finanzausgleichsgesetzes die länderweise Verteilung ihrer Einwohner zum 30. Juni des jeweiligen Kalenderjahres.

Die nachfolgende Auflistung enthält eine beispielhafte Berechnung der länderweisen Verteilung der in den Jahren 2020 und 2021 für flüchtlingsbezogene Zwecke zulasten des Bundes vorgesehenen Änderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung. Weil für die Jahre 2020 und 2021 naturgemäß noch keine Einwohnerzahlen verfügbar sind, wurden dem Berechnungsbeispiel die Einwohnerzahlen des 30. Juni 2019 zugrunde gelegt (Angaben jeweils in Mio. Euro):

	2020	2021
Nordrhein-Westfalen	151,1	107,9
Bayern	110,4	78,8
Baden-Württemberg	93,4	66,7
Niedersachsen	67,3	48,1
Hessen	52,9	37,8
Sachsen	34,3	24,5
Rheinland-Pfalz	34,5	24,6
Sachsen-Anhalt	18,5	13,2
Schleswig-Holstein	24,4	17,5
Thüringen	18,0	12,9
Brandenburg	21,2	15,1
Mecklenburg-Vorpommern	13,6	9,7
Saarland	8,3	5,9
Berlin	30,8	22,0
Hamburg	15,5	11,1
Bremen	5,8	4,1
Je Einwohner (in Euro):	8,43	6,02

Die Verteilung der Integrationspauschalen der Jahre 2016 bis 2019 richtete sich zum einen nach der Höhe der jeweiligen Pauschale (2 Mrd. Euro in den Jahren 2016 bis 2018; 2,435 Mrd. Euro im Jahr 2019) sowie nach den in den jeweiligen Jahren zugrunde zu legenden Einwohnerzahlen. Dementsprechend erhielt jedes Land zulasten des Bundes erhöhte Umsatzsteuereinnahmen in folgender Höhe (Angaben in Euro je Einwohner):

2016	2017	2018	2019
29,57	29,49	29,38	29,31

Zum zweiten hängt die Beantwortung der Frage nach einem Vergleich der Pauschalzahlungen von deren konkreter Höhe in den Jahren 2020 und 2021 ab. Hier hat der Bund, für den Fall, dass für Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) für Bedarfsgemeinschaften mit Fluchtbezug sowie die in den Jahren 2020 und 2021 weitergeführten und spitz abzurechnenden Bundesbeteiligungen für Asylbewerber und für abgelehnte Asylbewerber geringere Aufwände entstehen, in Aussicht gestellt, die Pauschalzahlungen für flüchtlingsbezogene Zwecke entsprechend zu erhöhen. Die Berechnung aussagefähiger Vergleichsprognosen ist daher derzeit nicht möglich.

128. In welcher Höhe übernimmt der Bund voraussichtlich finanzielle Verantwortung bei der strukturellen Integration von Geflüchteten in den Jahren 2020 und 2021?

Die Bundesregierung fördert zahlreiche Maßnahmen und Programme zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Diese richten sich – neben weiteren Zielgruppen – auch an Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte. Ziel der bundesgeförderten Maßnahmen ist die sprachliche, gesellschaftliche sowie bildungs- und arbeitsmarktorientierte Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern.

Eine detaillierte Übersicht der Integrationsmaßnahmen und -programme des Bundes kann der Broschüre „Darstellung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Sprachförderung und Integration“ unter www.bundesregierung.de/breg-de/suche/darstellung-der-massnahmen-der-bundesregierung-zur-sprachfoerderung-und-integration-1655492 entnommen werden (Stand: Juli 2019).

Die voraussichtliche Höhe der Soll-Ausgaben für flüchtlingsbezogene Integrationsleistungen aus dem Haushalt des Bundes beträgt im Jahr 2020 2,7 Mrd. Euro und im Jahr 2021 2,2 Mrd. Euro.

Die Förderung dieser Integrationsmaßnahmen durch die Bundesregierung erfolgt zusätzlich zu der finanziellen Entlastung der Länder und Kommunen von ihren flüchtlingsbezogenen Ausgaben durch den Bund im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung.

129. Hat die Bundesregierung Berechnungen zu den Konsequenzen einer Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes angestellt, und wenn ja, was wäre die finanzielle Entlastung der Länder und Kommunen, wenn das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft würde und damit die bisherigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger des Asylbewerberleistungsgesetzes in die sozialrechtlichen Regelsysteme integriert würden?

Die Bundesregierung hat bisher keine Berechnungen zu den Konsequenzen einer Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes angestellt, da sie nicht beabsichtigt, dieses abzuschaffen.

131. In welcher Form wird die Bundesregierung den Bundesratsbeschluss „Deutschkurse für MigrantInnen erneuern“ vom 11. Oktober 2019 (Bundesratsdrucksache 433/19) umsetzen (bitte die hierfür einzustellenden Haushaltsmittel mit angeben)?

Die Entschließung des Bundesrates vom 11. Oktober 2019 „Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten erneuern“ enthält mehrere Vorschläge zu den Anpassungen bei den Integrationskursen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) sowie Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS).

Beide Sprachförderangebote bilden das Gesamtprogramm Sprache der Bundesregierung und werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) administriert.

BMI, BMAS und BAMF arbeiten stets an der administrativen und qualitativen Weiterentwicklung des Gesamtprogramms Sprache. Dabei werden auch die Vorschläge der Länder berücksichtigt, mit denen die Bundesregierung in einem intensiven Austausch zum Thema „Sprachförderung“ steht. Einige Vorschläge aus der Entschließung des Bundesrates greifen zum Teil Inhalte des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode heraus und wurden bereits umgesetzt.

Die Ausgaben für die Durchführung von Integrationskursen werden aus dem Kapitel 0603 Titel 684 12 und für die Durchführung von Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung aus dem Kapitel 1101 Titel 684 04 des Haushaltsplans des Bundes gedeckt.

Für das Jahr 2020 betragen die Haushaltsansätze für die Durchführung von Integrationskursen rund 698 Mio. Euro und für die Durchführung von Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung 365 Mio. Euro.

Eine explizite Auflistung des Soll-Ansatzes nach einzelnen Ausgabezwecken wird nicht vorgenommen, da die Ausgaben gemäß dem Rechnungseingang und rechtlichen Verpflichtungen geleistet werden. Eine Budgetierung einzelner Ausgabenposten bliebe ohne Steuerungswirkung.

132. Inwiefern wurden im Rahmen der pauschalen Beteiligung des Bundes in Höhe von 670 Euro pro Person im Asylverfahren die anfallenden Gesundheitskosten pro Person berücksichtigt, und welche Berechnungen liegen dieser Pauschale zugrunde (vgl. den Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021“, Bundestagsdrucksache 19/14246)?

Vor dem Hintergrund des im Jahr 2015 erhöhten Zugangs von Asyl- und Schutzsuchenden trägt der Bund seit dem 1. Januar 2016 einen Teil der Kosten der Länder für Asyl- und Schutzsuchende für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheids durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Entlastung erfolgt hierbei im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung durch Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Im Einvernehmen mit den Ländern erstattet ihnen der Bund je Verfahrensmonat und Asylbewerber einen pauschalen Betrag in Höhe von 670 Euro. Hinzu kommt eine pauschale Entlastung eines weiteren Verfahrensmonats für abgelehnte Asylbewerber.

Bei dem monatlichen Betrag in Höhe von 670 Euro handelt es sich um den seinerzeit ermittelten durchschnittlichen Aufwand je Asylbewerber, der den Ländern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entstanden ist. Bei einer pauscha-

lierten Entlastung ist eine Bezifferung einzelner Kostenbestandteile, wie zum Beispiel Gesundheitskosten, nicht möglich.

133. Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung die zukünftige Finanzierung von psychosozialen Zentren in den Ländern und Kommunen ab 2020 sichergestellt, und inwiefern wird der Bund hier unterstützend tätig?

Im Jahr 2020 erhalten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege aus dem Bundesprogramm für die Beratung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge Mittel in Höhe von insgesamt 4.256.683 Euro zur Weiterleitung an die psychosozialen Zentren, die sich in ihrer Trägerschaft befinden. Derzeit werden im Rahmen der Teilprojekte Standardprogramm fünf und Akutprogramm 56 Folteropferzentren/psychosoziale Zentren aus diesen Mitteln gefördert. Das BMFSFJ hat für 2021 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung die Weiterführung der genannten Programme im gleichen finanziellen Rahmen durch Mittel aus dem Bundeshaushalt beantragt.

134. Liegen der Bundesregierung Berechnungen zu dem (finanziellen) Erfüllungsaufwand vor, der sich für die Bundesländer und Kommunen durch die gesetzlichen Änderungen im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht seit 2018 (bitte nach den einzelnen Gesetzesnovellen differenzieren) ergibt, und wenn ja, wie kompensiert die Bundesregierung diese etwaigen zusätzlichen finanziellen Belastungen jeweils im Bundeshaushalt 2020?

Im Folgenden sind Gesetze erfasst, die in einem Schwerpunkt Änderungen im Aufenthalts-, Asyl- oder Staatsangehörigkeitsrecht betreffen und zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 29. Februar 2020 im Bundesgesetzblatt verkündet worden oder innerhalb dieses Zeitraums in Kraft getreten sind. Zu dem finanziellen Erfüllungsaufwand, der sich für die Länder und Kommunen durch die folgenden Gesetze ergibt, liegen folgende Berechnungen oder Angaben vor:

- Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten vom 8. März 2018 (BGBl. I S. 342)

Es wurde eine nicht bezifferbare Entlastung der Haushalte von Ländern und Kommunen festgestellt.

- Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz vom 8. Juli 2018 (BGBl. I S. 1029)

Für die Länder und Kommunen wurde ein Erfüllungsaufwand von null ermittelt.

- Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Familiennachzugsneuordnungsgesetz) vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1147)

Es wurde zunächst ein nicht konkret bezifferbarer personeller Mehrbedarf bei Innenbehörden der Länder ausgewiesen. Eine Nacherhebung im Einvernehmen mit dem Nationalen Normenkontrollrat hat einen einmaligen Aufwand für die Länder in Höhe von 5 Mio. Euro und einen jährlichen Erfüllungsaufwand in Höhe von 1,3 Mio. Euro ergeben.

- Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes vom 4. Juli 2019 (BGBl. I S. 914)

Es wurde festgestellt, dass die Verwaltungslasten für die Länder aus dem Integrationsgesetz 2016 grundsätzlich bestehen bleiben. Ein laufender Erfüllungsaufwand von jährlich 8,3 Mio. Euro besteht damit im Grundsatz fort, reduziert sich aber aufgrund deutlich gesunkener Flüchtlingszahlen.

- Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 1021)

Es wurde nur eine geringfügige nicht bezifferbare Entlastung der Haushalte von Ländern und Kommunen festgestellt. Im Zuge der Änderungen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens nach Beschluss der Kabinettfassung, insbesondere der Einführung des Stichtags für die Beschäftigungsduldung, kann die ohnehin nicht bezifferbare Entlastung der Haushalte von Ländern und Kommunen geringfügig geringer ausfallen. Auch hierzu liegt keine Berechnung vor.

- Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 4. August 2019 (BGBl. I S. 1124)

Erfüllungsaufwand für die Verwaltung entsteht im Falle des § 28 Absatz 1 Nummer 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes durch die Feststellung des Verlustes (Nichtbestehens) der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 30 Absatz 1 Satz 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes und damit im Zusammenhang stehender Maßnahmen (zum Beispiel der Sicherstellung und Einziehung deutscher Ausweisdokumente oder der Berichtigung des Melde-, Pass- und Personalausweisregisters). Es werden geschätzte Fallzahlen im einstelligen bis niedrigen zweistelligen Bereich zugrunde gelegt. Dadurch entstünde dem Bund, den Ländern und Gemeinden zusätzlicher Erfüllungsaufwand in nur geringfügiger Höhe (ungefähr knapp 1.000 Euro insgesamt).

Aufgrund der besonderen Regelungsmaterie ist der Erfüllungsaufwand ganz überwiegend beim Bund und bei den obersten Landesbehörden und nicht bei den Kommunen zu erwarten.

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens kam es nach dem Kabinettsbeschluss noch zu Änderungen. Aufgrund von Änderungen in den §§ 8, 9 und 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie in § 33 des Staatsangehörigkeitsgesetzes hat sich keine Änderung des Erfüllungsaufwands ergeben, da an ohnehin bestehende gesetzliche Aufgaben der Einbürgerungsbehörden angeknüpft wird und die Aufgabenerledigung Gebührentatbestände auslöst.

- Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15. August 2019 (BGBl. I S. 1294)

Der Erfüllungsaufwand wurde auf der Grundlage der im Bundestag final behandelten Fassung (Bundestagsdrucksache 19/10047) sowie der Änderungen durch das parlamentarische Verfahren (Bundestagsdrucksache 19/10706) durch das Statistische Bundesamt ermittelt. Für die Bundesländer (inklusive der Kommunen) ist durch die gesetzlichen Änderungen eine Zunahme des jährlichen Erfüllungsaufwandes mindestens zwischen 31,5 und 41,5 Mio. Euro zu erwarten. Die Spannweite beruht darauf, dass der künftige Verwaltungsaufwand für die Auszahlung von Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht genau geschätzt werden kann. Hinzu kommen nicht genau bezifferbare Aufwände für die Unterbringung von Antragstellern in Aufnahmeeinrichtungen. Die Umstellungskosten sind bei den Ländern nicht bezifferbar. Der genannte Erfüllungsaufwand ergibt sich insbesondere aufgrund der Ausweitung der Ausweisungs- und Abschiebungsmöglichkeiten sowie der Erweiterung der Rechtsgrundlagen für aufenthaltsrechtliche Inhaftnahmen und der Ausweitung des möglichen Aufenthaltszeitraums in Aufnahmeeinrichtungen.

- Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom 15. August 2019 (BGBl. I S. 1307)

Für die Länder entsteht einmaliger Aufwand in Höhe von 449.500 Euro und laufender Erfüllungsaufwand in Höhe von jährlich 2.754.200 Euro.

- Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626)

Es ist kein gesonderter Erfüllungsaufwand im Zuge der Änderungen der §§ 31 bis 33 und des § 37 des Staatsangehörigkeitsgesetzes berechnet und ausgewiesen worden.

Es ist Angelegenheit der Länder, ob sie einzelne oder alle Verwaltungsaufgaben im Bereich des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts durch Kommunen oder durch andere Behörden ausführen. Welcher Teil des oben angegebenen Erfüllungsaufwandes von Kommunen vorläufig oder endgültig getragen wird, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Eine besondere Kompensation des Erfüllungsaufwandes, der den Ländern entsteht, ist nicht vorgesehen.

136. Welche Schwierigkeiten bestehen aus Sicht der Bundesregierung bei der Umsetzung des geplanten Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kindern im Grundschulbereich, und wie plant die Bundesregierung, die Kommunen bei der Bewältigung dieses Anspruchs zu unterstützen?

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode sieht vor, bis 2025 im Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter zu schaffen.

Die Bundesregierung sieht die Einführung des Rechtsanspruchs als wichtigen Beitrag an, um Bildungschancen von Kindern sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Zudem dürfte die Einführung dieses Rechtsanspruchs zu höheren Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen sowie zu geringeren Ausgaben für Sozialtransfers führen, wie das im Januar 2020 vorgelegte Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) „Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ zeigt. Danach könnten je nach Szenario die Mehreinnahmen der öffentlichen Hand bei bis zu 2 Mrd. Euro pro Jahr liegen.

Für die Umsetzung des Rechtsanspruchs bedarf es eines Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur auf kommunaler Ebene. Um die Kommunen hierbei zu unterstützen, stellt der Bund für Investitionen der Länder und Kommunen in den Ausbau von Ganztagsschul- und Betreuungsangeboten 2 Mrd. Euro zur Verfügung.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Ganztagsfinanzierungsgesetz – GaFG, Bundestagsdrucksache 19/17294) soll ein Sondervermögen errichtet werden. Das Sondervermögen dient der Gewährung von Finanzhilfen an die Länder gemäß Artikel 104c des Grundgesetzes. Aus dem Bundeshaushalt werden hierfür in den Jahren 2020 und 2021 je 1 Mrd. Euro durch Zuführung an das Sondervermögen zur Verfügung gestellt.

Ferner bedarf es zur weiteren Umsetzung noch einer Änderung des SGB VIII, mit der der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung eingeführt wird, sowie eines Finanzhilfegesetzes. Einzelheiten müssen im Rahmen dieses gesonderten Gesetzgebungsvorhabens erörtert und festgelegt werden.

137. Plant die Bundesregierung im Zuge der Klimaschutzgesetzgebung eine erhöhte finanzielle Unterstützung der Kommunen?

Wenn ja, wie soll diese ausgestaltet werden?

Wenn nein, warum nicht?

Im Rahmen der Klimaschutzgesetzgebung plant die Bundesregierung derzeit keine erhöhte finanzielle Unterstützung der Kommunen. Als Rahmengesetz sieht das Bundes-Klimaschutzgesetz keine finanziellen Unterstützungen vor. Es normiert die Klimaschutzziele und legt Jahresemissionsmengen für die relevanten Sektoren fest.

Die Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele der Bundesregierung sind im Klimaschutzprogramm 2030 festgelegt und werden kontinuierlich fortgeführt.

Eine etwaige weitere finanzielle Unterstützung der Kommunen ist nicht Gegenstand der Gesetzgebung.

138. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung Fördermitteln von EU, Bund oder Land bei der Verbesserung der Kommunalfinanzen zu (bitte jeweils nach Fördermittelgeber bewerten)?

Die verfassungsrechtliche Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen liegt bei den Ländern. Dementsprechend ist die Bedeutung von Fördermitteln des Landes – zusammen mit den anderen kommunalen Zuweisungen des Landes inner- und außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs – immer auch die strukturelle Absicherung der kommunalen Finanzausstattung.

Fördermittel von EU und Bund sind lediglich als Ergänzung zu der vom Land garantierten Finanzausstattung der Kommunen zu sehen, nicht jedoch als ein Substitut für Finanzmittel des Landes.

Unbenommen davon können EU und Bund bei Themen von besonderer politischer Relevanz im Rahmen ihrer Zuständigkeiten befristet und gezielt eine maßgebliche förderpolitische Rolle spielen. Ein Beispiel auf Bundesebene stellt die Förderung kommunaler Investitionstätigkeit in den Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur in Höhe von 5 Mrd. Euro im Rahmen des Digitalpakts Schule dar. Andererseits leisten die gezielten Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) einen gewichtigen Beitrag beispielsweise bei der Förderung kommunaler Investitionen in eine CO₂-arme Wirtschaft, bei der Innovationsförderung oder bei Maßnahmen zur integrierten Stadtentwicklung in ausgewählten benachteiligten Stadtteilen.

139. Wie bewertet die Bundesregierung das Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen, und inwiefern besteht bei diesem nach Ansicht der Bundesregierung Reformbedarf?

Das Durchgriffsverbot des Artikels 84 Absatz 1 Satz 7 des Grundgesetzes hat sich bewährt.

140. Sieht die Bundesregierung beim bundesdeutschen Föderalismus allgemein Reformbedarf, und wenn ja, welchen?

Nein, der Föderalismus des Grundgesetzes hat sich bewährt.

141. Inwiefern strebt die Bundesregierung an, eine neue Föderalismuskommission einzurichten, und wenn ja, aus welchen Gründen, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Überlegungen zu einer Föderalismuskommission werden von der Bundesregierung derzeit nicht angestellt.

142. Welchen Einfluss hat die europäische Gesetzgebung nach Auffassung der Bundesregierung auf die kommunale Daseinsvorsorge in Deutschland?

Eine abschließende Definition der Daseinsvorsorge gibt es nicht. Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge haben ihre Stellung und ihren anerkannten Wert im Binnenmarkt der Europäischen Union im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Die Europäische Union erkennt die Hoheit der Mitgliedstaaten an, diese für sich zu regeln und auszugestalten. Damit wird dem unionsrechtlich determinierten Subsidiaritätsprinzip (Artikel 5 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) Rechnung getragen. Die Europäische Union muss nach Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) im Rahmen ihrer Befugnisse ferner dafür Sorge tragen, dass die Grundsätze und Bedingungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Daseinsvorsorge) so gestaltet sind, dass diese Aufgaben erfüllt werden können. Für die staatlichen Ausgleichsleistungen, die erforderlich sind, um die sich aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ergebenden spezifischen Kosten zu decken, hat die Europäische Kommission die beihilferechtlichen Anforderungen im sog. DAWI-Paket konkretisiert. In Deutschland fällt die kommunale Daseinsvorsorge vor allem in die Zuständigkeit der Länder und der Kommunen. Im Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass bei Vorhaben der Europäischen Union das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu wahren ist und ihre Belange zu schützen sind (§ 10 Absatz 1 EUZBLG).

143. Welche Möglichkeiten bestehen aus Sicht der Bundesregierung für kommunale Akteurinnen und Akteure, sich auf europäischer Ebene einzubringen?

Es bestehen diverse formelle und informelle Möglichkeiten für kommunale Akteure und Akteurinnen, sich direkt oder indirekt (etwa über Bund und Länder) auf europäischer Ebene einzubringen: Städte und Gemeinden wirken vor allem über den Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) an der Gestaltung europäischer Politik mit. Der AdR besteht aus Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Deutschland ist im AdR aktuell mit 24 Sitzen vertreten, drei davon entfallen auf die Kommunalverbände (Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag).

144. Wie schützt die Bundesregierung das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auf europäischer Ebene?

Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung, das in Deutschland durch Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes garantiert wird, findet auch auf europäischer Ebene Beachtung. Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union garantiert das Subsidiaritätsprinzip, nach dem die Europäische Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig wird,

sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. Am 14. November 2017 wurde vom damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ eingesetzt, deren Abschlussbericht am 10. Juli 2018 übergeben wurde, in deren Arbeit sich auch die Bundesregierung aktiv einbrachte.

145. Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode darauf hingewirkt, dass sich der Einfluss der Städte und Gemeinden auf die europäische Gesetzgebung verbessert, und wie wird die Bundesregierung dieses Ziel künftig verfolgen?

Die Bundesregierung hält bei der Umsetzung europarechtlicher Regelungen die bislang geltenden Beteiligungsregelungen für Kommunen für angemessen und ausreichend. Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) sieht in § 47 bei Rechtsetzungsvorhaben eine frühzeitige Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände parallel mit den Ländern und zeitlich vor der Verbändebeteiligung vor (§ 47 Absatz 3 Satz 3 GGO). Im Rahmen der Beratungen im Deutschen Bundestag sieht § 69 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine ähnliche Beteiligung vor, die es den Kommunalen Spitzenverbänden frühzeitig ermöglicht, ihren Einfluss geltend zu machen. Weitergehende Rechte der Kommunen würden dem zweigliedrigen Staatsaufbau des Grundgesetzes widersprechen. Die Kommunen sind Teil der Länder. Bei Entwürfen zu EU-Vorhaben sollen die Kommunalen Spitzenverbände gemäß § 74 Absatz 5 i. V. m. § 47 GGO frühzeitig beteiligt werden. Eine stärkere Einbeziehung der Kommunen ist nicht geboten, weil die Kommunen auch hier als Teil der Länder durch deren Beteiligungsrechte hinreichend eingebunden sind. Über ihre Vertretungen in Brüssel haben die Kommunalen Spitzenverbände jedoch bereits in einem sehr frühen Stadium der Entstehung europäischer Gesetzgebung durch Gespräche vor Ort die Möglichkeit, ihre Sichtweisen einzubringen. Zudem wirken sie über den Ausschuss der Regionen (Artikel 305 ff. AEUV) an der europäischen Gesetzgebung mit.

146. Mit welchen Auswirkungen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 der EU auf die Kommunen rechnet die Bundesregierung?

Will sie hier insbesondere für die Regionen, die mit geringeren Zuschüssen rechnen müssen, ausgleichend tätig werden, und wenn ja, in welcher Höhe?

Wenn nein, warum nicht?

Die Mittelausstattungen in der Kohäsions- und Agrarpolitik insgesamt und die Allokationen der einzelnen Mitgliedstaaten sind Teil der Gesamteinigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Der Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Rates vom 14. Februar 2020 zu den Einzelheiten des zukünftigen MFR hat beim Europäischen Rat am 21./22. Februar 2020 nicht die erforderliche einstimmige Zustimmung der Staats- und Regierungschefs gefunden. Die Bundesregierung prüft alle Vorschläge für den zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen umfassend, auch im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Kommunen.

Die Umsetzung der im Rahmen des MFR zu beschließenden ELER-Förderung (ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen

Raums) ist Aufgabe der Bundesländer. Momentan laufen auf Ebene der Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder erste Beratungen über die künftige Verteilung der ELER-Mittel auf die Bundesländer. Im Rahmen ihrer Verantwortung für die Ausgestaltung und Umsetzung der ELER-Förderung entscheiden die Länder darüber, ob und in welchem Umfang Kommunen davon profitieren werden.

147. Wie und für welche Verbesserungen und Vereinfachungen im Regelwerk der europäischen Struktur- und Investitionsfonds setzt sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene ein?

Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich im Rahmen der laufenden Verhandlungen zwischen Rat der Europäischen Union und Europäischem Parlament zum Legislativpaket der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2021 bis 2027 dafür ein, die Ausgestaltung der EU-Strukturförderung zu vereinfachen. Bund und Länder haben bei der Europäischen Kommission frühzeitig gemeinsame Vorschläge in die Diskussion um Vereinfachung der Verfahren der neuen Förderperiode eingebracht. Dazu gehört unter anderem eine erhebliche Verschlankeung des EU-Regelwerks unter Einbeziehung aller praxisrelevanten Vorschriften, eine stärkere Harmonisierung für alle EU-Strukturfonds, die Beibehaltung bewährter Verwaltungs- und Kontrollsysteme, eine angemessene Verpflichtung zur Nutzung vereinfachter Kostenoptionen bei der Abrechnung von Vorhaben und eine Rationalisierung der Verfahren zur Erhebung und Verarbeitung von Daten im Rahmen der Programmumsetzung. Viele dieser Vorschläge von Bund und Ländern wurden in das Legislativpaket für die Förderperiode 2021 bis 2027 aufgenommen.

148. Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung künftig die Einhaltung des Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaft sichergestellt, der die Einbindung von lokalen und regionalen Behörden ebenso wie Nichtregierungsorganisationen bei der Erstellung und Planung der Partnerschaftsabkommen über die Nutzung der EU-Struktur- und Investitionsfonds vorsieht (vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32013R1303>), Artikel 5 Punkt 3 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013)?

Die Bundesregierung knüpft bei der Verwirklichung des Verhaltenskodex für die Partnerschaft bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) an die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Strukturen der vergangenen beiden Förderperioden an. Seitdem wird die Dachstrategie der ESI-Fonds sowohl mit den zuständigen regionalen Behörden als auch mit einer Auswahl von Wirtschafts- und Sozialpartnern der deutschen Dach- und Spitzenverbände abgestimmt. Diese Zusammenarbeit hat sich als konstruktiv und kooperativ erwiesen und bewährt. Dieser Prozess auf Bundesebene korrespondiert mit den parallelen Prozessen auf der lokalen und regionalen Ebene entsprechend der föderalen Struktur Deutschlands.

Im Einzelnen wurde die Zusammenarbeit mit den Partnern zur Partnerschaftsvereinbarung der kommenden Förderperiode 2021 bis 2027 zu einem sehr frühen Zeitpunkt begonnen, verglichen mit den vorangegangenen Perioden. Sie wurde zudem spürbar intensiviert. Die regional zuständigen Behörden für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden turnusmäßig zu Sitzungen eingeladen, bei denen neben Umsetzungsfragen der Förderung, Auslegungsfragen der rechtlichen Grundlagen auch Stellungnahmen und Verordnungsvorschläge der EU-Kommission sowie anderer EU-Gremien diskutiert

werden. Die Partner aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen werden regelmäßig über neue Entwicklungen im Bereich der ESI-Fonds unterrichtet. Bei der Abstimmung der deutschen Position für den Verhandlungsprozess auf EU-Ebene werden schriftliche Stellungnahmen dieser Partner sowie mündliche Diskussionsbeiträge berücksichtigt. Zur Erstellung der Partnerschaftvereinbarung werden strategische Workshops zum Entwurf sowohl des Zwischenberichts als auch des Endberichts veranstaltet, bei denen die teilnehmenden Akteure des ESI-Fonds-Bereichs ebenfalls ihre Anmerkungen zur Diskussion einbringen.

Ergänzt wird dieser Prozess durch bilaterale Arbeitskontakte und durch Beiträge von Vertretern der Bundesregierung bei Arbeitskreissitzungen sowie Informationsveranstaltungen der Partner zur EU-Kohäsionspolitik.

Anlage Frage 64-2

Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes Kapitel 2

Land	Finanzhilfen gemäß § 10 KInvFG	abgerufene Mittel 2018	Anteil an den Finanzhilfen	abgerufene Mittel 2019	Anteil an den Finanzhilfen	abgerufene Mittel 2020 (Stand: 15.05.2020)	Anteil an den Finanzhilfen	abgerufene Mittel gesamt	Anteil an den Finanzhilfen
	in Euro	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Baden-Württemberg	251.240.500,00	0,00	0,0	3.143.000,00	1,3	0,00	0,0	3.143.000,00	1,3
Bayern	293.048.000,00	0,00	0,0	17.172.820,00	5,9	7.003.800,00	2,4	24.176.620,00	8,3
Berlin	140.399.000,00	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Brandenburg	102.368.000,00	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Bremen	42.430.500,00	971.256,62	2,3	2.875.566,58	6,8	0,00	0,0	3.846.823,20	9,1
Hamburg	61.425.000,00	0,00	0,0	5.671.254,52	9,2	0,00	0,0	5.671.254,52	9,2
Hessen	329.976.500,00	872.705,25	0,3	4.497.602,75	1,4	7.227.658,25	2,2	12.597.966,25	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	75.229.000,00	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Niedersachsen	288.792.000,00	2.197.960,89	0,8	24.144.453,37	8,4	6.766.241,57	2,3	33.108.655,83	11,5
Nordrhein-Westfalen	1.120.602.000,00	14.402.801,88	1,3	92.010.907,12	8,2	25.473.105,07	2,3	131.886.814,07	11,8
Rheinland-Pfalz	256.595.500,00	0,00	0,0	8.382.171,59	3,3	6.491.160,10	2,5	14.873.331,69	5,8
Saarland	72.002.000,00	0,00	0,0	1.055.972,00	1,5	1.075.305,00	1,5	2.131.277,00	3,0
Sachsen	177.908.500,00	0,00	0,0	6.032.413,96	3,4	0,00	0,0	6.032.413,96	3,4
Sachsen-Anhalt	116.431.000,00	0,00	0,0	870.387,49	0,7	37.831,29	0,0	908.218,78	0,8
Schleswig-Holstein	99.736.000,00	0,00	0,0	2.769.593,92	2,8	443.972,80	0,4	3.213.566,72	3,2
Thüringen	71.816.500,00	864.000,00	1,2	14.048.285,06	19,6	0,00	0,0	14.912.285,06	20,8
Gesamt	3.500.000.000,00	19.308.724,64	0,6	182.674.428,36	5,2	54.519.074,08	1,6	256.502.227,08	7,3

Anlage Frage 67

Bundesland	Jahr	Programme Städtebauförderung																	
		Aktive Stadt- und Ortsteilzentren		Stadttumbau West		Stadttumbau Ost		Denkmalschutz West		Denkmalschutz Ost		Soziale Stadt		Kleiner Städte- und Gemeinden		Zukunft Stadtgrün (Programmstart 2017)			
		Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%	Mittelabruf in €	%		
Baden-Württemberg	2016	19.382.000,00	100,00	14.238.000,00	100,00			6.388.000,00	100,00			11.743.000,00	100,00	7.021.000,00	100,00				
	2017	20.641.000,00	100,00	15.190.000,00	100,00			6.906.000,00	100,00			14.000.000,00	100,00	7.548.000,00	100,00		303.000,00	100,00	
	2018	21.538.000,00	100,00	15.940.000,00	100,00			7.638.000,00	100,00			16.197.000,00	100,00	7.432.000,00	100,00		1.779.000,00	100,00	
	2019	21.544.000,00	100,00	16.040.000,00	100,00			7.502.000,00	100,00			17.378.000,00	100,00	6.796.342,00	96,65		2.227.618,00	67,00	
Bayern	2016	11.747.317,22	80,83	14.001.012,74	84,49			9.253.050,00	83,63			9.343.303,89	72,52	5.698.750,00	74,54				
	2017	13.946.597,00	89,95	16.967.111,00	93,70			9.367.450,00	81,39			13.507.743,00	86,09	7.833.750,00	92,67			86.700,00	30,10
	2018	10.970.040,00	68,48	16.541.160,00	80,08			8.876.959,52	80,31			14.485.151,00	78,28	7.418.530,00	79,86			994.450,00	56,22
	2019	13.431.000,00	86,04	19.564.050,00	84,04			8.686.065,00	84,52			17.495.610,00	89,42	9.292.700,00	92,42			3.871.600,00	109,15
Berlin	2016	4.882.000,00	100,00	3.992.315,16	88,52	7.840.000,00	100,00	1.929.000,00	100,00	5.630.000,00	100,00	5.494.000,00	100,00	*2)					
	2017	4.991.000,00	100,00	3.450.808,03	77,10	8.217.000,00	100,00	2.544.000,00	102,00	5.493.000,00	99,10	6.860.000,00	100,00	*2)				99.681,00	81,04
	2018	5.113.000,00	100,00	2.856.345,33	59,98	7.038.490,17	80,75	2.700.000,00	100,00	5.006.000,00	90,92	8.109.000,00	100,00	*2)				532.000,00	71,41
	2019	5.405.000,00	100,00	2.839.685,72	55,04	9.110.000,00	100,00	3.046.000,00	100,00	2.700.000,00	55,07	5.322.051,64	61,31	*2)				739.000,00	50,69
Brandenburg	2016	3.557.000,00	101,40			16.520.000,00	99,47			11.399.000,00	98,45	3.651.000,00	106,57	2.714.000,00	99,78				
	2017	3.609.000,00	101,92			17.492.000,00	101,00			11.497.000,00	99,06	4.167.000,00	97,89	2.930.000,00	98,59			75.000,00	100,00
	2018	3.656.000,00	100,72			18.125.000,00	100,42			11.626.000,00	100,00	4.928.000,00	98,50	3.456.000,00	99,22			455.000,00	100,00
	2019	3.717.000,00	100,00			18.734.000,00	100,24			11.746.000,00	100,00	5.302.000,00	99,16	3.541.000,00	100,00			910.000,00	100,00
Bremen	2016	0,00	0,00	7.299,00	0,37			0,00	0,00			303.861,00	21,77	*2)					
	2017	0,00	0,00	0,00	0,00			188.545,00	43,85			1.075.060,00	67,57	*2)				0,00	0,00
	2018	44.995,00	4,84	186.140,00	9,93			0,00	0,00			423.971,00	24,79	*2)				0,00	0,00
	2019	883.005,00	98,33	1.787.860,00	97,54			506.358,00	121,14			1.578.172,00	95,36	*2)				0,00	0,00

Anlage Frage 67

Hamburg	2016	3.365.000,00	100,00	1.878.000,00	100,00	688.000,00	100,00	3.111.000,00	100,00	*2)			
	2017	3.498.000,00	100,00	2.170.500,00	99,98	762.000,00	100,00	3.681.000,00	100,00	*2)			57.000,00
	2018	3.170.000,00	100,00	2.721.500,00	100,02	826.000,00	100,00	4.124.000,00	100,00	*2)			330.000,00
	2019	3.258.000,00	100,00	3.059.000,00	98,27	905.000,00	100,00	4.108.000,00	98,09	*2)			596.000,00
Hessen	2016	4.167.800,00	66,90	4.347.797,44	65,79	1.772.675,00	75,50	2.562.400,00	41,23	Programm nicht belegt			
	2017	5.065.300,00	76,91	5.983.248,90	82,86	2.296.475,00	89,36	4.519.450,00	52,63	Programm nicht belegt			0,00
	2018	5.149.873,00	80,71	7.859.662,50	91,60	1.880.450,00	71,55	5.488.100,00	36,89	Programm nicht belegt			68.000,00
	2019	4.551.099,96	70,75	6.278.227,71	62,58	1.943.500,00	68,67	6.250.883,05	36,41	Programm nicht belegt			227.950,00
Mecklenburg-Vorpommern	2016	795.000,00	33,19			72,94		4.516.000,00	44,91	1.505.000,00	68,25		
	2017	2.800.000,00	141,70			81,60		11.999.000,00	121,08	2.500.000,00	94,88		32.000,00
	2018	*1) -390.635,21	-23,35			3,75		3.178.666,09	32,53	1.066.284,57	31,93		21.180,00
	2019	1.651.624,00	98,72			63,69		7.951.548,21	82,69	2.036.051,72	58,69		146.766,00
Niedersachsen	2016	5.666.921,52	79,06	6.399.664,67	76,76	2.163.450,00	67,99	3.601.232,94	49,08	2.553.520,25	71,51		
	2017	6.409.900,00	79,62	6.234.242,65	65,28	2.529.732,29	68,43	4.965.900,00	51,03	2.087.987,63	43,81		0,00
	2018	6.047.200,00	67,21	4.658.360,87	41,31	1.731.345,56	37,07	6.262.885,00	50,39	2.529.392,22	39,36		56.700,00
	2019	6.934.500,00	64,57	6.002.151,96	44,49	3.671.798,82	67,15	7.076.220,21	50,88	3.660.876,48	43,59		231.058,26
Nordrhein-Westfalen	2016	23.080.000,00	97,65	23.291.000,00	84,61	9.199.000,00	89,98	19.401.000,00	85,54	11.092.000,00	84,74		
	2017	23.184.809,64	94,74	27.019.009,85	90,11	10.897.000,00	100,89	23.217.974,63	82,16	12.132.770,03	87,00		521.000,00
	2018	22.512.998,99	89,84	30.698.569,08	94,05	8.552.205,19	76,46	25.819.847,59	74,15	14.675.480,50	99,22		1.552.388,71
	2019	24.253.573,88	93,45	33.702.289,16	96,41	9.598.442,45	82,73	27.708.519,49	74,28	15.042.916,76	92,65		4.229.641,73
Rheinland-Pfalz	2016	3.568.539,28	73,82	5.207.259,73	101,59	1.531.127,56	69,34	1.431.119,56	41,28	1.383.020,77	55,88		
	2017	4.932.911,86	100,10	4.845.354,45	92,68	1.847.037,87	77,51	2.806.075,54	62,00	2.645.472,86	89,37		0,00
	2018	5.812.841,43	113,33	3.562.675,41	66,04	1.790.401,32	77,27	3.835.664,17	67,66	2.600.001,55	72,08		0,00
	2019	3.868.349,13	68,30	2.199.895,43	36,72	1.512.134,92	67,21	3.179.359,13	49,57	2.901.246,75	70,90		0,00
Saarland	2016	1.061.990,84	83,69	1.155.197,90	61,54	252.363,99	36,21	408.228,89	30,81	494.357,25	59,28		
	2017	820.133,37	57,76	1.318.165,31	65,91	310.352,76	43,22	708.672,23	47,72	787.441,93	74,78		0,00
	2018	0,00	0,00	170.928,24	8,02	0,00	0,00	12.263,33	0,76	221.357,17	16,78		0,00
	2019	1.212.454,22	83,87	2.122.764,69	98,78	580.183,45	105,11	986.790,45	63,42	624.228,38	45,33		0,00

Anlage Frage 67

Sachsen	2016	6.053.359,49	83,13			30.368.250,28	98,14			21.141.690,09	89,67	4.294.387,40	94,32	3.774.130,01	109,59				
	2018	6.545.921,35	90,33			29.088.427,51	86,82			24.295.075,19	102,50	6.617.499,32	91,57	3.618.853,31	86,25	765.453,49	104,71		
	2019	11.107.089,70	165,38			38.228.047,82	112,14			29.772.802,96	129,94	8.262.201,33	101,94	6.051.187,43	134,35	1.209.531,10	82,96		
Sachsen-Anhalt	2016	3.522.000,00	100,57			18.388.760,00	99,62			11.408.000,00	99,82	2.551.350,00	98,89	2.998.000,00	102,18				
	2017	3.363.000,00	103,00			19.927.000,00	99,61			11.463.000,00	99,05	2.859.000,00	100,00	2.876.000,00	103,49	0,00	0,00		
	2018	3.273.200,00	103,62			21.513.872,66	100,39			11.705.600,00	99,00	3.211.000,00	100,00	2.512.315,00	95,70	27.000,00	100,00		
	2019	3.039.760,97	95,95			21.667.515,56	99,32			11.771.000,00	99,17	3.920.000,00	100,00	2.655.500,00	100,63	230.000,00	100,00		
Schleswig-Holstein	2016	2.632.000,00	100,00		3.522.000,00									3.392.000,00	100,00				
	2017	2.691.000,00	100,00		3.910.000,00									2.907.000,00	93,99				
	2018	2.596.000,00	95,55		4.249.000,00									2.047.000,00	80,65				
	2019	2.292.000,00	86,46		3.332.000,00									921.000,00	51,77				
Thüringen	2016	2.555.660,08	67,61			11.912.113,84	76,43			7.895.761,03	73,07	1.174.108,51	51,16	1.287.489,77	66,61				
	2017	3.047.607,47	80,20			11.532.359,06	71,94			8.838.824,67	81,36	1.904.389,74	66,75	1.610.612,12	74,81	0,00	0,00		
	2018	3.654.060,92	93,72			12.117.053,59	71,87			8.678.705,53	80,06	1.791.523,81	52,57	2.375.918,35	99,41	23.949,62	6,71		
	2019	3.170.185,04	82,34			16.111.268,23	92,85			7.494.981,59	69,21	2.600.283,63	66,85	2.348.619,97	86,89	343.019,99	52,77		

*1) überfällige Rückführung abgerechneter Bundesmittel

*2) Vollständig umgeschichtet in andere Programme (Sonderregelung für Staatsloten)

Städtebauförderung	Jahr	Mittelabruf in €	%
(insg. inkl. Ausgabesteuer und Forschung)	2016	492.774.889,42	86,58
	2017	533.437.578,07	86,82
	2018	548.286.808,52	81,08
	2019	622.065.137,90	86,37

Allgemeiner Hinweis: Der Mittelabruf kann grundsätzlich auch die Inanspruchnahme von Ausgaberesten enthalten und daher über 100 % liegen.

Anlage Frage 67**Lesbeispiel /Hinweise:**

Das Land Baden-Württemberg hat im Jahr 2016 insgesamt Bundesmittel i.H.v. 19.382.000 Euro für das Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortskernzentren abgerufen. Dies entspricht 100 Prozent der Fördermittel, die dem Land Baden-Württemberg im Jahr 2016 zugewiesen wurden. Der Zuweisungsbetrag der Städtebauförderungsmittel im Jahr 2016 an das Land setzt sich insgesamt aus 5 Jahresraten der Jahre 2012-2016 (1. Rate aus der VV 2016, 2. Rate aus 2015, usw.) zusammen.

Der Abfluss von Kassenmitteln im Bereich der Städtebauförderung verläuft nicht immer in den vorgesehenen Fünf-Jahres-Franchen. Je nach Baufortschritt rufen die Länder die Fördermittel ab. Bei Baumaßnahmen kommt es häufig zu Verzögerungen im Ablauf der Maßnahmen durch verschiedene Ursachen (z.B. Bürgerbeteiligungsverfahren, hohe konjunkturelle Auslastung der Baubranche, unvorhersagbare Ereignisse usw.), so dass ein zeitgerechter Mittelabruf nicht immer erfolgen kann (Mittelabruf unter 100 %) und somit Ausgabeste auf den Bedarf zu. Einige Länder konnten in den vergangenen Jahren zusätzlich zu den zugewiesenen Städtebauförderungsmitteln in manchen Programmen aufgebauete Ausgabeste aus den Vorjahren in Anspruch nehmen und insoweit abbauen. In diesem Fall kann der Mittelabruf über 100 % liegen.

Anlage Frage 109

Die 20 Gemeinden mit dem höchsten absoluten Bevölkerungsgewinnen bzw. Bevölkerungsverlusten zwischen dem 31.12.2013 und dem 31.12.2018 ¹⁾

	Rang	AGS	Name der Gemeinde	Bundesland	Bevölkerungsstand 31.12.2013	Bevölkerungsstand 31.12.2018 ⁵⁾	Bevölkerungsrückgang		Zuzüge ³⁾ (Fortzüge ³⁾)	Wanderungssaldo ⁶⁾		
							absolut	in %				
Gemeinden mit dem höchstem absoluten Bevölkerungsrückgang	1	05562032	Recklinghausen	Nordrhein-Westfalen	115 320	112 267	- 3 053	-2,85	27 379	28 191	- 812	-0,70
	2	15082015	Bitterfeld-Wolfen	Sachsen-Anhalt	38 475	36 475	- 2 000	-5,20	9 881	10 477	- 596	-1,44
	3	12067120	Eisenhüttenstadt	Brandenburg	24 633	23 705	- 928	-3,77	56 465	57 884	- 1 419	-5,22
	4	15001000	Dessau-Roßlau	Sachsen-Anhalt	83 616	81 237	- 2 379	-2,85	16 044	14 777	1 267	1,52
	5	14524330	Zwickau	Sachsen	91 564	89 540	- 2 024	-2,21	21 120	20 246	874	0,95
	6	15089310	Staßfurt	Sachsen-Anhalt	27 060	25 385	- 1 675	-6,19	4 711	5 231	- 520	-1,92
	7	14625240	Hoyerswerda ⁶⁾	Sachsen	34 317	32 858	- 1 459	-4,25	7 073	7 333	- 260	-0,72
	8	15084580	Zeitz	Sachsen-Anhalt	29 557	27 955	- 1 602	-5,42	7 289	7 294	- 5	-0,02
	9	15087370	Sangerhausen	Sachsen-Anhalt	27 830	26 297	- 1 533	-5,51	5 407	5 783	- 376	-1,35
	10	14627230	Riesa	Sachsen	31 423	30 054	- 1 369	-4,36	6 903	6 631	272	0,23
	11	15089030	Bermburg (Saale)	Sachsen-Anhalt	33 879	32 674	- 1 205	-3,56	10 198	9 851	347	1,02
	12	16076022	Greiz	Thüringen	21 284	20 103	- 1 181	-5,55	5 163	5 147	16	0,08
	13	14626800	Weißwasser/O.L. ⁶⁾	Sachsen	17 288	16 130	- 1 158	-6,70	3 539	3 877	- 338	-1,96
	14	15085235	Quedlinburg ⁷⁾	Sachsen-Anhalt	25 055	23 889	- 1 166	-4,25	5 438	5 225	213	0,85
	15	15082180	Kothen (Anhalt)	Sachsen-Anhalt	26 889	25 911	- 978	-3,64	8 638	8 487	151	0,56
	16	14626085	Ebersbach-Neugersdorf	Sachsen	12 951	11 994	- 957	-7,39	2 052	2 304	- 252	-1,95
	17	15085055	Blankenburg (Harz)	Sachsen-Anhalt	20 745	19 817	- 928	-4,47	4 004	3 988	36	0,17
	18	16077001	Altenburg	Thüringen	32 992	32 074	- 918	-2,78	7 860	7 455	505	1,53
	19	15087130	Eisleben	Sachsen-Anhalt	24 284	23 373	- 911	-3,75	6 843	6 556	87	0,36
	20	14523340	Reichenbach im Voigtland ⁷⁾	Sachsen	21 528	20 625	- 903	-4,19	4 950	4 701	249	1,16
Gemeinden mit dem höchstem absoluten Bevölkerungszuwachs	1	11000000	Berlin	Berlin	3 421 829	3 644 826	222 997	6,52	930 660	730 317	200 343	5,85
	2	02000000	Hamburg	Hamburg	1 746 342	1 841 179	94 837	5,43	512 984	432 072	80 912	4,63
	3	09162000	München	Bayern	1 471 508	1 506 649	35 141	2,39	500 649	556 236	34 413	2,44
	4	14713000	Leipzig	Sachsen	587 857	597 857	10 000	1,70	198 087	141 802	56 285	10,21
	5	06412000	Frankfurt am Main	Hessen	701 350	753 056	51 706	7,37	327 851	293 052	34 899	4,98
	6	05315000	Köln	Nordrhein-Westfalen	1 034 175	1 085 664	51 489	4,98	331 119	291 904	39 215	3,79
	7	08111000	Stuttgart	Baden-Württemberg	604 297	634 830	30 533	5,05	269 815	244 922	24 893	4,14
	8	14612000	Dresden	Sachsen	530 754	554 649	23 895	4,50	163 015	144 077	18 938	3,57
	9	04011000	Bremen	Bremen	548 547	569 352	20 805	3,79	160 007	135 681	24 316	4,43
	10	05111000	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	598 686	619 294	20 608	3,44	224 370	207 147	17 223	2,88
	11	03241001	Hannover	Niedersachsen	518 366	538 068	19 682	3,80	188 508	168 383	18 126	3,69
	12	09564000	Nürnberg	Bayern	498 876	518 365	19 489	3,91	208 551	191 423	18 128	3,63
	13	09761000	Augsburg	Bayern	276 542	295 135	18 593	6,72	111 154	92 505	18 649	6,74
	14	12054000	Potsdam ⁶⁾	Brandenburg	161 468	178 089	16 621	10,29	59 077	43 987	15 090	9,35
	15	05314000	Bonn	Nordrhein-Westfalen	311 287	327 258	15 971	5,13	147 762	134 822	12 940	4,16
	16	05515000	Münster	Nordrhein-Westfalen	298 708	314 319	14 611	4,88	115 982	104 695	11 197	3,74
	17	08212000	Karlsruhe	Baden-Württemberg	289 103	313 092	23 989	8,33	139 607	118 378	21 229	5,43
	18	05113000	Essen	Nordrhein-Westfalen	589 884	593 109	3 225	0,54	199 607	183 378	16 229	5,43
	19	07315000	Mainz	Rheinland-Pfalz	204 268	217 118	12 850	6,29	86 871	78 762	11 109	5,44
	20	08222000	Mannheim	Baden-Württemberg	296 680	309 370	12 680	4,27	161 379	148 432	12 947	4,36

¹⁾ Die zeitliche Vergleichbarkeit ist durch Gebietsänderungen eingeschränkt. Dem Statistik-Bundesamt liegt auf Gemeindeebene keine vollständig gelebte Zeitreihe vor. Es konnten lediglich Änderungen der Gemeindegrenzen (Grenzänderungen) in Zuge von Zuordnungen zu einem neuen Kreis und Eingemeindungen in die Datengrundlage eingepreist werden. Andere Gebietsänderungen (Gemeindeteilungen) konnten dagegen nicht berücksichtigt werden. Die Auswahl der Gemeinden kann hierdurch betroffen sein.

²⁾ Die Bevölkerungszahl aus dem Jahr 2018 ist aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen im Jahr 2016 nur bedingt mit den Werten von 2013 vergleichbar. Ausführliche Erläuterungen dazu finden Sie auf der Internetseite des Statistischen Bundesamts (Destatis), 2020.

³⁾ Summe aller Zuzüge bzw. Fortzüge über die Gemeindegrenze hinweg zwischen dem 01.01.2014 und dem 31.12.2018.

⁴⁾ Die Fortzüge, Zuzüge sowie das Wanderungssaldo wurden anhand der Bilanzen aus der Bevölkerungsschreibung ermittelt. Diese weichen vor 2016 von den Ergebnissen der Wanderungsschreibung ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bis 2016 alle Wanderungsfälle mit einem Ereignisdatum nach der Volkszählung 1987 bzw. nach der Wiedervereinigung in der Wanderungsschreibung berücksichtigt wurden. In der Bevölkerungsschreibung galt dagegen als Abgrenzung der Stichtag des Zensus 2011.

⁵⁾ Summe aller Zuzüge über die Gemeindegrenze hinweg abzüglich der Summe aller Fortzüge über die Gemeindegrenze hinweg zwischen dem 01.01.2014 und dem 31.12.2018.

⁶⁾ In den Gemeinden gab es im Betrachtungszeitraum eine Teilausgliederung, die sich jedoch nicht auf die Einwohnerzahl ausgewirkt hat.

⁷⁾ In den Gemeinden gab es im Betrachtungszeitraum eine Eingliederung, die in der Zeitreihe berücksichtigt wurde.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020.